

EIN NEUER READER DES FDCL: Muita gente sem terra - muita terra sem gente

Recht auf Land

(Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Menschenrecht in Brasilien am Beispiel der Landkonflikte)

Die ungleiche Verteilung von Land ist eines der größten sozioökonomischen und gesellschaftspolitischen Probleme Brasiliens. So sind 48 % der gesamten Agrarfläche des Landes in Besitz von 1% der Agrarbetriebe. 4,8 Millionen Familien sind landlos und fordern Zugang zu Grund, Boden und Besitztiteln.

Im Reader wird einführend die Frage, ob Zugang zu Land ein WSK-Recht (wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte) ist, behandelt. Anschließend wird der verfassungstheoretische Hintergrund in Brasilien hinsichtlich dieser Frage thematisiert. Nach einem kurzen Einblick in die Situation der Bewohner des ländlichen Brasiliens wird auf soziale Akteure im Landkonflikt - wie MST, CPT und Contag - eingegangen, deren Ziele sich in der Forderung nach einer Agrarreform überschneiden. Diese Forderungen werden u.a. durch Landbesetzungen versucht durchzusetzen, wobei ein weiterer wichtiger Punkt die Repression ist, mit der Großgrundbesitzer und Polizei auf jene reagieren. Außerdem wird die spezielle Problematik der indigenen Bevölkerung angesprochen. Es folgt ein kurzer Abriss der unter Fernando Henrique Cardoso geschürten Hoffnungen bezüglich der Landfrage, sowie deren Enttäuschung: In der von seiner Regierung betriebenen Wirtschaftspolitik spielte die Agrar- und Landpolitik nur eine untergeordnete Rolle. Im Anschluß daran werden die dem heutigen Präsidenten Lula entgegengebrachten Erwartungen dargestellt, sowie der nun wachsende Druck auf die Regierung, nachdem sich zehn Monate nach seinem Amtsantritt immer noch wenig getan hat. Schließlich werden die unterschiedlichen Vorstellungen einer Landreform erläutert: von den Vorschlägen der Weltbank bis hin zu jenen der MST.

Diese Publikation wurde im Rahmen des Projektes Handel-Entwicklung-Menschenrechte erstellt.

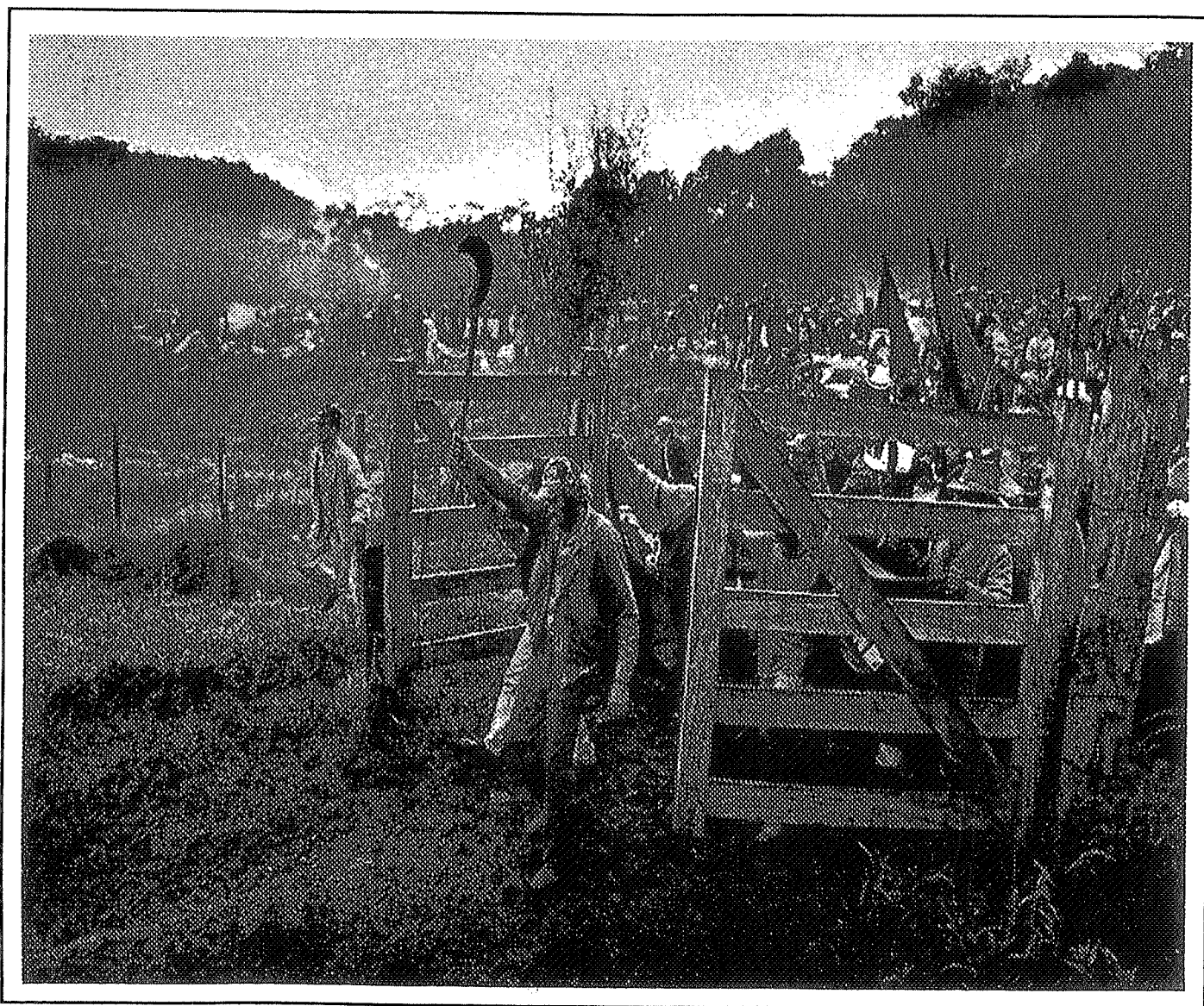


Muita gente sem terra

- muita terra sem gente

Recht auf Land

Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Menschenrechte in Brasilien am
Beispiel der Landkonflikte



Ein Reader des Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile – Lateinamerika
FDCL e.V. - Oktober 2003



FORSCHUNGS- UND DOKUMENTATIONSZENTRUM CHILE-LATEINAMERIKA gemeinnütziger e.V.

FDCL.

Titel:

"Tem muita gente sem terra, tem muita terra sem gente"

Spruch der Landarbeiter aus Goiás

Titelbild:

"Besetzung der Fazenda Giacometi"

(Foto: Sebastião Salgado)



EDITORIAL

Die ungleiche Verteilung von Land ist eines der größten sozioökonomischen und gesellschaftspolitischen Probleme Brasiliens. So sind 48 % der gesamten Agrarfläche des Landes in Besitz von 1% der Agrarbetriebe. 4,8 Millionen Familien sind landlos und fordern Zugang zu Grund, Boden und Besitztiteln.

Diesen Menschen wird ihr Recht auf angemessene Nahrung verwehrt, welches eines jener Rechte ist, die im Internationalen Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte (IPWSKR) festgehalten sind, zu deren Unterzeichnern auch Brasilien zählt. Das Recht auf Land, welches aus der Tatsache, dass Land als Grundbedingung für Ernährungssicherheit steht, abgeleitet werden kann, ist zusätzlich zum IPWSKR noch in der brasilianischen Verfassung in den Art.184-186 verankert. Um diesen Rechtsanspruch durchzusetzen, sind verfassungstheoretisch gesehen auch Enteignungen von unproduktiven Agrarflächen möglich.

So steht die amtierende brasilianische Regierung in der Schuld der Durchführung einer Agrarreform. Doch trotz der unumstrittenen Notwendigkeit einer Reform der ländlichen Besitz- und Einkommensstrukturen wurde bisher äußerst wenig in dieser Hinsicht getan. Zu groß ist der Einfluss der Großgrundbesitzer. Die Agrarpolitik bedient demnach eher die Interessen der Agroindustrie, denn das Credo des freien Spiels der Marktkräfte beherrscht auch die Frage des Zugangs zu Land und ordnet diesem dementsprechend einen Warencharakter zu, ganz nach dem Leitsatz: „Land denen, die es kaufen können“.

Seit 1985, dem Gründungsdatum des MST (Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra), der Bewegung der landlosen Landarbeiter, ist der Druck auf Großgrundbesitz und Regierungen im Kampf um Land deutlich gewachsen. Doch auch andere soziale Akteure wie beispielsweise die CPT (Comissão Pastoral da Terra - christliche Landpastoral) und Contag (Confederação Nacional de Trabalhadores na Agricultura - Gewerkschaft der Landarbeiter) sind von nicht unerheblichem Einfluss. Neben den zwischen den verschiedenen Akteuren bestehenden Differenzen überschneiden sich die Ziele dieser Organisationen in der Übereinstimmung der Forderung nach einer Agrarreform sowie - noch weiterreichender - dem Wandel der wirtschaftlichen und sozialen Struktur des Landes. Diese Forderungen werden u.a. durch Landbesetzungen versucht durchzusetzen.

Konflikte um Land in Brasilien sind in der Regel von Menschenrechtsverletzungen geprägt. So wurden zahllose Landarbeiter Opfer von Gewalt von Seiten der Polizei und der Großgrundbesitzer, die zumeist repressiv auf Landbesetzungen reagieren. Ein zusätzliches Problem stellt in diesem Zusammenhang die Straflosigkeit solcher Vergehen dar.¹

¹ So hat die UNO-Sonderberichterstatterin für außergerichtliche willkürliche Hinrichtungen, Asma Jahangir, bei ihrem Besuch Anfang Oktober 2003 in Brasilien nicht nur vorgeschlagen, dass alle Verbrechen gegen Menschenrechte auf Bundesebene bzw. von der Bundespolizei ermittelt werden sollten, sondern auch eine von der UNO durchzuführende Inspektion der brasilianischen Justiz gefordert.

Mit Blick auf die Agrarpolitik nach 1945 wird eine deutliche Kontinuität des Widerspruchs zwischen Versprechen und deren Umsetzung ganz offenbar. So wurden unter Fernando Henrique Cardoso, dessen Amtszeit am 31. Dezember 2002 endete, die von ihm im Vorfeld geschürten Hoffnungen ebenso enttäuscht wie unter seinen Vorgängern. In der von seiner Regierung betriebenen Wirtschaftspolitik spielte die Agrar- und Landpolitik nur eine untergeordnete Rolle. So konnte es geschehen, dass die Landflucht während seiner zweiten Amtsperiode sogar noch zunahm.

Dem heutigen Präsidenten Lula, der eine hohe Zustimmung im Volk genießt und der das Null-Hunger-Programm (*Fome Zero*) in seiner Antrittsrede als Priorität genannt und außerdem auf ein neues Entwicklungsmodell hingewiesen hat, werden nun enorme Erwartungen entgegengebracht, speziell auch in der Landfrage. Heute jedoch, zehn Monate nach seinem Amtsantritt, hat sich hinsichtlich dieser Problematik immer noch wenig getan und dementsprechend wächst die Ungeduld und somit der Druck auf die Regierung.

Dass eine Agrarreform notwendig ist, gilt in der brasilianischen Gesellschaft mehrheitlich als unumstritten. Über die Art und Weise der Durchführung jedoch sind sich die unterschiedlichen intern wie extern darin involvierten Akteure uneins: So beharrt die Weltbank weiterhin auf das nun schon länger existierende Kleinkreditprogramm, welches praktisch ausschließlich eine Agrarreform über den Markt bedeutet, wohingegen das MST und andere viel weitergehendere Vorstellungen haben: Enteignungen werden von vielen als unumgänglich angesehen, will man endlich eine echte Agrarreform in Angriff nehmen. Umverteilung von Besitz und Einkommen auf dem Land sozial gerecht und wirtschaftlich nachhaltig zu gestalten, ist aktuell eine der größten Herausforderungen Brasiliens.

Diese Publikation wurde im Rahmen des Projektes Handel-Entwicklung-Menschenrechte erstellt.



Im Frühjahr 2004 erscheint die nächste Readerpublikation zum Thema "Wasser in Südamerika".

Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansicht von FDCL e.V. wieder und stellen somit in keiner Weise die offizielle Meinung der Europäischen Gemeinschaft dar. Die Seite verwendet Links. FDCL e.V. ist nicht verantwortlich für die Inhalte externer Internetseiten.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----------|
| Chronologie | 7 |
| Recht auf Land: Ein WSK-Recht ? | 9 |
| 1) Einführung in das Thema Landrechte: Das Thema Agrarreform – Brot für die Welt 1995 | 10 |
| 2) Landverteilung als menschenrechtliche Frage – epd-Entwicklungspolitik 10/94 | 15 |
| 3) Recht auf Land und Freiheit – Lateinamerika Nachrichten (LN) 281 11/1997 | 18 |
| 4) Geschlechtergerechtigkeit beim Recht auf Nahrung und beim Recht auf Land – Food First 1/2003 | 20 |
| Rechtliche Situation in Brasilien | 21 |
| 1) Die Landfrage-ein altes Problem – Eldorado do Carajás-Reader, hrsg. von ASW 7/1996 | 22 |
| 2) Direito à Terra (aus: “Os sem-terra e a democracia”) – http://www.dhnet.org.br | 25 |
| 3) Reforma Agrária no Brasil – http://www.dhnet.org.br | 26 |
| 4) A terra e o direito – http://www.dhnet.org.br | 27 |
| 5) Brasilien vor Vereinten Nationen angeklagt – Food First 3/2000 | 28 |
| Allgemeines zur Situation im ländlichen Brasilien | 29 |
| 1) Ursprung und Entstehung des ... – (aus: “Brot, Land und Freiheit”; FIAN-Broschüre) | 30 |
| 2) The Setting: Rural Brazil – Justiça Global; Bericht 2000 | 34 |
| 3) Statistik über die Landkonflikte – http://www.cptnac.com.br | 35 |
| 4) Die Situation im ländlichen Brasilien – FIAN-Broschüre | 35 |
| 5) Porque o Brasil – http://www.cptnac.com.br | 38 |
| 6) Die Agrarreform ist überfällig – ila 261 12/2002 (gekürzt) | 39 |
| 7) Auch nach der Rückkehr zur Demokratie keine Agrarreform – Brasilien Rundbrief 1/94 | 41 |
| 8) Landkonflikte – Brasilien Nachrichten 123/2000 | 42 |
| 9) Großgrundbesitzer setzen auf Gentechnik – LN 311 5/ 2000 | 44 |
| 10) Soja: Die vergessene Seite des Rinderwahns – Food Frist 1/2001 | 46 |
| Soziale Akteure im Landkonflikt: MST, CPT und CONTAG | 47 |
| MST | |
| 1) Kleine Geschichte des Landkonflikts in Brasilien und der MST – LN 330 12/2001 | 48 |
| 2) Fighting for Agrarian Reform in Brazil: An Analysis ... - Latinamericanist Spring/1998 Vol. 33 Nr.2 | 49 |
| 3) Grundsätze & Als ohne Land gelten – Eldorado do Carajás-Reader, ASW 7/1996 | 54 |
| 4) Aufklärung und Kampf gegen Klassenjustiz – ila 261 12/2002 | 55 |
| 5) Das Bild der MST in der brasilianischen Presse – http://www.global.org.br | 57 |
| 6) A história não acabou – KoBra 115 2/1999 | 60 |
| 7) Kein Land für Landlose – taz vom 19.08.2003 | 62 |
| CPT | |
| 8) Aus der Dunkelheit der Hütten heraustreten – ila 261 12/2002 | 63 |
| 9) Die Comissão Pastoral da Terra – Infoterra 11/1997 | 65 |
| CONTAG | |
| 10) Contag - Rural workers in the struggle for justice and ... - http://www.contag.org.br | 66 |
| 11) Contag condena invasão de fazenda pelo MST – http://www.radiobras.org.br | 68 |
| 12) MST rebate nota da Contag sobre ocupação ... – http://www.radiobras.org.br | 68 |
| 13) Interview: Kleinbauernbewegung (MPA) – missionsdienst 11/2002 | 69 |
| 14) Es muss nicht immer MST sein – LN 351/352 09/10 2003 | 72 |

| | |
|---|------------|
| Menschenrechtsverletzungen und Repression | 74 |
| 1) Kein Land in Sicht - ila 189 10/1995 | 75 |
| 2) Agrarian Reform and Rural Violence – Justiça Global 2000 | 77 |
| 3) Die Bewegung der Landlosen in Brasilien-ein ungleicher Kampf – ai-Anklagen 4/2000 | 79 |
| 4) Direitos Humanos: Violações-CPTrevela impunidade no campo – http://www.cptnac.com.br | 82 |
| 5) Die Regierung ist unfähig den Landkonflikt zu lösen – LN 312/2000 | 82 |
| 6) Lizenz zum Töten-Polizeimassaker an Landlosen in Eldorado – LN 263 5/1996 | 84 |
| 7) Weitere Freisprüche im SDDH-begleiteten Prozess um Eldorado do Carajás – SW 179 | 86 |
| Collage | 87 |
| 8) Endlich Sklavenbefreiung – Jungle World Nr.14 vom 26.3.2003 | 89 |
| | |
| Die spezielle Problematik der indigenen Bevölkerung | 90 |
| 1) The Legal Battle Over Indigenous Land Rights – NACLA 5/6 1996 | 91 |
| 2) Die in ILO-Konvention 169 festgelegten Grundrechte – http://www.gfbv.de | 94 |
| 3) ILO-Convention on Indian Rights goes into effect in Brazil – http://www.radiobras.org.br | 95 |
| 4) Brasilien verabschiedet endlich ILO-Konvention – Solidarische Welt 179 | 95 |
| 5) Kulturzertifikat für Indígenas – Poonal vom 4.11.1999 | 95 |
| 6) Beispiel Apoinme – Solidarische Welt Nr.168 | 96 |
| | |
| Agrarpolitik unter Fernando Henrique Cardoso | 97 |
| 1) Bilanz von Landwirtschaftspolitik und Agrarreform ... – Brasilien Nachrichten 121/1997 | 98 |
| 2) A Reforma Agrária do governo FHC é uma farsa – Porantim 03/2002 | 101 |
| 3) The Current Agrarian Reform Policies of the Federal Government – Justiça Global 2000 | 102 |
| 4) Die Agrarreform ist überfällig – ila 261 12/2002 (Restartikel; Teil 1 siehe Kapitel 3, Pkt. 6) | 102 |
| | |
| Agrarreform unter Lula: Stillstand oder Aufbruch? | 104 |
| 1) Die Agrarreform in Brasilien – Food First 01/2003 | 105 |
| 2) Wir haben kein Recht, uns zu irren – ila 264 04/2003 | 106 |
| 3) Ungeduld bei Brasiliens Landlosen – taz vom 15./16.03. 2003 | 109 |
| 4) Der MST im Spagat: Die Landlosenbewegung und ihr ... – Brasilien Nachrichten 128 08/2003 | 110 |
| 5) Warten auf die Landreform – Lateinamerika Nachrichten 346 04/2003 | 113 |
| | |
| Notwendigkeit einer Agrarreform: Vorstellungen der Beteiligten | 115 |
| 1) Agrarreform-ein Menschenrecht – FIAN-Broschüre | 116 |
| 2) Das Land denen, die es bebauen – ila 157 07/08/1992 | 119 |
| 3) Agrarreform gegen Arbeitslosigkeit – Le monde diplomatique 10/2002 | 120 |
| 4) Bewiesen: Die Agrarreform ist sinnvoll – Brasilien Rundbrief 1/94 | 121 |
| 5) Das ewige “Land der Zukunft” – Lateinamerika Nachrichten 311 05/2000 | 122 |
| 6) Eine Agrarreform neuen Typs – ila 261 12/2002 | 124 |
| 7) MST-Vorstellungen zur Durchführung einer ... – Eldorado do Carajás-Reader, ASW 7/1996 | 126 |
| 8) Proposta americana e européia ameaça Pronaf, alerta ministro - http://www.radiobras.org.br | 126 |
| 9) Weltbank untergräbt Landreform – Lateinamerika anders Nr.4 1999 | 127 |
| 10) Agrarreform über den Markt? – ila 261 12/2002 | 128 |
| 10) Zugang zu Land als Menschenrecht – Entwicklung + Zusammenarbeit Nr.11 11/2002 (gekürzt) | 129 |
| | |
| Links / Impressum | 132 |

Chronologie

1850:

„Landgesetz“: Eigentum an Land kann nur erwerben, wer es kauft oder seine Nutzung im Grundbuch durch entsprechende Abgaben an die Krone legalisiert (Zugang also nur für diejenigen, die bereits Land oder Kapital hatten).

1946:

In der damaligen Verfassung wird gefordert: „ die gerechte Teilung des Bodens zu fördern, gleiche Bedingungen für alle zu schaffen“.

1950er:

Neue Agrarbewegungen entstehen, die größten unter ihnen sind die „Ligas Camponesas“, die 1956 in Pernambuco entstanden.

1960er:

Die Agrarstruktur in Brasilien gerät aufgrund des Bevölkerungswachstums und der relativen Stagnation der Agrarproduktion unter Veränderungsdruck. Es kommt zur verstärkten Verelendung auf dem Land.

1962:

Erste Landbesetzung der Bauern ohne Land (MASTER – Movimento dos Agricultores Sem Terra)

1964:

- Präsident Goulart unterzeichnet ein Gesetz, das Enteignung von 10 km breiten Landstreifen entlang der Bundesstraßen, Eisenbahnlinien und der bestehenden sowie geplanten Staudämme anordnet. Dies sollte ein Schritt hin zur Realisierung einer Agrarreform sein.
- 1.4.1964: Beginn der Militärdiktatur
- 10.11.1964: Der Kongress verabschiedet nach Vorlage durch General Castelo Branco ein Gesetz zur Agrarreform: Estatuto da Terra. Durch dieses wird die Enteignung unproduktiven Landes aus sozialem Interessen möglich, vorausgesetzt, jenes erfüllt seine soziale Funktion nicht. Zweck dieses Gesetzes war jedoch eigentlich die Schwächung der Bewegung für eine Landreform.

seit 1965:

Grüne Revolution: Chemisierung und Kapitalisierung der Landwirtschaft in Lateinamerika.

1966:

Der Internationale Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte (IPwskR) wird von der Organisation der Vereinten Nationen zusammen mit dem Internationalen Pakt der bürgerlichen und politischen Rechte (IPbpR) angenommen. Er ist verbunden mit der Verantwortungspflicht der Unterzeichnerstaaten auf internationaler Ebene.

1969:

Das Decreto Lei n.554 bestätigt in Art.1 die Möglichkeit der Enteignung in sozialem Interesse von Gebäuden im ländlichen Raum, die sich auf Grundstücken befinden, die für Zwecke der Agrarreform bestimmt sind (“Áreas declaradas prioritárias para fins de reforma agrária“)

1970er:

Oppositionsbewegungen in ganz Brasilien gewinnen an Einfluss.

1970/80er:

Lokale Konflikte über indigenes Land gehen auf nationale und internationale Ebene über.

1970-1990:

30 Millionen Landbewohner wandern in die Städte.

1975:

Im Laufe von gewaltsamen Auseinandersetzungen um Landrechte in der Amazonasregion kommt es zur Entstehung der CPT und deren offizieller Gründung.

1976:

Der Vertrag über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte wird verabschiedet.

1979:

- In Rom findet die 3. Weltkonferenz über Agrarreformen statt. Hier wird der Vorrang des Agrarsektors für die Entwicklung betont.

7.9.1979: Die erste große Landbesetzung der Landlosenbewegung findet in Rio Grande do Sul statt, an der sich ca. 8000 Familien beteiligen. Dieser Tag gilt als Gründungsdatum des MST.

1982:

Die CPT organisiert das erste Nationale Treffen der Landlosen, an dem beschlossen wird, sich auf nationaler Ebene autonom zu organisieren.

1984:

Offizielle Gründung des MST.

1985:

- Der Prozess der Redemokratisierung hat einen deutlichen Effekt auf die Formierung des MST. Der 1. Nationale Kongress des MST findet in Curitiba statt.
- Unter Tancredo Neves (ziviler Präsident) wird die Demokratie offiziell eingeführt. Er verspricht die Anwendung des Estatuto da Terra.
- Das MIRAD (Ministerium für Agrarreform) wird eingerichtet. Dies schürt Hoffnung, dass diese Problematik nun tatsächlich angegangen würde. Doch schon 1989 wird das Ministerium wieder aufgelöst.
- Vom Parlament wird der „Nationale Plan der Agrarreform“ (PNRA) verabschiedet, der die Ansiedlung von 1,4 Mio. Familien zwischen 1985-89 vorsieht. Doch tatsächlich erhalten nur 0,75% Land.

1987:

- Das Projeto Calha Norte sieht die Reduzierung, und Verkleinerung ununterbrochener indigener Gebiete vor sowie Restriktionen auf Demarkationen im Bereich 62 Meilen von der Nationalgrenze. Zusätzlich wird die Umgrenzung von indigenem Land mit nationalen Wäldern geplant.
- Eine Studie zum Thema „Recht auf angemessene Ernährung als Menschenrecht“ wird vom ECOSOC (Wirtschafts- und Sozialrat der UN) durchgeführt.

1988:

Redemokratisierung in Brasilien: Die soziale Dimension des Eigentums erhält Einzug in die Magna Charta Brasiliens in Art. 184, 185, 186. Außerdem fordert die neue Verfassung den Abbau der sozialen und regionalen Ungleichheiten und speziell die Enteignung des unproduktiven Großgrundbesitzes.

1989:

Die UN veröffentlichen ein Dokument über „das Recht auf angemessene Ernährung als Menschenrecht“.

1991:

- MST und CPT erhalten den Alternativen Nobelpreis.

1992:

- Brasilien ratifiziert den Internationalen Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte.
- Beim UN-Gipfel über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro wird die Bedeutung von Agrarreformen erneut bekräftigt. In der Agenda 21 werden Agrarreform und Partizipation der Landbevölkerung als Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung genannt.

1993:

Im lei n.8634 wird das Recht auf Landreform festgeschrieben.

1995:

- Beginn der ersten Amtsperiode des Präsidenten Fernando Henrique Cardoso.
- 9. August 1995: Beim Massaker von Corumbiara sterben neun Landlose und zwei Polizisten nach einer Zwangsräumung von 600 Familien auf der Fazenda Santa Elina durch die Militärpolizei. Beim Gerichtsprozess im September 2002 werden neun Polizisten freigesprochen, zwei Landlose und drei Polizisten verurteilt.

16.4. 1996:

Nach einem friedlichen Demonstrationmarsch in Eldorado dos Carajás werden 19 Landlose durch die Militärpolizei getötet, 70 weitere verletzt. Mögliche Zeugen werden eingeschüchert und gefährdet.

1997:

Mit dem Programm Cédula da Terra wird nach Abstimmung der Brasilianischen Regierung mit der Weltbank eine neue marktförmige Agrarpolitik eingeläutet.

1999:

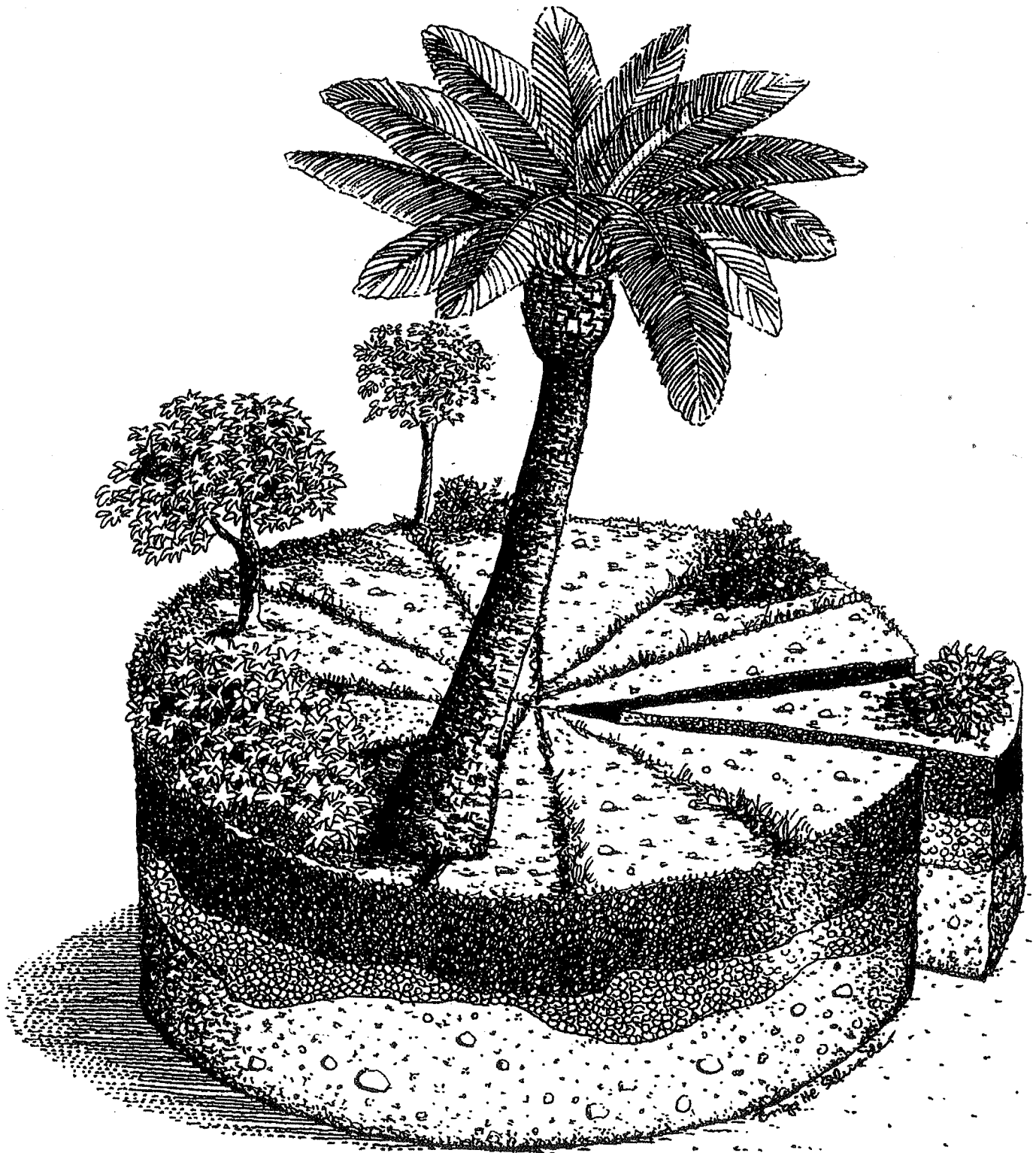
Beginn der zweiten Amtsperiode Fernando Henrique Cardosos.

19.6.2002:

Der Bundessenat nimmt das Dekret zur Ratifizierung der ILO-Konvention 169 an.

1.1.2003: Amtsantritt des neuen brasilianischen Präsidenten Luis Inácio Lula da Silva.

Recht auf Land: Ein WSK-Recht ?



Kapitel 3. Einführung in das Thema Landrechte

3.1. Das Thema Agrarreform

1992 veröffentlichte der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) einen Bericht mit dem Titel "The State of World Rural Poverty". Darin werden nicht nur die Bevölkerungsgruppen benannt, die von Armut besonders betroffen sind, sondern vor allem auch die Prozesse analysiert, die zu ihrer Verarmung geführt haben. Fast immer spielte der Zugang zu Land und landwirtschaftlichen Infrastrukturleistungen (Beratung, Kredite, Vermarktungsmöglichkeiten usw.) eine zentrale Rolle. Daraus ergibt sich für die Autoren als oberstes politisches Ziel die Forderung, den Zugang der Armen zu produktiven Ressourcen - und das ist vor allem Land - zu erhöhen. Dies könne durch die Umverteilung von Land, die Privatisierung ehemals kommunaler Flächen, die Ansiedlung auf bislang landwirtschaftlich ungenutzten Böden und die Einrichtung privater und gemeinschaftlicher Nutznießerrechte geschehen.¹ Dieser neue Ansatz sei für eine wirksame Armutsbekämpfung unerlässlich.

Auch in Teilen der Landwirtschafts- und Nahrungsmittelorganisation der UNO, der FAO, wird mittlerweile wieder über Agrarreformen nachgedacht: Der Regionalverantwortliche für Asien und den Pazifikraum, Obaidullah Khan, wies bei einer Expertentagung auf den Philippinen darauf hin, daß die so lange als Königsweg gepriesene "Grüne Revolution" weder ökonomisch noch ökologisch tragfähig sei.

*"Wir müssen das Modell der Grünen Revolution als Ganzes überdenken und davon abgehen, auch wenn wir noch nicht wissen, wie... die Rechte der Bauern und ländlichen Gemeinden im Hinblick auf Landsicherheit, Bäume und andere gemeinsame Ressourcen sind zentrale Faktoren für eine nachhaltige Landwirtschaft. Ohne eine Reform der Besitzrechte werden wir keine nachhaltige Landwirtschaft erreichen."*²

Was als "neuer Ansatz" bezeichnet wird, ist eine Thematik, die schon seit Jahren in periodischer Form immer wieder von internationalen Gremien und nationalen Organisationen diskutiert wurde. So wurde bereits bei der ersten internationalen Konferenz über Agrarreformen, die 1951 von der FAO und den Vereinten Nationen veranstaltet wurde, darauf hingewiesen, daß eine Agrarreform mehr umfassen muß als die bloße Landverteilung, daß dazu auch flankierende Maßnahmen (Infrastruktur, Kredite, Beratung etc) gehören müssen. In der Praxis stand die Industrialisierung im Zentrum der meisten nationalen und internationalen Entwicklungsstrategien.³ Eine Strategie, welche die Landwirtschaft in den Mittelpunkt stellte, fehlte fast völlig. Im "modernisierungstheoretisch" geprägten Umfeld der 50er und 60er Jahre kamen eher technisch orientierte Lösungen zum Zuge, wie die "Grüne

¹ zitiert nach: epd Entwicklungspolitik Nr. 10/94; Rechte am Boden - ein Grundbedürfnis; Seite 14 u. 24

² vgl. epd Entwicklungspolitik Nr. 10/94; Rechte am Boden - ein Grundbedürfnis; Seite 15.

³ Windfuhr, M.; Landverteilung als menschenrechtliche Frage; in: epd Entwicklungspolitik Nr. 10/94

Revolution". Deren anfängliche Erfolge legten den Schluß nahe, daß Fortschritte im Agrarbereich auch ohne Eingriff in die Besitzrechte möglich waren. Konsequenterweise stand dann auch die "Grüne Revolution" im Zentrum der zweiten Internationalen Konferenz über Agrarreformen von 1966.

Im Jahr 1976 faßte die "Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung" GKKE, ein gemeinsames Gremium der Evangelischen und der Katholischen Kirchen in der Bundesrepublik - die Probleme, die sich aus Landverteilung, Marktzugang und der Agrarpolitik der westlichen Industrieländer ergeben, in einem Papier zusammen, das auch zwanzig Jahre nach seiner Erstellung nichts von seiner Aktualität verloren hat:

"Die Bekämpfung des Hungers ist kein ausschließlich agrartechnisches Problem. Sozio-ökonomische und politische Veränderungen sind eine wichtige Voraussetzung für die umfassende ländliche Entwicklung. Hauptziel muß es sein, die große Zahl der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe mit ihren Familien in den Produktions- und Vermarktungsprozeß einzubeziehen; dabei ist eine Preispolitik notwendig, die die Lebensverhältnisse tatsächlich verbessert. Zu diesem Zweck müssen Agrarreformen in Verbindung mit flankierenden Maßnahmen vorbereitet und durchgeführt werden. Im einzelnen sind erforderlich: Neuordnung der Besitzstrukturen; ausreichendes Angebot an Beratung und an Krediten; Bereitstellung von Saatgut, Düngemitteln, Ackergeräten; Schaffung der erforderlichen Infrastruktur. Durch Aufbau einfacher Agrarindustrien können auf dem Land zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden, damit der Landflucht, d.h. der Abwanderung in die städtischen Slums, wirksam begegnet wird. (...)

Im Bereich der Agrarpolitik der Industriestaaten, insbesondere der EG, sind Maßnahmen zur Öffnung der Märkte vorzusehen; das gilt vor allem auch für verarbeitete Agrarprodukte. Darüberhinaus sind gemeinsame Vereinbarungen der Industrie- und der Entwicklungsländer anzustreben, um die Außenhandelserlöse für agrarische Grundstoffe zu steigern...

Die lang geübte und heute noch gültige Praxis der Industrieländer, einerseits den heimischen Agrarmarkt zu schützen und andererseits international für einen marktwirtschaftlichen Steuerungsprozeß einzutreten, macht die marktwirtschaftliche Ordnung, für die die westlichen Industrieländer eintreten, unglaubwürdig und gibt Gruppeninteressen und kurzfristigen nationalen Zielen Vorrang vor fundamentalen entwicklungspolitischen Notwendigkeiten. (...)
*An dem Grad der gemeinsamen Anstrengungen, Hunger und Unterernährung in der Welt mit Entschiedenheit zu bekämpfen, wird die Solidarität der Industrieländer mit den Entwicklungsländern abzulesen sein. Hier handelt es sich um die Befriedigung der Mindestbedürfnisse von Menschen. Um sie kann international nicht gefeilscht, für ihre Realisierung nur entschlossen gemeinsam gehandelt werden" (...)*⁴

⁴ Aus dem Memorandum der GKKE zur Welthandels- und Entwicklungskonferenz 1976, UNCTAD IV; zitiert nach der Überblick 1/83

Auch der Arbeitskreis Welthungerkrise, eingesetzt vom Ausschuß für Ökumenische Diakonie, forderte in seinem zusammenfassenden Bericht vom Februar 1976:

"(...) sollte in Gebieten, in denen die Bodenverteilung starke Ungleichheiten aufweist, entweder die Förderung produktiver Öffentlicher Güter so lange aufgeschoben werden, bis eine Agrarreform durchgeführt ist, oder aber die Nutzungsberechtigung dieser Infrastruktureinrichtungen muß eingeschränkt werden. Aus diesem Grund ist das absolute Schwergewicht in Lateinamerika und in weiten Teilen von Asien auf Maßnahmen in Richtung einer Agrarreform zu legen. Da in den meisten dieser Länder die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Regelung einer Agrarreform existieren, jedoch aufgrund der faktischen Machtverhältnisse in den Gesellschaften nicht oder nur halbherzig angewandt werden, geht es darum, die rechtlichen Spielräume der abhängigen Kleinbauern voll auszuschöpfen. Eine Vielzahl von Maßnahmen sind hier anwendbar, angefangen von einfacher Rechtsberatung für die Kleinbauern, über Landvermessungen und -registrierungen bis hin zur formal legalen (allerdings politisch brisanten) Landnahme. (...)"⁵

Auf internationaler Ebene wurde 1976 der Vertrag über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte (WSKR) verabschiedet. Die vorangegangenen Debatten fanden darin in einer recht technokratischen Formulierung des "Rechtes auf angemessene Ernährung" (Art. 11; Abs. 2) ihren Ausdruck: "In Anerkennung des grundlegenden Rechtes eines jeden, vor Hunger geschützt zu sein, werden die Vertragsstaaten einzeln und im Wege internationaler Zusammenarbeit die erforderlichen Maßnahmen, einschließlich besonderer Programme, durchführen, zur Verbesserung der Methode der Erzeugung, Haltbarmachung und Verteilung von Nahrungsmitteln durch volle Nutzung der technischen und wissenschaftlichen Erkenntnisse, durch Verbreitung der ernährungswissenschaftlichen Grundsätze sowie durch die Entwicklung oder Reform landwirtschaftlicher Systeme mit dem Ziel einer möglichst wirksamen Erschließung und Nutzung natürlicher Hilfsquellen;..."

Noch immer wurde ein starkes Vertrauen in die Möglichkeiten der "Grünen Revolution" gesetzt. Erst als absehbar war, daß dadurch zwar - unter bestimmten Bedingungen - erhebliche Ertragssteigerungen erzielt werden konnten, die ungleichen Strukturen auf dem Lande aber noch mehr zunahmen mit der Folge von wachsender Armut, Landflucht und Repression, rückte man vorsichtig von diesem Konzept ab.

Auf der dritten Weltkonferenz über Agrarreformen und ländliche Entwicklung (WCARRD), die 1979 in Rom stattfand, wurde der Vorrang des Agrarsektors für die Entwicklung erneut betont. Es wurden Landverteilungsmaßnahmen im Rahmen von Konzepten ländlicher Entwicklung in das Aktionsprogramm aufgenommen. Allerdings wurden nur die Teile des Programmes, die Maßnahmen von den Entwicklungsländern forderten, einstimmig angenommen, während die Industrieländer den Teilen, die sie selbst politisch in die Pflicht nahmen, ihre Zustimmung versagten.

Anfang der 80er Jahre verschwand die Debatte um Agrarreformen auf internationalen Fachorganisationen und Konferenzen zunehmend.⁶

⁵ aus: Zusammenfassender Bericht des Arbeitskreises Welthungerkrise; eingesetzt vom Ausschuß Ökumenische Diakonie - zugleich Verteilungsausschuß 'Brot für die Welt'; Stuttgart, im Februar 1976.

⁶ vgl. epd Entwicklungspolitik Nr. 10/94; Rechte am Boden - ein Grundbedürfnis; Seite 15.

Im Zuge von neoliberalen Wirtschaftskonzepten, der Schuldenkrise und der v.a. von Weltbank und IWF geforderten Strukturanpassung vieler Länder sah man die Lösung des Problems vielmehr in einer intensiveren Eingliederung in den Weltmarkt, die über vermehrte Exporte von Primärprodukten und landwirtschaftlichen Rohstoffen erreicht werden sollte. Gefragt war jetzt eine Steigerung der Exporte unter Ausnutzung komparativer Kostenvorteile und der Beseitigung von Markthemmnissen.

Agrarreformen muteten in diesem Zusammenhang fast als etwas Utopisches und zugleich Altmodisches an. Hinzu kamen noch weitere Gründe, wie z.B. die geringer werdende Bedeutung des Agrarsektors in einigen Ländern sowie negative Erfahrungen mit bereits begonnenen Agrarreformen.

In den meisten Fällen ging es dabei allerdings lediglich darum, Land zu verteilen und gemeinschaftliche Produktionsverhältnisse einzurichten. Begleitende Maßnahmen wie Beratung, Fortbildungsmaßnahmen, Beschaffung der für die Produktion nötigen Inputs, Vermarktungsmöglichkeiten etc. wurden in vielen Fällen nur halbherzig ergriffen oder fehlten völlig. Auch die Einbettung in Programme ländlicher Entwicklung war nur in den seltensten Fällen gegeben. Die Nutznießer, die Bauern und Bäuerinnen, blieben so auf sich allein gestellt und hatten zumeist noch mit der Rückzahlung der Schulden zu kämpfen. Dazu gehörten beispielsweise Entschädigungen, die sie an die früheren Besitzer der überschriebenen Grundstücke zu leisten hatten.

So kamen denn auch FAO-Experten 1991 bei ihrer Überprüfung des WCARRD-Aktionsprogramms zu dem Schluß, daß in den Ländern, in denen Privatbesitz überwiegt, nur wenig Anstrengungen unternommen wurden, den Armen Zugang zu Land zu ermöglichen. Allgemein habe das Interesse an Agrarreformen in den 80er Jahren abgenommen. Wo Land verteilt wurde, hätten mittelgroße landwirtschaftliche Betriebe davon eher profitiert als die Ärmsten der Armen. Ein möglicher Fortschritt sei durch zu hohe Obergrenzen für Landbesitz, legale Schlupflöcher und ein geringes Interesse der Regierungen an der Umsetzung des Reformprogramms verhindert worden. Die allgemeine Praxis, Landtitel nur an männliche Haushaltvorstände zu vergeben, habe zudem Frauen diskriminiert und ihre Kontrolle über Zugang und Nutzung von Land eingeschränkt.

In der Standortbestimmung "Agriculture: Towards 2010", die für die FAO-Jahreskonferenz 1993 erarbeitet wurde, beschränkte sich der scheidende FAO-Generaldirektor Edouard Saouma auf wenige Hinweise über die begrenzten Erfolge der Landreformen und machte dafür die "politischen Realitäten" verantwortlich.

Im Gegensatz dazu haben jedoch mittlerweile andere internationale Organisationen das Thema Agrarreformen im Zusammenhang mit den Diskussionen über nachhaltige ländliche Entwicklung und Armutsbekämpfung wieder aufgegriffen.

Der UN-Gipfel über Umwelt und Entwicklung in Rio hat die Bedeutung von Agrarreformen erneut bekräftigt. Die dort verabschiedete Agenda 21 nennt Agrarreform und Partizipation der Landbevölkerung an der Entwicklung der Landwirtschaft als Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung. Nötig sei eine Agrarpolitik, die sich an den (Klein-) Bauern orientiere. Die Nicht-Regierungsorganisationen (NROs) gingen noch einen Schritt weiter und

forderten den Bruch mit dem "vorherrschenden Modell der Landwirtschaft zugunsten neuer Muster der Nachhaltigkeit, die gerecht und auf Beteiligung der betroffenen Menschen angelegt sind".⁷

Eine Konferenz, die im November 1991 in Berlin gemeinsam von der Bonner Stiftung Entwicklung und Frieden und der schwedischen Stiftung "Right Livelihood Award" (Alternativer Nobelpreis) unter dem Titel "Soil for Life: Promoting Sustainable Land Use" veranstaltet wurde, zeigte sich tief beunruhigt über die fehlende Nachhaltigkeit der vorherrschenden Landwirtschaft: Notwendig sei eine Politik, die ökologischen Landbau und Agrarreformen verbinde.⁸

Der Zusammenhang zwischen Landbesitzverhältnissen und Nutzungsformen und -möglichkeiten wird in der neueren Debatte zunehmend stärker thematisiert, ist doch allein der Zugang zu Land noch keine ausreichende Gewähr für die Sicherung der Nahrungsgrundlage.

"Oftmals jedoch haben Volksorganisationen, die um Landreformen kämpften und Menschen dabei unterstützten, brachliegendes Land von Großgrundbesitzern zu besetzen, die Nutznießer/-innen allein gelassen, waren diese einmal bei dem Kampf um die Erlangung von Land erfolgreich. Daraufhin mußten die Nutznießer/-innen bei Regierungsinstitutionen oder anderen Institutionen um Unterstützung und Beratung nachsuchen, die normalerweise auf eine 'moderne' Landwirtschaft ausgerichtet ist und die Campesinos leicht in eine neue ökonomische Krise, politische Abhängigkeit und langfristige Zerstörung ihrer Subsistenzgrundlagen führen kann. (...)"⁹

Diese Debatte dürfte auch einen Auftrieb durch den Weltsozialgipfel im März 1995 in Kopenhagen erhalten. Zudem wird sich 1995 eine Konferenz der Internationalen Juristenkommission (ICJ) mit dem Thema Landrechte angesichts weltweit wachsender Konflikte beschäftigen, um zu versuchen, den Rechten der armen ländlichen Bevölkerung mehr Nachdruck zu verleihen. In einem Vorbereitungspapier zu diesem Thema führt der Koordinator des Landrechtprojektes der ICJ, Roger Plant, aus:

"Seit etwa 1980 verschwand das Thema Agrarreform in vielen Entwicklungsländern (aus der offiziellen Diskussion), ungeachtet der Tatsache, daß die Zahl der landlosen Campesinos und die Konzentration von Land in Händen weniger zugenommen hatte. (...)

Die internationalen Menschenrechts-NGOs dokumentieren häufig Verletzungen der zivilen und politischen Rechte, deren Ursachen in Agrarkonflikten liegen; aber nur sehr selten gehen sie diese Probleme in einem größeren Kontext an, der nämlich im Zusammenhang mit der Verteilung und dem Besitz von Land steht, oder der legitimen Forderungen nach Land. (...)

Die MRO in den Entwicklungsländern sind im allgemeinen offener dafür, die Rechte auf Land und auf Agrarreformen in ihre Arbeit miteinzubeziehen. Es existieren einige offensichtliche Schwierigkeiten dafür, die Rechte an Land unter menschenrechtlichen Gesichtspunkten zu betrachten. (...) Die Personen oder Gruppen, die eine bestimmte Parzelle und dafür einen Landtitel besitzen, entsprechend den Bestimmungen des Zivilrechts, haben, so könnte man annehmen, ein (bürgerliches) Recht auf das Land. Die Personen, die auf einen

Zugang zu Land angewiesen sind und über keine anderen Subsistenz-Möglichkeiten verfügen, haben, so ließe sich annehmen, ein wirtschaftliches und soziales Recht an Land. (...)

Angesichts der schwierigen Problemlage ist es nicht verwunderlich, daß die Landrechte nur selten in internationalen Menschenrechts-Abkommen behandelt wurden. So enthält die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 nur einen Artikel über Rechte an Eigentum: "Jede Person hat ein Recht auf privates und gemeinschaftliches Eigentum." Niemand darf willkürlich seines Eigentums beraubt werden. (...)

1989 wurde von den Vereinten Nationen ein Dokument über "das Recht auf eine angemessene Ernährung als Menschenrecht" veröffentlicht. Dieser Bericht deutet an, daß eine angemessene Beachtung des Rechtes auf Ernährung, eine besondere Berücksichtigung der Rechte auf Land erfordert. (...)

Außerdem weist der Bericht daraufhin, daß eine Verpflichtung besteht, den besonders schwachen Gruppen den Zugang zu für die Ernährung notwendigen Ressourcen zu verteidigen: "Schutz des Rechtes auf Land und seiner Nutzung gegenüber eindringenden Unternehmen, die eine intensive Ausbeutung betreiben; legislative Maßnahmen, um zu verhindern, daß der Landbesitz Personen zufällt, die nicht darauf leben; außerdem gesetzliche Regelungen, die verhindern, daß Campesinos der Kontrolle und Eigentum des Landes, welches sie bearbeiten, beraubt werden. (...)"¹⁰

Auch innerhalb des von der UNO, ausgerufenen Jahrzehnts indigener Völker wird das Thema Land wieder eine Rolle spielen: 1997 soll es zum Schwerpunktthema innerhalb dieses Jahrzehntes werden.

Das heißt, es bestehen gute Aussichten, daß das Thema "Agrarreformen" in Verbindung mit den Themenbereichen nachhaltige Landwirtschaft, Rolle der Industrienationen und der internationalen Finanzorganisationen wieder aufgegriffen wird.

Michael Windfuhr

Landverteilung als menschenrechtliche Frage

UN-Pakt regelt soziale und wirtschaftliche Verpflichtungen

Fragen der Landverteilung gehören nach wie vor zu den wichtigsten Themen für die Landbevölkerung in vielen Entwicklungsländern. Dagegen spielen Agrarreformen in den aktuellen entwicklungspolitischen Debatten kaum noch eine Rolle. Auch in den offiziellen Programmen zur Strukturangepassung und in den Konzepten „guter Regierungsführung“, die in letzter Zeit praktische Bedeutung erlangten, fristet das Thema ein Schattendasein. Politiker, Experten und Bürokraten ignorieren, daß aus der Perspektive der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte der Umsetzung von Agrarreformprogrammen nach wie vor eine besondere Bedeutung zukommt.

Beispiel El Salvador

Allein 200.000 Familien sind in El Salvador landlos. 40 Prozent der Landbevölkerung fehlt eine sichere Möglichkeit, sich ausreichend zu ernähren. Fast 85 Prozent der Bevölkerung muß mit weniger als zwei Hektar (ha) Land auskommen, 7,5 Prozent des bebaubaren Landes. Die ungleiche Besitzstruktur, Hauptgrund für Hunger und Unternahrung im ländlichen El Salvador, bildete eine der Ursachen für den seit den 70er Jahren tobenden Bürgerkrieg.

Bereits 1980 wurde deshalb eine Agrarreform begonnen, die eine Umverteilung des Landes in drei Phasen vorsah:

- Enteignung des Landbesitzes, der 500 ha überschritt;
- Enteignung der Landgüter zwischen 100 und 500 ha;
- Übertragung der gepachteten Felder an die sie bewirtschaftenden Bauern.

Die erste und dritte Phase verschaffte knapp 80.000 Familien (etwa 15 Prozent der Landbevölkerung) Zugang zu Land. Phase 2 stagniert, seit 1983 eine Verfassungsänderung vorgenommen wurde. Seitdem sind nur noch Enteignungen von Ländereien über 245 ha zugelassen. Bereits

1986 wurden diese offiziell durch Gesetz enteignet. Die Übergabe des Landes ist allerdings blockiert. Knapp 50.000 ha könnten sofort landlosen Familien zur Verfügung gestellt werden. Das salvadorianische Agrarentwicklungsinstitut ISTA (Instituto Salvadoreño de Transformación Agraria) hat jedoch bis heute, zwei Jahre nach Friedensschluß, noch keine konkreten Schritte unternommen, um diesen Grundbesitz zu übertragen.

Das Friedensabkommen, das den Bürgerkrieg im Januar 1992 beendete, enthält erneut Regelungen zur Agrarreform. Deren Durchführung soll nun die UNO überwachen.

Beispiel Chiapas

Auch in Chiapas, jenem südlichen Bundesstaat Mexikos, der durch die Aktionen der „zapatistischen“ Aufstandsbewegung zum Jahreswechsel über Nacht bekannt wurde, liegen dem Konflikt vor allem Fragen der Landverteilung zugrunde. Knapp 6.000 Familien, in der Regel Viehzüchter, gehört mit zirka drei Millionen Hektar rund die Hälfte der Fläche dieses Bundesstaates von der Größe Bayerns. Auf der anderen Seite steht der größte Teil der meist indigenen Kleinbauernfamilien, die nur kleinste Landparzellen besitzen oder als vollständig landlos angesehen werden müssen. Trotz des vielbeachteten Friedensprozesses hat sich die soziale Situation in Chiapas kaum entspannt. Gerade in den letzten Wochen kam es zu verschiedenen Landbesetzungen durch Indianergruppen. Nach wie vor warten 35.000 Menschen, die im Zuge der Aufstandsbekämpfung umgesiedelt wurden, auf eine mögliche Rückkehr auf ihr Land.

Bereits in der mexikanischen Revolution (1910-1917) war Landverteilung eine zentrale Forderung. 1951 wurde von der Welternährungsor-

ganisation FAO und der UN eine erste internationale Konferenz über Agrarreform organisiert. Bereits damals wurde deutlich gemacht, daß Agrarreform mehr umfassen muß als die bloße Landverteilung, daß dazu auch begleitende Politikmaßnahmen wie infrastrukturelle Hilfen, Beratung und Kreditmöglichkeiten gehören müssen. Doch im modernisierungstheoretisch geprägten Umfeld der 50er und 60er Jahre rückte die Industrialisierung ins Zentrum der meisten nationalen und internationalen Entwicklungsstrategien. Fördermaßnahmen für die Landwirtschaft wie Agrarreformprogramme wurden kaum implementiert. Dafür rückten technische Überlegungen in den Mittelpunkt der agrarpolitischen Diskussion. Die „Grüne Revolution“ stand dann auch konsequenterweise im Zentrum der zweiten internationalen Konferenz über Agrarreform von 1966.

Im Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte fanden diese Debatten ihren Niederschlag in einer sehr technokratischen Formulierung des Rechtes auf angemessene Ernährung (Art. 11, Abs. (2)):

„In Anerkennung des grundlegenden Rechtes eines jeden, vor Hunger geschützt zu sein, werden die Vertragsstaaten einzeln und im Wege internationaler Zusammenarbeit die erforderlichen Maßnahmen, einschließlich besonderer Programme, durchführen a) zur Verbesserung der Methoden der Erzeugung, Haltbarmachung und Verteilung von Nahrungsmitteln durch volle Nutzung der technischen und wissenschaftlichen Erkenntnisse, durch Verbreitung der ernährungswissenschaftlichen Grundsätze sowie durch die Entwicklung oder Reform landwirtschaftlicher Systeme mit dem Ziel einer möglichst wirksamen Erschließung und Nutzung natürlicher Hilfsquellen; ...“

Erst als sich zeigte, daß mit der „Grünen Revolution“ zwar erhebliche Ertragssteigerungen erreicht werden konnten, sich dadurch aber die ungleichen Strukturen auf dem Land eher noch vertieften und Hunger und Unterdrückung weiterhin zu Landflucht führten, begann man vorsichtig davon abzurücken. Auf der dritten Weltkonferenz über Agrarreform und ländliche Entwicklung (WCARRD) wurde der Vorrang des Agrarsektors für die Entwicklung erneut betont und Landverteilungsmaßnahmen im Rahmen von Konzepten ländlicher Entwicklung in den

Aktionsplan aufgenommen. Doch weder in der nationalen noch in der internationalen Politik wurden Agrarreformprogramme auch tatsächlich zum Schwerpunkt gemacht.

Landverteilung bleibt aktuell

Wie drängend das Problem der Landverteilung nach wie vor ist, wird deutlich beim Blick auf aktuelle Beschreibungen von Armutsverteilung und Armutsursachen. Im 1992 veröffentlichten Bericht „The State of World Rural Poverty“ des „International Fund for Agriculture Development“, der neben der FAO wichtigsten Ernährungsorganisation der Vereinten Nationen, wird festgehalten, daß immer noch 80 Prozent der Armen auf dem Lande leben: eine Milliarde Menschen. Die weitverbreitete Armut der ländlichen Regionen ist Triebkraft für die anhaltende Landflucht. Doch angesichts fehlender Arbeitsplätze in den Städten entbehrt die alte entwicklungspolitische Hoffnung, so billige und dringend benötigte Arbeitskräfte für den Industrialisierungsprozeß zur Verfügung zu stellen, heute jeder realen Basis. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) hat in seinem „Bericht über menschliche Entwicklung 1993“ auf diese verfehlte Strategie hingewiesen, in dem es die Arbeitsmarktentwicklung weltweit mit dem Stichwort des „jobless growth“ (Wachstum ohne Arbeitsplätze) beschrieben hat. IFAD weist in dem genannten Bericht darauf hin, wie wichtig es auch für die Armutsbekämpfung in den Städten ist, eine befriedigende Lösung des Arbeitsplatzproblems auf dem Lande zu finden.

IFAD identifiziert in seinem Bericht die besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen und analysiert die Prozesse, die zur Verarmung führen. Bei fast allen in Frage kommenden Gruppen und bei neun der zehn beschriebenen wichtigsten Prozesse spielt der Zugang zu Land und zu landwirtschaftlichen Infrastrukturleistungen (Beratung, Kredite, Vermarktungsmöglichkeiten etc.) eine zentrale Rolle. Als oberstes politisches Ziel enthält der Bericht deshalb die Forderung, den Zugang der Armen zu produktiven Ressourcen zu erhöhen, und das heißt vor allem den Zugang zu Land. Ähnlich fordert UNDP in seinem Bericht über menschliche Entwicklung 1993 auch Partizipationsmöglichkeiten von ländlichen und städtischen Armen an produktiven Ressourcen.

Einhaltung von Menschenrechten

Mit dazu beigetragen haben sicher auch die Entwicklungen im Menschenrechtssystem der Vereinten Nationen. Seit 1987 arbeitet das Komitee für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte in Genf. Es war 1985 vom Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der Vereinten Nationen eingesetzt worden, um die Überwachung der im Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte kodifizierten Menschenrechte (IPWSKR) zu übernehmen. Parallel dazu hatte der ECOSOC zum ersten Mal einen Sonderberichterstatler gebeten, eine Studie über eines dieser Rechte anzufertigen. Die Studie zum Thema „Recht auf angemessene Nahrung als Menschenrecht“ wurde 1987 vorgelegt und inzwischen von der Menschenrechtskommission als eigenes Papier veröffentlicht.

In der Studie wird festgehalten, daß das Recht auf Nahrung auf der Ebene der einzelnen Haushaltungen gemessen und realisiert werden muß. Angemessener Zugang zu Nahrung bedeutet demnach, daß jede/r einzelne die Möglichkeit haben muß, Nahrung a) in qualitativer und quantitativer Hinsicht ausreichend zu erhalten; b) daß diese kulturell akzeptabel und frei von gesundheitsschädlichen Substanzen sein muß; c) der Zugang zu Nahrung in Würde zu erfolgen hat; und d) nachhaltig gegeben ist.

Die Definition unterscheidet sich von den vorhergehenden vor allem durch die Betonung des Zugangs zu Nahrung in Menschenwürde. Die mittlerweile 120 Unterzeichnerstaaten des Paktes sind rechtlich gebunden, ihren Pflichten nachzukommen. Dies beinhaltet, daß alle Staaten

- den vorhandenen Zugang von Menschen zu Nahrung respektieren (zum Beispiel Menschen nicht durch politische Maßnahmen vertreiben, wie dies mit indigenen Völkern immer wieder geschieht);
- den Zugang von Menschen zu Nahrung vor Übergriffen dritter Parteien (etwa Großgrundbesitzern) schützen, und
- für diejenigen, die keinen ausreichenden Zugang zu Nahrung haben (wie Landlose), mit dem Maximum der ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen Sorge tragen, daß die Rechte gewährleistet werden.

Aus der Perspektive des internationalen Rechts

Vielleicht sind die Debatten in einigen UN-Organisationen ein Indiz dafür, daß das Thema Agrarreform wieder ernster genommen wird. Die menschenrechtliche Diagnose von Agrarreformbemühungen ist jedenfalls eindeutig positiv. Eine gute Chance für eine „Wieder“-aufnahme des Themas bietet der Weltsozialgipfel (World Summit on Social Development) im März 1995 in Kopenhagen. Es ist zu hoffen, daß er nicht an den

wird deutlich, daß inzwischen weitaus präzisere Verpflichtungen festgelegt wurden, als politisch oft bekannt ist und umgesetzt wird. Der Artikel 2 des Paktes zum Beispiel verpflichtet die Staaten, ein Maximum der Ressourcen einzusetzen, eine Verpflichtung, der gerade im Hinblick auf landlose Familien eine große Bedeutung zukommt. Lateinamerikanische Länder haben hier wesentlich mehr Möglichkeiten, durch Agrarreformmaßnahmen ihren völkerrechtlichen Pflichten nachzukommen, als sie dies bislang taten. Sollten die Mittel für begleitende Maßnahmen (Kreditprogramme, Infrastruktur etc.) fehlen oder nicht ausreichend vorhanden sein, kann dies durch auswärtige Hilfe ausgeglichen werden. Die Verpflichtungen gelten auch für die Zusammenarbeit, das heißt, sie beziehen sich auch auf Verletzungen des Zugangs zu angemessener Nahrung durch Geberstaaten (z.B. Zwangsvertreibungen durch Entwicklungsprojekte).

Alle fünf Jahre müssen die Unterzeichnerstaaten des Abkommens über die Situation der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte in ihren Ländern berichten. Waren diese Berichte in den ersten Jahren — was das Recht auf Nahrung betrifft — oft sehr allgemein gehalten und mit statistischen Durchschnittszahlen gespickt, so hat sich dies seit 1990 geändert. Das Komitee zur Überwachung der Rechte (CESCR = Committee on Economic, Social and Cultural Rights) hat im Dezember desselben Jahres neue Richtlinien für die Staatenberichte erlassen. Danach sind die Staaten aufgefordert, im Sinne eines Prozesses über die Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu informieren. Dazu müssen sie besonders betroffene Bevölkerungsgruppen identifizieren und darstellen, welche spezifischen politischen Maßnahmen sie für jede einzelne Gruppe ergriffen haben und ob diese Programme auch tatsächlich geholfen haben.

Die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte sind als verbindliche Richtlinien für die Umsetzung nationaler und internationaler Politik zu sehen. Ihr größter Vorteil ist es, nachprüfbar Ziele zu formulieren und einzufordern. Diese basieren auf der aktiven Möglichkeit jedes einzelnen, Zugang zu Nahrung in Menschenwürde zu haben. Vor allem verpflichten sie Staaten nachzuweisen, daß sie tatsächlich die vorhandenen Ressourcen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen einsetzen.

gleichen Schwierigkeiten scheitern wird wie die dritte Agrarreform-Konferenz 1979. Damals waren die Teile des Aktionsprogramms, die Maßnahmen von den Entwicklungsländern forderten, einstimmig angenommen worden, während die Industrieländer den Teilen, die sie politisch in die Pflicht nahmen, ihre Zustimmung versagten.

Recht auf Land und Freiheit

Ein Plädoyer für eine neue Agrarreformdebatte

Die Forderung nach Land und Freiheit ist in Lateinamerika so aktuell wie zu Zeiten der mexikanischen Revolution, als sich die Bauern und Bäuerinnen mit dem Ruf *Tierra y Libertad* gegen das überkommene System von Großgrundbesitz und Repression erhoben. Wenig hat sich seitdem verändert an der sozialen Ungerechtigkeit auf dem Land. So haben auch die Landlosenbewegungen weiterhin großen Zulauf: Hunderttausende beteiligen sich heute in zahlreichen Ländern Lateinamerikas an Landbesetzungen. Auch in der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung gewinnt das Thema an Bedeutung. So haben die Infostellen El Salvador und Guatemala und das Infobüro Nicaragua einen „Rechtshilfefonds für die Landkämpfe in Mittelamerika“ gegründet (s. Beilage im Mittelteil dieser Ausgabe). Die Lateinamerika Nachrichten werden in Zukunft regelmäßig unter der Rubrik „Land und Freiheit“ über Landbesetzungen und den Kampf für eine Agrarreform in Lateinamerika berichten. Den Beginn machen wir mit einem Plädoyer von Martin Wolpold für eine neue Debatte über Agrarreform in Lateinamerika, für die er eine stärkere Berücksichtigung des Menschenrechtsaspekts fordert.

Zum ersten Jahrestag des Massakers von Eldorado dos Carajás verstorben zehntausende landloser Bäuerinnen die Straßen Brasiliens, um ihren Schrei nach Gerechtigkeit in die Regierungsviertel zu tragen. Wieder einmal wurde deutlich: Es bleibt unruhig auf dem Lande in Lateinamerika. Allein in Brasilien waren zwischen 1991 und 1995 pro Jahr zwischen 180.000 und 550.000 Bäuerinnen in Landrechtskämpfe verwickelt. Die Zapatistas legten ihren Aufstand in Chiapas auf den ersten Tag der Nordamerikanischen Freihandelszone und sprachen damit all jenen Bewegungen aus dem Herzen, die sich in diesem Kampf engagiert haben. Bei aller Unterschiedlichkeit der nationalen Kontexte zieht sich ein roter Faden durch die Auseinandersetzungen: Es geht darum, das neoliberale Dogma des Endes der Agrarreform zu behindern, verhindern oder, im besten Falle, zu überwinden.

Nicht alle Konflikte haben die gleiche internationale Beachtung gefunden, wie sie zunächst der zapatistischen Erhebung und derzeit der brasilianischen Landlosenbewegung zuteil werden. Viele kleinere und größere Organisationen versuchen auch in anderen Staaten, den Agrarreformprozess wieder in Gang zu bringen. Die erreichten Erfolge jedoch sind gering. In Brasilien erhielten trotz der enormen Proteste zwischen 1990 und 1996 gerade mal 80.000 Familien Land. Das ist im Blick auf die insgesamt 4,8 Millionen landlosen Familien zynisch, und angesichts der von der staatlichen Agrarbehörde bezifferten 100 Millionen Hektar brachliegenden Landes eine unglaubliche Unverschämtheit. In Honduras hat das Agrarmodernisierungsgesetz beispielhaft und konsequent die Struktur Anpassung des Agrarsektors umgesetzt. Trotz des massiven Widerstands der kritischen Bauernorganisationen und den inzwischen nachweisbaren katastrophalen Effekten der Agrarmodernisierung ist es bisher noch nicht gelungen, das Gesetz grundlegend zu revidieren. In El Salvador werden nach mehreren Jahren zähen Ringens nun Ländereien der zweiten Agrarreformphase enteignet und an Landlose übertragen werden – zehn Jahre später als es die Verfassung vorsah. In Guatemala eröffnet das Friedensabkommen zwar neue Perspektiven, ein umfassendes Agrarreformprogramm aber ist nicht in Sicht. Doch wie soll es zu Frieden und einer ländlichen Entwicklung kommen, die die-

sen Namen verdient, in Staaten, in denen ein Drittel bis die Hälfte der bäuerlichen Bevölkerung ohne ausreichend Land und ohne permanente Arbeit ist? Zehn Jahre nach Beginn des zentralamerikanischen Friedensprozesses in Esquipulas herrscht ein „Frieden ohne Gerechtigkeit“, den insbesondere die arme Landbevölkerung in unruhig knurrenden Mägen spürt: Hunger in Freiheit?

Das Menschenrecht auf Land

Landrechtskämpfe gehen in den meisten Fällen mit Menschenrechtsverletzungen einher. Allein in dem Konflikt um die Hacienda Belacruz in Kolumbien wurden 1996 über 30 Bäuerinnen umgebracht. 1991 wurden nach Angaben der brasilianischen Landpastorale 287 Menschen bei Landkonflikten getötet. Allerdings sind es keineswegs nur die bürgerlichen und politischen Menschenrechte, die immer wieder mißachtet werden. Viel häufiger und systematischer sind die Verletzungen der wirtschaftlichen und sozialen Rechte, insbesondere des Menschenrechts, sich zu ernähren. Die meisten Staaten Lateinamerikas haben den internationalen Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte ratifiziert. Ihre Pflicht, die darin anerkannten Rechte zu achten, zu schützen und zu gewährleisten, haben sie in vielen Fällen jedoch chronisch mißachtet. Vielmehr haben die Regierungen oft selbst im Zuge von Staudammbauten oder Erz- und Goldabbauprojekten Bauernfamilien vertrieben und so ihrer Ernährungsbasis beraubt. Oder sie haben, statt



„Viele Menschen ohne Land, viel Land ohne Menschen“

ihrer Schutzpflicht gegenüber diesen Gruppen nachzukommen, transnationalen Bananen- oder Ölkompagnien bei der Vertreibung indigener oder anderer bäuerlicher Gemeinschaften assistiert. Der Pakt jedoch impliziert, daß die Regierungen den Armen per Agrarreformen den größtmöglichen Zugang zu produktiven Ressourcen ermöglichen müßten. Denn ohne ausreichend Land, bezahlbare Kredite oder permanente Arbeit können sich die Bäuerinnen nicht ernähren.

Der enge Zusammenhang zwischen den bekannteren bürgerlichen und politischen und den lange Zeit fast vergessenen sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechten wird gerade bei Landkonflikten sehr deutlich. Als ich vor zwei Jahren an den Gräbern dreier Bauern stand, die bei einem Landkonflikt in Honduras umgebracht worden waren, bat ich die Überlebenden dringend darum, von einer Wiederbesetzung des Landes abzusehen. Ich hatte die Bewaffnung und Entschlossenheit der Soldaten gesehen, die das umstrittene Landstück zu verteidigen hatten. Darauf reagierte Manuel, einer der hageren Landlosen mit einem bitteren Satz: „Es gibt Schlimmeres als zu sterben: die Kinder jeden Tag hungrig im Dreck spielen sehen zu müssen.“ Für diese Menschen sind in der Tat die Landkonflikte zentraler Krisenstabilisationspunkt eines Kampfes für ihre fundamentalen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rechte, die für ein Leben in Würde unentbehrlich sind.

Wesentlich ernster als ihre Verpflichtungen gegenüber den Menschenrechtspakten nehmen die Regierungen die Auflagen, an die internationale Finanzinstitutionen ihre Kreditvergabe knüpfen. Neoliberale Strukturpolitiken bilden seit Jahren den wesentlichen strukturellen Rahmen für die Liberalisierung der nationalen und internationalen Agrarmärkte sowie die Privatisierung der Dienstleistungen im Kredit- und Beratungsbereich. Neoliberaler Logik beherrscht auch den Zugang zu Land. Land wird als Ware wie jede andere gesehen, die gekauft und verkauft wird. Enteignungen

mit der Begründung, daß das Eigentum eine soziale Funktion erfüllen soll, sind dieser Ideologie fremd. Dagegen wirkt das Postulat: „Das Land denen, die es bebauen“, geradezu archaisch. Im Zeichen der sogenannten Agrarmodernisierung besteht kein Zweifel mehr. Statt: „La tierra para quién la trabaja“ heißt es nun: „La tierra para quién la puede comprar“, das Land denen, die es kaufen können. Dieses Dogma ist exklusiv. Wer von diesen Millionen landlosen BäuerInnen verfügt über das nötige Kapital zum Kauf von ausreichend Land? Für sie ist das neoliberale Modell weder theoretisch noch praktisch eine Option. Diese Menschen interessieren nicht, denn ihre Kaufkraft ist gleich null.

Wenn aber Regierungen auf diese Weise große Teile der bäuerlichen Bevölkerung von der Teilhabe an ländlicher Entwicklung ausschließen, dann ist dies nicht nur aus volkswirtschaftlichen und moralischen Gründen problematisch. Es ist vor allem ein massiver und systematischer Verstoß gegen die Menschenrechte genau dieser Bevölkerungsgruppen. Dieser Aspekt ist bisher bei den Diskussionen über Agrarreform und Strukturanpassung in Lateinamerika viel zu wenig beachtet worden. Dabei eröffnet eine menschenrechtliche Begründung der Notwendigkeit von Agrarreformen in Lateinamerika enorme Chancen, besonders im Zeichen und im Kontrast zum herrschenden neoliberalen Dogma.

Ich plädiere dafür, den Kerngehalt des Rufs nach Land und Freiheit in menschenrechtlicher Perspektive neu zu entdecken und für die Solidaritätsarbeit zu operationalisieren. Land und Freiheit, das war nie nur ein Stückchen Land und ein Stückchen Freiheit. Land war immer mehr, der Schrei nach Land verdichtete immer eine übergreifende, fundamentale Forderung nach den Grundlagen einer menschenwürdigen Existenz.

Land bedeutet Leben, ganz und gar nicht nur für indigene oder andere bäuerliche Gemeinschaften, auch wenn diese am ehesten um das Geheimwissen. Land ist für viele Garant ihrer Ernährungssicherheit und somit für Würde und Unabhängigkeit. Land ist für viele Garant der Freiheit. Freiheit wiederum bedeutete nie nur, frei zu sein von politischer Repression. Freiheit war immer auch ein Kampf gegen wirtschaftliche, soziale und kulturelle Unterdrückung. Freiheit von Angst und Freiheit von Not sind zwei Seiten derselben Medaille.

Wer heute für eine neue Debatte über Agrarreformen plädieren will, knüpft an der langen Tradition des Kampfes für Land und Freiheit an. Es bleibt die Vision, daß den „verdammten BäuerInnen dieser Erde“ eine Zukunft ohne Unterdrückung gebührt. Es bleibt die Verpflichtung, die wir Engagierten gegenüber denjenigen mutigen Menschen empfinden, die ihren Einsatz für Recht und Gerechtigkeit mit Repression und Mord quittiert bekommen haben. Auch die Anklage der noch immer himmelschreienden Besitzverhältnisse auf dem Lande Lateinamerikas muß bleiben. Die altbekannten volkswirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Argumente zur Begründung von Agrarreformen sind nach wie vor gültig, worauf auch Senghaas in einer unlängst veröffentlichten Polemik „gegen den entwicklungspolitischen Gedächtnisschwund“ hingewiesen hat.

Agrarreform als Staatenpflicht

Neuere einleuchtende Argumentationslinien sind in den letzten Jahren nicht nur in menschenrechtlicher, sondern auch aus feministischer und ökologischer Perspektive formuliert worden. Die honduranischen BäuerInnenorganisationen etwa haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die im Agrarreformierungsprozess festgelegte Gleichberechtigung der Frauen bei der Übertragung von Agrarreformland Makulatur geblieben ist, daß dasselbe Gesetz den gesamten Agrarreformprozess zum Stillstand gebracht hat. Wenn kein Land mehr zu verteilen ist, gibt es auch keines für die Frauen. Die fortschreitende Erosion und Entwaldung hängen in den meisten Ländern mit der Frage des Landbesitzes zusammen. Dies zeigen nicht nur die hemmungslosen Abrodungen riesiger Forstgebiete durch private Firmen und Großgrundbesitzer. Auch an der prekären Lage der kleinen Parzellenbauern, die mangels Alternative landwirtschaftlich kaum nutzbare Hänge oder Flächen bewirtschaften, wird deutlich: Eine ökologisch nachhaltige, ländliche Entwicklung in Lateinamerika ist ohne grundlegende Reformen der Grundbesitzstruktur nicht denkbar. Die angedeuteten feministischen, ökologischen und menschenrechtlichen Argumentationslinien sollten dringend weiter analysiert und debattiert werden.

Solange neoliberale Agrarpolitiken in Lateinamerika Millionen von BäuerInnen von der Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung ausschließen, ist

das nicht nur ein moralisches, sondern auch ein rechtliches Problem. Die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte genau dieser besonders gefährdeten Gruppen werden aufgrund fehlender oder falsch priorisierter staatlicher Politiken nicht verwirklicht.

Damit verletzen die Staaten ihre völkerrechtlich verankerten Achtungs-, Schutz- und Gewährleistungspflichten, die sie sich mit der Ratifizierung des Paktes für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte gegenüber diesen Menschenrechten zugehen gemacht haben. Die Staatenpflichten gehen über dem Menschenrecht auf Nahrung, das in Artikel 11 des Paktes anerkannt wird, implizieren in Ländern mit hohem Anteil landloser Bauernfamilien und gleichzeitig hochgradig ungleichen Grundbesitzstrukturen eine Reform der landwirtschaftlichen Systemen. Der UN-Ausschuß, der über die Einhaltung der wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte wacht, hat in seinen Leitlinien und Beratungen über Staatenberichte immer wieder darauf hingewiesen: Die Regierungen müssen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür sorgen, daß gerade die ernährungsunsicheren Gruppen, Landlose, kleinbäuerliche Familien, indigene Gemeinschaften und in jeder dieser Gruppe besonders die von Frauen allein geleiteten Haushalte, ausreichend Zugang zu den produktiven Ressourcen bekommen müssen, die sie für eine würdige Existenz benötigen. Agrarreformgesetze etwa, die nicht umgesetzt werden, sind von dem UN-Ausschuß wiederholt als Verletzungen des Menschenrechts auf Nahrung angeprangert worden.

Perspektiven für die Solidaritätsarbeit

Offensichtlich ist der Kampf um Land und Freiheit in Lateinamerika ein Kampf für die Verwirklichung der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen und politischen Menschenrechte. Um es pointiert zu sagen: Die meisten Landlosenorganisationen sind in diesem Sinne immer auch Menschenrechtsorganisationen. Und oft genug ist ihnen noch kaum bewußt, daß sie – nicht erst wenn einer ihrer Sprecher verhaftet, gefoltert oder ermordet wird – durch die menschenrechtliche Dimension ihres Kampfes ganz neue und völkerrechtlich fundierte Argumentationslinien nutzen könnten, um die Regierungen im Blick auf Agrarreformen in die Pflicht zu nehmen.

Die sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechte sind nicht nur in Lateinamerika gleichzeitig eine neue Debatte über die Notwendigkeit von Agrarreformen in Lateinamerika die Stimme zu erheben. Die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Menschenrechte der ländlichen Armen Lateinamerikas dürfen nicht länger mit Füßen getreten werden.

men. Auch die Menschenrechts- und entwicklungsrechtlichen Nichtregierungsorganisationen stehen erst am Anfang einer großen, noch zu führenden Debatte. So auch die Solidarität hier.

Die sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechte sind nicht nur in Lateinamerika gleichzeitig eine Kontrastvision und Kriterien für harte Kritik neoliberaler Politiken. Sie eröffnen auch Perspektiven für die Solidaritätsarbeit, nicht nur, aber gerade auch im Blick auf die Unterstützung von Agrarreformforderungen. Sowohl im Blick auf unsere Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit hier wie auch auf unsere materielle und politische Unterstützung sozialer Bewegungen dort sind viele neue Möglichkeiten denkbar, wenn wir die Perspektive der sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechte durchbuchstabieren.

Viele von uns haben ihre Solidaritätsarbeit zu Lateinamerika mit konkreten Öffentlichkeits- und Unterstützungsmaßnahmen zur Situation der bürgerlichen und politischen Menschenrechte in Zeiten der Diktaturen und politischen Repression begonnen. Menschenrechte werden, das scheint eine durchgängige erkenntnistheoretische Erfahrung zu sein, immer dann entdeckt, wenn sie massiv negiert werden. In Zeiten der politischen Repression sind es vor allem die bürgerlichen und politischen Rechte, die im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen. Heute sind es die sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechte, die im Zeichen der neoliberalen Strukturanpassung und Agrarpolitiken, in Zeiten des Friedens ohne Gerechtigkeit, immer mehr in den Vordergrund treten. Angesichts der Koexistenz demokratisch legitimierter Regimes und wachsender Verelendung großer Bevölkerungsteile ist eine neue Debatte über Land und Freiheit, für eine neue Debatte über die Notwendigkeit von Agrarreformen in Lateinamerika die Stimme zu erheben. Die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Menschenrechte der ländlichen Armen Lateinamerikas dürfen nicht länger mit Füßen getreten werden.

Martin Wolpold

Lateinamerikareferent der deutschen Sektion von FIAN (FoodFirst Informations- und Aktions- Netzwerk), internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht, sich zu ernähren.

Geschlechtergerechtigkeit beim Recht auf Nahrung und beim Recht auf Land

Auf dem Milleniumsgipfel im September 2000 beschloss die Staatengemeinschaft Maßnahmen zur Halbierung der extremen Armut bis zum Jahr 2015 zu ergreifen. Bundeskanzler Schröder kündigte ein entsprechendes Aktionsprogramm an, das seit April 2001 vorliegt. Zu den zehn vorrangigen Ansatzpunkten der Armutsbekämpfung wird die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung und die Durchführung von Agrarreformen gezählt.

Dieser Schwerpunkt basiert auf der Tatsache, dass 80 Prozent der weltweit rund 800 Millionen Hungernden und Unterernährten auf dem Land leben. Also ausgerechnet dort wo Nahrung produziert wird. Die Hauptursache für diesen paradoxen Zustand ist in den meisten Fällen nicht etwa ein Mangel an fruchtbaren Böden und produktiven Ressourcen, sondern vielmehr deren ungerechte Verteilung. Der größte Teil nutzbarer Böden befindet sich weltweit immer noch in den Händen weniger Großgrundbesitzer, die zudem große Teile dieser Ländereien brachliegen lassen. Leidtragende sind die zahlreichen Landlosen und Kleinbauern und damit zum Großteil Frauen.

Armutsbekämpfung ist ein Kampf für Menschenrechte

Für die Armutsbekämpfung spielen die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (WSK-Rechte) eine herausragende Rolle. Ein Menschenrechtsansatz in der Armutsbekämpfung und Entwicklungszusammenarbeit kann die Position der Betroffenen stärken. Besonders für Frauen, denen vielfach jegliche Ansprüche aberkannt oder verweigert werden, ist es wichtig, ihre Rechte einfordern zu können. Deshalb ist auch die Aufklärung der Betroffenen über ihre Rechte erforderlich. In deutschen Ministerien, wo grundlegende Kenntnisse über die WSK-Rechte zum Teil fehlen, sollten ebenfalls entsprechende Fortbildungen die Voraussetzung dafür schaffen, dass Maßnahmen, die mit diesen Menschenrechten in Einklang stehen, ergriffen werden.

Landreformen sind eine Voraussetzung für Ernährungssouveränität

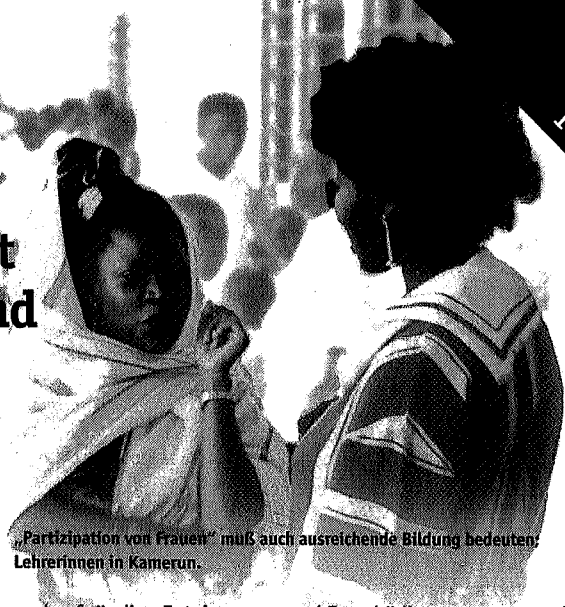
Das Recht auf Nahrung bedeutet für landlose Menschen, dass sie Zugang zu produktiven Ressourcen bekommen müssen, mit denen sie selbstbestimmt Nahrungsmittel produzieren können. Im Artikel 11.2 des Sozialpaktes wird die „Reform landwirtschaftlicher Systeme“ ausdrücklich als eine der wesentlichen Maßnahmen zur Umsetzung dieses Rechts bezeichnet. Der für den Sozialpakt zuständige UN-Ausschuss hat wiederholt Regierungen wegen mangelhafter Umsetzung von Agrarreformen kritisiert. Aus dem Verständnis, das Recht auf Nahrung als Zugangsrecht zu definieren, ergibt sich eine Verpflichtung zu Agrarreform-Programmen, die einen dauerhaften Besitz von ausreichenden Ressourcen (Land, Saatgut, Wasser etc.) zur selbstbestimmten Ernährung garantieren.

In zahlreichen Deklarationen und Beschlüssen hat die Staatengemeinschaft die Notwendigkeit von Agrarreformen betont. Trotz solcher Absichtserklärungen sind in vielen Ländern des Südens Agrarreform-Prozesse ins Stocken geraten. Nicht zuletzt aufgrund der Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) nach Strukturanpassungsmaßnahmen (SAP) und der Liberalisierung des Weltagrarhandels ist statt einer gerechteren Ressourcenverteilung vielfach eine Tendenz zur Konzentration der Ressourcen in wenigen Händen zu beobachten.

Agrarreform mit Marktmitteln?

Als Antwort auf die zunehmende Kritik an der weiteren Verarmung der Landbevölkerung in Folge der SAP hat die Weltbank ein Agrarreform-Modell entwickelt, das den Marktgesetzen folgt. Damit sollen die Ziele wirtschaftlicher Effizienz und sozialer Gerechtigkeit wirksamer und billiger erreicht werden als bei verteilungsorientierten Agrarreform-Systemen.

Die marktorientierte Reform sieht vor, dass Bäuerinnen, die Land erhalten wollen, in direkte Verhandlung mit einem privaten Landbesitzer treten. Nach einer Einigung wenden sie sich an eine Landbank, die dem Verkäufer den Marktpreis des Landes bezahlt. Tatsächlich lässt sich so die Effizienz der Reform steigern, weil langwierige



„Partizipation von Frauen“ muß auch ausreichende Bildung bedeuten: Lehrerinnen in Kamerun.

und aufwändige Enteignungs- und Entschädigungsprozesse, die der Landverteilung vorausgehen, umgangen werden können. Zugleich jedoch wird der ländlichen Armutsbevölkerung das Recht auf Zugang zu Land weiterhin verweigert, weil bedürftige, aber schlechter qualifizierte Familien und insbesondere Frauen von den Programmen ausgeschlossen bleiben – sie können häufig die Bedingungen nicht erfüllen. Kreditnehmerinnen, die keine Einkünfte zur Rückzahlung erwirtschaften können, laufen Gefahr, sich hoch zu verschulden und das Land wieder zu verlieren. Gerade Frauen werden somit in der Regel bei einem marktgestützten Ansatz der Landreform benachteiligt.

Agrarreform – eine menschenrechtliche Staatenpflicht

Gegenüber den erwähnten Reformmodellen hat FIAN zusammen mit den anderen Trägern der internationalen Kampagne „Brot, Land und Freiheit“ ein Konzept entwickelt, das Ernährungssicherung, Ressourcenschutz und Demokratisierung integrieren soll. Grundlage dieses Ansatzes sind die internationalen Menschenrechtsnormen.

Die Autorin ist im Vorstand von FIAN-Deutschland.

Das Recht auf Nahrung ist im Artikel 11 des Sozialpaktes als eine Dimension des Rechts auf einen angemessenen Lebensstandard verankert. Es ist aktiv und subsidiär und wird deshalb von FIAN auch als Recht sich zu ernähren bezeichnet. Zudem ist es kontextuell, das heißt für seine Verwirklichung ist in der Regel die Sicherstellung weiterer Menschenrechte erforderlich, insbesondere Nichtdiskriminierung und Partizipation von Frauen sowie ausreichende Bildung. Landlose und Landarbeiterfamilien, indigene Gemeinschaften, Fischerfamilien – und innerhalb dieser Gruppen insbesondere die Frauen und Mädchen – werden oft beim Zugang zu und Besitz von natürlichen Ressourcen marginalisiert und diskriminiert. Im Sinne des menschenrechtlichen Grundprinzips der Nichtdiskriminierung muss der Staat „einen vollständigen und gleichen Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen garantieren, insbesondere für Frauen“ (Allgemeiner Kommentar 12 des UN-Ausschusses für den Sozialpakt zum Recht auf Nahrung). Dies umfasst unter anderem Erb- und Landbesitzrechte, die Frauen aufgrund ihrer untergeordneten Stellung in vielen noch immer stärker ‚traditionell‘ ausgerichteten Gesellschaften des Südens vorenthalten werden, weil die Verwirklichung dieser Rechte die Geschlechtergleichstellung insgesamt berührt. Wo eine rechtliche Gleichstellung bei Landrechten gegeben ist, besteht häufig noch ein Widerspruch zur tatsächlichen Gewährung dieser Rechte.

Rechtliche Situation in Brasilien

Kapitel III der brasilianischen Verfassung vom Oktober 1988: Zur Agrarpolitik und Agrarreform

Artikel 184: Der Bund ist befugt, aus sozialen Gründen im Rahmen der Agrarreform Agrarbetriebe, die ihre Sozialfunktion nicht erfüllen, zu enteignen; eine angemessene Entschädigung wird im Voraus durch die Ausstellung von Agrarschuldtiteln geleistet, die innerhalb von zwanzig Jahren ab dem Zeitpunkt ihrer Ausstellung rückzahlbar sind; (...).

§ 1 - Die Entschädigung für nützliche und notwendige Meliorationen erfolgt in bar. (...)

Artikel 185: Folgende Agrarbetriebe können nicht im Rahmen einer Agrarreform enteignet werden:

I. kleine und mittlere Agrarbetriebe, die als solche per Gesetz definiert werden, mit Ausnahme derjenigen, deren Eigentümer einen weiteren Agrarbetrieb besitzt;

II. produktive Agrarbetriebe. (...)

Artikel 186: Die soziale Funktion ist erfüllt, wenn der Agrarbetrieb folgenden Anforderungen entspricht, deren Kriterien und Ausprägungsgrad vom Gesetz festgelegt werden:

I. rationale und angemessene Nutzung;

II. angemessene Nutzung der verfügbaren Naturressourcen und Schutz der Umwelt;

III. Einhaltung der Bestimmungen zu den Arbeitsbeziehungen;

IV. Wirtschaftsführung im Sinne des Wohlstandes des Eigentümers und der Arbeitnehmer.

Aus: <http://www.georgetown.edu/pdba/Constitutions/Brazil/brtitle7.html>

Übersetzung: Gilberto Calcagnotto

Kapitel I

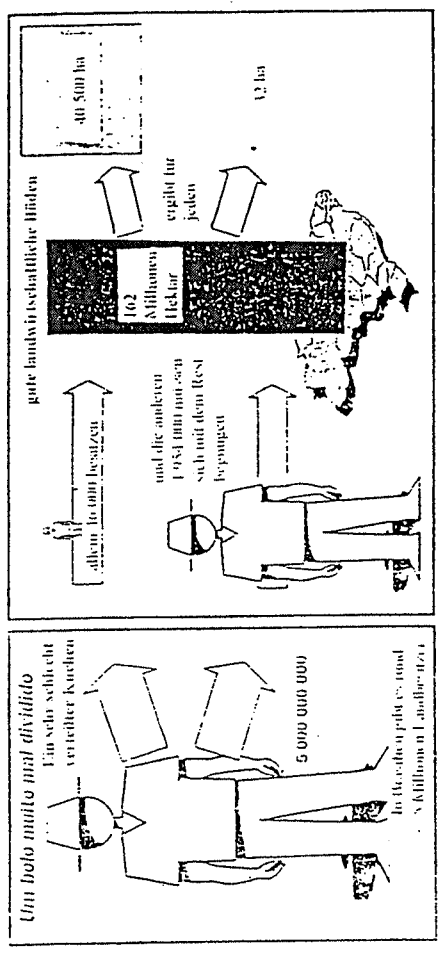
DIE LANDFRAGE - EIN ALTES PROBLEM

Viel ist bereits über die ungerechte Besitzverteilung in Brasilien geschrieben worden. Die Gegensätze auf dem Lande sind enorm: Riesigen, weitgehend ungenutzten Latifundien stehen Millionen landloser Familien gegenüber. Brasilien ist eines der Länder mit dem größten landwirtschaftlichen Potential, der Möglichkeit, 1/2 Milliarde Menschen ernähren zu können. Die Realität sieht jedoch anders aus: 65% der 150 Millionen Bevölkerung gelten als unterernährt.

Die Grundstruktur der Bodenverteilung ist in Brasilien im wesentlichen seit ihrer Entstehung in der Kolonialzeit unverändert geblieben. Diese Struktur ist gekennzeichnet durch Großgrundbesitz, unterteilt in große Latifundien und große landwirtschaftliche Unternehmen. Zahlen verdeutlichen die kontrastreiche Wirklichkeit. Allein 20 Landbesitzer neunen 20,1 Millionen Hektar Land ihr Eigentum, das größte Latifundium umfaßt 2,9 Millionen Hektar. Damit besitzen sie letztlich soviel Land wie 3,3 Millionen Kleinbauern. Sie nutzen davon jedoch nur 3,7 Millionen Hektar und beschäftigen durchschnittlich eine Person pro 350 Hektar Land.

Zur Versorgung der eigenen Bevölkerung tragen sie wenig bei. Die bearbeitete Fläche ist normalerweise von Exportkulturen bebaut: Soja, Orangen, Kaffee, Baumwolle, Tabak, Kakao und Viehzucht. Diese Monokulturen befinden sich in der Hand von Großgrundbesitzern, während der Großteil an Grundnahrungsmitteln von Kleinerzeugern kommt. Aber auch die multinationalen Unternehmen gehören zu den Landeigentümern: mit ungefähr 36 Millionen Hektar besitzen sie fast zweimal mehr als 3,3 Millionen Kleinbesitzer.

Die Ungleichheit der Bodenverteilung hat historische Gründe, sie reicht bis ins 16. Jahrhundert zurück. Das sich im Zuge der Kolonialisierung herausbildende Latifundien(un)wesen verstärkte sich bis in unsere Zeit.



Quelle: Propostas, Partido dos Trabalhadores, São Paulo, 1994

Eine gewaltsame Geschichte

Als in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts im Nordosten Brasiliens der Anbau von Zuckerrohr beginnt, ist dies der Auftakt zur Heranbildung einer Feudalgesellschaft, deren Grundstrukturen sich bis heute erhalten haben: Millionen auf dem Lande waren und sind marginalisiert, minimale, würdige Lebensbedingungen gibt es kaum. Diese strukturell bedingte Gewalt ist jedes Jahr erneut verantwortlich für den vorzeitigen Tod von Millionen Kindern. Kürzere Lebenserwartung, schlechte Gesundheitsversorgung, hohe Analphabetenquote, Arbeitsunfälle, schlechte Wohnbedingungen sind weitere Folgen.

Der Staat ist es, der oftmals diese Situation unterstützt und auf Seiten der Großgrundbesitzer steht. Deren "Lobby" ist stark: viele der brasilianischen Abgeordneten sind selbst Großgrundbesitzer.

In der heutigen Zeit geschieht jedoch ein bedeutender Wandel im Landbesitz (un)wesen: der Großgrundbesitzer feudalistischen Zuschnitts wird zunehmend durch den kapitalistischen Unternehmertyp bzw. die Agroindustrie abgelöst. Dieser Prozeß setzte unter der Militärregierung in den 70er Jahren ein, als große steuerliche Anreize für Investitionen in der Amazonasregion angeboten wurden. Nationale, aber auch internationale Unternehmen wie beispielsweise die Volkswagengruppe erwarben zu Schleuderpreisen riesige Landflächen. Auf dem so von Kapitalgruppen erworbenen Land lebten oftmals, allerdings ohne Besitztitel, Kleinbauern, die weichen mußten und sich auf Wanderschaft begaben. Meist kam es nicht zu einer friedlichen Lösung: Ab 1973 ist die Zunahme von Landkonflikten zu verzeichnen.

1985, nach 21 Jahren, endete die Militärdiktatur. Sie hatte die bestehenden Probleme nicht zu lösen vermocht, im Gegenteil verschlimmert. 1964 waren die Militärs nicht zuletzt durch ein bürgerlich-militärisches Bündnis an die Macht gelangt. Die Mittelschicht ging damals auf die Straße, um die Einführung der Diktatur zu fordern, Großgrundbesitzer im Süden wie auch im Norden hatten Angst vor einer Agrarreform. Ursache hierfür war unter anderem das vom damaligen brasilianischen Präsidenten João Goulart am 13. März 1964 unterzeichnete Gesetz, das die Enteignung eines zehn Kilometer breiten Landstreifens entlang der Bundesstraßen, Eisenbahnlinien und der bestehenden bzw. geplanten Staudämme anordnete. Dies sollte ein Schritt hin zur Realisierung einer Agrarreform sein. Zwei Wochen später stürzten die Militärs Goulart. Sie handelten nicht isoliert: Banken bis hin zur Industrie und reaktionären Gewerkschaftskreisen - *patronos* - begrüßten ebenfalls den politischen Wechsel.

Bei den Militärs gab es - getragen von dieser breiten Unterstützung - allerdings von Anfang an zwei Richtungen: einmal die Vertreter des Kapitals und der transnationalen Unternehmen, "Sorbonne", auf der anderen Seite die "Linha Dura", Vertreter von Disziplin und klarer autoritärer Führung im Land.

Zu einem ersten Konflikt kam es dann tatsächlich wegen der Landfrage. Hatten die Landbesitzer den Militärs gehofft, da sie sich die Abwehr einer Agrarreform erhofften, sah es zunächst nach dem Gegenteil aus.

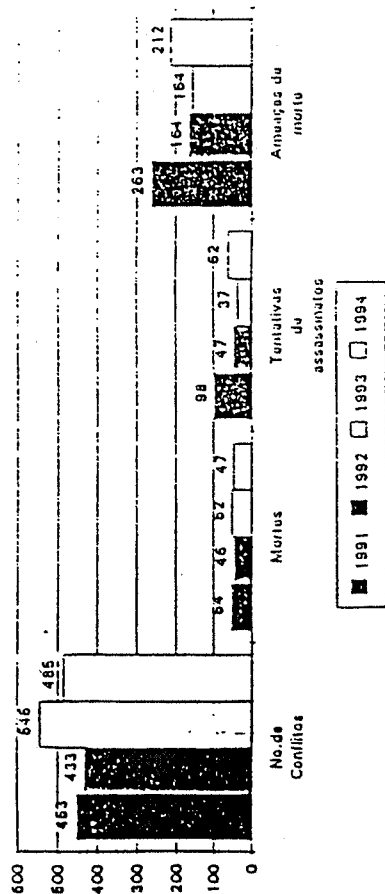
Der neue Präsident Brasiliens, General Castelo Branco ("Sorbonne") präsentierte dem Nationalkongreß ein Gesetz zur Agrarreform - *Estatuto da Terra* - welches auch am 30.11.1964 verabschiedet wurde. Danach war jetzt die Forderung unproduktiven Landes aus sozialem Interesse möglich, vorausgesetzt, es erfüllte seine "soziale Funktion" nicht. Die dann zu bezahlende Entschädigungssumme richtete sich nach dem vom Grundbesitzer gegenüber der Steuerbehörde angegebenen Wert.

Dieses Gesetz beabsichtigte in Wirklichkeit, die seit Ende des 2. Weltkriegs immer wieder aufkommenden Bewegungen für eine Landreform zu schwächen. Auch galt es, die Basis der politischen Macht in Brasilien, das Bündnis zwischen Kapitalisten und Landeigentümern, abzusichern. Der Einfluß der US-Regierung kam hinzu. Nach der kubanischen Revolution übte diese massiven Druck auf lateinamerikanische Regierungen aus, eine Agrarreform durchzuführen. Das Ziel bestand in der Verhinderung einer Ausbreitung der Revolution in andere Länder.

Dies war nicht nur das Eingeständnis des Scheiterns, sondern zugleich ein subtiler Versuch, auch zukünftig Macht einfluß zu erhalten. Dies gelang, bis heute hat der Nationalkongreß, der über jede wichtige Reform zu entscheiden hat, eine konservative Zusammensetzung, ist der Einfluß der Militärs stark.

Mit Tancredino Neves erhielt Brasilien zwar 1985 einen zivilen Präsidenten, die Demokratie wird offiziell eingeführt, an den Machtstrukturen jedoch in Wirklichkeit nicht viel verändert. Die Situation auf dem Lande, d.h. das Anwachsen der Landkonflikte, bewirkte jedoch alsbald, daß Tancredino Neves das von den Militärs beschlossene *Estatuto da Terra* aus der Schublade holte und es anzuwenden versprach. Zugleich erhoffte man sich, den Zustrom an Migranten von damals jährlich 1,2 Millionen Menschen in die Städte zu stoppen. Die Hoffnungen auf Veränderungen waren groß, der Traum von verringerter Arbeitslosigkeit, erhöhter Lebensmittelproduktion auf dem Lande und einer gerechteren Einkommensverteilung machte die Runde, -wie sich zeigen sollte, abermals vergebens.

Violência Contra a Pessoa (Comparativo 1991/1994)



Zahl der Konflikte Morde Mordversuche Morddrohungen

Gewalt gegen Personen (Vergleich 1991 bis 1994)

Quelle: CPT, *Conflitos no campo Brasil 1995*, Brasília

Die Agrarreform: viele Versprechungen, keine Taten

Die jüngere Geschichte Brasiliens ist reich an Gesetzesvorhaben, an schönen geschriebenen Worten. Hierzu gehört nicht nur das *Statuto da Terra*, sondern ebenso die Bestimmungen des Zivilrechts aus dem Jahre 1916, welches in abgewandelter Form bis heute gilt. Danach war es nach einer Bearbeitungszeit des Bodens von dreißig Jahren möglich, diese Fläche als Eigentum eintragen zu lassen. Bis heute hat dieses Gesetz der „*usucapição*“ (Cültigkeit; die Dauer hat sich auf drei Jahre verringert. Was sich positiv anhört, ist in der Praxis kaum durchführbar. Der Kleinbauer kann in der Regel seinen ihm zustehenden Eigentumsanteil nicht erreichen. Nicht nur, daß er die Gesetzeslage nicht kennt, oftmals zieht er gegenüber dem „*grileiro*“ den kürzeren.

Dieser weist gegenüber dem Richter gefälschte Eigentumsittel vor, hat eine Gruppe von „*postaleiros*“ (Klittern) auf seiner Seite und erreicht letztlich den Eintrag ins Grundbuch für seinen Auftraggeber. Der wiederum, im allgemeinen ein Großgrundbesitzer, vermehrt so seinen Besitz, die Kleinbauern mitsamt der Gewalt weichen.

Auch die Vorsätze, welche sich in der Verfassung von 1946 finden, „die gerechte Verteilung des Besitzes zu fördern, gleiche Bedingungen für alle zu schaffen“, blieben letztlich auf dem Papier stehen.

Die Zahlen der in den letzten dreißig Jahren angesiedelten Familien zeigen deutlich die Nicht-Realisierung der Agrarreform. Nur 325.187 Familien erhielten ein Stück Land, der Großteil hiervon in den letzten zehn Jahren seit Einführung der Demokratie. Zur Zeit der Militärdiktatur waren es jährlich nur 5 000 Familien. Der den Familien zuteilte Boden konnte unterschiedlicher Herkunft sein: Neben enteignetem Großgrundbesitz kam Staatsbesitz, aber auch die Ansiedlung auf bereits ausgewiesenen Flächen in Betracht.

Bis heute ist eine endgültige Ansiedlung eine mühsame Angelegenheit. Oft ist sie nur möglich, wenn Druck auf die politisch Verantwortlichen erfolgt. Ein Beispiel hierfür ist die Agrarreformbehörde INCRA, Instituto Nacional de Colonização e Reforma Agrária. Sie ist für die Landverteilung zuständig, konnte aber vom Juli 1993 bis April 1994 nur 1/5 der vom brasilianischen Präsidenten enteigneten Gebiete tatsächlich an die Familien weitergeben, juristische Urteile gaben immer wieder Großgrundbesitzern Recht. Ein Provinzrichter hat die Macht, eine vom brasilianischen Präsidenten unterzeichnete Enteignung für unwirksam zu erklären, und dies, obwohl seit Beginn der „Nova República“ 1985, mit dem vom Parlament verabschiedeten „Nationalen Plan der Agrarreform“ PNRA, klare Vorgaben der Durchführung vorliegen. Dieser sah die Ansiedlung von 1,4 Millionen Familien im Zeitraum von fünf Jahren (1985-1989) vor; alleine im Bundesstaat São Paulo sollten bis 1989 106.900 Familien Land erhalten. Die Sireis in den 80er Jahren in den Städten für bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen hatten großen Anteil daran, daß die Regierung diesen Agrarreformplan verabschiedete, dessen Durchführung jedoch so gut wie nicht stattfand: nur 0,75% der vorgesehnen Familien bekamen eigenes Land.

4.1 Direito à Terra

A vida do homem e da mulher depende de como se usa a terra e das condições que se tem para tirar da terra o sustento.

No Brasil, mesmo com os direitos garantidos no Estatuto da Terra (de 1964), na Constituição Federal (1988) e mais recentemente (em 1993) na lei nº 8.634, todos garantindo um direito à reforma agrária; ainda existem "terras presas" e agricultores sem a terra para trabalhar.

É preciso então conhecer bem os direitos já garantidos nessas leis para continuar a luta e reivindicações através dos movimentos e conquistar o pleno direito à terra.

A lei número 4.504 de 1964 é conhecida como o Estatuto da Terra e no artigo segundo, parágrafo primeiro, garante que todos têm oportunidade de ser proprietário da terra, quando ao mesmo tempo, é respeitada a função social da terra, o que quer dizer:

- a) Que satisfaça as necessidades dos trabalhadores, dos proprietários e de suas famílias;
- b) Que tenha uma produção satisfatória;
- c) Que não destrua a natureza mas conserve o meio ambiente;
- d) Que nas relações de trabalho, patrão e empregado cumpram suas obrigações de acordo com a lei;

A Constituição Federal reforça o Estatuto da Terra quando fala de propriedade, no capítulo dos direitos fundamentais das pessoas (artigo quinto, inciso vinte e dois e três), garante a todos o direito de ser proprietário e dá ao estado a responsabilidade de fazer com que a terra cumpra a sua função social.

O artigo 186 da Constituição Federal diz que a função social da terra é cumprida quando atende, ao mesmo tempo as exigências:

- I - aproveitamento correto da terra e do melhor jeito;
- II - uso de todos os recursos da natureza sem destruir o meio ambiente;
- III - que patrão e empregado cumpram as leis que regulam as relações de trabalho;
- IV - exploração que favoreça o bem-estar dos proprietários e dos trabalhadores.

Então, veja :

- a) Se o proprietário tem o dever de cuidar bem de sua terra, fazendo com que ela produza, e seja boa tanto para o dono quanto para os trabalhadores e ainda respeite o meio ambiente;
- b) Se o governo tem o dever de desapropriar, isto é, tirar a terra do dono que não explora direito, para distribuir com quem ainda não é dono, mas que tenha o interesse para plantar,
- c) Então, a constituição dá o direito ao povo de uma reforma agrária.

E se o governo, ou por falta de vontade, ou por pressão dos donos da terra, não cumpre seu dever de fiscalizar as terras que não produzem, para distribuí-las com os trabalhadores que nelas trabalham e querem produzir, então os trabalhadores se organizam para pressionarem o governo a fazer a reforma agrária. Só não podem usar da violência.

O artigo 184 da Constituição Federal garante que, quando uma propriedade não está cumprindo a sua função social, pode ser desapropriada pela união (governo federal) para reforma agrária.

Para desapropriar uma terra a união paga ao proprietário uma indenização com papéis do governo (conhecido como Título da Dívida Agrária), o uso da terra desapropriada será definida por lei.

legislação de interesse :

- Pacto dos direitos econômicos, sociais e culturais : artigo 11, seção 2 (a)
- Constituição Federal: artigos 184-189; artigo 191;
- Estatuto da Terra: lei 4504/64; lei complementar 76/93; lei complementar 88/96)

„Es liegt in der Kompetenz der Bundesregierung, aus sozialem Interesse Land zum Zwecke der Agrarreform zu enteignen. Betroffen sind Grundstücke, die ihre soziale Funktion nicht erfüllen; die Enteignung erfolgt gegen Entschädigung durch Agrarschuldtitel.“

Artikel 184, Bras.Verfassung (1988)

Gerade im Nordosten Brasiliens sind Elend und Armut am größten. Mit einem Bevölkerungsanteil von 13% und nur 3% am Nationaleinkommen gilt er als das "Armenhaus" Brasiliens. Die in den letzten 20 Jahren durchgeführten Notprogramme mit einem finanziellen Einsatz von über 4 Milliarden US-Dollar bewirkten wenig. Die Zahl der Bedürftigen wuchs von 11 auf 12,6 Millionen Menschen an. Die Emigration ging weiter. Die Ursache ist nicht nur im Scheitern der Programme zu sehen, sondern ebenso in der Tatsache, daß Geld „auf dem Weg verloren“ ging. Die Macht der Oligarchien ist ungebrochen. Immer noch gilt der Grundsatz: „Ein guter Landarbeiter ist der, der unterwürfig und gehorsam ist.“ Generationen von Bauernfamilien haben diese Maxime in Form von Angst, Unterwürfigkeit und Resignation verinnerlicht. Diese Mentalität ist es, die die Kleinbauern und Tagelöhner daran hindert, ein gewerkschaftliches oder politisches Bewußtsein zu entwickeln, geschweige denn kollektive Arbeitsformen gutzuhießen.

IV -REFORMA AGRÁRIA NO BRASIL

Em 1850, no Brasil Império, era decretada a Lei de Terras, num ambiente latifundiário e escravista, que determinava como único meio de acesso à terra a compra, beneficiando diretamente a aristocracia rural, detentora de renda e afastando de sua propriedade (fundamento do poder) os apossamentos.

Segundo Graziano da Silva, José Bonifácio, "o patriarca da independência", foi exilado por sete anos por ter apresentado o seguinte projeto de mudanças agrárias: "Todos os possuidores de terra, que não têm título legal, perderão as terras, exceto um espaço de 650 jeiras que se lhe deixará, caso tenha feito algum estabelecimento no sítio; todos os sesmeiros (possuidores de grandes extensões de terras) que não tiverem começado ou feito estabelecimento nas suas sesmarias serão obrigados a ceder à Coroa as terras, conservando 1200 jeiras para si, com a obrigação de começarem a formar roças e sítios dentro de seis anos".

O Código Civil Brasileiro, de 1916, traz, no artigo quinto da sua lei de introdução, o seguinte: "Na aplicação da lei, o juiz atenderá aos fins sociais a que ela se dirige e às exigências do bem comum".

Em 1930, "saltando" na história, já que este é um apanhado sucinto, Getúlio Vargas, apoiado pela Aliança Liberal, não concordando com o resultado do pleito eleitoral em que concorreu, resolve chegar e chega ao poder via militar, o que foi chamado de Revolução de 30. Instalado, o governo golpista enfrenta, em 1932, o Movimento Constitucionalista de São Paulo, que, mesmo tendo sido esmagado, provoca a eleição de uma Assembleia Nacional Constituinte, sendo apresentada, aos fins de seus trabalhos, a nova Constituição em 16 de julho de 1934, cujo artigo 17 enuncia: "É garantido o direito de propriedade, que não pode ser exercido contra o interesse social ou coletivo, na forma da lei", ressaltando a necessidade de se limitar tal direito, diminuindo seus abusos, perpetuados na história do Brasil.

Em 1937, tendo como pretexto o acirramento das disputas ideológicas no país, principalmente pela "infiltração" comunista, Getúlio, a 10 de novembro deste ano, decreta nova Constituição, a qual elimina o interesse social como fator a ser observado pela propriedade.

Com o fim da 2ª Guerra e o impacto causado pelas atrocidades dela advindas, especialmente por parte dos nazistas, surge a Carta das Nações Unidas, em 1945, como expressão do soerguimento da pessoa humana e de direitos e liberdades a ela inerentes, em âmbito mundial. O Brasil, ratificando-a em 21 de setembro do mesmo ano da sua adoção em São Francisco, reconhece a dignidade humana e se compromete a defendê-la e a promovê-la. A Assembleia Geral da ONU adota e proclama, em 10 de dezembro de 1948, a Declaração Universal dos Direitos Humanos, que é assinada pelo Brasil na mesma data. É do mesmo ano a Carta Internacional Americana de Garantias Sociais, que afirma em seu art. 38 o direito dos trabalhadores rurais à melhoria do nível de vida; à melhor participação social. Afirma ainda ser dever do Estado a realização de uma ação planejada e sistemática para promover a emancipação econômica e social dos camponeses e o reconhecimento do direito de associação dos mesmos e dos indivíduos aptos ao trabalho agrícola que precisem de terra ou não a tenham suficientemente, a serem dotados dela e dos meios para fazê-la produzir.

O Estatuto da Terra é aprovado e promulgado pelo Marechal Castello Branco, presidente do recém implantado regime militar, que depôs o presidente João Goulart, temendo a "ameaça vermelha" dos planos de reformas de base que o presidente pretendia implantar no país, entre eles um projeto de reforma agrária, do crescimento das lutas populares, como a atuação das Ligas Camponesas, tratada mais adiante. O projeto de Jango estabelecia a "desapropriação por interesse social" e a "indenização dos bens desapropriados". Deposto o presidente, o governo militar rapidamente aprovou seu Estatuto, cedendo às pressões norte-americanas, que trazia determinações semelhantes às do projeto de Jango, no que concerne à indenização de bens desapropriados.

O Decreto-lei n.554, de 25 de abril de 1969, inserido no Código Civil, em seu artigo primeiro, reafirma a possibilidade de "desapropriação, por interesse social, de imóveis rurais situados nas áreas declaradas prioritárias para fins de reforma agrária", o que já fora previsto no Estatuto de Terra.

O decreto n. 91.766, de 10 de outubro de 1985, aprova o Plano Nacional de Reforma Agrária (PNRA), que trata da necessidade e oportunidade da reforma agrária, seus princípios básicos, objetivos, áreas prioritárias de reforma agrária, estratégia de ação, recursos e fontes de financiamento.

Passado o longo período do regime militar (1964-85), restabelecendo-se lentamente a ordem democrática, surge a necessidade gritante de se elaborar uma nova constituição, que consolidasse um regime democrático e garantisse direitos e liberdades fundamentais, como reação ao desprezo e à revogação dos direitos constitucionais, civis e políticos por parte dos militares (a exemplo, guardadas as proporções, do que ocorreu ao fim da 2ª Conflagração), como ressalta Flávia Piovesan.

A Constituição Federal de 1988 traz, em seu artigo quinto, inciso XXIV, que a "lei estabelecerá o procedimento para desapropriação por interesse social ou por necessidade pública, mediante justa e prévia indenização em dinheiro, ressaltados os casos previstos nesta Constituição". Afirma ainda, no mesmo artigo, inciso anterior, a necessidade de vinculação da propriedade à sua função social. Ela, a Constituição, no tocante à reforma agrária e seus conceitos auxiliares, assim como outros documentos com o mesmo fim será devida e oportunamente contemplada.

V- DA DESAPROPRIAÇÃO E DA FUNÇÃO SOCIAL

Iniciaremos agora o estudo da relação entre a função social e a desapropriação. É importante saber que esses dois temas têm uma grande relação, conforme veremos.

É comum falar-se em função social da propriedade, que tem seu conceito constitucionalizado no artigo 186 da atual Constituição da República Federativa do Brasil. A função social é mencionada também no artigo 5º, inciso XXIII e no artigo 170, III da mesma.

A função social da propriedade não deve ser visualizada como um conjunto de princípios programáticos, e sim como elemento constitutivo do conceito jurídico de propriedade. É importante frisar que o proprietário só recebeu do ordenamento jurídico aquele direito de propriedade, na medida em que respeite a sua função social.

No caso da propriedade rural, se o proprietário não cumpre e não realiza a função social da propriedade agrária, ele deixa de ser mercedor da tutela por parte do ordenamento jurídico, desaparecendo assim o direito de propriedade.

No ordenamento jurídico, nem todos os bens exercem função social, alguns desempenham apenas função individual ou familiar. Na verdade, função social, de acordo com o artigo 186 de nossa Constituição de 1988, é: "A função social é cumprida quando a propriedade rural atende, simultaneamente, segundo critérios e graus de exigência estabelecidos em lei, aos seguintes requisitos:

- I) aproveitamento racional e adequado;
- II) utilização adequada dos recursos naturais disponíveis e preservação do meio ambiente;
- III) observância das disposições que regulam as relações de trabalho;
- IV) exploração que favoreça o bem-estar dos proprietários e dos trabalhadores".

Esses requisitos não são novidade em nosso direito, já que os mesmos foram transcritos do Estatuto da Terra, tendo havido apenas uma constitucionalização do conceito de função social. Para o cumprimento total da função social, como vimos, têm que ser efetivados os itens econômicos, ecológicos e sociais. Quando, naquele artigo, citado acima, menciona-se o aproveitamento racional e adequado da terra, nada mais é do que se referindo à produtividade. Porém, a respeito da produtividade há uma contradição, quando verificamos que o inciso II do artigo 185 da CF exclui da desapropriação para fins de reforma agrária a denominada desapropriação-sanção, a propriedade produtiva. E se, por exemplo, um imóvel houvesse se tornado produtivo com a derrubada indiscriminada da Mata Atlântica e ainda, para piorar a situação, com a utilização de trabalho infantil, nesse caso não há certeza quanto ao que deve ser considerado, pois dois artigos estão em antinomia. Então, nesse caso será aplicado uma sanção, porém não para fins de desapropriação para reforma agrária. A propriedade produtiva não será, de acordo com a Constituição, desapropriada, independentemente de qualquer meio. Como diz o parágrafo único do art. 185, "a lei garantirá tratamento especial à propriedade produtiva ..."

Nos termos dos artigos 184 a 186 da Constituição de 1988, será promovida a desapropriação por interesse social para a reforma agrária nos imóveis rurais que não estiverem cumprindo sua função social, possibilitando a sua justa distribuição, porém, com o direito do proprietário à justa indenização pela destituição de seu bem imóvel. A verba indenizatória é a soma a ser paga ao proprietário como compensação pelo bem apropriado, representando o ressarcimento do dano sofrido em razão da perda da coisa. O proprietário tem o direito ao justo valor da indenização, sem que sofra dano ou diminuição de seu patrimônio. Para evitar pagamento de verba indenizatória imerecida, existe, nesse caso, pena de locupletamento (enriquecimento ilícito), contra às expensas do erário (tesouro público).

A terra e o direito

A conclusão que se impõe é que, ao contrário do que diz o governo, a questão da Reforma Agrária não está artificialmente amplificada pelos sem terra. É exatamente o contrário: ela está brutalmente subdimensionada na pauta do governo. Reconhecendo a legitimidade do clamor pela terra, o governo, no entanto, recuou para o argumento de que os sem terra agem por vias diretas, ferindo permanentemente o estado de direito. De fato, no plano da sua legalidade a democracia brasileira nestes anos noventa tem vagado em terra incerta. O mesmo governo que acusa os sem terra é o que, nas contas de Jânio de Freitas, promulguou três mil medidas provisórias, sem qualquer cobertura constitucional. A Constituição de 1988 deixou centenas de artigos importantes a serem posteriormente regulamentados e especificados. O próprio governo se empenhou em alargar o espaço da revisão constitucional, promovendo revisões importantes no seu texto, por parte delas com métodos parlamentares publicamente fisiológicos e em proveito próprio.

Os sem terra respondem à lógica de criminalização de suas ações pelo governo com o argumento de que o artigo 184 da Constituição prevê que "compete à União desapropriar por interesse de Reforma Agrária, o imóvel que não esteja cumprindo sua função social. O governo retruca que os sem terra violam o artigo da Constituição, em seu parágrafo 22, que garante o direito de propriedade. Ocorre que as zonas fundamentais dos conflitos de terra, como o Pará e o Pontal do Paranapanema, situam-se em regiões marcadas exatamente pela ausência de uma legalidade assentada das propriedades, já que marcadas pelas ações de grileiros e por toda espécie de apropriação indevida do solo.

Os sem terra agem, é certo, extra-institucionalmente, predominantemente por fora das instituições. Isto, no entanto, não configura uma quebra das regras do jogo democrático, mas uma outra lógica de democracia. Em uma tradição republicana, que desconfla desde sempre dos movimentos de cidadania que vêm de baixo, o discurso de criminalização dos sem terra soa sensato.

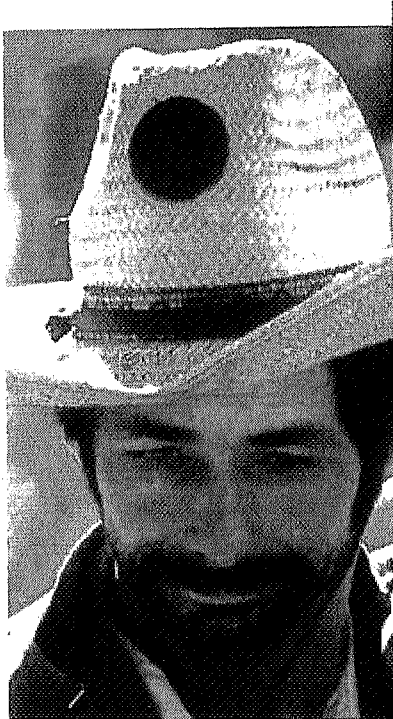
O certo, no entanto, é que nem o governo, nem o Parlamento com sua dinâmica básica por este definida, nem o Judiciário que é extremamente rápido para dar cobertura legal à desocupação de propriedades ocupadas pelos sem terra, mas insuportavelmente lento para punir os crimes da terra, acolhem os sem terra.

E, se o grito por terra ecoa rouco, desafinado, inconveniente diante das sensibilidades que antepõem sempre o critério estrito de uma legalidade instrumental à legitimidade, mesmo que fundamentada nas exigências mais incontornáveis de Justiça, o problema não está na voz.

aus: „Os sem terra e a democracia“

Brasilien vor Vereinten Nationen angeklagt

Parallelbericht zeigt Verletzung von Menschenrechten



Landbesetzung. Foto: Mauro Junio

Ende April reiste eine Abordnung von Repräsentanten verschiedener brasilianischer Menschenrechtsorganisationen nach Genf. Zweck des Besuches war es, einen Parallelbericht zur Situation der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte ihres Landes dem zuständigen Komitee der Vereinten Nationen zu überreichen und die Verletzungen der Menschenrechte in Brasilien anzuklagen. Die Initiative wurde von verschiedenen internationalen Menschenrechtsorganisationen unterstützt, darunter auch von FIAN.



Landlose. Foto: Carlos Costa

Hilflosigkeit von Regierungsinitiativen, was das Respektieren, Schützen und Garantieren der wirtschaftlichen und sozialen Rechte in Brasilien angeht.

Dementsprechend beschreibt und analysiert der Bericht der Nichtregierungsorganisationen schwere Verletzungen der Rechte auf Nahrung, Gesundheit, Arbeit, Wohnung, Rente und Erziehung. Er betont die prekären Lebensbedingungen eines Groß-

teils der brasilianischen Bevölkerung, die nicht durch fehlende Mittel sondern durch deren ungerechte Verteilung hervorgerufen werden. In der Konsequenz leben 26 Mio. Menschen am Existenzminimum; 20 % der Reichsten kontrollieren 64 % des Bruttosozialprodukts, und 20 % der Ärmsten müssen mit 2,5 % auskommen.

Der weitere führt der Bericht die wichtigsten sozialen Gruppen an, deren Rechte verletzt werden. An erster Stelle die indigene Bevölkerung, in deren Territorien – im Zuge der Reduzierung staatlicher Fördermittel für diese Gebiete – verstärkt Großgrundbesitzer, Goldsucher und Holzfällerfirmen eindringen. Auch die afro-brasilianische Bevölkerung ist in besonderem Maße Opfer sozialer Ungerechtigkeit; ein Zeichen für die rassistische Einstellung der brasilianischen Gesellschaft. Schwere Menschenrechtsverletzungen werden durch die brutale Landkonzentrationen verursacht. 4,8 Mio. Familien von Kleinbauern sind landlos. An der langsamen Umsetzung der Agrarreform und der massiven Landvertreibung der Kleinbauern zeigt sich die Einstellung der aktuellen Agrarpolitik. Und schließlich dokumentiert der Bericht noch ein weiteres herausragendes Problem: die soziale Lage brasilianischer Frauen. Diese müssen 2 bis 3 mal höhere Arbeitsleistungen erbringen als Männer und werden schlechter bezahlt. Der brasilianische Staat hat also noch viel zu tun, um seiner Bevölkerung den vollen Zugang zu den wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechten zu ermöglichen.

Vilmar Schneider arbeitet im Internationalen Sekretariat von FIAN in Heidelberg im Rahmen eines Austauschprogramms zwischen FIAN und der Kommission der Landpastorale Brasiliens.

Fast 2000 zivile Organisationen der brasilianischen Gesellschaft waren an der Debatte und der Erstellung des Berichts beteiligt, wozu öffentliche Veranstaltungen und Konsultationen im ganzen Land stattfanden. Mit Hilfe des Berichtes versuchen die Menschenrechtsgruppen den brasilianischen Staat dazu zu bringen, seinen offiziellen Bericht zur Einhaltung des Internationalen Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (IPwskR) vorzulegen und seine Verpflichtungen im Rahmen des Paktes zu erfüllen. Außerdem sollen sowohl die internationale Gemeinschaft als auch die brasilianische Öffentlichkeit über die Situation der wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte in Brasilien informiert werden. Gleichzeitig fand mit der Erstel-

lung des Berichts eine weitreichende Arbeit der Bewusstseinsbildung über die wsk-Rechte in der brasilianischen Gesellschaft statt.

Obwohl Brasilien den IPwskR unterschrieben und 1992 ratifiziert hat, ignoriert die brasilianische Regierung systematisch diese Rechte und vernachlässigt die Verpflichtungen, die sie mit der Unterzeichnung des Paktes eingegangen ist. Bis zum heutigen Tag hat die Regierung keinen offiziellen Bericht eingereicht, wozu sie sich gegenüber den Vereinten Nationen verpflichtet hat! Die Entschuldigung der brasilianischen Regierung heißt: "Bürokratische Zwänge". Tatsächlich steckt hinter dem Schweigen allerdings mehr. Das Fehlen offizieller Berichte passt zur absoluten Schwäche und

Was ist der IPwskR.

Der Internationale Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (IPwskR) wurde 1966 von der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) zusammen mit dem Internationalen Pakt der bürgerlichen und politischen Rechte (IPbpR) angenommen. Ziel war, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte niedergeschriebenen Verpflichtungen zu bestätigen und umzusetzen. Somit müssen sich die Unterzeichnerstaaten im Falle von Verletzungen der in den Pakten aufgeführten Rechte auf internationaler Ebene verantworten. Zusätzlich sind die Unterzeichnerstaaten verpflichtet, für die Umsetzung der genannten Rechte zu sorgen und die UNO hierüber mit regelmäßigen Berichten zu informieren. Die Supervision über die Einhaltung der Rechte obliegt dem Komitee der wsk-Rechte der UNO. Nichtregierungsorganisationen können eigene Berichte vorlegen, die sogenannten "Parallel-" oder "Gegenberichte".

Allgemeines zur Situation im ländlichen Brasilien



3. URSPRUNG UND ENTSTEHUNG DES GROSSGRUNDBESITZES IN BRASILIEN

(aus historischer und juristischer Perspektive; ein Beitrag von Lúcia Osória Silva, Die Agrargesetzgebung und der unproduktive Großgrundbesitz. In: PERSPECTIVA, BAND 11, Nr. 2, São Paulo, April-Juni 1977.)

Das doppelte Leitmotiv in der Geschichte der brasilianischen Agrargesetzgebung ist die Privilegierung großer, nicht produktiv genutzter Ländereien bei gleichzeitiger Benachteiligung der produktiven Kleinbetriebe.

In letzter Instanz sind die Gesetze Brasiliens durch die gesamte Geschichte hindurch die Antwort einer politisch und ökonomisch privilegierten Schicht auf ihre eigenen Bedürfnisse. Eine Agrarreform, wie sie die Unterdrückten, die indigenen Völker, die SklavInnen, Landlosen, PächterInnen, Kleinbauern und Kleinbäuerinnen forderten, hatte gegen die übermächtigen Interessen der Eliten und Oligarchien nie eine wirkliche Chance.

Einige rechtsgeschichtliche Anmerkungen und Definitionen sollen an dieser Stelle zum Verständnis der aktuellen Diskussion über die Landproblematik in Brasilien beitragen:

● Von der lehensrechtlichen Schenkung zum Eigentum

Im Jahr 1534 wurde in der Kolonie Brasilien das lehensrechtliche Schenkungssystem Portugals eingeführt: Der Kö-

nig verschenkte umfangreiche Ländereien an Untertanen, die über die notwendigen Mittel zu ihrer Bewirtschaftung verfügten. Diese Art der territorialen Inbesitznahme Brasiliens orientierte sich an den Handelsinteressen, für die möglichst große Produktionseinheiten besonders attraktiv waren. Plantagen, auf denen versklavte AfrikanerInnen Monokulturen anbauen mußten, wurden zur Grundvoraussetzung für das koloniale Wirtschaftssystem.

Die Schenkungsnehmer waren verpflichtet, das ihnen übertragene Land binnen fünf Jahren urbar zu machen, andernfalls fiel es an die portugiesische Krone zurück. In dieser Praxis liegen die Wurzeln des in der heutigen Diskussion oft verwandten Begriffs der *Terras devolutas* (port.: (an den Staat) zurückfallendes Land), d. h. Schenkungen, die aufgrund unzureichender Nutzung wieder an den Schenker zurückfallen. In der brasilianischen Rechtssprache wird dieser Begriff heute auch als Synonym für herrenloses, landwirtschaftlich ungenutztes Land verwendet, das dem Gemeineigentum zuzurechnen ist. Trotz der mit

den Schenkungen verknüpften Bedingungen gelang es der Kolonialregierung nicht, die Entstehung nicht produktiv genutzten Großgrundbesitzes zu verhindern.

● Der Besitz (*Posse*)

Während der Kolonialzeit entstand eine weitere Form der Aneignung, die im Laufe der Zeit auch die Anerkennung der Behörden fand - die *Posse*. Sie entsprach am ehesten dem technisch anspruchslosen, zerstörerischen Wanderfeldbau jener Zeit und wurde mit der Zeit zur hauptsächlichen Form der Aneignung von Grund und Boden in Brasilien.

Als *Posse* bezeichnet man die Aneignung und produktive Nutzung eines Grundstücks. Die *Posse* konstituiert sich, wenn ein *Posseiro* die Herrschaftsgewalt über das Land ausübt und dieses einer sinnvollen Nutzung zuführt, d. h. wenn er einen *animus dominus* an den Tag legt. Zur Verdeutlichung sei an dieser Stelle die formale Begründung des Eigentums angeführt:

Eigentum setzt die Herrschaftsgewalt, die Nutzungsgewalt sowie das dingliche Recht voraus, nach Belieben über die

Sache, in unserem Fall das Land, verfügen zu können.

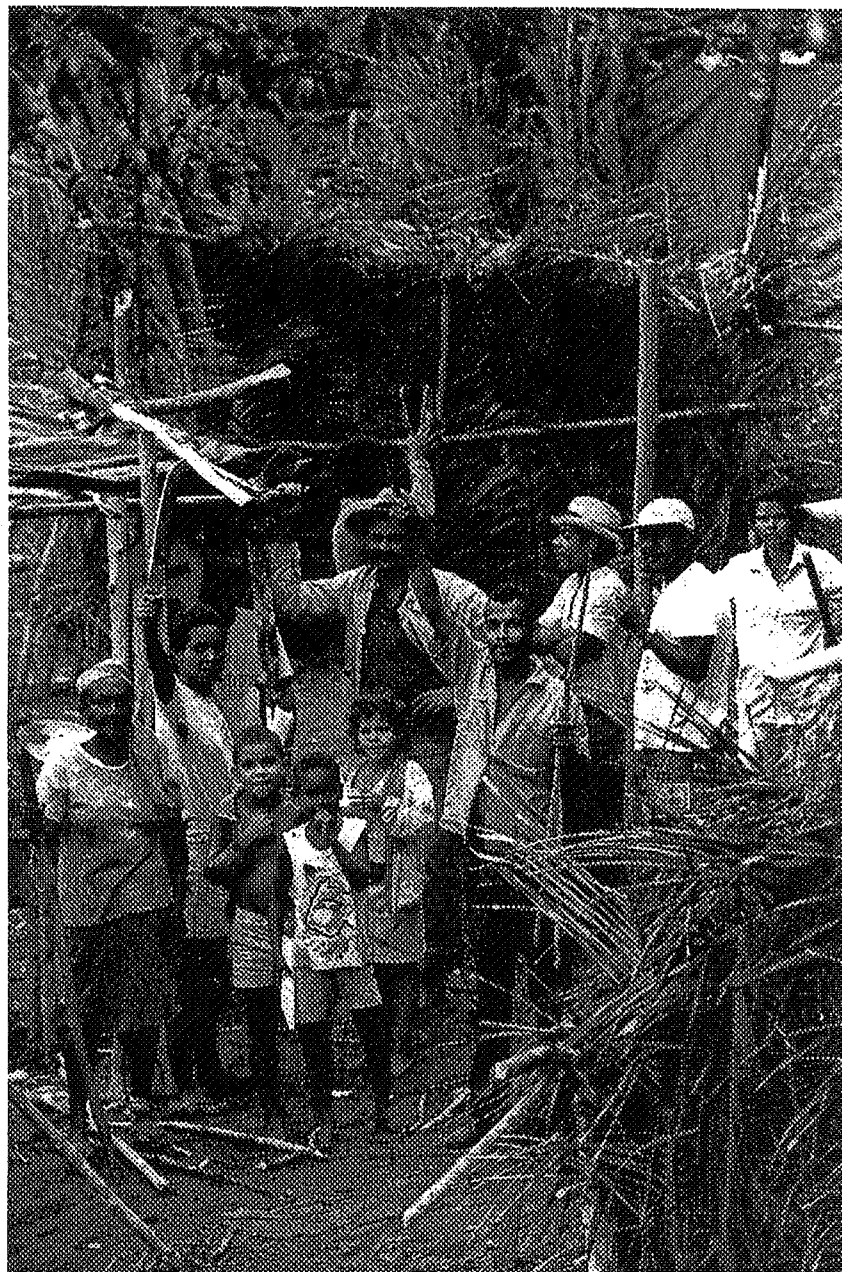
Beim Besitz, der *Posse*, sind nur die ersten beiden Bedingungen des Eigentums erfüllt. Da der Rechtsfigur der *Posse* die dingliche Verfügungsgewalt über die Sache fehlt, kommt in ihr selbst bereits die soziale Funktion des Eigentums zum Ausdruck. Um die Rechtsstellung eines *Posseiro* einnehmen zu können, müssen folgende Kriterien erfüllt sein:

- die *Posse* muß in gutem Glauben und friedlich vonstatten gehen, ohne daß bisherige Eigentümer Ansprüche anmelden
- sie muß seit mehr als einem Jahr und einem Tag bestehen und sichtbare Zeichen der Nutzung aufweisen, wie etwa ein Haus, bestellte Anbauflächen, mehrjährige Kulturen.

Sind diese Voraussetzungen erfüllt, so ist davon auszugehen, daß der *Posseiro* über den o.g. *animus dominus* verfügt und das Land in seinen Besitz genommen hat, um darauf durch seine Arbeit sein Überleben zu sichern.

Bis heute ist die *Posse* in Brasilien eine juristisch unanfechtbare Form der Aneignung von Grund und Boden.

Nicht nur Kleinbauern nehmen von Land Besitz; auch Großgrundbesitzer zögern nicht, sich im Rechtsstreit mit ihresgleichen, dem Staat, vor allem jedoch mit den Unterdrückten auf ihre Rechte als *Posseiros* zu berufen.



„Posseiros“
(Foto:Archiv CPT)

Ein Beispiel: 15 Kleinbauernfamilien lassen sich auf ungenutztem oder verlassenen Land nieder, das dem Staat oder einer Privatperson gehört. Nachdem die *Posseiros* zwanzig Jahre auf dem Land gelebt und gearbeitet haben, macht ein vorgeblicher oder tatsächlicher

Eigentümer einen Eigentums-herausgabeanspruch geltend und vertreibt die Familien mit richterlicher Hilfe. Ungeachtet der Frage, ob der Eigentümer über einen Grundbucheintrag verfügt, ist das Vorgehen rechtswidrig, da die *Posseiros* länger als ein Jahr und einen Tag auf

dem Land gelebt und es bestellt haben. Den Besitz, d.h. die sachlichen Rechte am Land bzw. Herrschaftsgewalt und Nutzungsrecht, kann ihnen der Eigentümer in diesem Fall *de jure* nicht streitig machen.

In den ersten Jahrhunderten der Kolonialisierung Brasiliens war die *Posse* die Form der Inbesitznahme von Land durch Kleinbauern, die aufgrund mangelnder materieller Ausstattung keine Schenkung beantragen konnten.

Sie war für sie die einzige Möglichkeit, zu Landbesitz zu kommen. Dadurch wurden Millionen Hektar Land aus Staatsbesitz und unproduktivem Privatbesitz in die landwirtschaftliche Produktion einbezogen. In der *Posse* liegt daher der historische Ursprung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, die für die Nahrungsmittelversorgung Brasiliens schlechthin entscheidend wurde.

● Das Eigentum

Von 1822, dem Jahr der Unabhängigkeit von Portugal, bis 1850 fehlte es an einem Gesetzeswerk, mit dem der Zugang zum Land hätte geregelt werden können. Gleichzeitig bestand das koloniale Landwirtschaftsmodell fort. In diesem Vakuum kannte die Inbesitznahme und Anhäufung von Ländereien ohne produktive Nutzung keine Schranken mehr.

Mit dem Bodenrecht (*Lei de Terras*) von 1850 versuchte das Kaiserreich Brasilien, die Kontrolle über die Inbesitznahme des Staatsgebiets zurückzugewinnen. Dabei ging es vor allem um die *Terras devolutas* (s.o.), die der Staat durch die fortschreitende Inbesitznahme an Privatleute zu verlieren drohte. Für das Bodenrecht von 1850 ist der Landkauf die einzig legale Form der Aneignung. Die Möglichkeit der *Posse* wurde aufgehoben, die Grundstückspreise erhöht und der Erwerb von Land erschwert. Darüber hinaus war der Erlös aus dem Verkauf staatlicher Ländereien per Gesetz zweckgebunden für die Unterstützung von Einwanderern zu verwenden, die angesichts der schrittweisen Abschaffung der Sklaverei in der Landwirtschaft als Arbeitskräfte benötigt wurden.

Eines der vorrangigen Ziele von 1850 wurde nicht erreicht: die Demarkation des an den Staat zurückgefallenen Landes (*Terras devolutas*). Das Anliegen, staatlichen und privaten Landbesitz eindeutig voneinander abzugrenzen, scheiterte; damit fehlte in Brasilien die Grundvoraussetzung für eine wirksame staatliche Bodenpolitik. Die faktische Bedeutung des Bodenrechts, das selbst Ausdruck der politischen Macht der ländlichen Eliten war, besteht darin, breiten Sektoren der Bevölkerung den Zu-

gang zu Land erschwert oder gar unmöglich gemacht zu haben und damit eine demokratischere Entwicklung Brasiliens innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems verhindert zu haben. Die Transformationen des brasilianischen Kapitalismus, in dessen Mittelpunkt stets die Privilegien der Großeigentümer standen, verliefen seit 1850 stets unter den Vorzeichen dieses Gesetzeswerks. Mit der Errichtung der Republik gingen die *Terras devolutas* 1889 in den Besitz der Bundesstaaten über, ein Vorgang, der die Auswüchse des Bodenrechts von 1850 nur weiter zunehmen ließ. Erschwerend kam das Fehlen jedweder Ansiedlungs- oder Erschließungspolitik hinzu, die zumindest ein Gegengewicht zur weiteren Ausdehnung nicht genutzter Ländereien dargestellt hätte.

Die Jahre nach dem Inkrafttreten des Bodenrechts nutzten die Großeigentümer dazu, umstrittene Ländereien durch Eintragung ins Grundbuch in ihr Eigentum zu überführen. Um nicht produktiv genutztes Land wiederzuerlangen und einer anderen Nutzung zuzuführen, blieb dem Staat fortan nur noch der Weg der Enteignung.

● Die soziale Funktion des Landes

Am 30. November 1964 trat das Bodenstatut (Estatuto da Terra, Gesetz 4505) in Kraft.

Neben einer regionalspezifischen Definition von Groß- und Kleineigentum enthält das Bodenstatut ein Instrumentarium, mittels dessen eine Enteignung nicht produktiv genutzter Ländereien zu sozialen Zwecken möglich ist. Damit sollte vor allem Kleinbauern der Zugang zu Landeigentum erleichtert werden. Mit ihrer Ansiedlung wurde die eigens dafür geschaffene Nationale Behörde für Agrarreform (Ibra) beauftragt, die heute den Namen INCRA (Nationale Behörde für Kolonisation und Agrarreform) trägt.

Das Bodenstatut war die Antwort der Militärs auf die erforderliche Modernisierung im ländlichen Raum Brasiliens. Es galt, Recht und Ordnung zu wahren und die Bewegungen der Landbevölkerung zu zerschlagen, die für eine Agrarreform kämpfte. In den sechziger und siebziger Jahren gelang es, den Ruf der Landbevölkerung nach einer Agrarreform durch polizeiliche und militärische Gewalt fast zu ersticken.

Die einzige Organisationsform, die während der Militärherrschaft geduldet wurde, waren Produzentenvereinigungen mit äußerst eingeschränkter Repräsentativität. Begünstigt wurden dadurch wiederum die Großgrundbesitzer, die Agrarreform stand weiter nur auf dem Papier.

Im Zuge der Redemokratisierung und der Erarbeitung einer

stens jedoch ab dem zweiten Jahr ihrer Ausstellung eingelöst werden.

Näheres regelt ein ausführendes Gesetz. ...

Artikel 185: Zu Agrarreformzwecken dürfen nicht enteignet werden: kleine und mittelgroße Ländereien laut der gesetzlichen Definition, soweit der Eigentümer nicht über weitere Ländereien verfügt, sowie produktiv genutzte Ländereien.

neuen Verfassung, die 1988 verkündet wurde, hielt die soziale Dimension des Eigentums an Land, die bereits im Bodenstatut von 1964 enthalten gewesen war, Einzug in diese Magna Charta Brasiliens:

Artikel 184: Der Bund ist berechtigt, ländliche Immobilien, die ihre soziale Funktion nicht er-

füllen, im sozialen Interesse zu Zwecken der Agrarreform gegen eine vorherige, angemessene Entschädigung mit Staatsanleihen aus dem Agrarreformprogramm einschließlich Werterhaltungsklausel zu enteignen. Diese Anleihen können binnen einer Frist von bis zu zwanzig Jahren, frühe-



Gedenkmarsch für die Opfer der Gewalt. São Mateus, Espírito Santo 1994.
(Foto: Damian Sanchez)

Artikel 186: Die soziale Funktion gilt als erfüllt, wenn die Ländereien nach Maßgabe der gesetzlich vorgeschriebenen Kriterien und Anforderungen allen im folgenden aufgeführten Voraussetzungen zugleich entsprechen:

- rationale und angemessene Nutzung
- angemessene Nutzung der vorhandenen natürlichen Ressourcen und Schutz der Umwelt

- Einhaltung der arbeitsrechtlichen Vorschriften
- Nutzung des Landes zur Beförderung des Wohls von Eigentümern und Arbeitnehmern.

Obwohl diese Rechte in der Verfassung verbrieft sind, ist ihre Umsetzung in die Praxis bis heute von der Durchsetzungsfähigkeit der sozialen Bewegungen gegenüber dem Staat abhängig.

3. The Setting: Rural Brazil

The concentration of land tenure in Brazil is among the highest in the world. Fewer than 50,000 landowners have estates more than 1,000 hectares, controlling more than 50% of all agricultural land. Close to 1% of rural landowners hold roughly 46% of agricultural land. Of the 400 million hectares registered as private property, only sixty million hectares are used for planting crops. The remaining 340 million hectares are used for cattle raising. According to figures from the Institute for Colonization and Agrarian Reform (Instituto de Colonização e Reforma Agrária, INCRA), there are nearly one hundred million hectares of unused land in Brazil.

According to the 1995 Census, there are nearly 4.8 million landless families in the country. These are people who live as renters, sharecroppers, squatters, or who hold rural properties smaller than five hectares. The Brazilian Constitution requires that lands that do not fulfill a social function must be expropriated for agrarian reform. The social function of land is determined according to the level of productivity, in addition to criteria that include respect for labor rights and environmental protection.

Brazil produces just 75 million tons of grain per year. This number is one-fourth the average level of other countries with similar or inferior climate and soil quality. According to the Agricultural and Cattle Raising Census, between 1985 and 1996, the number of acres with permanent crop growth fell by two million hectares, while the number of acres with temporary crop growth fell by 8.3 million hectares. From 1980 to 1996, the area of lands cultivated fell by 2%, while the population increased by 34%. In the 1980s, the Bank of Brazil (Banco do Brasil) invested roughly 19 billion dollars in agriculture. Between 1994 and 1998, the average income of farmers fell by 49%.

The best lands in Brazil are used for the cultivation of single crops for export: sugar cane, coffee, cotton, soy and oranges. At the same time, 32 million people experience hunger regularly, and 65 million are malnourished. Of these first 32 million, one-half live in rural areas. According to official statistics, close to 30 million people migrated from the countryside to urban areas between 1970 and 1990. The overall contingent of rural laborers fell by 23% from 1985 to 1996. Today, more than 77% of the Brazilian population live in the major urban centers.

According to the 1995 Census, there are twenty-three million workers in rural Brazil, yet only five million are classified as registered workers (either permanent or temporary). Close to 65% of salaried farm workers do not have formal labor contracts ("*carteira assinada*" in Brazilian terminology), and only 40% of these workers have year-round jobs. Many of these laborers toil as many as 14 hours per day. In this context, women and children are the most vulnerable. XCCC The majority of rural women work double shifts, in agricultural and household. Many women and children that work in rural areas do not receive any compensation. A study based on a 1995 report demonstrated that nearly 4 million rural children between the ages of five and fourteen work in the countryside, representing some 11% of this population. Only 29% of working children receive any monetary compensation. Among the children between the ages of five and nine, only 7% receive compensation. A very large number of rural children have no access to formal education and, among adults, the level of illiteracy in some regions reaches 70%.

According to the 1996 Agricultural and Cattle Raising Census, by the Brazilian Institute of Geography and Statistics (*Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística*, IBGE), land concentration has increased in the past two decades. In 1970, estates of less than one hundred hectares represented 90.8% of rural properties, and constituted 23% of the total area. In 1996, this figure fell to 89.3% of estates, and 20% of total area. In contrast, in 1970, estates with areas greater than 1,000 hectares represented 0.7% of the total number of properties, and accounted for 39.5% of the total area. In 1996, these estates accounted for 1% of the number of properties, and 45% of the total area. Between 1985 and 1996, the number of rural properties fell from 5,801,809 to 4,859,865—a reduction of 941,944. This decrease is equal to 61% of the total area of lands producing grain in the 1997-1998 harvest. Between 1994 and 1998, 400,000 small farmers lost their lands, and 800,000 farm workers lost their jobs.

Today, agricultural properties are divided as follows:

- 4.3 million with areas less than 100 hectares
- 470,000 with areas from 100 to 1,000 hectares
- 47,000 with areas from 1,000 to 10,000 hectares
- 2,200 with areas greater than 10,000 hectares

According to the 1996 Census, the production level is divided as follows:

- properties with areas smaller than 100 hectares account for 47% of the total value of agricultural and cattle raising production;
- properties with areas between 100 and 1,000 hectares account for 32% of agricultural and cattle raising production;
- properties with areas between 1,000 and 10,000 hectares account for 17% of this production;
- estates with areas greater than 10,000 hectares account for 4% of this total production.

With regard to the distribution of labor, one finds:

- properties with areas smaller than 100 hectares account for 40.7% of laborers;
- properties with areas between 100 and 1,000 hectares account for 39.9% of laborers;
- properties with areas greater than 1,000 hectares account for 4.2% of laborers.

The figures above demonstrate that a process of agrarian reform is of fundamental importance to address serious economic and social problems facing Brazil.

| | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 |
|-----------------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| Conflitos de Terra* | | | | | | | | | | |
| Nº de Conflitos | 361 | 379 | 440 | 653 | 658 | 751 | 870 | 556 | 681 | 743 |
| Assassinatos | 42 | 36 | 39 | 46 | 29 | 38 | 27 | 20 | 29 | 43 |
| Pessoas Envolvidas | 232.236 | 237.501 | 318.438 | 481.490 | 477.105 | 662.590 | 536.220 | 439.805 | 419.165 | 425.780 |
| Hectares Conflituivos | 3.221.252 | 1.819.963 | 3.250.731 | 3.395.657 | 3.034.706 | 4.060.181 | 3.683.020 | 1.864.002 | 2.214.930 | 3.066.436 |
| Trabalho Escravo | | | | | | | | | | |
| Nº de Conflitos | 29 | 28 | 21 | 19 | 17 | 14 | 16 | 21 | 45 | 147 |
| Assassinatos | | 1 | | 4 | | | | | | |
| Pessoas Envolvidas | 19.940 | 25.193 | 26.047 | 2.487 | 872 | 614 | 1.099 | 465 | 2.416 | 5.559 |
| Hectares Conflituivos | | | | | | | | | | |
| Conf. Trabalhistas** | | | | | | | | | | |
| Nº de Conflitos | | | | | 49 | 56 | 28 | 33 | 25 | 22 |
| Assassinatos | | | | | 1 | 5 | | 1 | | |
| Pessoas Envolvidas | | | | | 24.788 | 366.720 | 4.133 | 53.441 | 5.087 | 5.586 |
| Hectares Conflituivos | | | | | | | | | | |
| Outros*** | | | | | | | | | | |
| Nº de Conflitos | 155 | 78 | 93 | 78 | 12 | 279 | 69 | 50 | 129 | 14 |
| Assassinatos | 10 | 10 | 2 | 4 | | 4 | | | | |
| Pessoas Envolvidas | 118.952 | 45.925 | 36.581 | 451.157 | 3.288 | 109.162 | 164.909 | 62.319 | 106.104 | 14.352 |
| Hectares Conflituivos | | | | | | | | | | |
| Total | | | | | | | | | | |
| Nº de Conflitos | 545 | 485 | 554 | 750 | 736 | 1.100 | 983 | 660 | 880 | 925 |
| Assassinatos | 52 | 47 | 41 | 54 | 30 | 47 | 27 | 21 | 29 | 43 |
| Pessoas Envolvidas | 391.128 | 308.619 | 381.086 | 935.134 | 506.053 | 1.139.086 | 706.361 | 556.030 | 532.772 | 451.277 |
| Hectares Conflituivos | 3.221.252 | 1.819.963 | 3.250.731 | 3.395.657 | 3.034.706 | 4.060.181 | 3.683.020 | 1.864.002 | 2.214.930 | 3.066.436 |

*O número de Conflitos é a soma das ocorrências de Conflitos por Terra (495), Ocupações (184) e Acampamentos (64).

**Conflitos Trabalhistas referem-se ao desrespeito à Legislação Trabalhista e a casos de superexploração do trabalho.

*** Outros: até 1996 estão incluídos os conflitos Trabalhistas. Após 1996 registra-se Conflitos em Tempos de Seca, Conflitos pela Água, Sindicais, em Áreas de Garimpo.

***Em 2002, está registrado a soma dos Conflitos pela Seca(5), Conflitos pela Água(8) e Garimpo

4. DIE SITUATION IM LÄNDLICHEN RAUM BRASILIENS

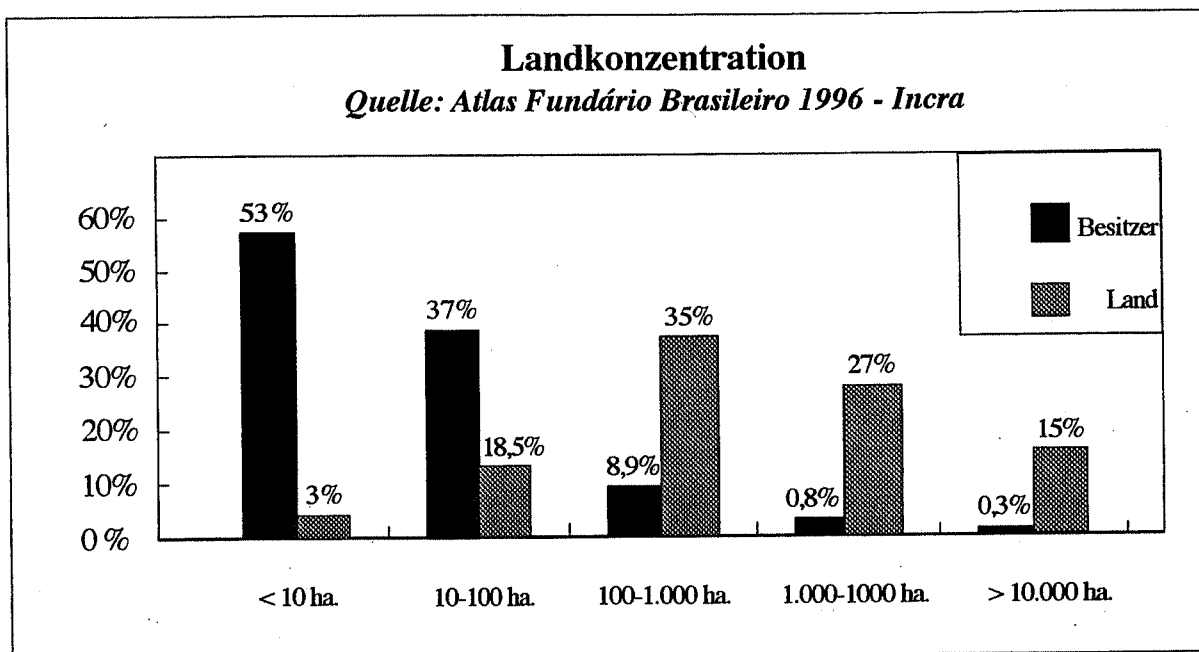
In den vergangenen drei Jahrzehnten hat sich der ländliche Raum Brasiliens tiefgreifend verändert. Durch den Staat vorangetrieben hielt die Dynamik des kapitalistischen Produktionssystems Einzug in die Landwirtschaft. Sie brachte eine „Modernisierung“ der land- und viehwirtschaftlichen Produktion sowie eine Konzentration des Eigentums an Land und der Produktion selbst mit sich - ein Prozeß, der bis heute von krassen Widersprüchen gekennzeichnet ist: Während z. T. moderne Produktions- und Arbeitsbedingungen entstanden, wurde in anderen Landstrichen soziale Ungerechtigkeit erzeugt oder verstärkt.

Erstens hat das kapitalistische Entwicklungsmodell für den ländlichen Raum die Konzentration und Zentralisierung des Eigentums an Land verstärkt. Anzahl und Fläche von Großgrundbesitzern ha-

ben zugenommen, während der steigenden Anzahl von Kleingrundbesitzern insgesamt kein Flächenzuwachs gegenübersteht. Die Landkonzentration in Brasilien gehört zu den höchsten der Welt. Trotz der kontinentalen Ausmaße und einer Landbevölkerung von nur 38 Millionen Menschen leben in Brasilien nach Angaben des brasilianischen Bundesamtes für Geographie und Statistik 4,8 Millionen landlose Familien. Das Kartenwerk der Nationalen Behörde für Kolonisation und Agrarreform (INCRA) verzeichnet 3,1 Millionen ländliche Immobilien mit einer Gesamtfläche von 331 Millionen ha. Kleingrundbesitzer verfügen über 89,1% dieser Immobilien, die zusammen jedoch nur 23,4% der Gesamtfläche ausmachen. Dem gegenüber nennen Großgrundbesitzer (2,8% aller Immobilien) 56,7% der registrierten Fläche ihr eigen. Neben

der Konzentration sind insbesondere die Daten zur Landnutzung aufschlußreich: Mehr als 35.000 Immobilien, die als Großgrundbesitz gelten (d. h. etwa ein Prozent aller ländli-

chen Immobilien) mit einer Fläche von insgesamt 166 Millionen ha (mehr als 50% der vom INCRA registrierten Flächen) werden nicht produktiv genutzt.



Zum zweiten hat die fortschreitende Landkonzentration zugunsten des Großgrundbesitzes zu einer **krassen sozialen Ausgrenzung** geführt. Begünstigt wurden die Landoligarchien, das verbündete Kapital aus Industrie und Handel und das Finanzkapital. Gleichzeitig wurden große Teile der Bevölkerung ins Elend getrieben und vom Land verdrängt. Zwischen 1970 und 1990 sind 30 Millionen Landbewohner in die Städte, in die neu zu erschließenden Anbaugelände im Norden des Landes oder ins Ausland abgewandert.

Drittens hat die Modernisierung der Landwirtschaft die sozialen und regionalen Gegensätze vertieft. 73% der Landbevölkerung (38 Millionen Menschen) verfügen über ein Jahreseinkommen unterhalb der Armutsgrenze (260 US-Dollar - das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in Brasilien liegt bei 5.000 US-Dollar). Brasilien gehört damit zu den Ländern mit der ungerechtesten Einkommensverteilung überhaupt. Zu den Folgen der Ungleichheit, die regionale, ethnische und geschlechtsspezifische Züge trägt, gehört der

Hunger: 51% der 31,5 Millionen unterernährten Brasilianer leben auf dem Land.

Viertens hat die Modernisierung der Landwirtschaft auch die Ausbeutung der Landbevölkerung weiter verschärft. Die Landarbeiter wurden zu Proletariern, die der kapitalistischen Ausbeutungslogik unterworfen sind, kleinbäuerliche Familienbetriebe wurden von der offiziellen Agrarpolitik einfach vergessen und gerieten in Abhängigkeit vom Finanz- und Industriekapital. Angesichts der Ausrichtung der brasilianischen Volkswirtschaft an den Interessen der globalisierten Weltwirtschaft hat sich die Lage in den letzten Jahren weiter verschärft. Die Kleinbetriebe werden zerstört, die Ausbeutung der ArbeitnehmerInnen hat durch Zerstörung von Arbeitsrecht unerträgliche Dimensionen angenommen. In den landwirtschaftlich neu erschlossenen Gebieten im Norden und Mittleren Westen wurden ebenso wie in bereits entwickelten Regionen in letzter Zeit sogar Fälle von Sklaverei bekannt. Der großen Mehrheit der Lohnarbeiter in der Landwirtschaft werden selbst die grundlegend-

sten Arbeitnehmerrechte verweigert. Nur 22,5% der Arbeiter, die bis zu einem Mindestlohn erhalten, sind über einen ordentlichen Arbeitsvertrag sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Eine 1995 durchgeführte repräsentative Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, daß von den

16,3 Millionen Kindern Brasiliens 522.185 zwischen 5 und 6 Jahren berufstätig sind, davon 423.679 in der Landwirtschaft. Die Lage der Landarbeiterinnen, die bei niedrigeren Löhnen einer Doppel- oder Dreifachbelastung ausgesetzt sind, ist nicht weniger erschreckend.



**Die Landlosigkeit zwingt viele Familien dazu, ihre Kinder zur Arbeit zu schicken.
Morrinhos-Bahia
(Foto: Eunisi Cardoso)**

Fünftens gründet sich das in Brasilien eingeführte „moderne“ Landwirtschaftsmodell auf eine Intensivierung der Ausbeutung von Böden und natürlichen Ressourcen, eine schier grenzenlose Technisierung, massive Mechanisierung, Monokulturen, den Einsatz von Chemikalien (Kunstdünger und Pflanzenschutzmitteln), extensive Viehwirtschaft, die Zerstörung der natürlichen Ressourcen und die Mißachtung der kulturellen Identität der Land- und Waldbevölkerung. Dieser irrationale Modernisierungsprozeß betreibt Raubbau an Landschaft, Vegetation und Wasser-

vorkommen und zerstört damit die Lebensgrundlage der zukünftigen Generationen.

Sechstens hat die Modernisierung der Produktion in Brasilien weder zu einer Modernisierung der sozialen Beziehungen noch zu einer Demokratisierung von Landzugang und Landnutzung geführt. Die Land- und Waldbevölkerung, deren Umgang mit den natürlichen Ressourcen von Nachhaltigkeit geprägt ist (Subsistenzwirtschaft), haben durch Gewalt und durch ein Entwicklungsmodell, das ihrer Identität weder technologisch

noch kulturell angemessen ist, ihre Lebensgrundlage verloren. Ihre Nutzungsrechte werden mißachtet, nicht wenige von ihnen werden systematisch von ihrem angestammten Land vertrieben. Darüber hinaus ist die große „soziale Schuld“ Brasiliens gegenüber der schwarzen Bevölkerung immer noch unbeglichen: Die Schwarzen kämpfen für die Demarkation ihrer bis heute bewohn-

ten Wehrdörfer aus der Sklavenzeit - ein Recht, daß ihnen per Gesetz zusteht, bei dessen Durchsetzung sie jedoch vom Staat im Stich gelassen werden. Die Demarkation der Indianergebiete geht so schleppend voran, daß man fast von einer Einladung an Goldschürfer, Holzfäller und *Posseiros* sprechen könnte, in das Land der indigenen Völker einzufallen.

Porque o Brasil

- Concentração de Terra: O Brasil é o campeão mundial da desigualdade social, e o segundo país do mundo com maior concentração da propriedade da terra. Menos de 3% dos proprietários de terra possuem mais da metade das terras agricultáveis, e deixam a maior parte delas sem produzir. Ao mesmo tempo, mais de quatro milhões de famílias de trabalhadores rurais não possuem terra e vivem num estado de pobreza extrema. Por sua vez, os povos indígenas no Brasil continuam a ter suas terras não demarcadas e invadidas por garimpeiros e madeireiros.
- Violência no Campo: Na luta pela terra e por seus direitos básicos, os trabalhadores rurais brasileiros se tornam vítimas da violência da polícia e dos latifundiários. No período 1985-1997, a Comissão Pastoral da Terra (CPT) registrou 1003 assassinatos de trabalhadores rurais, advogados, lideranças sindicais e religiosas ligados à luta pela terra. Neste mesmo período, em função da impunidade e ineficiência da justiça, ocorreram apenas 56 julgamentos, nos quais somente 16 mandantes sentaram no banco dos réus, tendo havido apenas dez condenações.
- Política de subordinação aos interesses estrangeiros: Ao mesmo tempo em que a produção agrícola para exportação é estimulada, a política agrícola deixa à margem amplas camadas de agricultores familiares, principais responsáveis pela produção de alimentos. A área cultivada para o consumo alimentar do povo diminui, e o Brasil tem se tornado assim um grande importador de alimentos, aumentando sua dependência externa.
- Propaganda oficial enganosa: Ao contrário do que é divulgado nacional e internacionalmente pela publicidade oficial, a política agrária do governo é bastante tímida e continua a privilegiar o latifúndio. Além disso, a falta de uma política de apoio à agricultura familiar por parte do governo brasileiro, fez com que fossem eliminados mais de três milhões de postos de trabalho no campo nos últimos 11 anos, dez vezes mais do que o número de famílias assentadas pelo governo no mesmo período.
- Mobilização social na luta pela terra: É por isso que, com o amplo apoio da sociedade, várias entidades no Brasil se mobilizam na luta por uma reforma agrária que altere efetivamente a estrutura fundiária brasileira e se torne a base para a promoção de um novo modelo de desenvolvimento rural, sustentável e não excludente.

Die Agrarreform ist überfällig

Die Agrarstruktur Brasiliens, die MST und die Erwartungen an die neue Regierung

V

VON INGO MELCHERS

Vielleicht gibt es keinen illustrativeren Vergleich zwischen Brasilien und den USA, um die verschiedenen Entwicklungspfade kapitalistischer Entwicklung in einem großen Flächenstaat zu charakterisieren, als die Gesetze, die um die Mitte des 19. Jahrhunderts den Zugang zu Land regelten: Der „Homestead Act“ von 1862 erlaubte drei Millionen Bauernfamilien, sich im Westen der USA anzusiedeln, ohne Pacht, ohne Grundrente, ohne Bodenpreise. Einfach das Land demarkieren und produzieren. Aus Lucky Luke und anderen Geschichtsbüchern wissen wir, dass das kein friedlicher Prozess war, aber er garantierte eine ausreichende Nahrungsmittelproduktion, die Verknappung und damit Verteuerung der verfügbaren Arbeitskraft, enorme Produktivitätssteigerungen, Schaffung und Stimulierung des weltweit größten Binnenmarktes. Wenn wir von den Massakern an der indigenen Bevölkerung absehen, eine spektakulär demokratische Wirtschaftspolitik.

Dem gegenüber steht das sogenannte Landgesetz von 1850 in Brasilien. Im gleichen Jahr wurde der Sklavenhandel verboten und die Grundbesitzerelite sah voraus, dass es einen Run auf die Millionen Hektar nicht genutzten Landes geben würde. Den daraus resultierenden Mangel an billiger Arbeitskraft für die Großgrundbesitzer wollte und konnte das Landgesetz verhindern: Eigentum an Land konnte nur erwerben, wer es kaufte oder seine Nutzung im Grundbuch durch eine ent-

Im Januar wird Lula sein Amt als Präsident Brasiliens antreten. Vor ihm liegen gigantische Aufgaben. Eine davon ist die soziale Modernisierung der wirtschaftlich unproduktiven und gesellschaftlich untragbaren Agrarstruktur. Hier gibt es dringenden Handlungsbedarf, ein breite soziale Bewegung für Reformen, aber auch mächtige – wenn auch geschwächte – Interessengruppen, die sich allen Schritten hin zu einer demokratischeren und produktiveren Agrarverfassung widersetzen werden.

sprechende Abgabe an die Krone legalisierte. Der Zugang zu Land war damit reserviert für die, die bereits Land (oder Kapital) hatten. Die meisten der erst 38 Jahre später durch das „Goldene Gesetz“ befreiten Sklaven hatten in der Tat keine Alternative zur miserablen Bezahlung in den Zuckerrohr-, Kakao- und Kaffeefeldern. Kein Binnenmarkt, keine Produktivitätssteigerungen, keine Demokratisierung des Zugangs zum wirtschaftlichen Reichtum. Die extreme Ungleichheit setzte sich in der konservativen Modernisierung der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in der Industrialisierung ohne Umverteilung fort. Zum Ende des 20. Jahrhunderts konzentrierten sich 45 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Hand jener 0,9

Prozent der Grundbesitzer, die jeweils mehr als 1000 (und nicht selten mehr als 10 000) Hektar ihr eigen nannten. Die Hälfte aller Grundeigentümer hatten dagegen weniger als 10 Hektar und okkupierten damit 2,2 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Die Geschichte Brasiliens gehört kurioser Weise zu den wenigen, die bisher keinen ernsthaften Versuch einer Agrarreform registrierte.

An Kämpfen um Land hat es nicht gefehlt in den letzten 120 Jahren. Es gab mächtige messianische Bewegungen, von entlaufenen Sklaven gegründete Gemeinden, Bauernbewegungen, von der kommunistischen Partei unterstützte Landbewegungen, anarchistische Strömungen und 1962 die erste Landbesetzung der Bewegung der Bauern ohne Land, MASTER. Die heutige Landlosenbewegung MST fühlt sich als Erbin all dieser – meist durch massive militärische Gewalt niedergeschlagenen – Kämpfe, weil sie zum einen historische Zeuginnen sind für die notwendige Modernisierung einer vor-demokratischen Agrarstruktur und zum anderen, weil sie meint, aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt zu haben. Und einer der Fehler, der aus Sicht der MST in einigen regionalen Bauern- oder Landlosenbewegungen zum Niedergang oder zur politischen Kooptation geführt hat, war die Anbindung an eine Partei. Aber dazu kommen wir später.

Zu schnelle Verstädterung

81 Prozent der brasilianischen Bevölkerung lebt in Städten, sagt das Statistische

Bundesamt IBGE. Das ist eine Entwicklung, wie sie in allen Gesellschaften vonstatten geht. Diese Zahlen werden jedoch hinterfragt von Experten ländlicher Entwicklung, die hoffen, dass eine an die Realität angepasste statistische Erhebungsmethode positive Auswirkungen hat auf die politische Aufmerksamkeit, die der ländliche Raum verdient. Ihre Argumente sind gut, aber dennoch bleiben es um die 75 Prozent Stadtbevölkerung. Und keine soziale Bewegung wird Stadtbevölkerung zu Landbevölkerung machen wollen, das ist sozusagen ein geschichtlich gescheitertes Projekt. Brasilien hat sich aber zu schnell verstädtert. Keine der städtischen Dienstleistungen wuchs im gleichen Rhythmus wie ihre Bevölkerung. Die Wasser- und Energieversorgung ist für die nächsten Jahre nicht gesichert, die Müll- und Abwasserproblematik der großen Städte ist immens, um nur einige Beispiele zu nennen.

Der ländliche Raum und der Agrarsektor haben weiterhin eine große Bedeutung für die brasilianische Ökonomie und Gesellschaft und halten Optionen und Potenziale bereit, deren Realisierung ein Segen für die Stadt sein kann.

Die Landwirtschaft produziert die Nahrungsmittel, die zur Bekämpfung der sozialen Misere unumgänglich sind. Der primäre Sektor ist der einzige, der derzeit in nennenswertem Umfang zum Überschuss in der Leistungsbilanz (Salden aus der Handels- und Dienstleistungsbilanz mit dem Ausland) beiträgt und der folgenden Regierung erlauben wird, ein wenig kecker mit dem Internationalen Währungsfonds zu verhandeln. Es gibt ein enormes nicht ausgeschöpftes Beschäftigungspotenzial in der Landwirtschaft und den ihr vor- und nachgelagerten Branchen. Starke ökonomische, soziale und politische Motive sprechen für eine massive Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft und ihrer verstärkten Integration in die anderen Sektoren.

Brasilien ist ein großes Land

Wenngleich die extreme Landbesitzkonzentration in allen Regionen Brasiliens eine Konstante ist, macht es doch Sinn, zumindest holzschnittartig, also wirklich grob, die Unterschiede der Hauptregionen zu skizzieren um zu verstehen, inwieweit Klima, Kolonisierungsgeschichte und Bodennutzung sich auf die Realität der ländlichen Räume auswirkten und um eine Vorstellung von der Notwendigkeit einer regional differenzierten alternativen Politik

zu bekommen. Für jede Großregion Brasiliens wird die Anzahl der unproduktiven Großgüter und ihre Gesamtfläche genannt. (Verfassungs-) Theoretisch könnten diese Flächen enteignet und der Agrarreform zugeführt werden. Die Angaben stammen aus einer Untersuchung der Agrarreformbehörde INCRA von 1998.

Portugiesische Sträflinge wurden im ersten Jahrhundert nach der Entdeckung in den **Nordosten** verfrachtet, um den Anspruch der Krone auf die Kolonie gegenüber den Schmugglern und Piraten aus Frankreich, England und Holland zu unterstreichen. (Der französische Präsident stellte auf einem kürzlichen Brasilien-Besuch klar, dass es sich lediglich um Korsaren handelte, ohne jedoch auf die Unterschiede einzugehen.) Die Besiedlung des Nordostens durch eben diese Sträflinge und afrikanische Sklaven erfolgte, um das verheißungsvolle Zuckerrohr in der Küstenzone anzubauen und den Süßstoff in das europäische Zentrum zu exportieren. Hinter dieser regenreichen Zucker-Region erstreckt sich über 900 000 qkm eine Zone, die von extremer Trockenheit, unregelmäßigen Regenfällen und archaischem Klientelismus geprägt ist. Aus dieser semi-ariden Region sind in den letzten 30 Jahren Millionen von MigrantInnen in den sich industrialisierenden Süden gezogen. Der prominenteste Armutsflüchtling heißt Luiz Inácio Lula da Silva. Der Nordosten insgesamt umfasst heute 50 Prozent aller brasilianischen Kleinbauern, die meisten von ihnen gehören zur Zielgruppe des vom gewählten Präsidenten Lula angekündigten Programms zur Bekämpfung des Hungers. Diese Mischung aus Großgrundbesitz, Trockenheit und einer uralten Klientelwirtschaft prägen die Armutsstruktur. Es gibt jedoch nicht erst seit den Wahlen im Oktober 2002 Anzeichen, dass die – in dieser säkulären Verkrustung häufig servile – Armutskultur dabei ist sich aufzulösen.

11 300 unproduktive Großbetriebe mit 27,5 Mio ha.

Der **Süden** wurde Jahrhunderte später besiedelt, in weiten Teilen von europäischen AuswanderInnen auf der Suche nach

Land in vergleichbarer Landschaft und ähnlichem Klima. Bis heute ist deutlich, dass das, was in Westeuropa unter bäuerlicher Kultur und Denken bekannt ist, am ehesten im brasilianischen Süden wieder zu finden ist. Verwurzelte bäuerliche Landwirtschaft, das existiert in Paraná, Santa Catarina und Rio Grande do Sul.

8685 unproduktive Großbetriebe mit 6,3 Mio ha.

Im **Südosten** finden wir heute eine intensive und zum guten Teil mechanisierte Landwirtschaft in der Nähe der großen lateinamerikanischen Metropolen und des Industriegürtels um Rio de Janeiro, Belo Horizonte und São Paulo. Kaffee, Orangen und Zuckerrohr für den Export und oft intensiver Anbau von Gemüse und anderen Nahrungsmitteln für die städtischen Zentren sind hier angesiedelt, und die Großgrundbesitzereileite ist kein bisschen



Beginn einer Landbesetzung. Eine Gruppe von Leuten beschafft im Geheimen Planen, Baumaterial, Werkzeug...

progressiver als in anderen Landesteilen.

12 512 unproduktive Großbetriebe mit 12,3 Mio ha.

Der **Norden**, die unendlichen Weiten des Amazonas, ist die mit Abstand am dünnsten besiedelte Region. „Land ohne Menschen für Menschen ohne Land“ hieß es während der Militärdiktatur. Dass damit das Vorhandensein der indigenen Bevölkerung negiert wurde, sei hier nur am Rande erwähnt. Der Norden war lange Jahre das Migrationsventil, um den Druck auf Land abzuschwächen. Millionen Landsuchende aus dem Nordosten, aber auch aus allen anderen Regionen, in denen der technische Fortschritt und der soziale Rückschritt Menschen aus der landwirtschaftlichen Produktion ausspuckte, suchten hier eine neue Zukunft. Meist war es keine gute.

Kleinbäuerliche Strukturen streiten heute in dem feucht-tropischen Regenwald gegen nationale und internationale Unternehmen, legale wie illegale Holzextraktion, Sojaproduzenten und extensive Viehhalter um ein alternatives Entwicklungsmodell. Es vergeht hier kaum ein Monat, in denen nicht ein Menschenrechtler oder ein Landarbeitergewerkschafter gefoltert und ermordet aufgefunden wird. Spitzenreiter der ländlichen Gewalt ist vermutlich der Bundesstaat Pará. Hier registrierte die indignierte Öffentlichkeit 1996 das bis heute unbestrafte Massaker an 19 Landlosen. Milliarden schwere Korruptionsfälle und unkontrollierte Polizeigewalt halten Pará in den Schlagzeilen. Es haben Ende Oktober nur einige Tausend Stimmen gefehlt, um die Kandidatin der PT in das Gouverneurinnen-Amt zu hieven. Schade.

7954 unproduktive Großbetriebe mit 57,3 Mio ha.

Schließlich der **mittlere Westen**, weit jenseits der Agrargrenze um die Mitte des 20. Jahrhunderts. Nochmal 100 Jahre früher kamen die mythenumwobenen Pioniere der brasilianischen Nation (der Bestä-

tigung des brasilianischen Territoriums), die sogenannten Bandeirantes, in den mittleren Westen meist nur, um entlaufene Sklaven einzufangen, um jeden Präzedenzfall im Keim zu ersticken. Mit der öffentlich geförderten Modernisierung der Transportwege in den letzten 15 Jahren wird heute in den weiten eher trockenen Savannengebieten Soja für den Export angebaut und werden Rinder gehalten. Ein fallender Wechselkurs der brasilianischen Währung wird von den produzierenden Bauern des mittleren Westens (agrarsoziologisch sind dies eher unternehmerisch orientierte Farmer wie in den Corn Belts der USA) billigend in Kauf genommen: Mehr Geld in der Kasse. Zeca do PT, Gouverneur im Bundesstaat Mato Grosso do Sul, ist gerade wiedergewählt worden.

19 334 unproduktive Großbetriebe mit 62,8 Mio ha.

Auch nach der Rückkehr zur Demokratie keine Agrarreform

Am 7. September 1979 fand die erste große Landbesetzung der Landlosenbewegung statt. Dieser Tag gilt bis heute als das Gründungsdatum des MST (über Geschichte und Vorgehensweise des MST, sowie die Besetzung Ipanema hatten wir ausführlich im Rundbrief 3/92 "Umwelt und Entwicklung" berichtet, den Sie für 5.-DM in Briefmarken noch bei uns erhalten können).

Nach der Rückkehr zu einer demokratischen Regierungsform stand die Agrarreform wieder zur Debatte. Präsident Sarney war durch die Zunahme von Landkonflikten und ein Erstarren der Landarbeitergewerkschaften unter Zugzwang und unterschrieb am 10.10.1985 den Nationalen Agrarreformplan PNRA.

Für ganz Brasilien war die Ansiedlung von 1,4 Millionen Familien bis 1989 geplant. 14,3 Mrd. DM waren dafür vorgesehen. Sarney hatte INCRA und MIRAD (Ministerium für Landentwicklung und Reform) ausgeschaltet und war in der Endfassung des Präsidialamtes den Großgrundbesitzern entgegengekommen. So durfte nur ungenutztes Land, zunächst nur solches aus Staatsbesitz, verteilt werden. Enteignungen sollten vermieden, und jede Durchführung von Reformplänen mußte vom Präsidenten per Dekret

verfügt werden. Da dieser vor Unterzeichnung die Zustimmung der Gouverneure verlangte, war eine Umsetzung frühzeitig in Frage gestellt.

Am Ende der Amtszeit Sarneys waren 43.000 Familien zu Eigentümern geworden, davon 80% in den Pionierzonen der Agrarfront. Bei den meisten handelte es sich nicht um Neusiedler, sondern lediglich um Aushändigung der Besitztitel auf schon zuvor bewirtschaftetes Land.

Die Ankündigung des 1989 gewählten Präsident Collor, 500.000 Familien neu anzusiedeln, führte nur zu acht Ansiedlungen, davon waren drei schon zuvor von Sarney per Dekret verfügt worden.

Auch heute unter der Regierung von Itamar Franco findet keine Umverteilung von Land, ganz zu schweigen von einer umfassenden Agrarreform, statt. Den weiteren Konzentrationsprozessen des Großgrundbesitzes stehen nur geringe, durch den Druck der Landlosenbewegung erkämpfte und durch präsidiales Dekret bestätigte, Landzuteilungen gegenüber.

Zusammenfassend können die Folgen der staatlichen Agrarpolitik seit dem Ende der Sklaverei als Stärkung des Großgrundbesitzes und des internationalen wie nationalen Kapitals einerseits, sowie einer erhöhten Verletzbarkeit der Kleinbauern andererseits beschrieben werden. Die systemimmanente strukturelle Gewalt nahm durch die staatliche Entwicklungspolitik zu. Staatliche Regulationsversuche gingen über Ansätze der Kon-

fliktkontrolle nicht hinaus, Ursachen und Auswirkungen wurden nicht bekämpft.

Die Programme der Agrarreformen wurden zur Propaganda und zur Modernisierung der Landwirtschaft nach industriellem Muster genutzt, aber ihrem eigentlichen Zweck einer gerechten Bodenbesitzverteilung nicht gerecht. Die Grüne Revolution verstärkte volks- wie betriebswirtschaftlich die Abhängigkeit von außen. Agroindustrieller Raubbau wirkt naturzerstörend und wandelt die erneuerbare Ressource lebenden Bodens durch Vergiftung und Erosion in eine nicht erneuerbare Ressource um.

Die politischen Organisationen der Kleinbauern werden durch Spezialprogramme und das Schaffen von Paralellorganisationen, über die staatliche Almosen verteilt werden, desorganisiert und ausgebootet. Partizipation findet nicht statt.

Boden- und Pachtpreise erhöhen sich, da über sie der Zugang zu subventionierten Krediten möglich ist. Staatliche Agrarpolitik fördert den Produktionsfaktor Kapital. Dadurch werden der Faktor Arbeit und seine Träger, die Kleinbauern, benachteiligt. Die eingezäunten Weideflächen nehmen zu, freie Flächen werden besetzt und sind der Subsistenz nicht mehr zugänglich. Gleichzeitig steigen Vertreibung und Migration an, die Subsistenzbetriebe werden kleiner und die Versorgung des Marktes geht zurück. Unter schlechten Arbeitsbedingungen steigt der Anteil der temporären Lohnarbeiter, da die Subsistenz nicht mehr gewährleistet ist und sie sich verstärkt in den Markt integrieren müssen.

Verteilung der brasilianischen landwirtschaftlichen Nutzfläche

| Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe | Anteil an der landwirtschaftlichen Fläche |
|--|---|
| 1% | 45,5% |
| 9% | 34,5% |
| 39% | 17,5% |
| 51% | 2,5% |

Quelle: „Zucker, Brot und Peitsche“

Landkonflikte

Abgesehen von der erfolgten Verurteilung des Fazendeiros Jerônimo Alves de Amorim, die auch in der internationalen Presse Erwähnung fand, haben sich die Konflikte zwischen Großgrundbesitzern und Kleinbauern im Vergleich zu den letzten Jahren nicht verändert. Die ungerechte Landverteilung besteht weiter (45% der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche in den Händen von 1,4% der Bevölkerung), und ebenso fordern die Auseinandersetzungen um Land immer weiter ihre Opfer: Erst jüngst, Anfang September, wurden erneut zwei Landlose, Silvio Rodrigues de Souza (25) und Romildo da Silva (36), in Rio Brilhante im Bundesland Mato Grosso ermordet.

Die Landarbeiterpastoral CPT weist in ihrem Jahresbericht 1999 darauf hin, dass 1998 ein erhebliches Ansteigen der Landkonflikte (1.100 Fälle) gegenüber dem Vorjahr (736) zu verzeichnen ist. Über eine Million Menschen waren davon betroffen (1997: 506.000). Auch Landbesetzungen fanden verstärkt statt (599mal - im Vergleich: 1991: 77; 1997: 463). Daran beteiligt waren 76.482 Familien (1991: 14.700; 1997: 58.266). Die Landbesetzungen, die in den meisten Fällen von der Landlosenbewegung MST organisiert wurden, haben im Verlauf dieses Jahres an Intensität zugenommen. Nach MST-Angaben lebten bis Juli 2000 insgesamt 82.500 Familien in 633 Acampamentos.

Auch die gewaltsamen Auseinandersetzungen nahmen 1998 an Schärfe zu: 47 Landarbeiter wurden ermordet, elf allein in Pará, dem Bundesland, in dem Exedito de Souza lebte und starb (siehe Beitrag auf Seite 30). Die Zahl der ermordeten Landarbeiterinnen und Landarbeiter erhöhte sich damit in den letzten zwölf Jahren auf 1.167, nur 86mal kam es überhaupt zu einer Verurteilung der Täter.

Kennzeichen gegenwärtiger Agrarpolitik: Vertreibung und Ansiedlung

Es ist zwar richtig, dass seit Beginn der Regierungszeit des jetzigen brasilianischen Präsidenten

Fernando Henrique Cardoso über 400.000 Familien im Rahmen des Programms der Agrarreform angesiedelt wurden bzw. einen Besitztitel erhielten; zugleich gaben aber in den letzten Jahren immer mehr Kleinbauernfamilien ihre Existenz auf und verließen das Land, da sie dort für sich keine Überlebenschancen mehr sahen.

Nach IBGE-Angaben verschwanden zwischen 1985 und 1996 über eine Million kleinbäuerlicher Betriebe mit weniger als 100 Hektar. Allein in den Jahren 1995-1998 belief sich deren Zahl auf 400.000. Zugleich warten 4 Millionen landloser Kleinbauernfamilien auf ein Stück Land zur Bearbeitung. Sie haben in der Landlosenbewegung MST ihre stärkste Interessenvertretung. Diese fordert vom Staat eine tiefgreifende Agrarreform, die durch die Enteignung von Land ausgelöst werden soll; der so zur Verfügung stehende Boden soll dann rasch an die Landlosen verteilt werden. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, kommt es immer wieder zu Besetzungen, sowohl von Land als auch von staatlichen Einrichtungen.

Die Regierung ihrerseits antwortet mit Programmen wie Pronaf, PMDS oder jüngst mit "Cedula da Terra". Dieses - von der Weltbank unterstützte - Vorhaben sieht vor, Kleinbauernfamilien über Kreditgewährung ein eigenes Stück Land zu ermöglichen. Einige tausend Familien erhielten auf diese Art in den vergangenen zwei Jahren Land. Da die Rückzahlung erst nach drei Jahren beginnt (erstmalig 2001), ist noch unklar, ob bzw. wieviele Familien überhaupt in der Lage sein werden, zu diesem Zeitpunkt mit dem Abzahlen des Kredits zu beginnen. Fest steht schon jetzt, dass dieses Programm dringend benötigte finanzielle Mittel für Enteignungen an sich zieht.

Alle diese Programme, die nicht selten unkoordiniert ablaufen, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die brasilianische Regierung eine Agrarpolitik verfolgt, die den Interessen der Agroindustrie dient.

Vorrang für die Agroindustrie

Nicht nur verlassen immer noch Hunderttausende ihren Grund und Boden: Nur noch gut 30% der Bevölkerung leben derzeit auf dem Lande. Die Zahl der bewirtschafteten Fläche ist ebenfalls rückläufig: Waren es 1985 noch 45 Millionen Hektar Land, so sank die Anbaufläche bis 1995 auf nur noch 34 Millionen Hektar. Dennoch erhöhte sich die Produktion um 34%. Das ist eine Folge der verstärkten Ausweitung des agroindustriellen Sektors, der durch einen ständig steigenden Mechanisierungsgrad gekennzeichnet ist. Die großen Agrarunternehmen produzieren in der Regel für den Export (Soja, Orangen, Kaffee, Baumwolle, Tabak). Bei diesem Handel kommt es sodann zu - immer noch zu wenig bekannten - Absurditäten: Die europäische Landwirtschaft bezieht z.B. Futtermittel wie Soja zu niedrigen Preisen aus Brasilien, um danach das hiermit erzeugte Fleisch zu exportieren. Oder aber Länder wie die Schweiz und Deutschland importieren Rohstoffe aus Brasilien und verarbeiten sie weiter. Danach werden diese Produkte, wie z.B. Kaffee und Kokospflitter nach Brasilien ausgeführt, obwohl in beiden Ländern weder Kaffeesträucher noch Kokospalmen wachsen!

Für den Kleinbauern ist die Entwicklung im Agrarsektor verheerend: Zwischen 1980 und 1996 sank das Durchschnittseinkommen in der Landwirtschaft um 46%. Seit der Einführung des Plano Real im Jahre 1994 stiegen die Betriebskosten u.a. für Dünger überproportional an (52%), die Preise für die Produktion von Grundnahrungsmitteln legten dagegen nur unwesentlich zu. Das trifft gerade die Kleinproduzenten, die für den einheimischen Markt produzieren und eigentlich nur über erhöhte Produktion die Preisverluste auffangen könnten. Dazu jedoch fehlen ihnen die Fläche bzw. die technischen Möglichkeiten. Der Preisverfall ist u.a. eine Folge der politischen Ausrichtung: Im Rahmen der „Liberalisierung“ öffnete die brasilianische Re-

gierung in den letzten Jahren immer mehr den eigenen Markt für ausländische Agrarprodukte wie Mais, Reis, Bohnen, Kokos, Milchprodukte. Seit Beginn der Regierung Fernando Henrique Cardosos (FHC) stiegen die Agrarimporte um 700%. 1998 umfassten sie immerhin bereits eine Größenordnung von ca. acht Milliarden Reais.

Dass die brasilianische Politik daneben auf die Agroindustrie setzt, belegen Zahlen. Derzeit baut das größte Schweineunternehmen der USA im Bundesland Mato Grosso einen Betrieb auf, in welchem jährlich 100.000 Tonnen Fleisch pro Jahr verarbeitet werden sollen. Was das für die kleinen Schweineproduzenten bedeutet, ist offenkundig. Die Regierung stimuliert die Agroindustrie zum Anbau von Getreidesorten (Reis, Mais, Soja) für den Export. Das ist v.a. im Zentralwesten und hier insbesondere in den Cerrado-Regionen zu beobachten. Erhebliche Geldmittel gehen in die Verbesserung der Infrastruktur, wie den Ausbau der Straße Porto Velho-Itacoatiara mit dem Ziel der Exportförderung.

Kritiker der brasilianischen Regierung wie der Sprecher der Landlosenbewegung MST, João Pedro Stedile, sehen die Landwirtschaftspolitik auf den Spuren Nordamerikas: Nur große Unternehmen werden zukünftig auch den internen Markt Brasiliens versorgen, Technologie und Kapital haben Vorrang vor der Sicherung kleinbäuerlicher Betriebe. Da für eine Agrarreform bei dieser Politik kein Platz mehr ist, sind Maßnahmen wie die der Landenteignungen und der Ansiedlung von Familien überholt.

Durch den Technologieeinsatz auch in der Landwirtschaft werden immer weniger Arbeiterinnen und Arbeiter benötigt, und der Tag ist absehbar, an dem - wie in Europa bereits seit Jahren - die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten weit unter 10% liegen wird.

Stedile sieht im gegenwärtigen ökonomischen Modell die Landwirtschaft in einer aussichtslosen Lage und fordert deshalb eine radikale Umkehr dieser Politik:

„Deshalb müssen die Kleinbauern, die Landarbeiter, die gesamte Arbei-

terklasse vor allem versuchen, das ökonomische Modell, das die Eliten im Land errichteten, zu ändern.“

Durch immer neue Landbesetzungen hält die Bewegung, ihr Anliegen einer grundlegenden Agrarreform wach. 1999 gab es in ganz Brasilien 160 Besetzungen, an denen sich 25.635 Familien beteiligten.

Zusammenfassung:

Abschließend lässt sich festhalten, dass zwar noch nie so viele Familien wie in den letzten fünf Jahren ein eigenes Stück Land erhielten. Gleichzeitig hat sich jedoch an der strukturellen Ungleichheit nichts geändert. Noch immer besitzen 1,4 % der Landbesitzer ca. 45 % der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche. Für viele Kleinbauern und Tagelöhner ist die Stadt nach wie vor attraktiv. Hunderttausende Familien verlassen ihr Land, die Mechanisierung schreitet unaufhörlich voran, Arbeitsplätze gehen unweigerlich verloren. Den Bóias-frias (Tagelöhnern) stehen immer weniger Arbeitsmöglichkeiten wie beispielsweise in den Orangen- oder Zuckerrohrplantagen zur Verfügung.



Bei der jetzigen Agrarpolitik werden die kleinbäuerlichen Betriebe vernichtet. Sie können im freien Spiel des Marktes nicht mithalten, haben nicht die Möglichkeiten, auf Marktentwicklungen durch schnelle Produktionsumstellungen zu reagieren. Sie müssen aufgeben. Letztlich werden Kleinbauernfamilien nur im Zusammenschluss und mit - sowohl finanzieller als auch technischer - Unterstützung des Staates eine ge-

wisse Zukunftschance haben. Wie dies durch die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen ermöglicht werden kann, steht bisher noch aus. Es gibt zwar Vorschläge wie die Entwicklung ländlicher Zentren mit einem attraktiven Bildungs- und Freizeitangebot, einem gut funktionierenden Gesundheitssystem und - gerade für die in der Landwirtschaft Tätigen besonders wichtig - Vermarktungsmöglichkeiten auch für die kleinen und mittleren Landwirtschaftsbetriebe. Kooperativen wie in Dionísion Cerqueira im Bundesland Santa Catarina zeigen, dass dies möglich ist. Letztlich fehlen aber die großen politischen Entscheidungen in dieser Richtung. Die gegenwärtige Agrarpolitik müsste eine Umkehr vollziehen.

Es scheint, dass auch die Agrarpolitik in den kommenden Jahrzehnten im Zeichen der Globalisierung steht. Die großen Konzerne werden also - und dies nicht zum ersten Mal - den Weg bestimmen. Weltweit werden die kleinbäuerlichen Betriebe weiter sterben, die großen Agrokonzerne wie Cargill oder Monsanto werden die Gewinner sein. Für die Landarbeiterorganisationen bzw. die Landlosenvertretung MST stellt all das ebenfalls eine Herausforderung dar.

Durch die weitere Abnahme der Landbevölkerung wird es immer schwieriger, das Interesse der Öffentlichkeit wach zu halten. Landbesetzungen werden bereits jetzt oft nur noch wahrgenommen, wenn es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kommt. Das Phänomen der Abwanderung ist auch in den Assentamentos zu beobachten. Angesichts dieser Tatsachen bekommt die politische Lobbyarbeit eine immer größere Bedeutung.

Die in den Medien ausgetragene Auseinandersetzung um die Ansiedlung von Kleinbauernfamilien, die Frage, wieviele Familien Land erhalten bzw. wieviele Landbesetzungen genau stattfinden, verkommt letztlich zu einem makabren, klein-karierten Ping-Pong-Spiel zwischen Regierung und Opposition.

Leidtragende sind wieder einmal die Betroffenen. Das sind Millionen von Kleinbauern und Landlose.

Günther Schulz

Mit dieser Aktionsform der brasilianischen Landlosenbewegung MST geraten wir bereits in das Jahr 1975, als mit der Besetzung der fazenda Annoni in Rio Grande do Sul die Besetzungen des MST begannen. Mittlerweile haben über 400.000 Familien rund sechs Millionen Hektar auf diese Weise dem Staat abtrotzen können.

Weit entfernt von einer staatlichen Agrarreform oder gar einer Agrarrevolution spiegelt es nur eine Politik der Ansiedlung im Einzelfall wider – was beiden Seiten bewusst ist. Der Staat will sein Modell nicht ändern und gestaltet es im Einzelfall auf Druck sozialverträglich, während der MST nicht die Macht hat, das neoliberale Modell mit Macht- und Landkonzentration in der Hand von wenigen zu ändern.

Doch die Wahrheit über die Situation auf dem Lande ist noch wesentlich dramatischer: es werden nicht nur keine Bauern angesiedelt, sondern das gegenwärtige Agrarmodell vertreibt sogar noch Bauern vom Land.

Nach den neusten staatlichen Erhebungen sind es heute nicht mehr „nur“ 4,8 Millionen Kleinbauern (Zahl von 1995) und Landarbeiterfamilien, die auf der Suche nach einem Stück Land zum Leben und Arbeiten durch Brasilien herumirren, sondern mittlerweile über fünf Millionen Familien! Das bedeutet nicht weniger als 20 Millionen Menschen.

Gleichzeitig ist die Zahl der kleinbäuerlichen Betriebe im letzten Jahrzehnt von 5,8 Millionen auf 4,8 Millionen gesunken, d.h. eine Million Familien haben ihren Betrieb aufgeben müssen, hunderttausend landwirtschaftliche Ar-



beitskräfte wurden entlassen.

Doch die Studie zeigt noch mehr: 8 bis 14 Millionen BrasilianerInnen wollen den ländlichen Raum verlassen. Kein Wunder, schließlich sind die ländlichen Einkommen in den letzten Jahren stark gefallen: nach der aktuellen Studie produzieren Betriebe bis zu 80 Hektar im monatlichen Durchschnitt nicht mehr als 50 Reais (was 60 DM oder einem Drittel eines brasilianischen Mindestlohnes entspricht).

Die UN-Organisation für Lateinamerika CEPAL bewies durch ihre Studien schon Mitte der neunziger Jahre, dass eine Agrarreform das wirksamste Mittel für eine Sozialpolitik sei. Ein ländlicher Arbeitsplatz kostet den Bruchteil eines industriellen Arbeitsplatzes – braucht aber eine entsprechende Agrarpolitik, um nachhaltig zu sein. Und damit gelangt man wieder zum Agrarmodell, welches nach der Definition des brasilianischen Präsidenten Cardoso nur das neoliberale Modell einer „modernern“ Landwirtschaft sein kann, die mit Agrarexporten die Han-

deisbilanz unterstützt und zudem den Binnenmarkt versorgt.

Mit Gentech am Markt

Hierfür soll die Landwirtschaft weltmarktfähig modernisiert werden, und dabei setzt Brasilien auf die Bio- und Gentechnologie der Agrarmultis. In weniger als drei Jahren genehmigte die „Nationale Technikkommission für biologische Sicherheit“ bereits 636 Freisetzungsgenetisch veränderter Organismen. Insgesamt sind 176 Sorten betroffen, unter anderem auch so wichtige Kulturen wie Reis, Mais, Kartoffel, Baumwolle, Zuckerrohr und Soja. Fast 90 Prozent dieser Sorten sind dabei von nur sechs multinationalen Unternehmen patentiert. Darunter befindet sich z.B. auch die Genehmigung für die *Roundup Ready Sojabohnen* (RRS) des Chemiekonzerns Monsanto. RRS ist genetisch so verändert, dass die Pflanzen gegen den Wirkstoff Glyphosat (enthalten im firmeneigenen Totalherbizid Roundup) resistent sind. Da der Patentschutz für Roundup in diesem Jahr ab-

läuft, ist das Saatgut für Monsanto besonders wichtig: nur wer einen Lizenzvertrag beim Kauf von RRS unterzeichnet, bekommt das Saatgut übernaht. Im Vertrag verpflichtet er sich, ausschließlich Roundup von Monsanto einzusetzen, stimmt jederzeitigen Kontrollen durch Monsanto zu und verzichtet unter Androhung hoher Strafen auf den Nachbau (Verwendung von Teilen der eigenen Ernte als Saatgut im Folgejahr). Schon 1997 wurden 20 Prozent der US-amerikanischen Sojaflächen, also 5 Millionen Hektar, mit RRS angebaut. In Argentinien waren es rund 2 Prozent der Anbaufläche.

Brasilien ist mit rund 12 Millionen Hektar Sojaanbaufläche nach den USA (ca. 25 Mio. ha) der zweitgrößte Produzent von Soja und weltweit der größte Exporteur von Sojaschrot und -öl, gefolgt vom Nachbarstaat Argentinien. Hauptabnehmerin ist die Europäische Union: sie importiert 80 Prozent der brasilianischen und 78 Prozent der argentinischen Bohnen, sowie 80 Prozent beziehungsweise 60 Prozent der Sojaschrotopporte.

Europäischen Widerstand brechen

Als bedeutende Welthandelsfrucht mit einer weltweiten Anbaufläche von 62,4 Millionen Hektar wurde die Sojabohne schon frühzeitig für die Gentechnik interessant. Dabei ging es vor allem um zwei Aspekte: die landwirtschaftliche Produktion (Herbizid-, Insektizid und Soja-Mosaikvirusresistenz) und die industrielle Verwertbarkeit (höherer Methioningehalt des Eiweiß und höherer Öl- bzw. Linsäuregehalt).

In Brasilien verhinderte der Einspruch von Verbraucherorganisationen und UmweltschützerInnen, dass es zur Genehmigung von RRS in Brasilien kam. Für Monsanto ein Problem, denn durch die Ablehnung gentechnisch manipulierter Nahrungsmittel rund 80 Prozent ausmacht, weiterhin mit gentechnikfreiem Soja versorgt werden kann und dies unter dem einfachen Herkunftsnachweis.

Nichtsdestotrotz wird in der Praxis ein florierender Handel mit dem gentechnisch veränderten Saatgut getrieben. In unserer Ernährung finden sich heute 20–30.000 Sojaprodukte, so dass ein Einzelnachweis gar nicht in allen Fällen möglich wäre. Eine ausreichende Kennzeichnung genuinierter Nahrungsmittel und -zusätze ist in der EU noch nicht in Sicht. Würde nun „durch die Macht des Faktischen“ der Widerstand der europäischen Bevölkerung gegen genmanipulierte Nahrungsmittel am Beispiel Soja gebrochen, wäre der Weg frei für weitere Produkte aus den Labors der Chemiekonzerne. Und diese nehmen beständig zu: Monsanto hat nicht nur in der nördlichen Hemisphäre Saatgutfirmen aufgekauft, sondern auch in Brasilien unliebsame Konkurrenz einfach übernommen. Die Ziele von Monsanto und allgemein in Gentechnik investierender Chemiefirmen liegen klar auf der Hand: Den Bauern bleibt keine Alternative zum Anbau mit gentechnisch manipuliertem Saatgut. Sie müssen das Saatgut und die Pestizide als Gesamtpaket kaufen und dürfen keinen Nachbau betreiben, müssen also jährlich neu einkau-

fen. Die Konsumenten bekommen keine gentechnikfreien Lebensmittel mehr und geben ihren Widerstand aus Mangel an Ersatz und unzureichender Kennzeichnung auf.

Auch die Zielgruppe ist eindeutig. Monsanto wendet sich nicht an den Kleinbauer, der schwer kontrollierbar ist, sondern an die Großbetriebe, die für den Weltmarkt produzieren. In deren Produktionsweise mit Minimalbodenbearbeitung unter starkem Herbizideinsatz können die gentechnisch veränderten Pflanzen ihr Potenzial am ehesten entfalten und nur bei ihnen können die hohen Kosten für das Saatgut-Pestizid-Package mit der schon bisher teuren, da input-orientierten Produktion konkurrieren.

Die verbesserte industrielle Verwertbarkeit der Genteck-Produkte wiederum führt nur dann zu höheren Auszahlungen durch die Verarbeitungsindustrie, wenn entsprechend große und uniforme Chargen geliefert werden. Dafür wieder eignen sich am besten großflächige industrialisierte Agrarunternehmen, die mit Lieferverträgen oder direkt im Vertragsanbau die gewünschten Mengen liefern, die dann die Auslastung der Verarbeitungsbetriebe garantieren. Der moderne Großgrundbesitz bleibt somit Dank seiner *economies of scale* unter den Bedingungen der neoliberalen Agrarpolitik im Verbund mit der Agrarchemie und den Genteck-Firmen „zukunftsfitig“. Millionen von Bauernfamilien und noch unabsehbare Gefahren für die Umwelt sind das sprichwörtliche „Bauernopfer“ auf diesem Weg.

Wolfgang Hees, KoBra

Soja: Die vergessene Seite des Rinderwahns

Die Auswirkungen des europäischen Agrarproblems in Brasilien

Im Zuge von BSE, Tiermehlverbot und der preisstabilisierenden Massentötung von Rindern wird allerten von einer Neuausrichtung der Agrarpolitik gesprochen: Unter anderem soll Soja als Alternative zum gefährlichen Tiermehl als Futtermittel nach Europa importiert werden. Die Preise für brasilianischen Soja steigen bereits sprunghaft. Damit erlebt Soja als neues Exportprodukt der industriellen Landwirtschaft Brasiliens einen unvorhergesehenen Boom.

Die wachsende Nachfrage verschärft eine Situation, die in Brasilien mit „Agrarfront“ beschrieben wird: die landwirtschaftlichen Großbetriebe, unterstützt durch die Regierung, führen „Krieg“ gegen scheinbar ungenutztes Land und Lebensraum. Die Schattenseiten der Regionalentwicklung bleiben auf diesem „Kriegsschauplatz“ unbeachtet und die Landbevölkerung wieder einmal auf der Strecke.

Menschenrechte bleiben auf der Strecke

Von 1995 bis 2000 begleiteten und unterstützten wir als internationales Team von Fachkräften im Entwicklungsdienst im Auftrag der Kirche Kleinbauernsiedlungen in Balsas, im Nordosten Brasiliens, die von Vertreibung und der Zerstörung ihrer sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen bedroht waren. Dort haben Großbetriebe, in Größenordnungen von 500 bis 20.000 ha, die kleinbäuerliche Landwirtschaft weitgehend verdrängt. Sie produzieren vor allem Soja, Reis, Mais und Bohnen. Insbesondere Soja lockt ausländische Investoren an und ist damit von wesentlicher Bedeutung für diesen Strukturwandel an der Agrarfront. Die Regierung zieht entlang der Agrarfront eine scharfe Trennlinie: auf der einen Seite gewährt sie Zoll- und Steuererleichterungen für die wenigen Großbetriebe. Auf der anderen Seite duldet sie Rechtsbrüche, ver-

nachlässigt die Kleinbauern und bleibt passiv gegenüber der sich zuspitzenden Verelendung der Kleinbauernbevölkerung. Die kleinbäuerliche Landwirtschaft, eine über Jahrhunderte stabile Wirtschaftsform mit vielen Potenzialen, blieb bis heute ohne Entwicklungsinitiativen. Zusätzlich verstärken sinkende Einnahmen und steigende Kosten den Auflösungsprozess der traditionellen Betriebe und ländlichen Gebiete. Familien werden zwischen Stadt und Land zerrissen. Nicht einmal die Befriedigung der Grundbedürfnisse, wie medizinische Versorgung, Ernährung, Wohnen, schulische und berufliche Bildung sind gewährleistet. Die Hoffnung, dass die Großbetriebe zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, hat sich für die meisten als Illusion herausgestellt.

Vertreibung und Landraub

Im Vorfeld der Agrarfront geschah ein Landraub dort nie gekanntem Ausmaßes. Spekulanten rafften Staatsland durch illegale Praktiken an sich, bedrohten durch Pistoleiros Kleinbauerngewerkschafter und „säuberten“ das Land. Regierungsmitglieder, Abgeordnete, Behörden und ihre jeweiligen Zuarbeiter waren in offensichtliche Rechtsbrüche bestehender Gesetze verwickelt. In mühsamer Kleinarbeit konnte dieses Unrecht nachgewiesen und auf dem Verhandlungsweg zumindest ein kleines Schutzgebiet für die verbleibenden Familien der Kleinbauern erkämpft werden. Selbst dieser Initiative im Umfeld der Großprojekte wurden zahlreiche Hindernisse in den Weg gelegt, um von Regierungsseite ein neues Modell von Agrarreform für Kleinbauern zu verhindern. Bis heute versuchen Großbauern in diese

Schutzgebiete einzudringen. In der gesamten Region ist eine Landbesitzkonzentration bisher ungekannten Ausmaßes eingetreten.

Die Umwälzungen durch die Sojaproduktion haben jedoch noch weitergehende Folgen: Neben den großen Flächen erfordert die Monokultur Soja den intensiven Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Bisher konnten die lokale Bevölkerung, Landarbeiter und Bedienstete auf den Plantagen noch nicht ausreichend auf deren sachgemäßen Gebrauch vorbereitet werden. In vielen Familien werden leere Pestizidbehälter für die Trinkwasservorräte benutzt. Die Rückstände führen zu starken Gesundheitsschäden.

Verbraucher und Produzenten schützen!

Unsere Erfahrungen in der Region Südmaranhao zeigen, dass der Sojaanbau nicht als einzige Ursache für diese Verhältnisse hingestellt werden kann. Aber Soja stimuliert die Landkonzentration und die Verdrängung von Kleinbauern. Dies wird sich durch die gesteigerte Nachfrage für die hiesige Tiermast weiter verstärken. Mit der gesteigerten Nachfrage werden sich auch die – durchaus vorhandenen – Handlungsspielräume im Sinne einer Umsteuerung zu nachhaltiger Produktion, Handel und Infrastruktur weiter einschränken.

Ein wirkliches Umdenken in der Agrarpolitik darf sich nicht auf die Vertreibung und Ausbeutung in anderen Weltregionen stützen. Expertengespräche haben gezeigt (siehe Tagung der Akademie Loccum: www.loccum.de), dass unter Verwendung von heimischen Ölsaaten und künstlichen Aminosäuren eine Einschränkung des Sojaimportes möglich wäre. Dazu fehlt in der EU jedoch der politische Wille. Die Interessen der USA stehen einer höheren Ölsaatenproduktion in Europa entgegen. Wollen die Europäische Union und ihre Mitgliedsländer eine glaubhafte Menschenrechtspolitik betreiben, müssen auch importierte Agrarprodukte menschenrechtlich unbedenklich sein!

Der Autor ist Mitarbeiter der AG Soja und Menschenrechte und hat fünf Jahre als Entwicklungshelfer in Brasilien gearbeitet.

Soziale Akteure im Landkonflikt: MST, CPT und CONTAG



Kleine Geschichte des Landkonflikts in Brasilien und des MST

Landlosen- und Bauernbewegungen gehören zu den ältesten sozialen Bewegungen Lateinamerikas. Die Landverteilung ist in Brasilien wie auch anderen Ländern Lateinamerikas seit der Kolonialzeit von großen Ungleichheiten geprägt. Hohe Bodenkonzentration auf Seiten der Großgrundbesitzer einerseits und Landknappheit auf Seiten der armen Bauern andererseits sind die charakteristischen Merkmale der brasilianischen Agrarstruktur. Die Großgrundbesitze (Latifundien) sind durch eine extensive, auf Export ausgerichtete Bewirtschaftung mit vielen brach liegenden Flächen gekennzeichnet. Die Bewirtschaftungsmethoden reichen vom traditionellen Familienbesitz (fazenda) bis zum relativ modernen kapitalistischen Großbetrieb. Die Kleinbetriebe (Minifundien) erzielen dem gegenüber durch intensive Bewirtschaftung eine hohe Bodenproduktivität und richteten sich vor allem bis in die 60er Jahre nicht auf den Weltmarkt aus, sondern produzierten vorwiegend für den Eigenbedarf oder den lokalen Markt. Die Kleinbauern haben kaum Zugang zu Bildung oder zu Agrarkrediten und leben meist am Rande des Existenzminimums.

In den 60er Jahren geriet diese Agrarstruktur in Brasilien unter Veränderungsdruck. Bevölkerungswachstum und relative Stagnation der Agrarproduktion führten zu verstärkter Verelendung der Landbevölkerung, zu Landflucht und demzufolge zu erhöhter Arbeitslosigkeit in den Städten. In den 50er Jahren entstanden daher in Brasilien neue Agrarbewegungen. Die größten unter ihnen waren die „Ligas Camponesas“. Diese wurden mit der Etablierung der Militärdiktatur 1964 zerschlagen und verboten. Die Militärregierung beschloss dann allerdings selbst eine Landreform, weil auch sie den neuen lateinamerikanischen Konsens teilte, dass eine gerechtere Verteilung des Bodens Voraussetzung für den ökonomischen Fortschritt sei und die unproduktiven Latifundien mit ihrem hohen Anteil an Brachland ein Entwicklungshindernis darstellten. Außerdem sollten soziale Gegensätze auf dem Land entschärft und den radikalen Bauernbewegungen der Boden entzogen werden. Die Umverteilung scheiterte jedoch an der Macht der Großgrundbesitzer, die alle tief greifenden Enteig-

nungspläne verhindern konnten. Stattdessen sollten landlose Bauernfamilien in einem großen Besiedlungsprojekt in der Amazonasregion angesiedelt werden. Parallel dazu fand in Südbrasilien eine Modernisierung der Landwirtschaft mit Schaffung von agroindustriellen Komplexen statt, für die sich die Landkonzentration als förderlich erwies. Diese sogenannte „konservative Modernisierung“ vermochte das Problem der sozialen Ungleichheit jedoch nicht zu lösen.

Ende der 70er Jahre entstand in ganz Brasilien eine breitere Oppositionsbewegung. Große Streiks der Metallarbeiter in São Paulo und der Zuckerrohrarbeiter in Pernambuco markierten 1979 den neuen Aufbruch der sozialen Bewegungen. Neben den Landlosen (re-)organisierte sich in dieser Zeit eine Vielzahl anderer ländlicher Bewegungen wie die LandarbeiterInnengewerkschaften, die Vereinigungen der Kautschukzapfer, indigene Gruppen sowie die Opfer von Staudammprojekten.

Ab 1971 häuften sich in den südlichen Bundesstaaten Brasiliens Landbesetzungen. Die AkteureInnen waren diejenigen, die von der konservativen Modernisierung nicht profitierten oder gar durch diese Nachteile zu erleiden hatten wie beispielsweise Landlose, KleinpächterInnen oder in Folge des Staudammprojekts ITAIPU vertriebene Bauern und Bäuerinnen. An der ersten Besetzung der Landlosenbewegung MST 1979 in Rio Grande do Sul nahmen rund 8000 Familien teil. Politisch und logistisch wurden sie von der progressiven katholischen Landgemeindenkommission CPT und später auch von der Arbeiterpartei PT unterstützt. Anfang der 80er Jahre breitete sich die Bewegung unter den rund acht Millionen landarmen und landlosen Bauern und Bäuerinnen schnell aus, wobei zwei Drittel der MST-Mitglieder im Nordosten und im Süden des Landes lebten. Nach dem Fall der Diktatur 1985 hielt der MST seinen ersten nationalen Kongress ab.

Obwohl der MST weniger Mitglieder als andere oppositionelle ländliche Organisationen hat, zählt er heute zu den wichtigsten sozialen Bewegungen Brasiliens und macht mitunter auch durch spektakuläre Aktionen wie etwa das Verbrennen von Gentech-Feldern auf sich aufmerksam.



UNIVERSITY OF
FLORIDA

Dokumentationszentrum

Center for Latin American Studies

Gutenbergstraße 2 a · 10061 Berlin
Tel. (030) 40 40 29 · Fax (030) 692 65 11

Gainesville, Florida

LATINAMERICANIST

Diana Casella-Carter, Editor

Spring 1998

Volume 33 Number 2

Fighting for Agrarian Reform in Brazil: An Analysis of the Strategies and Dialogue of the *Sem Terra* Movement

by Hannah H. Covert (M.A.L.A.S. Student)

In Brazil, land ownership is highly concentrated in the hands of a small minority of people. The agricultural census taken in 1985 showed that 0.9 percent of landowners with 1,000 or more hectares¹ own 44 percent of the land. Overall, only 10 percent of the landholdings are larger than 100 hectares, but they comprise 79 percent of all crop and ranch land in the country (Gryzbowski 1990). While these estimates are fairly recent, the unequal distribution of land can be traced as far back as the colonial period when the Portuguese crown made huge land grants to just a few individuals. Then, as now, the struggle for land has been a dramatic and recurring theme in Brazilian social history. In the last fifteen years, this struggle has become more intense than ever due to the activities of an organization called the *Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra* (Movement of Landless Rural Workers or MST).

The constituents of the MST are collectively referred to as the *sem terra*, meaning "landless" in Portuguese. It refers to those people who physically have no access to land, but also encompasses those who may have access to land, but do not own it, such as shareholders, renters, squatters, or day laborers. The MST's main strategy is to occupy vacant and unproductive farm land. These activities, which are highly organized and large in scale, are meant to be collective and peaceful protests against the current structure of land tenure in the Brazilian countryside. They are designed to pressure the Brazilian state to expropriate unproductive land and distribute it to the landless. Through participation in the movement, some 140,000 families received land between 1986 and 1995 (Petrarolha 1996). As impressive as this accomplish-

ment may be, the MST claims that 4.8 million families are still landless in Brazil (*The Economist* 1996; Stédile and Sérgio 1993; Zorzan 1997).

This article examines the specific strategies and dialogue that the movement has deployed in its fight for agrarian reform. This examination will bring out some of the consequences of the MST's actions. Before turning to this discussion, however some brief details about the MST's history, organizational structure, and causes for its mobilization will be provided.

History

The MST arose in the south of Brazil, primarily in the states of Rio Grande do Sul, Santa Catarina, and Paraná.

In This Issue . . .

| | |
|-------------------------------------|----|
| Student Submission..... | 1 |
| 1998 Bacardi Chair..... | 8 |
| Helen Safa Retires..... | 9 |
| Wildlife Management Conference..... | 10 |
| Forum '97 in Turkey..... | 11 |
| Annual Conference..... | 12 |
| Outreach News..... | 14 |
| SALAS Activities..... | 15 |
| An Update on FLAC at UF..... | 16 |
| "Business" is Booming at CLAS..... | 16 |

Hannah H. Covert will graduate from the M.A.L.A.S. program this summer with a concentration in Anthropology.

Prior to its official formation in 1984, a few regional independent groups were working for agrarian reform. Staging small-scale encampments, they existed mainly in the south of the country and were not very successful. However, in 1981 an encampment called Encruzilhada Natalino took place in Rio Grande do Sul. This encampment, lasting over one year and involving about 600 families, served as a catalyst for the founding of the MST. The families who participated had been kicked off land in the Nonoai Reserve belonging to the Kaingang tribe. With nowhere else to go, they set up camp along the road connecting the towns of Ronda Alta and Passo Fundo. The federal government sent troops to the area and closed off all movement in and out of the camp. Some families, tired of living under military control, accepted an offer for resettlement in colonization projects in northern Brazil. In early 1982, the Catholic Church and the state of Rio Grande do Sul bought land in the area to resettle the remaining families. The new settlement, called Nueva Ronda Alta, was considered a victory by the *sem terra*. The events at Encruzilhada Natalino were widely publicized and alerted Brazilians to the plight of the *sem terra* (Lisboa 1988; Navarro 1994; Scherer-Warren 1988).

After the success of Encruzilhada Natalino, the various leaders of the independent landless movements realized the importance of an organization that could direct action for not only the southern region, but the entire country. The MST was thus officially formed in 1984 at a conference in Cascavel, Paraná. Later, in 1985, the MST held its first national congress in Curitiba, Paraná that was attended by 1,500 people representing every state of Brazil (MST 1985).

Organizational Structure

The MST currently operates in 22 Brazilian states. The movement is coordinated by a congress of 65 people, representing the states where it operates, and a national board of directors of 15 members. João Pedro Stédile is often identified in the media as the "leader" of the MST. While no such position exists, Stédile is probably one of the 15 national directors,² who have actively participated in MST mobilizations and who are respected by its grassroots constituency. Each state has structures similar to the national organization, as well as regional administrative subdivisions. The land occupations themselves are organized by local coordinators (Petrarolha 1996).

Little information is available about the funding of the MST. Petrarolha (1996) reports that it has a budget of millions of dollars per year, financed by previous *sem terra* who now live in settlements and donate to the MST one percent of everything they produce. The MST is also involved in entrepreneurial activities such as agricultural cooperatives and a jeans factory.

The MST encampments themselves are highly organized. The participants are divided into groups called *núcleos*

of 10 to 30 families. This division is usually based upon the origin of the families; those from the same town are grouped together. Each *núcleo* elects a leader and vice leader. These leaders in turn form the *Coordenação Geral* (General Coordination) which meets to address the needs of the families and to formulate the main goals of the encampment. When the number of *núcleo* leaders is very large, a few are elected to a *Comissão Executiva* (Executive Committee) which takes on the responsibilities of planning future strategies, negotiating with the government, and interacting with the press. Each encampment is also divided into teams which are responsible for the following areas: health, hygiene, tents, food distribution and production, security, firewood, religion, education, morale, sports, and women's issues. The camps sustain themselves from paid day labor on nearby farms, and from the support of churches, unions, families already settled, and government programs providing food, health care, and firewood (Stédile and Sérgio 1993; Görden 1989). The MST prides itself on the democratic operating principles of their camps. "The principles that orient the organization are democracy, participation of everyone in the decision process, division of tasks and collective direction (Stédile and Sérgio 1993: 69; author's translation)."

Why Now?

In light of the long history of unequal land distribution in Brazil, why did a large-scale social movement fighting for agrarian reform mobilize at this point in time? The answer to this question can be traced to changes in the structure of Brazilian agriculture, politics, and the Catholic Church that took place in the mid-1980s.

Agricultural Modernization

One of the goals of Brazil's military government, which came to power in 1964, was to increase production in the agricultural sector through modernization. "Modern" farming methods, such as the use of fertilizers and tractors, were introduced. The large-scale production of export crops like soybean, wheat, coffee and sugar was emphasized over production of traditional food crops like rice, beans, manioc, and corn. A subsidized credit program was instituted to help large landholders acquire the machinery, seeds, and fertilizers necessary for the agricultural transformation. This modernization was especially directed toward the south of the country (Martine and Beskow 1987).

The modernization process had negative effects for small producers since the new technology required large landholdings. Land became increasingly concentrated in the hands of proportionally few owners who bought up property to start large-scale production. Landowners also increased their production by cultivating plots of land that had previously been rented to family producers. Sharecroppers found their labor was no longer needed due to the labor-saving technologies.

As a result, many lost access to the land that had provided food for their families. Once modernization took place, the need for labor became seasonal. During harvest, temporary day jobs were abundant. However, once harvest was over it was difficult, if not impossible, to find employment (Navarro 1994).

The transformation of rural life was most profound in the southern region where modernization primarily occurred. The landless had few alternatives. By the mid-1980s, migration to other regions of Brazil was no longer viable. The urban market for unskilled labor was saturated and the Amazon colonization projects were failing (Stédile and Sérgio 1993). The threat to material security in the south became so severe that many *sem terra* began to participate in encampments in the hope that the government would expropriate and distribute land.

The MST has emerged primarily in those areas where agricultural modernization has been the most intense, and is, in fact, a product of the contradictory impact of that modernization. For the landless, migration to the cities or the agricultural frontier is no longer an option; the economic crisis has reduced urban employment and the Amazon agribusinesses generate very few jobs. Faced with marginalization or struggle, many prefer to struggle (Grzybowski 1990: 34).

Political Liberalization

The second change that affected the formation of the MST was the liberalization of Brazilian politics. When the military took power in the mid-1960s, the government encouraged the involvement of foreign capital in expansion of the economy, excluded the popular sector from the political system, and repressed any opposition, such as students, intellectuals, opposition politicians, and labor unions, through the use of coercion and force (O'Donnell 1986). This situation remained until the late 1970s and early 1980s when there occurred a gradual easing of military rule and repression called the *abertura*. Eventually in 1985, democratic elections were held and a civilian president was elected (Navarro 1994; Scherer-Warren 1988).

The liberalization of Brazilian politics had a significant effect on the formation of the MST. It allowed the *sem terra* an opportunity to finally voice their opinions and actively work toward changing their situation without fear of retaliation. Without the *abertura*, it is doubtful that the MST would have been able to form, much less organize into the vigorous social movement that it is today. Repression and violence would have deterred most potential participants from joining the movement.

...the process of democratic opening and the defeat

of the military regime during the Figueiredo government decisively influenced the possibility for the landless peasants to organize themselves in the union and in movements since they lost fear of political repression. The widening of democratic liberties in society permitted the broadening and proliferation of new forms of social organization that before were prohibited and repressed. (Stédile and Sérgio 1993: 43; author's translation)

In 1985, soon after the military relinquished power, the new government began talk of instituting an agrarian reform plan. A new Ministry of Agrarian Reform (MIRAD) was created and the matter came under discussion in the assembly. It was anticipated that the issue of Brazilian land tenure would finally be addressed and resolved. This, however, did not happen. By the time Brazil's new constitution was approved in 1988, political opposition, mainly from landowners, had undermined the possibility of an effective agrarian reform. MIRAD was disbanded shortly thereafter in 1989. Despite the failure to implement an agrarian reform, the very discussion of one at the highest levels greatly strengthened the MST's agenda and motivated the landless across the country to take action with a series of land invasions (Schmink and Wood 1992).

Theology of Activism

During this time period, the Brazilian Catholic Church also underwent a transformation that was to have an important role in the formation of the MST. Liberation theology, a progressive movement within Catholicism that took hold in Brazil, provided a religious justification for work toward social change. Liberation theology attempts to reorient faith from the perspective of the poor and oppressed. Briefly, it contends that material suffering is brought about by unjust social structures. God's people should work to eliminate these structures, be they political, social, economic or cultural (Smith 1991).

In response to liberation theology, progressive members of the clergy worked with the rural poor under the auspices of the *Comissão Pastoral da Terra* (Pastoral Land Commission), an organization of the Catholic Church supporting agrarian reform. Priests set up *comunidades eclesiais de base* (base ecclesial communities or CEBs), small neighborhood groups of lay Catholics who meet to study the Bible, discuss how it relates to their lives, and learn about the principles of liberation theology (Adriance 1994). Through participation in CEBs, peasants realized that their landlessness was caused by unjust societal structures that needed to be changed. They had a right to land and the government had the power to fulfill this right. Liberation theology raised the consciousness of Brazilian peasants and provided spiritual motivation for becoming active in the fight for agrarian reform (Scherer-

Warren 1988).

Strategies

The MST initially used two tactics in the fight for land reform: encampments and invasions of unused land. As the movement grew, it enlarged its repertoire of activities by staging public marches and hunger strikes (Navarro 1994). Recently, the MST's tactics have become even more visible and sophisticated. Supporters occupy public buildings and roads, stage protests in parks, camp in front of the Congress in Brasília, and hold vigils for *sem terra* who have been killed in conflicts over land. The movement also sponsors an annual "Agrarian Reform Olympics" featuring the competition of athletes from MST settlements (Graber 1996). This past spring, the MST sponsored a six week long national march to Brasilia to press for agrarian reform and to protest against violence in rural areas and the re-election of President Fernando Henrique Cardoso. Participants originated from various parts of the country and walked over 1,000 kilometers to reach the capital (*Folha de São Paulo* 2/3/97). The MST claims that over 100,000 people participated in the march and the rally that followed in Brasília (MST 1997c).

The movement gained further media attention and public support when *sem terra* characters and problems were portrayed in a popular television soap opera called *O Rei do Gado* or *The King of Cattle*. In this soap opera, a rich rancher falls in love with a peasant woman, and a senator supports land reform (Graber 1996; Petrarolha 1996).

The MST clearly uses the media as a strategy in its push for reform. Newspaper coverage of the movement is extensive; several articles are printed daily. The MST announces to the media when it will begin a land invasion or encampment to ensure coverage of the event (Graber 1996; *The Economist* 1996). The MST also maintains a home page on the Internet. It contains a bimonthly newspaper as well as information about the history of the movement, its goals, and Brazil's agrarian structure (MST 1997a, 1997b, 1997c, 1997d).

An article written in *The Economist* (1996: 38) provides a detailed and colorful account of the MST's current activities.

Barely a week goes by without news of landless peasants toppling fences and marching to set up their tent cities, slapped together with sticks and plastic sheets for roofs, on some corner of a vast ranch or farm. At first the movement's leaders planned the invasions in secrecy and carried them out by night. Now, ragged peasant armies hoist red banners and a forest of hoes and march down the middle of the highway in glory of daylight, duly recorded by the television cameras. Invasions are announced in advance.

The MST's direct, public action and use of the media

has had both positive and negative consequences. On the positive side, these tactics have made the cause of the *sem terra* and the fight for agrarian reform well-known to the Brazilian public. Support for the movement can be found in both rural and urban areas of the country (Petrarolha 1996; Navarro 1994). According to Gros (1992) the involvement of the urban sector is key to future success of agrarian reform since Brazil, on the whole, is a predominantly urban country. He claims that gaining the social, political and economic support of urban populations may in fact be the most important aspect of the fight for reform.

The use of direct action has also been successful in producing tangible results for the MST. Over 140,000 families have received land due to their participation in MST encampments and land occupations (Graber 1996). The MST's strategies have forced the federal government to recognize the movement and address its concerns. At the end of October 1997, Zorzan (1997) reported that the government had released a new agrarian reform plan that proposes to spend R\$16.2 billion for the resettlement of one million families before 2002.³

The MST's direct strategies have had negative consequences as well. Occupations of privately owned land and public buildings and roads antagonize state and federal governments. Unfortunately, they often respond with violence. One well publicized incident took place at Eldorado dos Carajás in the state of Pará in April 1996. State police officers, supposedly clearing a group of *sem terra* from the road that they occupied, killed 19 people and wounded 40 (Schemo 1996).

The government is not the only entity to respond to the MST's activities with violence. The *União Democrática Ruralista* (Rural Democratic Union or UDR) is a group of large landowners that formed in response to the MST's active push for agrarian reform. They attempt to stop the movement's encampments and occupations through use of repression and political power. Landowners hire private militias that target MST leaders and forcibly expel *sem terra* families from land they occupy. These militias often receive the unofficial support of local justice officials and their crimes go unpunished (Grzybowski 1990). The MST (1993), using surveys completed by the Comissão Pastoral da Terra states that between 1985 and 1991, 609 people were killed as a result of conflicts over land. Petrarolha (1996) reports that 1,700 *sem terra* were killed in the past decade.

The upswing in violence associated with MST encampments has had negative effects on the structure of its support base. In the early years of MST's mobilization, many of the *sem terra* involved in encampments were family groups. Recently, this has changed. Due to the increased violence and risk accompanying participation in MST activities, families, especially those with children and elderly, are no longer as actively involved. MST participants are now more likely

to be young, childless adults willing to take the risk of involvement (Navarro 1994).

Excluding many potential participants, the recent narrowing of the MST's active support base is a weakness of the movement. Without the continued support and mobilization of a diverse and widespread base, the MST's future as a viable social movement is threatened. Ironically, as Gryzbowski (1990) points out, the combative strategies that result in violence also garner the MST much needed public attention. MST leaders need to evaluate and address this contradiction within the movement if the current drive for agrarian reform is to continue.

Dialogue

The MST formulated its first official demands about agrarian reform at its national congress in 1985. Most of these demands were straightforward and concerned the actual implementation of agrarian reform. For example, the movement stated (1) that agrarian reform should be performed under the control of the workers, (2) that rural workers should have the power to decide how land will be divided, cultivated and titled, (3) that the maximum size of landholdings should never surpass 500 hectares, and (4) that all land belonging to federal and state governments, as well as multinational corporations, should be expropriated and distributed. The MST also condemned the federal government for its use of police forces and violence to resolve past land conflicts. It insisted that justice should be equal for all Brazilians and that a new agrarian law should be drafted. Finally, the movement declared that it should maintain its political autonomy (MST 1985).

Since 1985, the MST has significantly altered its discourse, agrarian reform is no longer a program to simply redistribute land. It is now conceptualized as a stepping stone for widespread social change. According to the MST (1997a), agrarian reform is comprised of a collection of structural measures that will create a new, egalitarian and socialist society. The first of these measures should be an agrarian reform that democratizes access to land and the means of production.

The MST (1997a) has written a lengthy description of the agrarian reform that will trigger the transformation of Brazilian society. It calls for a transformation of the economic system so that work is valued over capital, the expropriation of land so that all have access to it, the organization of production around family units, the institution of a banking and credit infrastructure to support smallholders, the industrialization and thus development of the interior and the northeast, the use of agricultural technology that improves productivity and preserves the environment, and the institution of social development programs addressing education, health care, and housing for rural inhabitants. Reforms should be implemented by popular mobilization and the programs

of new and truly democratic federal, state and local governments—those currently in place do not reflect participation of all Brazilian classes.

The above outlined agrarian reform clearly has objectives beyond a redistribution of land. The MST itself (1997a) has stated that these objectives include: a guarantee of employment for all, the production of cheap, but high quality food for the entire Brazilian society, and an improvement of social conditions for all Brazilians. The expanded agenda encompasses social justice and equal rights in economic, political, social, cultural, social, and spiritual aspects, the elimination of gender, race, and religious discrimination, equal rights for women, preservation and recuperation of natural resources through sustainable development, and the development of the Brazilian interior through agro-industry.

Integral to the MST's agrarian reform dialogue is its justification for proposing it in the first place—it expands citizenship rights. This is not a new approach for a social movement. Stemming from the idea that there exist certain universal rights that should be guaranteed by the state, social movements often use the concept of citizenship to legitimize their demands (Foweraker 1995). Social movements can thus be seen as an attempt to institutionalize rights that are denied by the state.

One of the lessons that we can take from the history of the MST is that fighting for land is not enough, the fight for agrarian reform is much more ample, implying a conquest of all the social rights that comprise what could be called full citizenship. (MST 1997b: 1; author's translation)

The MST's interpretation of agrarian reform proposes change for many aspects of Brazilian society—the environment, the status of women, race relations, religion, food supply, labor, politics, banking, education, health care, housing, and economic development. Better access to land is just the beginning of a total societal transformation. How does framing agrarian reform in these terms affect the MST? Primarily, it works to enlarge the MST's potential support base. The widespread objectives encompass sectors of the Brazilian population beyond the *sem terra*. The movement now addresses the concerns of multiple social categories, such as the unemployed, women, people of color, religious minorities, and the homeless. However, the question remains as to whether the MST will effectively be able to address such diverse interests and truly capture the support of such a huge social base. It may be spreading itself too thin.

Perhaps one of the greatest difficulties facing the MST has to do with the fact that its discourse clearly goes against capitalism and neoliberalism. The MST has emphatically stated that it promotes the creation of an egalitarian society where work is valued over capital and everyone has equal

access to the means of production (1997a). In speaking out against the neoliberal model, it has written that "...the neoliberal politics imposed by FHC [Fernando Henrique Cardoso] are doing away with family farming, rural employment and food production (MST 1997c: 1; author's translation)." The MST's rejection of the reigning model of economic development is not likely to be accepted by Brazil's economic and political elite (Gros 1992).

Final Remarks

The MST has been highly successful in bringing national attention to the plight of the landless poor. The MST's media savvy and the courage of its participants has brought the issue of agrarian reform to the forefront of both public conscience and the political process. Finding a resolution to Brazil's "agrarian question" is probably one of the most difficult issues that the newly-established democratic regime currently faces. How the regime will deal with this matter, and how successful the MST will be in attaining its goals are questions that will profoundly affect the history of Brazil in the years to come.

1. Das Land gehört denen, die es bearbeiten.
2. Es gilt, sich für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung zu engagieren.
3. MST ist eine autonome Massenbewegung, die sich mit dem Ziel gebildet hat, eine Agrarreform durchzusetzen.
4. Ziel ist, die Landarbeiterfamilien zu organisieren.
5. Die Arbeiter sollen zur Mitwirkung in Gewerkschaften und Parteien motiviert werden.
6. Eine Verbindung mit der städtischen Arbeiterschaft und mit den Nachbarn in Lateinamerika ist aufzubauen.

Als "sem terra", ohne Land, gelten:

posseiro: bearbeitet ein Stück Land ohne im Besitz eines Titels zu sein

assalariado, bóia-fria, diarista: arbeitet tageweise für Großgrundbesitzer

parceiro: Ein Stück Land ist gepachtet. Nach der Ernte erfolgt die Abgabe prozentual zum Ertrag. Beträgt die abzugebende Quote 50%, bezeichnet man den Landarbeiter als *meceiro*

arrendatário: Pachthöhe in Geld bzw. Produkten wird im voraus vereinbart

pequeno agricultor: Kleinbauern und deren Söhne die weniger als fünf Hektar Land besitzen





Aufklärung und Kampf gegen Klassenjustiz

Die Menschenrechtsarbeit der MST

Die Menschenrechte gelten für alle Menschen gleich, unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, Religion, Weltanschauung und sozialen wie wirtschaftlichen Möglichkeiten. Sie sind unverzichtbar, unveräußerlich und unabdingbar für die menschliche Existenz. Die Verletzung der Menschenrechte ist eines der schwerwiegendsten Verbrechen. So sollte es sein. Doch die Menschenrechte sind längst nicht überall durchgesetzt. In den von Großgrundbesitz geprägten Gesellschaften ist es traditionell so, dass die wirtschaftlichen Machtgruppen (Großgrundbesitzer) und ihre Bewaffneten (Polizei und paramilitärische Privatarmeen) sich wenig um die Rechte der Landlosen und Kleinbauern/bäuerinnen scheren. Kampf um Agrarreform bedeutet damit auch immer Kampf um die Respektierung der Menschenrechte aller BürgerInnen. Die Menschenrechtsarbeit der MST hat mehrere Ebenen: die juristische Unterstützung verfolgter LandarbeiterInnen, der Kampf gegen die Straflosigkeit bei Verbrechen gegen Landlose und die pädagogische Arbeit, um das Recht auf Rechte bekannt zu machen.

VON DOMINICI MORORÓ

Die BrasilianerInnen verfügen über eine Verfassung, die alle elementaren Menschenrechte garantiert. Darüber hinaus entschied die brasilianische Gesellschaft, ihre Verfassung um die internationalen Vereinbarungen über die Menschenrechte zu erweitern.

Die Regierung unterschrieb die wichtigsten internationalen Verträge, darunter die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die Amerikanische Erklärung der Rechte und Pflichten der Menschen, die Internationale Konvention zur Strafverfolgung von Folterungen und den Internationalen Pakt der WSK-Rechte, der die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte jedes Einzelnen enthält.

Letzterer behandelt im Artikel 11 auch die Agrarfrage. Dort heißt es, dass jeder am Vertrag beteiligte Staat aufgrund seiner Anerkennung des fundamentalen Rechts jedes Einzelnen, vor Hunger geschützt zu werden, Maßnahmen und konkrete Hilfsprogramme ergreifen und durchführen muss um:

- a) die Produktionsmethoden sowie die Haltbarmachung und Verteilung von Lebensmitteln zu verbessern, und zwar durch das Wissen von Technikern und Spezialisten, durch die Verbreitung von Ernährungsbildungsprogrammen und durch die Verbesserung der Arbeitsmethoden in Form einer effizienteren Nutzung der natürlichen Ressourcen;
- b) die gerechte Verteilung von Nahrungsmitteln im Verhältnis zum Bedarf sicherzustellen im Anbetracht der Probleme sowohl der importierenden als auch der exportierenden Länder.

Die brasilianische Regierung verletzt diesen Internationalen Vertrag der Menschenrechte und darüber hinaus die eigene

Verfassung, weil sie die unter a) aufgeführten Maßnahmen nicht ergreift.

Die Armut der ländlichen Bevölkerung in Brasilien ist eine der schlimmsten der Welt. Der Gini-Index ist die international anerkannte Methode zur Messung der Verteilung des Reichtums. Nach dieser haben die Länder mit einem Index zwischen 0,300 und 0,500 eine akzeptable Grundstruktur, während die Länder mit einem Index zwischen 0,800 bis 1,000 eine hohe ländliche Armutsrate aufweisen. Gemäß dem von der Regierung herausgegebenen „Atlas Fundiário Brasileiro“ hat Brasilien einen Index von 0,800 und bewegt sich somit innerhalb der Höchststrategie ländlicher Armutskonzentration. Im Atlas heißt es dazu: „Es ist nicht übertrieben zu glauben, dass die Investitionspläne für die Landwirtschaft ständig daran scheitern, dass an der fehlerhaften veralteten Agrarstruktur von Latifundienwirtschaft und Großgrundbesitz festgehalten wird.“ (S. 49)

Den Angaben der brasilianischen Regierung zufolge haben nur zwei Prozent der erfassten Grundstücke eine Fläche von mehr als 1000 Hektar, jedoch machen diese 50 Prozent der gesamten Fläche Brasiliens aus.

Eine Konsequenz dieser starken Landarmut in Brasilien ist die Landflucht. Zwischen 1960 und 1980 erhöhte sich die Stadtbevölkerung von 32 auf 82 Millionen Menschen.

Die Landflucht, die fehlende Infrastruktur und Bildungspolitik und der Mangel an Arbeitsplätzen führen zu steigender Gewalt und Kriminalität in den brasilianischen Metropolen, aber immer stärker auch in den mittleren Städten.

Die Daten der letzten zehn Jahre zeigen, dass die Entwicklung im Agrarbereich, neben der verstärkten Landkonzentration in der Hand Weniger zu einem starken Produktionsabbau und einem verstärkten

Ausschluss eines großen Teils der ländlichen Bevölkerung führt. Die brasilianische Regierung gibt systematisch den Gebrauch der klassischen Instrumente für die Agrarreformen auf und ersetzt diese durch eine Politik des Landan- und Verkaufs. Kommunen erhalten mehr und mehr ein Recht übertragen, das eigentlich dem Bund zukommt, nämlich Land zu enteignen und der Agrarreform zuzuführen. Diese drückt sich bevorzugt im Kauf von Land aus, das der Bund den Ländern und Städten zur Verfügung stellt und ihnen den Auftrag erteilt Aneignungs- und Agrarpolitik zu betreiben.

Die Arbeit der MST

Die MST verfolgt zwei grundlegende Ziele: erstens die Agrarreform und zweitens den Wandel der wirtschaftlichen und sozialen Struktur. Somit kann man sagen, dass ihr Ziel die Umsetzung des Artikels 3 der brasilianischen Verfassung ist; nämlich „eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft zu errichten; die nationale Entwicklung zu garantieren; die Armut und Marginalisierung zu bekämpfen; die soziale und regionale Ungleichheit zu verringern; jeden gleich zu fördern ohne Vorurteile gegenüber Herkunft, Rasse, Geschlecht, Hautfarbe, Alter und frei von jeder anderen Form von Diskriminierung“.

Um die Regierung unter Druck zu setzen, führt die MST Demonstrationen, Hausbesetzungen sowie Besetzungen von Ländereien durch, die in der Hand von Großgrundbesitzern liegen. Die (bisherige – die Red.) brasilianische Regierung

Delikt und offensichtlich eine Verletzung der Menschenrechte.

Wir möchten hier deutlich machen, dass es die MST nur deshalb gibt, weil die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der Landarbeiter verletzt werden. Denn es existiert keine Sozialpolitik, die die Armut abbauen würde. Darüber hinaus verletzen die Verhaftungen, Attentate und Folterungen die Menschenrechte, und dies wird weitergehen, solange es keine würdigen Lebensbedingungen für das Volk gibt.

Die Daten der christlichen Landpastoral CPT zeigen, dass zwischen 1988 und 2000 1517 Landlose ermordet wurden. Zwischen 1989 und 2000 wurden 1898 ArbeiterInnen verhaftet, allein im Jahr 2000 waren es 258 Gefangennahmen.

Im Verlauf dieses Jahres war Paraná der Bundesstaat, in dem es zu den meisten Übergriffen gegen Landlose kam. Seit dem Anfang der Regierungszeit von Jaime Lerner 1995 registrierte die CPT 16 Morde an Landarbeitern, 31 Mordversuche, 7 Fälle von Folterung, 322 Verletzte und 470 Verhaftungen, darunter 130 Zwangsräumungen.

Im Mai 2002 demonstrierten mehr als 1500 Landlose auf der Bundesstraße 277 in Richtung Curitiba, darunter waren auch Frauen und Kinder. Dieser Demonstrationen zug wurde von der Militärpolizei brutal niedergeschlagen. Die Militärpolizisten setzten Tränengas, Hunde und Gummigeschosse ein, um der friedlichen Demonstration ein Ende zu setzen. Darüber hinaus verwendeten sie auch scharfe Munition, durch die der Bauer Antônio Tavares Pereira mit einem Bauchschuss getötet wurde. Schätzungen zufolge lag die Zahl der Verletzten bei 180.

Der Bundesstaat Pará hat ein ebenso großes Gewaltpotential gegenüber den Landarbeitern, jedoch wurde dort im Juni dieses Jahres ein Zeichen gegen die fehlende Strafverfolgung gesetzt. Der Großgrundbesitzer Jerônimo Alves Amorim wurde zu 19 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er im Februar 1991 den Gewerkschaftsführer der Landarbeiter von Rio Maria, Expedito Ribeiro Souza, ermordet hatte.

Im August und September dieses Jahres wurde auch das Urteil im Prozess um das Massaker von Corumbiara gefällt. Bei der 23-tägigen Gerichtsverhandlung in Porto Velho, Rondônia, wurden neun Polizisten freigesprochen, während zwei Landlose und drei Polizisten verurteilt wurden. Diese waren an dem Massaker beteiligt, das sich 1995 bei einer Zwangsräumung von 600 Familien auf der Fazenda Santa Elina ereignete. Dabei starben neun Landlose und zwei Polizisten. Während des Gerichtsprozesses bezeichnete der Staatsan-

walt Tarcisio Leite de Matto die Landlosen als „Nazis“ und behauptete, „entweder wird Brasilien den Landlosen ein Ende setzen oder die Landlosen werden Brasilien in den Ruin stürzen“. Ihm wurde daraufhin aufgrund des Drucks kirchlicher Einrichtungen und Menschenrechtsgruppen der Fall durch die Generalstaatsanwaltschaft von Rondônia entzogen.

Im Fall des Massakers von Eldorado dos Carajás entschied im Oktober das Gericht des Bundesstaats Pará, die Urteile gegen die drei Kommandeure der an der Operation beteiligten Einheiten der Militärpolizei zu annullieren. Das Massaker geschah im April 1996 bei einem friedlichen Demonstrationenmarsch von Landlosen auf der Straße von Marabá nach Paraupabas. Dabei hatten 19 ArbeiterInnen ihr Leben verloren, 70 weitere wurden verletzt.

Die Anwälte der MST

Die Arbeit der MST-Anwälte besteht erstens darin, verhaftete LandarbeiterInnen wieder aus den Gefängnissen zu holen, sie vor Gericht zu verteidigen und sie während ihrer Prozesse zu begleiten. Zweitens bieten sie Kurse und Vorträge über die Menschenrechte an.

Der erste Punkt bedeutet eine große Herausforderung für die Anwälte, weil sie angesichts der Kriminalisierung der Landlosen gezwungen sind, sich mit ihren Verteidigungsstrategien anzupassen. Die brasilianische Justiz ist im veralteten Klammersendenken verhaftet, ohne eine reale Vorstellung von den internationalen Menschenrechtsverträgen, denen sich Brasilien gegenüber der internationalen Gemeinschaft verpflichtet hat. Selten trifft man ein Gericht an, das sich gleich an diese Rechte erinnert. Vielmehr müssen die Anwälte diese stets einfordern.

Der zweite Arbeitsschwerpunkt der Anwälte besteht in der Vorbeugung von Rechtsverletzungen gegenüber Arbeitern. Die Anwälte halten Vorträge und geben Kurse – oft in Zelten oder unter freiem Himmel – über die Menschenrechte im Allgemeinen und führen die Arbeiter in die Rechte ein, die ihnen nach der brasilianischen Verfassung zustehen. Diese Einführungen sind nötig, denn man muss bedenken, dass die meisten ArbeiterInnen nur die ersten Grundschuljahre besucht haben. Mit dem Wissen, das ihnen unsere Anwältinnen vermitteln, erlernen sie ein Grundgerüst von Rechten, um sie später einfordern zu können. ♦

Dominici Mororó arbeitet bei der MST-Pernambuco im Bereich Menschenrechte
Übersetzung: Melina Reitz



Foto: SARA PEROSA

MST-AnwältInnen geben Unterricht über Land- und andere Rechte

und die Großgrundbesitzer lehnen die Arbeit der MST ab, weil sie durch Massenmobilisierungen in die Pflicht genommen werden, Maßnahmen in Richtung Agrarreform zu ergreifen.

Die Verhaftungen, Attentate, gewalttätigen Übergriffe und Zwangsräumungen, denen die Führer der MST ausgesetzt sind, dienen der Einschüchterung. Diese Unterdrückung der Landlosen ist ein kriminelles

Das Bild des MST in der brasilianischen Presse

Die Journalistin und Direktorin der NGO Justiça Global *, Maria Luisa Mendonça, untersuchte, wie die wichtigsten brasilianischen Tageszeitungen die Landlosenbewegung MST darstellen. Das Ergebnis: Eine wütende Bande, die mit allen zerstritten ist und bei jeder Gelegenheit Krach schlägt.

Mitte der Neunziger Jahre wurden verschiedene Umfragen zur Landproblematik durchgeführt. Die Untersuchung des Interscience-Instituts 1997 ergab, dass 83 Prozent der Bevölkerung die Agrarreform unterstützte. Das Marktforschungsinstitut IBOPE zeigte auf, dass 85 Prozent der BrasilianerInnen auch friedliche Landbesetzungen guthiessen. Die Landlosenbewegung MST war populär, vor allem wegen des Mitgefühls, das zwei Massaker an Landlosen hervorriefen (Corumbiara im Jahr 1995 und Eldorado dos Carajás ein Jahr später, im April 1996) und wegen der grossen Sympathiewelle, die der Protestmarsch nach Brasilia auslöste. Im April 1997 liefen hunderte von MST-Mitgliedern, Landlose und bereits Angesiedelte, aus allen Ecken Brasiliens zu Fuss in die Hauptstadt um eine gerechte Landverteilung und staatliche Unterstützung kleinbäuerlicher Landwirtschaft zu fordern.

Damals erntete der MST für seine Aktionen häufig Beifall in der Presse. Ab 1998 änderte sich das Bild des MST. Insbesondere in den letzten drei Jahren, als die Landlosenbewegung die Wirtschaftspolitik des Präsidenten Fernando Henrique Cardoso kritisierte und einen Kurswechsel forderte, setzten die wirtschaftlichen und politischen Eliten des Landes alles daran, um die Popularität der Landlosen zu senken.

Wir untersuchten 300 Artikel über die Landlosenbewegung MST, die zwischen dem 20. April und dem 20. August 1999 in den vier grössten brasilianischen Tageszeitungen, Folha de São Paulo, O Globo, O Estado de São Paulo und Jornal do Brasil publiziert wurden.

Acht von dreihundert

Die Ergebnisse bestätigen Noam Chomskys These, dass die Hauptaufgabe des kommerziellen Journalismus nicht die Informationsvermittlung ist. In seinem Buch «Manufacturing Consent» (die manipulative Konstruktion des Konsenses), zeigt der amerikanische Linguist auf, dass die Medien primär die Interessen der Unternehmen vertreten, die in den Zeitungen Werbung plazieren. Eine einseitige Interessenvertretung, die durch die monopolistischen Eigentumsverhältnisse, die auf dem Medienmarkt herrschen, verstärkt wird.

Lediglich 8 der 300 analysierten Artikel vermitteln ein positives Bild der Landlosenbewegung. Die restlichen 292 beschreiben die Landlosen als gewalttätige Aggressoren, potentielle Guerilleros, die die politische Machtübernahme planen. Die Polizei, die in den Landkonflikten interveniert, wird dagegen als friedliche Ordnungsmacht porträtiert. Die Regierung erscheint immer als Verhandlungsinstanz, offen für den Dialog und zu massiven Investitionen in die Agrarreform bereit.

Wird über Aktionen des MST berichtet, so steht bereits in den Schlagzeilen der Artikel die Bewegung sei gewalttätig. Häufig wird die beschriebene Gewalttätigkeit mit der

Intention der Machtübernahme in Verbindung gebracht. Jede Aktion des MST, ob Protestmarsch, Landbesetzung oder Demonstration vor der Agrarreformbehörde, erhält in den Schlagzeilen einen gewalttätigen Charakter. Alle Landlosen werden als radikal politisiert dargestellt, als sei jede ihrer Aktionen ein Schritt in Richtung eines sozialistischen Umsturzversuches. Die konkreten Forderungen nach Landverteilung, Krediten, Subventionen, die der MST bei seinen Aktionen formuliert, werden in den Beiträgen unterschlagen. Die relevanten Aspekte der Thematik, die eine konstruktive Diskussion ermöglichen, werden unsichtbar gemacht.

Wer ist gewalttätig?

Es gibt einen grossen Kontrast zwischen reisserischen Schlagzeilen und der zwar detailarmen aber relativ korrekten Berichterstattung. Mit der Schlagzeile: «Friedliche Megaoperation: Die Polizei räumt 3 fazendas in Pará», gewinnt man zum Beispiel den Eindruck, die Polizei habe drei Ländereien friedlich geräumt. Aus dem Text, der unter der Schlagzeile steht, geht jedoch hervor, dass die Landlosen das Land bereits verlassen hatten, als die Polizei dort eintraf. «Auf den drei fazendas warteten nur einige Landlose auf die Polizei». Die Aussage des Vertreters der Landpastorale «Wir wollen keine Tragödie provozieren», weiter vorne im Artikel, bekräftigt die Bemühung der Landlosen, den Konflikt zu vermeiden. Paradoxerweise weist die Berichterstattung ebenfalls darauf hin, wie stark der Konflikt durch den polizeilichen Waffen- und Männereinsatz hätte eskalieren können: «Die Militärpolizei setzt bei jeder Operation zwischen 300 und 500 Mann ein. Beim Eindringen in die Territorien sind sie mit Gas (bombas de efeito moral), gewöhnlichen Patronen, Gummigeschossen, Schlagstöcken und Schutzschildern bewaffnet.»

Ebenfalls geläufig ist die Anschuldigung, der MST stünde im permanenten Konflikt mit anderen Sozial- und Basisbewegungen oder mit der Lokalbevölkerung der Gegenden, wo der MST tätig ist. Keinem der 300 Artikel gelang es jedoch, diese Behauptung zu konkretisieren. In einem Artikel geht klar hervor, wie in diesem Fall die Information verzerrt wiedergegeben wird. Als 1'200 landlose Familien in Anhembi (Kleinstadt im Bundesstaat São Paulo) ankamen, um die Enteignung einer Länderei einzufordern, schrieb die Zeitung: «Der Schulunterricht wurde suspendiert, es fehlen Medikamente und es mangelt an Ärzten, um die Landlosen und die lokale Bevölkerung zu betreuen.» Man gewann damit den Eindruck, die Stadt stehe kurz vor dem Kollaps. Tage später berichtete dieselbe Zeitung über die «Angst» der Bewohner: «Die Besetzung der Stadt verängstigt die Bewohner», «Das lokale Unternehmertum fürchtet Plünderungen». Bis zum Ende der «Besetzung» wurde jedoch keinen einzigen gewalttätigen Zwischenfall gemeldet. Niemand zeigte einen Landlosen an und niemand kam wegen einer Plünderung zu Schaden.

Werden Landlose umgebracht, so steht in den Zeitungen wenig über die möglichen Auftraggeber zu lesen. In einem einzigen Artikel werden die Täter in den Schlagzeilen genannt: «Gedungene Mörder verletzen Landloser auf einer Zuckerrohrfarm in Pernambuco». Die anderen Artikel geben lediglich an, die Verletzung oder die Tötung der Landlosen habe sich im Rahmen von «Konflikten» ergeben. Um was für Konflikte es sich dabei handelte, wird aus der Berichterstattung nicht ersichtlich.

Kontrastiert man das negative Bild des MST in der Presse, die systematisch Information

verweigert, mit dem Niveau der Gewalttätigkeit im ländlichen Brasilien, so wird deutlich, wie stark der Zeitungsleser heute desinformiert ist: Alleine im Jahr 1998 registrierte die Landpastorale 47 Morde, 46 Mordversuche, 88 Morddrohungen und 35 Folterungen an Landarbeitern und Kleinbauern. In den letzten 12 Jahren wurden landesweit insgesamt 1'167 kleinbäuerliche Produzenten umgebracht. Von diesen kamen nur 86 Fälle vor Gericht. Unter den Angeschuldigten befanden sich lediglich 14 Auftraggeber, von denen sieben für schuldig befunden wurden. Bei den anderen Angeklagten handelte es sich um «kleine Fische», gedungene Mörder und Farmverwalter.

Maria Luisa Mendonça, Übersetzung: Laurette von Mandach

* Nachdem die internationale Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch Ende 1999 ihre Vertretung in Rio de Janeiro schloss, gründete der amerikanische Anwalt und ehemalige Direktor der Human Rights-Filiale James Cavallaro zusammen mit der brasilianischen Journalistin Maria Luisa Mendonça die NGO Justiça Global. Tätigkeitsfelder der jungen NGO sind u. a. die Beratung brasilianischer NGO in Menschenrechtsfragen sowie die Bereitstellung von Pressematerial zu Menschenrechtsbelangen an interessierte ausländische Organisationen. (Die Homepage des engagierten Teams: <http://www.global.org.br>.)



Der Beginn einer Landbesetzung

A HISTÓRIA NÃO ACABOU

Os órgãos da grande imprensa, de um modo geral, veem como inimigo o Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra (MST), mas, na medida em que intenção de indispor-lo com a opinião pública, acabam obtendo efeito contrário e contribuindo para a popularização do Movimento. Essa é a avaliação feita por João Pedro Stédile, gaúcho de 43 anos, dirigente do MST, formado em Economia pela PUC do Rio Grande do Sul e com pós-graduação em economia agrária na Universidade do México

prio conteúdo da matéria. Terceiro, alguns repórteres, claramente identificados com os proprietários da imprensa, fazem matérias preconceituosas. Eles já vêm com a matéria montada e procuram dados para justificar a tese que defendem. Entre essas eu incluíria a matéria de capa de *Veja* de 3 de junho, "A esquerda com raiva". É impressionante o preconceito que eles demonstram no assunto. Outro exemplo é a forma vergonhosa como alguns repórteres do *Estado* tratam a realidade do meio rural.

O que você achou de aparecer demotivado na capa de Veja?

Eu me senti agredido. Os meus amigos e as pessoas que conhecem o



Linamar Dalke/Imprensa

Como avalia a cobertura que o MST encontra na grande imprensa?

Fazemos essa avaliação em três níveis. Primeiro, a linha editorial dos proprietários de jornais e de televisão é ridiculamente dirigida pelo Palácio do Planalto. É vergonhosa a semana passada. Às vezes, aparece a mesma linha editorial no *Jornal do Brasil*, no *Estado*, na própria *Folha de S. Paulo*, e no *Globo*, demonstrando claramente a articulação deles com a vontade do Palácio do Planalto. Segundo, nós percebemos que há reporteres que fazem boas matérias e no entanto o editor coloca uma manchete ruim, que desfoca ou distorce o pró-

Recebemos mais de cem correios eletrônicos em relação à reportagem e dessas mensagens apenas quatro eram contra o MST.

Você não foi entrevistado na matéria de capa de Veja sobre o MST?

A minha opinião é que aquela matéria estava preparada para justificar minha prisão perante a classe média: está vindo como são comunistas, como são diabólicos? Como a prisão não aconteceu, eles tiveram que esperar um pouquinho e depois requebrar a matéria. O rapaz da revista esteve aqui comigo, um tal Eduardo, e ficou duas horas e meia me entrevistando, com a promessa, inclusive, de que ia sair na forma de pergunta-resposta. Ele ficou abrindo detalhes que não me interessavam, como por exemplo: não sei se vou colocar a sua entrevista no rodapé da matéria ou se vamos abrir duas páginas para a entrevista. Fez perguntas até interessantes: "Qual é nossa proposta de reforma agrária? Por que nós estamos discutindo um projeto para o Brasil?" Enfim, as perguntas eram inteligentes, mas não saiu absolutamente nada do que nós conversamos. Isso me leva a crer que a matéria já estava pronta.

Por que imagina que os proprietários dos veículos de comunicação da grande imprensa têm tal afinidade com o Planalto, todos pensando da mesma maneira em relação ao MST?

A nossa avaliação é a de que o governo Fernando Henrique Cardoso representa o consenso das elites. De certa forma, ele repete na história do Brasil o papel que Getúlio Vargas

representou em 1930. Ele construiu esse consenso não pelos seus belos olhos, não porque fala quatro idiomas, não porque já foi de esquerda, mas porque representa, neste momento da história do Brasil, a implantação de um novo modelo econômico para tirar o País da crise. As elites brasileiras, em 1994, se aglutinaram em torno do novo modelo econômico, coisa que não tinham feito em 1989, e por isso disputaram a eleição com oito candidatos diferentes dentro do mesmo projeto das elites. Fernando Henrique representa o consenso das elites em torno desse novo modelo, que em termos genéricos representa a subordinação da economia brasileira aos interesses do capital internacional, com o agravante que agora o capital internacional é dominado pelo capital financeiro, pelos grandes bancos.

Mas por que os donos de veículos de comunicação fariam isso?

Por interesse de classe. Aderem ao novo modelo econômico e o defendem com unhas e dentes. Aliás, o que ouvimos de companheiros que trabalham na grande imprensa ou que são estudiosos da imprensa é que em nenhum outro período da história do Brasil houve uma união tão grande dos grandes jornais e da televisão em torno do governo. Mesmo na época da ditadura de Getúlio Vargas havia jornais de oposição, assim como na época da ditadura militar. Hoje, temos uns poucos colonistas que fazem oposição ao governo. Talvez a Tribuna da Imprensa, do Rio de Janeiro, pudesse se classificar como de oposição ao governo, mas em geral a grande imprensa aderiu. Evidentemente, qualquer movimento social que faça oposição de massas a esse governo é transformado em inimigo. Foi o que aconteceu com o MST.

Estão também contra a reforma agrária?

A reforma agrária não cabe mais no modelo econômico que estão implantando, por isso nos transformaram em inimigo público número um. Qual

é o maior objetivo da reforma agrária? É multiplicar o número de pequenos agricultores, é organizar a agricultura para o mercado interno. No entanto, a agricultura, no geral, está sendo marginalizada. Os produtores agrícolas estão sendo prejudicados, a não ser os exportadores de café e de laranja, que estão sendo beneficiados pela Lei Kandir.

Na medida em que a grande imprensa dá cobertura às ações do MST, acaba fazendo divulgação do movimento. Há editoriais de órgãos da imprensa criticando esse tipo de divulgação. Como você vê isso?

Tudo na vida é contraditório. Se as coisas na vida acontecessem somente de acordo com o que as elites



Linamar Dalke/Imprensa

O MST andou chamando a imprensa para cobrir saques que organizou no Nordeste. Por quê?

A nossa intenção era chamar a atenção da opinião pública sulista para o fato de que no Nordeste havia nove milhões de pessoas passando fome, e que o governo tinha que fazer alguma coisa de emergência, caso contrário não só os saques iam proliferar como milhares de pessoas corriam risco de vida. Depois os grandes jornais deslocaram um batalhão de jornalistas para lá a fim de tentar satanizar o MST. Nós tínhamos acampamentos na beira da estrada e chegou a haver quinze jornalistas dormindo nos acampamentos, esperando os saques. Entretanto, mesmo que não quiséssemos divulgar, não haveria como evitar. Acho que havia uma intenção da grande imprensa de divulgar os saques como forma de nos desmoralizar. No entanto, quando o Palácio do Planalto encomendou pesquisas de opinião pública, verificou-se que 67% das pessoas acharam que a divulgação dos saques afetou a imagem do Fernando Henrique e não do Lula ou do MST. Talvez seja essa a razão por que os saques no Nordeste continuaram, mas não saem mais na imprensa.

Planejamos, nós ainda estaríamos na escuridão. Para cada ação da elite e da grande imprensa existe uma controvérsia, que é o que faz o progresso. O grande dilema deles é que, ao tentar a cada instante nos satanizar por meio da imprensa, a simples divulgação do nosso trabalho acaba trazendo frutos positivos para nós. Assim foi com a novela Rei do Gado. A intenção era mostrar que era justo fazer um movimento pacífico pela reforma agrária, à margem do MST. O próprio diretor da novela nos disse que estava praticamente proibido de colocar a bandeira vermelha do MST, então satanizou a bandeira da CUT,

Fernando Henrique Cardoso representa o consenso das elites porque representa, neste momento da história do Brasil, a implantação de um novo modelo econômico para tirar o País da crise



J.R. Kipper

A reforma agrária não cabe mais no modelo econômico que estão implantando, por isso nos transformaram em inimigo público número um



Elzmar Dalbete/Imprensa

dirigentes do Movimento recebem salário?
Recebem. Eu sou o maior salário do Movimento.

É o marajá?

Sou o marajá do Movimento, porque moro aqui em São Paulo; e a maioria dos nossos dirigentes moram em nossos assentamentos ou em áreas próximas aos assentamentos ou ainda em cidades do interior, e o custo de vida também é menor. Tanto é que não falamos em salário, falamos em ajuda de custo, até mesmo porque não temos carteira assinada nem nada. A maioria dos nossos dirigentes tem uma ajuda de custo em torno de 200 reais mensais.

A imprensa mostra como militantes do MST garçons, cozinheiros, manicures, pessoas que não têm ligação com o trabalho agrícola. Esse pessoal realmente se adapta à terra?

Primeiro, existem exemplos desse tipo, mas são casos isolados. Nunca fizemos um levantamento estatístico, mas se percebe nos acampamentos, a presença de profissionais urbanos acontece mais aqui em São Paulo e no Rio, porque também estão, mais próximos da cidade. Eu diria que mesmo em SP e RJ esse número não chega a 10%, a grande massa de acampados são pessoas que exercem atividades agrícolas. O Movimento não se dedica a organizar os desempregados urbanos, isso é para o sindicato, para a CUT, que inclusive, tem dificuldade em organizá-los, mas essa não é a nossa base social. Quando a imprensa relata esses casos, faz isso por preconceito. Primeiro, vamos supor que o MST organize mesmo os desempregados urbanos e os leve-se para a agricultura: já não seria uma grande solução? Segundo: por que a imprensa fica preocupada em saber se o pobre tem tradição agrícola e não pergunta a mesma coisa para o grande proprietário de terra? Alguém da imprensa já perguntou por que o senhor Andrade Vieira, banqueiro, ex-

Segundo a imprensa, você recebe 980 reais por mês do MST. Outros

Em nenhum outro período da história do Brasil houve uma união tão grande dos grandes jornais e da televisão em torno do governo. Qualquer movimento social que faça oposição de massas a esse governo é transformado em inimigo

instale a escola primária, conforme a Constituição. Af eles se mexem, mas na imprensa sai que o Movimento, com força na mão, ocupou uma posição feita. Por isso digo: estamos dispostos a pagar esse preço de ter uma imagem, de certa forma, distorcida.

O MST ganhou um prêmio Unicef, lá vai por um projeto na área de educação...

Sim, mas infelizmente a imprensa dá pouca cobertura a essa nossa face na educação e, quando dá, procura ideologizar, diz que estamos introduzindo o marxismo nas escolas ou coisa parecida.

Fernando Henrique sustentava que nenhum governo assentou tanto quanto o dele.

É verdade que ele assentou mais do que todos os outros governos juntos, mas isso aconteceu porque houve uma pressão social maior. Até hoje, o governo Fernando Henrique não desapropriou uma fazenda por iniciativa própria: todas as áreas desapropriadas resultaram da atuação dos movimentos sociais — do MST ou dos sindicatos — que ocuparam essas áreas e fizeram pressão. Acabam

Esses métodos acabam associando o MST a uma entidade que despreza a ordem legal. Isso não prejudica?

Prejudica, em parte, mas a população pobre — cá entre nós, se me permitem a expressão — está cagando e andando para a ordem. Os nossos métodos de ação, por mais que sejam negativos aos olhos da classe média, são eficazes. Se não tivéssemos feito ocupações de terras nestes quinze anos, a reforma agrária, segundo o senador Espiridião Aminim, já teria sido das páginas de jornais e da própria Constituição. Se o MST não tivesse feito ocupação de bancos, a linha de crédito especial no Proceera não existiria e os nossos assentamentos não teriam recursos suficientes para organizar a produção. Se as nossas professorinhas não tivessem, de vez em quando, a necessidade de ocupar prefeituras no interior, não teríamos as escolas primárias nos assentamentos. Hoje em todos os assentamentos existem escolas, pois elas são parte de nossa conquista. Você percorre milhares de povoados rurais por este Brasil afóra que não têm escola e ninguém fala nada. Só existe repercussão quando o Movimento ocupa uma prefeitura para exigir que o prefeito

proprietário do terceiro maior banco do país, tem o direito de ser dono de 250 mil hectares? Algum repórter já perguntou se ele sabe trabalhar com a enxada ou dirigir trator? Quando o Fernando Henrique, ainda senador, comprou uma fazenda de 1.200 hectares em Buritis, alguém perguntou se o sociólogo tinha vocação para agricultura? Agora se o pobre acampa e resolve trabalhar com agricultura já vem o cara do *Estado* perguntar se ele tem tradição agrícola.

Hoje, o MST é considerado a maior força de oposição ao governo Fernando Henrique Cardoso, até por causa da fragilidade dos partidos de oposição. De onde vem essa força?

Primeiro, nós recusamos esse rótulo de a maior força. Na verdade, há uma maioria de oposição ao governo no país que é representada pelo povo pobre desorganizado. Reconhecemos que somos uma certa referência para os pobres, eles gostam do MST. Somos uma espécie de exemplo de luta, de combatividade, ou seja, não nos deixamos cooptar pelas cantilenas do governo nem pelas cantilenas de que a história acabou. A nossa referência de exemplo foi sendo construída ao longo da história do MST por vários fatores. Primeiro, a população reconhece que a nossa causa é justa, pois não existe ninguém a favor do latifúndio, não existe poesia sobre latifúndio, não existe um filme exaltando o latifúndio. Todas as manifestações da sociedade são a favor da justiça social, da divisão da terra. Nós estamos numa causa justa, que por isso atrai adesões. O segundo segredo da nossa organização é que nós procuramos implementar princípios de organização, valores humanistas e socialistas como a solidariedade, o companheirismo, a democratização da educação e a disciplina.

Fone: Revista *Imprensa*, Agosto de 1998

RÜCKSCHLAG FÜR BRASILIANISCHE BODENREFORM

■ Brasiliens Großbauern machen mobil: Sie werfen Präsident Lula da Silva Verstaatlichung nach sowjetischem Vorbild vor. Jetzt hat ein Gericht ein wichtiges Enteignungsdekret aufgehoben. Angesichts der Wirtschaftskrise ist unklar, wie dieses Jahr 60.000 Familien Land erhalten sollen

lula spart

Haushaltssanierung

Um die Schulden bedienen zu können, sparte die brasilianische Regierung im ersten Halbjahr 2003 umgerechnet 8,6 Milliarden Euro ein. 95 Prozent davon stammen aus Sozialabgaben und fehlen nun für Investitionen in der Wasser- und Abwasserversorgung, in Krankenhäusern, bei der Landreform und im Antihungerprogramm „Fome Zero“. 300 Millionen Euro wurden aus dem „Fonds zur Armutsbekämpfung“ abgezweigt. Die Staatsverschuldung beträgt 240 Milliarden Euro. Für den Schuldendienst müssen in diesem Jahr über 40 Milliarden Euro aufgewendet werden. Dieser rigorose Sparkurs ist Teil der vom Internationalen Währungsfonds geforderten Wirtschaftspolitik und auch innerhalb der Regierung umstritten. Durch die Beibehaltung hoher Leitzinsen hat die Zentralbank zwar die Inflation gebändigt, doch zugleich würgt sie dadurch den Wirtschaftsaufschwung ab. GD

lula zahlt

Haushaltsszuschuss

Zu den „strukturellen“ Komponenten des Antihungerprogramms „Fome Zero“ gehören die Agrarreform und die Förderung der Kleinbauern. Doch bisher streicht die Regierung vor allem heraus, wie viele Familien für den Haushaltszuschuss von monatlich 15 Euro registriert sind: 300.000 in insgesamt 377 Gemeinden waren es letzte Woche. In diesem Jahr sollen es dreimal so viele werden. Den bereits angesiedelten Familien kauft die Regierung Nahrungsmittel für das Programm ab. Drei Viertel der BrasilianerInnen unterstützen die Landreform, so der Marketingexperte Duda Mendonça. Doch Lula müsse noch deutlicher machen, dass er über die bloße Umverteilung von Land hinausgehe. Viele Arbeitslose aus den Städten sind in die Landlosenzeltlager gezogen. Rund 130.000 Familien warten dort auf die Ansiedlung. Zu Jahresbeginn waren es 60.000. GD

aus São Gabriel GERHARD DILGER

„Faulenzer, Gesindel“, dröhnt es aus den Lautsprechern. „Das einzige Land, das hier brachliegt, ist das in euren Siedlungen.“ Dutzende Reiter haben sich hinter Transparenten wie „Nein zur Anarchie“ oder „MST – Bedrohung des Friedens“ postiert. Aus 400 Kehlen erschallt die Hymne des brasilianischen Bundesstaats Rio Grande do Sul: „Sollen unsere Heldentaten der ganzen Welt als Vorbild dienen...“

Der Protest der Großbauern gilt den Mitgliedern der Landlosenbewegung MST. Am Rande ei-

net werden sollten. Wo derzeit ganze 42 Landarbeiter auf die Schafs- und Rinderherden des Großgrundbesitzers aufpassen, sollten künftig 530 Kleinbauernfamilien ihr Auskommen finden. Ende 2001, also noch unter der vorangegangenen Mitte-rechts-Regierung, hatten die Gutachter aus dem Ministerium für ländliche Entwicklung Southalls Ländereien als „unproduktiv“ deklariert und den Weg zur Enteignung freigemacht.

Doch Anfang Juni annullierte eine Bundesrichterin das Dekret, und am vergangenen Donnerstag schlossen sich sieben ihrer Kollegen an. Bei der Besichtigung



Abschaums“ aufgefordert – mit Gift, Brandstiftung oder Kugeln. Doch die Stimmungsmache hat kaum verfangen. Scharenweise drängen die Stadtbewohner in das Zeltlager, das die MST am Samstag außerhalb von São Gabriel aufgeschlagen hat. „Wir haben es geschafft, wir sind im Herzen des Latifundiums“, jubelt ein Sprecher. Zu einer Solidaritätskundgebung des Gewerkschaftsdachverbandes CUT kamen tausende in die Provinz. „Ohne die MST hätten viele Brasilianer, die um Land kämpfen, keine Hoffnung mehr und wären in den Arsen des Drogenhandels und des organisierten Verbrechens ge-

Dennoch zeigen sich die MST-Mitglieder an der Basis wie in den Führungsgremien erstaunlich geduldig. Miguel Stedile im Regionalbüro von Porto Alegre vertraut auf den Präsidenten: „Anders als Cardoso, der Brasilien in den Dienst des Latifundiums gestellt hätte, begegnet uns Lula nicht mehr mit Repression.“ Wie die MST sei der Präsident davon überzeugt, dass mit dem neoliberalen Wirtschaftsmodell gebrochen werden müsse, so Stedile. Die Frage sei, wie man das bewerkstelligen könne – er jedenfalls unterstütze den behutsamen Ansatz der Regierung. Nach der ersten Enttäuschung über-

Kein Land für Landlose

ner Landstraße sichern zwei Reihen von Militärpolizisten ihren Anhängern, rund 700 Frauen, Männern und Kindern, freies Geleit. Am Samstag, nach gut neun Wochen und einem 350-Kilometer-Marsch durch Kälte und Regen, sind die Landlosen in der südbrasilianischen 50.000-Einwohner-Stadt São Gabriel eingetroffen.

Im äußersten Süden Brasiliens wollte die brasilianische Regierung zeigen, wie ihre neue Landreform funktioniert: Mitte Mai unterzeichnete Präsident Luiz Inácio Lula da Silva das Dekret, durch das 13.200 Hektar Land des Farmers Alfredo Southall enteig-

des Landguts stellten sie Formfehler fest. Nachdem die Gutachter zunächst durch Southall und andere Großbauern am Betreten des Geländes gehindert worden waren, hätten sie beim zweiten Besuch versäumt, den Eigentümer zu benachrichtigen.

Zum Wortführer der konservativen Agrarier hat sich São Gabriels Bürgermeister Rossano Gonçalves aufgeschwungen. Er wertet gegen das „gescheiterte Modell“ der Landreform und beschwört die Ängste der Bevölkerung vor dem MST. „Das sind Arbeitslose aus den städtischen Armenvierteln, die von Landwirtschaft keine Ahnung haben.“

„Der MST geht es gar nicht um Land, die wollen die Macht, notfalls durch den bewaffneten Kampf“, sagt einer der Agrarier am Straßenrand. „Die Regierung Lula und die MST planen die totale Verstaatlichung des Bodens nach sowjetisch-kubanischem Vorbild“, glaubt José Francisco Costa, oberster Bauernfunktionär in São Gabriel. „Chaoten sind das“, schimpft ein 40-Jähriger. „Die kann man nur mit Kugeln stoppen. Wir brauchen wieder eine Diktatur, die mit diesen sozialen Bewegungen aufräumt.“

In einem anonymen Flugblatt, das im Juni zirkulierte, wurde zur „Ausrottung“ des „menschlichen

landet“, sagt der CUT-Vorsitzende Luiz Marinho.

Die Landverteilung in São Gabriel ist typisch für Brasilien: 122 Großgrundbesitzern mit Ländereien über 1.000 Hektar gehört 38 Prozent der Gemeindefläche. 1.300 Kleinbauern mit maximal 100 Hektar machen zwar 72 Prozent der Landeigentümer aus, kommen aber zusammen nur auf knapp vier Prozent der Fläche. Und eine Siedlung ehemaliger Landloser gibt es auch.

Mittlerweile hat jedoch die Hälfte der 55 Familien, denen vor sieben Jahren je 26 Hektar zugewiesen wurden, aufgegeben. Denn die Straßenverbindungen sind so schlecht, dass sie ihren Reis kaum vermarkten können. Die 28 Kilometer nach São Gabriel dauern eine Ewigkeit. Die Siedlung steht für die Schattenseiten der Agrarreform unter Präsident Fernando Henrique Cardoso, der von 1995 bis 2002 regierte. Dieser bedachte zwar fast 500.000 Familien mit Land, mehr als alle seine Vorgänger zusammen. Doch ohne Kredite, technische Beratung und Infrastruktur haben die Kleinbauern keine Zukunft – schätzungsweise jeder vierte hat bereits das Handtuch geworfen.

Präsident Lula will auf mehr Qualität als auf Quantität setzen. Bisher hat sich aber nur wenig bewegt. Im zuständigen Ministerium mahlen die bürokratischen Mühlen besonders langsam. Minister Miguel Rossetto vom linken Flügel der Arbeiterpartei PT hat es gründlich umgekrempelt und zahlreiche Sympathisanten der MST mit Posten versorgt. Doch der Projektet ist von 136 auf 48 Millionen Euro zusammengestrichen worden – schleierhaft, wie damit noch in diesem Jahr 60.000 Familien angesiedelt werden sollen, wie die Regierung versprochen hatte. Damit sie überhaupt etwas vorweisen kann, will sie in den nächsten Monaten 7.000 Hektar bundeseigenes Territorium verteilen.

wiegt nun auch im MST-Camp von São Gabriel wieder die Zuversicht. Der Präsident bemühe sich, meint der Landarbeiter Hélio Dickel, der die letzten vier Jahre in diversen MST-Zeltlagern verbracht hat: „Wenn Lula die Landreform nicht hinkriegt, dann schafft es keiner.“ Im Gegensatz zu früher säßen jetzt die Bundesgenossen in der Regierung, sagt sein Kollege Edson Borba – die Mobilisierung der sozialen Bewegungen helfe Lula dabei, den Konservativen auch innerhalb der Regierung etwas entgegenzusetzen.

Das ist für den Präsidenten nicht immer einfach. Denn nicht überall handeln die Landlosen so diszipliniert wie in Südbrasilien. Fast täglich werden Lastwagen geplündert oder Farmen verwüstet, vor allem im Nordosten. Seit Jahresbeginn gab es in ganz Brasilien 172 Landbesetzungen – 2002 waren es nur 101.

Prominente MST-Sprecher gefallen sich immer wieder in verbalen Provokationen, die die Medien lustvoll ausschlachten. So verkündete Chefstrategie João Pedro Stedile, einem „Heer“ von 23 Millionen Landlosen stünden 27.000 Großgrundbesitzer gegenüber. Wenn sich 1.000 Landlose zusammätsen, wäre es ein Leichtes, einen Latifundisten zu „packen“. Damit lieferte er nicht nur den Agrariern von São Gabriel Argumente, sondern zwang auch den Präsidenten zur Distanzierung. Die Gesetze gälten auch für die Landlosen.

Die gescheiterte Enteignung der 13.200 Hektar in Südbrasilien ist nur das jüngste Beispiel für jene Klippen, die die Mitte-links-Regierung bei ihrer Reformpolitik umschiffen muss. Zur juristischen Fehleinschätzung, die zur Annullierung des Präsidentendekrets führte, kommt der wachsende Widerstand all jener, die ihre Privilegien bedroht sehen. Die Großbauern aus Rio Grande do Sul gehören dabei noch nicht einmal zu den Mächtigsten.





Aus der Dunkelheit der Hütten heraustreten

Der Kampf ums Land und die christliche Landpastoral CPT

In diesem Artikel geht es um die Bedeutung der Arbeit der Landpastoral – Comissão Pastoral da Terra (CPT) – für die Agrarfrage und den Kampf um Land in Brasilien. Die CPT ist eine ökumenische Einrichtung für den pastoralen Dienst der katholischen, evangelischen und methodistischen Kirchen für die LandarbeiterInnen in Brasilien. Sie entstand 1975 während der gewaltsamen Auseinandersetzungen um Landrechte in der Amazonasregion. Heute unterstützt die CPT in ganz Brasilien LandarbeiterInnen bei ihrem Kampf um Land und Wasser und für eine Agrarreform. Sie arbeitet gemeinsam mit den Landlosen, den Bauernfamilien, den Ribeirinhos (UferbewohnerInnen, die vom Fischfang und ein paar Tieren und Früchten leben), den Nachfahren der Quilombos (selbstorganisierte Dörfer von geflohenen Sklaven) und den Kokospalmenfällern. Ein anderer wichtiger Schwerpunkt ist der Kampf gegen die Gewalt und Straflosigkeit auf dem Land und die heutigen Formen der Sklaverei. Die CPT hat sich außerdem die umfangreiche Dokumentation der brasilianischen Agrarkonflikte zum Ziel gesetzt und ist national und international dafür zum Referenzpunkt geworden.

Foto: JÜRGEN ESCHER

D

VON VILMAR SCHNEIDER

Die CPT ist eine Antwort der Kirchen auf das Leiden der Landbevölkerung. In den sechziger und siebziger Jahren fand dieses Leiden in der katholischen, evangelischen und methodistischen Kirche zunehmend Gehör. In Brasilien nahmen in dieser Zeit die sozialen Konflikte zu, 1964 fand der Militärputsch statt. Damals fingen die Kirchen an, Themen wie Menschenrechte, Verteidigung von Minderheiten, Kampf um Land und die Wiederherstellung der Würde der ArbeiterInnen (P. Virgilio Uchóa) als Herausforderung anzunehmen. Anfang der siebziger Jahre wurde es für Teile der Kirchen immer wichtiger, eine konkrete Form zu finden, um auf die sozialen Konflikte zu reagieren. Das führte zur Gründung mehrerer pastoralen Einrichtungen, darunter auch die Landpastoral CPT.

Die CPT entstand in einer der schwierigsten Situationen für die LandarbeiterInnen in Brasilien. Das Großkapital expandierte in Richtung Amazonien, unterstützt von der Militärdiktatur, auf Kosten von „Massakern an der indigenen und Landbevölkerung, durch Vertreibung und gewaltsame Räumungen durch Privatleute, durch zielloses und strafloses Morden, durch jede erdenkliche Schurkerei gegen die Würde des Menschen“ (José de Souza Martins). Die CPT konstituierte sich in diesem Moment als eine Art Sprachrohr für die Unterdrückten, vor allem auf dem Land. In einem autoritären und undemokratischen Kontext, der jede Form der politischen Repräsentation verhinderte, machte die CPT die LandarbeiterInnen sichtbar und ermöglichte es ihnen, sich als soziale und politische Akteure zu formieren. Die Kirchen entschieden sich für die Unterdrückten und brachten sie so auf die nationale Ebene und legitimierten ihre berechtigten Forderungen.

Die CPT entstand als ein ökumenischer pastoraler Dienst um „mit Geschick das Ziel zu verfolgen, diejenigen, die für die Landlosen und LandarbeiterInnen arbeiten, zusammenzubringen, zu beraten und zu unterstützen“. Diejenigen, die das Land bearbeiteten, sollten bei der Eroberung und Verteidigung von Land und Leben unterstützt werden, als eine neue Form christlichen Engagements auf dem Lande, auf Seiten der LandarbeiterInnen, ohne Intention der Bekehrung und relativ unabhängig von den kirchlichen Hierarchien.

Die CPT sieht ihre Aufgabe darin, die herausragende Rolle dieser Akteure zu unterstützen, die Entstehung von sozialen Bewegungen zu ermutigen und ihre Kämpfe zu dynamisieren. Als Ergebnis dieser

Arbeit, in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, entstanden neue Formen der Organisation und der Auseinandersetzung. Die Kämpfe der Seringueiros (GummizapferInnen, Chico Mendes war einer der bekanntesten), Ribeirinhos, Indígenas, von Stauseen Betroffenen, der Nachfahren der Quilombos, der Landlosen und Bauernfamilien bekamen eine nationale Dimension. Vor allem in den 80er Jahren entstanden eigene Organisationen und Organisationsformen. Die sozialen Bewegungen und Organisationen sind in den letzten beiden Jahrzehnten ins Zentrum der nationalen politischen Bühne gerückt, wobei dieses Zentrum sie Jahrhunderte lang in der Peripherie haben wollte. Diese Haltung der Bewegungen bedeutet einen Bruch mit dem Staat und mit einer Struktur, die auf Klientelismus und gegenseitigen Gefälligkeiten basiert. Der Kampf um Bürgerechte ist auf einen oligarchischen Staat getroffen, der sich gegen Demokratisierung sperrt, auf seinen Privilegien beharrt und dessen mittelmäßige politische Mentalität – von wechselnden Regierungen verkörpert – für die unteren Klassen immer einen ganz bestimmten Platz reserviert hatte: die Slavenhütte, die Favelas (Armenviertel) und das Gefängnis. Die sozialen Bewegungen sagen Nein zu dieser Politik: Sie wollen ihre armen MitbürgerInnen nicht mehr in die Dunkelheit der Slavenhütten und die „Katakomben der Geschichte“ verbannt sehen.

Die CPT und die MST

Die Landfrage war von Beginn an für die Arbeit der CPT bestimmend. Einer der ersten Schwerpunkte war die Verteidigung der „verbürgten“ Rechte. Das Recht auf Landbesitz hat derjenige, der auf dem Land lebte und es bearbeitete und dann vertrieben wurde. Daher hat die CPT auch von Anfang an mit denjenigen zusammengearbeitet, die kein Land haben, den Landlosen, als Subjekte dieser Rechte auf den Besitz und das Eigentum des Landes (Antonio Canuto).

Der Ausbruch von Kämpfen von Landlosen an mehreren Punkten im Land und die Notwendigkeit der Verbindung und des Austausches führten dazu, dass die CPT 1982 ein Nationales Treffen der Landlosen organisierte. Auf diesem Treffen beschlossen die Landlosen, sich auf nationaler Ebene autonom zu organisieren. Im Januar 1984 veranstalteten sie das Nationale Treffen der Landlosen, auf dem die Prinzipien der Bewegung der LandarbeiterInnen ohne Land (MST) erarbeitet wurden. 1985 fand dann der erste Kongress der Landlosen statt. Die MST entstand aus

den Kämpfen der LandarbeiterInnen und wurde darin geformt. Sie ist die Stimme der Unterdrückten auf dem Land. Sie kämpft für Land, eine Agrarreform und eine gerechtere Gesellschaft. Die MST organisiert Tausende von landlosen Arbeiterinnen und mobilisiert sie für den Kampf für eine Agrarreform. Sie hat eine enge Verbindung zu seiner sozialen Basis. Sie hat eine sehr handlungsfähige Bewegung mit einer kollegialen Koordination geschaffen. Mit ihren Landbesetzungen, in Verbindung mit anderen Aktionsformen, hat sie erstaunliche Ergebnisse erreicht, was den Zugang zum Landbesitz angeht und die politisch-pädagogische Wirkung: Sie stellt überall im Land das absolut geltende Recht auf Eigentum in Frage. In den letzten Jahren nimmt die MST in der öffentlichen Meinung einen großen Raum ein und verbreitet den Kampf für die Rechte der Landlosen zunehmend in der gesamten Gesellschaft.

Die MST hat national und international an Gewicht gewonnen. Die CPT, die immer die herausragende Rolle des Landarbeiters vertreten hat, steht der Bewegung sehr nahe. So nahe, dass sie oft verwechselt werden, was die Gemeinsamkeit der Prinzipien, Ziele und Methoden aber erklärt (Antonio Canuto). Die Zusammenarbeit geht von der gemeinsamen Basisarbeit bis zu den regionalen und nationalen Aktionsfeldern, z.B. das Nationale Forum für die Agrarreform und Gerechtigkeit auf dem Land, zur Zeit eines der wichtigsten Koordinationsforen der verschiedenen Initiativen auf dem Land.

Durch die Unterstützerguppen, nicht zuletzt die CPT, und das Anwachsen der MST hat die Agrarfrage die Grenzen vom Land in die Städte überwunden. Inzwischen sehen viele Menschen in einer Agrarreform nicht nur eine Lösung für die Landprobleme, sondern auch eine Möglichkeit für die gesamte Gesellschaft, Arbeit und Einkommen zu schaffen, den Exodus vom Land in die Stadt zu stoppen, Land und Einkommen zu verteilen, d.h. für eine nachhaltige Entwicklung. Die Wahl einer Regierung, die mit den Forderungen der Bewegungen eng verbunden ist, ist sicherlich der Ausdruck dieses neuen Verständnisses der Gesellschaft: Es ist notwendig, dass der Staat seine Anstrengungen verdoppelt, um die sozialen Schulden einzulösen und die brasilianische Agrarstruktur zu demokratisieren. ♦

Vilmar Schneider ist Brasilianer und evangelischer Theologe. Er arbeitet in Heideberg in einem Austauschprogramm zwischen der CPT und dem FIAN (FoodFirst Information & Action Network), das vom EED (Evangelischer Entwicklungsdienst) unterstützt wird.

Die Comissão Pastoral da Terra Interview mit Dieter Metzner

Dieter Metzner ist Brasilianer geboren in Lontras/Santa Catarina. Er arbeitete von 1978 bis 1996 für die Comissão Pastoral da Terra CPT in Mato Grosso, zuerst als Pastoralagent und dann als Anwalt. Bis Herbst 1999 ist er im Rahmen eines Austauschprogramms in Deutschland bei FLAN, Food First Information & Action Network, tätig.

Infoterra: Wie kam es dazu, dass sich die Kirchen in der Landfrage engagierten?

Dieter Metzner: Die Kirche war historisch Teil der ländlichen Gesellschaft, was positive und negative Seiten hatte. Als die Auseinandersetzungen um und auf dem Land seit den sechziger Jahren zunahmen, begannen auch die Kirchen Stellung zu beziehen, was nicht immer ohne interne Konflikte abging. Die Öffnung neuer Siedlungs- und Agrargebiete in Zentralbrasilien und im Norden verwandelten diese Regionen in ein grosses Kampffeld um Land. Kleinbauern ohne Landtitel (posseiros) und Indios stiessen mit den neuen Kolonisatoren zusammen, und es gab offene, grosse Konflikte. Etwas später merkte man, dass die Situation auch im Süden Brasiliens nicht so anders war: Immer mehr Kleinbauern wurden geopfert und verloren ihr Land. In diesem Kontext nahm die Kirche ihr solidarisches Engagement zugunsten der Ausgeschlossenen auf dem Land auf. Die CPT, die offiziell 1975 gegründet wurde, ist der Ausdruck dieses Engagements.

Infoterra: Was sind die wichtigsten Arbeitsgebiete der CPT?

Dieter Metzner: Die CPT ist in ganz Brasilien präsent. Je nach den lokalen Problemen und der besonderen lokalen Realität nimmt die Arbeit einen etwas anderen Charakter an. Im Zentrum steht die Begleitung der Landkonflikte, die im ganzen Land vorkommen: Aufdeckung und Denunziation, Solidarität mit den Betroffenen, Begleitung und juristische Beratung.

Sklavenarbeit, Lohnarbeit in der Landwirtschaft und kleinbäuerliche Produktion gehören zu den weiteren Themen der lokalen Ableger.

Infoterra: Wie unterscheiden sich CPT und MST (Movimento dos Trabalhadores Rurais sem Terra)?

Dieter Metzner: Der Unterschied ist grundlegend: Der MST ist eine Bewegung der Landlosen selbst, welche für ihre Interessen kämpfen. Die CPT ist eine ökumenische Einrichtung der Kirchen, ist also nicht eine Organisation der Betroffenen selbst wie Gewerkschaften oder die Landlosenbewegung. Die CPT hat die Kleinbauern und Landlosen immer im Vorhaben unterstützt eigene Vertretungen und Organisationen – Gewerkschaften, Kooperativen und Bewegungen – aufzubauen. Es ist eine grosse Freude zu sehen, dass der MST als eine dieser Bewegungen eine der wichtigsten Organisationen des Kampfes für die Landreform und für struktu-

relle Reformen in Brasilien geworden ist.

Infoterra: Wie ist das Verhältnis der beiden Organisationen zueinander?

Dieter Metzner: Die Beziehungen zwischen CPT und MST ist im allgemeinen sehr gut. Manchmal gibt es lokale Spannungen, doch das gehört meiner Meinung nach zu den Umgangsformen in einer Demokratie. Die CPT und der MST unterstützen sich gegenseitig. Trotz ihrer Besonderheiten und ihrem unterschiedlichen Vorgehen verfolgen beide dasselbe Ziel. Deswegen können sie zusammenarbeiten und konkurrieren sich nicht.

Infoterra: Die befreiungstheologische Strömung in der katholischen Kirche befindet sich im Rückgang. Wird die Arbeit der CPT davon betroffen?

Dieter Metzner: Wir spüren den teilweisen Rückzug der katholischen Kirche von der Befreiungstheologie in der Arbeit der CPT. Aber nicht so entscheidend, dass dies die Arbeit behindern könnte. Die Arbeiter und die Landbevölkerung leben diese Theologie in ihrem Alltag, in ihrem Kampf und in ihrer Hoffnung. Sie leben ihren Glauben in den konkreten Problemen, und die Hoffnung auf Befreiung ist etwas Alltägliches und gehört zum Kampf für die Agrarreform, gegen die Arbeitslosigkeit und für das Leben.

Interview: Andreas Missbach

Contag

Building the present and the future of Brazilian rural workers

Rural workers in the struggle for justice and dignity in the rural area

The National Confederation Agriculture Workers (Contag) is the largest rural unionist entity of Latin America. It represents 25 million rural workers, organized in 26 state federations and 3,770 unions of the whole country. Contag, the federations and the rural workers' unions compose the Unionist Movement of the Rural Workers (MSTTR).

Contag represents rural wage earners (permanent or temporary), family farmers (proprietors or not), the landless rural workers and, also, those that work in collecting activities (rubber, Brazil nuts etc.) and the small fishermen.

Created on December 22, 1963, in the city of Rio de Janeiro (RJ), gathering, by then, 14 federations and 475 unions of rural workers, the Confederation was officially recognized on January 31, 1964. This recognition occurred few months before the military coup of 1964, which drowned the country under 20 years of a ferocious dictatorship, during which Contag – as well as several class organizations – suffered an intervention and had several of its leaders arrested, impeached, exiled and even murdered. During this period, Contag was one of the few resistance spaces to the dictatorship in the country.

In 1968, MSTR recovered the control of the Confederation. Nevertheless, it was kept under close surveillance by the military dictatorship, until the end of the regimen, in 1984.

Structure

The National Confederation Agriculture Workers has the following organizational structures:

Deliberative organs:

- **National Congress of the Rural Workers (CNTTR)**

Accomplished every four years, CNTTR is the maximum instance of Contag. During the Congress, attended by delegates from all unions of the Unionist Movement of Rural Workers, priority actions and the political orientations of the Movement are defined. It is also during the Congress that the new directive board Contag is elected.

- **Deliberative Council**

The Deliberative Council is composed by representatives of the State Federations – in proportional number to the number of unions affiliated to each federation – and by the Executive Directive Board of the Confederation.

- **Executive Directive Board**

Responsible for implementing the deliberations of MSTR and of the Congress, the Executive Directive Board of the Contag is composed by the following positions.

- * Presidency
- * Vice-presidency and International Relations Secretariat
- * General-Secretariat
- * Finances and Administration Secretariat
- * Social Policies Secretariat
- * Agricultural Policies Secretariat
- * Formation and Unionist Organization Secretariat
- * Salary Earners' Secretariat
- * Agrarian Policies and Environment Secretariat
- * Coordination of the National Commission of Female Rural Workers

* Coordination of the National Commission of Young Rural Workers

Alternative Project of Sustainable Rural Development – PADRS

From its origin, CONTAG is acting in the elaboration of proposals in order to make possible the improvement of the conditions of life of the populations of the Brazilian rural areas. Along CONTAG's history, our political action has been aiming at the valorization of the rural territory as a privileged space for implementing policies of social inclusion that rebound in a concrete way in the group of the Brazilian population.

In 1995, during the 6th National Congress of Rural Workers, the search for alternatives to the economical model imposed by the elite began to be better systematized. The delegates decided that the Unionist Movement Rural Workers should formulate an Alternative Project of Sustainable Rural Development – PADRS

We defined development as a permanent process of production and reproduction of life quality. A process of collective construction, whose materialization demands a wide articulation and negotiation of the concerns and needs of those involved.

In 1998, during the 7th National Congress of Rural Workers, we defined that PADRS is a political proposal of social transformation, whose strategic axes are the accomplishment of a Wide and Massive Agrarian Reform and the Valorization and Invigoration of the Family Based Agriculture.

The main proposals defended are:

- A radical change in the regular teaching, in the professional education, in the rural extension and in the technical assistance. The educational services need to be articulated to each other, in a way to potentialize the people's intervention in the transformation of their reality.
- A wide program of agrarian reform that overcomes the limitations of the current government and transform the land property structure of the country. It is necessary to assure effective conditions to the settled families, so that they can implant sustainable processes of development in the settlement areas and respective surroundings.
- Implementation of policies destined to the invigoration of the family based agriculture.
- To enlarge the alternatives of generation of productive occupations in the field, assisting to the salary earners demands that had their work positions extinguished.
- To invest in the training of unemployed rural workers for new productive activities.
- To stimulate the several non-agricultural activities in the rural areas, such as ecotourism, rural tourism, handcraft etc.
- To maintain and to enlarge the social security rights of the rural population.
- To give visibility to the value generated by the women and youngster's work in the family economy, making possible policies that assist to their specific demands and potencialize their intervention in the development processes.

The social movements need to articulate, to establish partnerships and to enlarge their institutional articulation, in order to improve their capability to formulate and implement sustainable development policies, to identify new forms of political fight and to propose alternatives for social mobilization.

We are proposing a political project to the society...

Contag condena invasão de fazenda pelo MST

21:50 Brasília, 18/8/2003 (Agência Brasil - ABr) - A Confederação Nacional dos Trabalhadores Rurais na Agricultura (Contag) divulgou hoje nota acusando, novamente, os integrantes do Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem-Terra (MST) de atacarem um acampamento ligado à confederação na cidade de Mossoró, no Rio Grande do Norte.

De acordo com a nota, o MST teria expulsado cerca de 100 famílias de trabalhadores rurais que ocupavam a Fazenda São João, na madrugada desta segunda-feira (18). A maioria dos sem terras que estavam na fazenda trabalhava para a empresa que faliu e era proprietária da área. Os trabalhadores são ligados ao Sindicato dos Trabalhadores Rurais de Mossoró, à Federação dos Trabalhadores na Agricultura do Rio Grande do Norte (Fetarn) e à Contag.

A Confederação denunciou que durante a ocupação os integrantes do MST teriam queimado barracos e ameaçado as famílias, que por sua vez, saíram da fazenda. Segundo o presidente da Fetarn, Manoel Cândido, após a retirada dos trabalhadores, o movimento teria destruído tudo. O presidente disse ainda que teme outra ação como esta na Fazenda Alagoinha, mais afastada de Mossoró e também ocupada por trabalhadores vinculados à Contag.

As lideranças do Movimento dos Sem-Terra (MST) no Rio Grande do Norte foram procuradas para comentar a nota, mas não foram encontradas.

Carolina Pimentel

FF

MST rebate nota da Contag sobre ocupação de área da usina Catende

20:13 Brasília, 8/8/2003 (Agência Brasil - ABr) - O Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra (MST), divulgou, há pouco, nota para rebatendo a declaração de repúdio da Confederação Nacional dos Trabalhadores na Agricultura (CONTAG) à ação de integrantes do movimento que ocuparam, na última quarta-feira (6), uma área da usina Catende, na zona da Mata de Pernambuco. A nota da CONTAG diz ser "inadmissível que o MST, sob pretexto de combater o latifúndio, jogue trabalhadores contra trabalhadores".

Segundo a direção do MST em Pernambuco, os integrantes não ocuparam a Usina Catende. Eles estão apenas prestando apoio a 23 associações de Engenhos da Catende, o equivalente a 600 famílias, que não concordam com a administração adotada na usina. A direção disse também que as famílias acamparam às margens da estrada PE-102 para reivindicar "a desapropriação desses 23 engenhos, de um total de 48 engenhos que compõem a Usina Catende".

De acordo com as lideranças, os trabalhadores da Usina procuraram o MST para apoiar o acampamento porque "não podem correr o risco de perder tudo". Em 2004, vence o prazo de intervenção e administração do consórcio de filiados da Federação dos Trabalhadores na Agricultura de Pernambuco (Fetape) que comanda a Usina desde 1994. Os trabalhadores temeriam a possibilidade de a CONTAG perder a administração da Usina, o que afastaria "a possibilidade de ver realizar a reforma agrária nas terras da Usina Catende".

O Movimento reconheceu que já ocupou as terras da região em maio de 1995 e em 1998. Segundo a nota, em 1995, o acampamento só foi desmontado depois de um acordo firmado com o governo do estado, destinando 50% das terras da Usina para a reforma agrária.

O MST acrescenta que sempre defendeu a desapropriação pelo INCRA das terras da Usina Catende para a reforma agrária, com a ressalva de que sejam "respeitados os direitos trabalhistas de todos os trabalhadores que deverão se habilitar no processo de desapropriação para receberem seus direitos e assentar nessas terras, prioritariamente os trabalhadores e trabalhadoras moradores destes Engenhos e desempregados da Usina".

Carolina Pimentel

CBM

der aktuelle bericht:

Interview mit Flavio José Vivian – Kleinbauernbewegung (MPA) Brasilien

Flavio José Vivian ist Nationalkoordinator der Kleinbauernbewegung Brasiliens.

md (Missionsdienst): Herr Vivian, bitte erzählen Sie, wie Sie dazu gekommen sind, Koordinator der Kleinbauernbewegung zu werden? Hat das etwas mit den Franziskanern zu tun?

Die Kleinbauernbewegung (MPA) Brasiliens ist 1996 im Staat von Rio Grande do Sul entstanden. Damals zerstörte eine gewaltige Dürre die Ernte von Tausenden Kleinbauernfamilien. Die Folge war Angst und Verzweiflung bei vielen Menschen. Die Bauern wissen, dass sie ohne Ernte große Schwierigkeiten haben, das Jahr zu überstehen; dass der Hunger die Familien heimsuchen wird.

Angesichts der politischen Gleichgültigkeit der Regierenden und der Doppelzüngigkeit der gewerkschaftlichen Kräfte jener Zeit beschloss eine Gruppe von Kleinbauernführern, einen Protest gegen die herrschende Agrarpolitik zu organisieren. Innerhalb von weniger als einem Monat hatten dann etwa 25.000 Kleinbauern entlang der wichtigsten Bundesstraßen Zelte errichtet und lagerten dort. Gekämpft wurde für die Vergabe von Krediten an Kleinbauern und für eine Landwirtschaftsversicherung.

An all diesen früheren und späteren Ereignissen habe ich teilgenommen. Als Franziskanerbruder in dieser Zeit war ich Mitglied einer franziskanisch-kapuzinischen Gemeinschaft, die in einer Siedlung der Bewegung der Landlosen (MST) lebte. Die Pastoral bestand darin, die von der MST organisierten Kämpfe für Land und Widerstand auf dem Land zu begleiten. Als die Siedlungen der Kleinbauern entlang der Bundesstraßen entstanden, wurden unsere Dienste erbeten. Von da an wurde meine Beziehung mit der Kleinbauernbewegung immer stärker. 1999 organisierte die MPA das erste nationale Treffen. Damals wurde das erste nationale Koordinationsgremium gewählt. Ich wurde Koordinator für Bildungsarbeit. Zusammengefasst: mei-

der missionszentrale
der franziskaner
tel.: 0228 / 95 35 4-0
presse@missionszentrale.de
<http://www.mzf.org>

ne Aktivitäten mit der MPA haben alle zu tun mit den Franziskanern. Die Franziskanergemeinschaft ermöglichte mir die Entwicklung dieser Aktivitäten, die so viel mit der Mystik der Liebe zur Mutter Erde und ihren Söhnen und Töchtern, die sie bearbeiten, zu tun hat; mit den Kleinen, denen der hl. Franz von Assisi sein ganzes Leben weihte.

md: Wie viele Mitglieder hat die Kleinbauernbewegung und wie ist sie entstanden? Welche Beziehungen hat die Kleinbauernbewegung zur Landlosenbewegung (MST), die ja hier in Deutschland viel bekannter ist?

1998 breitete sich die MPA auf andere Bundesstaaten aus: Rondônia, Santa Catarina, Paraná, Espírito Santo. Heute ist sie in den nördlichen und nordöstlichen Regionen des Landes, also in 16 Bundesstaaten, verbreitet. Etwa 60.000 Familien gehören dieser Kleinbauernbewegung an.

Die Beziehung zwischen MPA und MST ist sehr eng, und sie haben seit ihren Anfängen viel gemeinsam. In der Praxis ist es nämlich das gleiche Landwirtschaftsmodell, das Landlose hervorbringt und das Kleinbauern ausbeutet. Die Kinder der Kleinbauern sind potentielle Landlose. MPA und MST sind strategische Verbündete im Kampf um ein landwirtschaftliches Entwicklungsprogramm, das die Lebensweise und die Kultur der Bauern erhalten soll.

md: Ein Hauptproblem für die Entwicklungsländer sind die Agrarsubventionen der Ersten Welt. Wie wirkt sich das auf Brasilien aus?

Die Agrarpolitik in Brasilien ist der politischen und wirtschaftlichen Kontrolle der großen transnationalen agroindustriellen Unternehmen ausgeliefert. Nach den Plänen dieser wirtschaftlichen Gruppen werden nur noch fünf der insgesamt 20 Prozent der brasilianischen Landbevölkerung benötigt. Die Kleinbauern, das heißt die Ärmsten, werden der Ausgrenzung zum Opfer fallen. Es werden nur diejenigen in der Landwirtschaft verbleiben, die sich in die agroindustriellen Großunternehmen eingliedern lassen beziehungsweise sich ihnen unterwerfen. Es fehlen zugleich Subventionen für die Kleinbauern, die akzeptable Produktions- und Vermarktungsbedingungen garantieren würden, so dass sich das Produkt lohnt.

In einer anderen Situation leben die Bauern der entwickelten Länder, wo die Subventionen denjenigen Lohn und Zukunft garantieren, die von der Landwirtschaft leben.

Das Problem sind nicht die Subventionen, sondern es ergibt sich daraus, dass die Landwirtschaft den transnationalen Unternehmen ausgeliefert wird. Subventionen sind notwendig. Die Landwirtschaft ist eine von Risiken begleitete Aktivität, weil viele Faktoren zusammentreffen können. Subventionieren heißt, die Nahrung für das Volk zu garantieren; das bedeutet auch Nahrungssouveränität, ohne dass die Nahrungsmittel, die im Land selbst produziert werden könnten, importiert werden. Wenn also die entwickelten Länder ihre Landwirtschaft subventionieren und Brasilien nicht nachzieht, werden die Kleinbauern immer weiter verarmen. Und noch schlimmer: Brasilien muss die Nahrungsmittel, die von den eigenen Kleinbauern produziert werden können, importieren.

md: Welche Alternativen haben die Kleinbauern derzeit - was hat die Kleinbauernbewegung verändert?

Zu allererst leistet die MPA viel politische Bildungsarbeit bei den Kleinbauern. Das Ziel ist, das Verständnis für die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Konsequenzen der Grünen Revolution bei der Masse der Kleinbauern zu wecken. Zweitens wollen wir ein Bewusstsein dafür entwickeln, wie wichtig der Aufbau politischer Organisationen für die Kleinbauern ist. Wir müssen uns organisieren, um etwas zu erreichen. Folgendes haben wir schon erreicht:

- Kreditsubventionen für Aussaat und Pflanzungen
- Kreditsubventionen zur Verbesserung der Produktionsinfrastruktur
- Kreditsubventionen für den Bau von Häusern
- Verbesserung der Milchpreispolitik
- Nicht-Verbreitung von genmanipuliertem Saatgut

Diese wirtschaftlichen Erfolge haben dazu beigetragen, dass viele Familien weiter von der Landwirtschaft leben können. Das Vertrauen auf eine bessere Zukunft ist gewachsen.

md: Haben Sie eine Vorstellung, was das Ende der Agrarsubventionen für die deutschen Landwirte bedeuten würde?

Die MPA vertritt nachdrücklich den Standpunkt, dass Subventionen als entwicklungspolitisches Instrument des Staates garantiert werden sollen. Staaten, die sich das Ziel einer Nahrungsmittelsouveränität gesetzt haben, werden ihre Landwirtschaft fördern und schützen. Die Nahrung wird von den Bauern produziert, nicht von Parmalat, Nestlé, Monsanto oder Bayer. Diese Unternehmen möchten Produktion und Vertrieb der Nahrungsmittel in der Welt kontrollieren. Deshalb müssen sie diejenigen kontrollieren, die diese produzieren – also die Bauern. Der Staat darf diesen Konzernen aber nicht die Agrarpolitik überlassen, weil für sie nur der Profit zählt.

In Deutschland wie überall werden die Bauern ohne Subventionen von den agroindustriellen Konzernen ausgebeutet. Die Bauern würden ohne Subventionen als soziale Klasse und mit ihrer spezifischen bäuerliche Lebensweise verschwinden.

Es muss nicht immer MST sein... Brasilien Landarbeiterinnen mobilisieren für großen „Sternmarsch der Margeriten“

Dieses Jahr veranstaltet die Landarbeiterinnengewerkschaft MMTR (Movimento de Mulheres Trabalhadoras Rurais – Bewegung der Landarbeiterinnen) erneut ihren „Sternmarsch der Margeriten“ – so benannt nach der 1983 ermordeten Gewerkschafterin Margarida Maria Alves (siehe Kasten). Sie wollen damit ihren Forderungen Nachdruck verleihen, die weit über die Forderung nach einer Agrarreform – wie sie die MST fordert – hinaus gehen. Als eine Frauengewerkschaft arbeitet sie vor allem für die Würde der Frauen im ländlichen Brasilien.

Alle kennen die rote Fahne mit dem grünen Konterfei Brasiliens, mit einem Machete schwingenden Bauern und der an seiner Seite stehenden Frau. Dank einer hervorragenden Öffentlichkeitsarbeit und einer zentralen Organisation, ansässig im urbanen Süden Brasiliens, kann das MST niemand übersiehen. Aber wer kennt schon die MMTR und die *Marcha das Margaridas*? Die MMTR ist eine

Gewerkschaft für Landarbeiterinnen – ausschließlich von Frauen organisiert. Und bei dem „Sternmarsch der Margeriten“ handelt es sich um die bisher größte landesweite Mobilisierung der Land-

Margarida Maria Alves

Die Gewerkschaftsführerin Margarida Maria Alves war 50 Jahre alt, als sie am 12. August 1983 von Auftragsmördern erschossen wurde. Sie hatte eine Woche vor ihrem Tod vergeblich um polizeilichen Schutz gebeten. Alves war unbehaglich. Sie rüttelte im Bundesstaat Paraíba an dem Machtapparat der Gutsbesitzer, die mit ihrem Landbesitz und ihren Zuckerfabriken die Lebensbedingungen der Bevölkerung ebenso wie deren politischen Spielraum bestimmen. Mittelalterlich anmutende Zustände im Umgang mit den Tagelöhnern, die in völliger Abhängigkeit, zu Hungerlöhnen und ohne jegliche soziale Absicherung der Willkür der Besitzer ausgeliefert sind, veranlassten Alves und andere dazu, sich zu wehren. 12 Jahre lang engagierte sich Margarida Alves und zeigte Großgrundbesitzer, denen sie Ausbeutung von Arbeitskräften und Missachtung der Arbeitsgesetze vor-

warf, beim Arbeitsministerium an. Als eine von wenigen Frauen in der Gewerkschaftsstruktur setzte sie sich insbesondere für die Buarque Milizen, zeigen, dass sich bei der Landarbeiterinnen ein, die bis dahin ausschließlich als „Hausfrauen“ galten.

18 Jahre hat es gedauert bis sich politischer Gegner entledigt, bekannt und tatsächlich kann niemand den sieben Geschworenen garantieren, dass es sie nicht treffen wird. Fehlende Strafverfolgung ist in Brasilien ein schwerwiegendes Problem. Die Menschenrechtsorganisation Justiça Global betreut seit einigen Jahren Fälle gefährdeter bzw. verschwundener Landarbeiterinnen in Paraíba. Der Fall Margarida Alves wird auch von der Kommission für Menschenrechte der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) verhandelt. Sie könnte die brasilianische Regierung für Verbrechen an den Menschenrechten verurteilen. <http://marchamargaridas.contag.org.br>



Lassen sie sich von der Hippie-Aufmachung nicht beirren: Diese Frau hat etwas zu sagen

arbeiterinnen und Kleinbäuerinnen. Im Gedenken an die Gewerkschaftsführerin Margarida Alves (Siehe Kasten) kamen im August 2000 knapp 20.000 im ländlichen Raum arbeitende Frauen nach Brasilia.

Ihr Protest galt dem Hunger, der Armut und der Gewalt, die zu sehr ihren Alltag bestimmen. Die Frauen der MMTR verstehen sich als unabhängige Bewegung, gewerkschaftsnah, aber autonom in ihrer Organisation, in ihren Entscheidungen und Forderungen. Mit dem MST gibt es kaum Berührungspunkte, denn die politischen Visionen und der Weg dorthin sind zu verschieden.

Dieses Jahr am 26. August hoffen die Veranstalterinnen die Teilnehmerzahl der *Marcha* zu verdoppeln. Das blumige Outfit der Frauen steht dabei in scharfem Gegensatz zu ihrer deutlichen Kritik

an der Agrarpolitik sowie ihren klaren Forderungen nach Land, Wasser, einem würdigen Gehalt, Gesundheitsversorgung und einem Ende der sexistischen Gewalt. Lautstark soll darauf aufmerksam gemacht werden, dass die 19 Millionen Landarbeiterinnen eine wichtige Stütze der PT-Regierung sind und von Lula deutliche Zeichen für eine Wende in der Agrarpolitik erwarten.

Für mehr als „nur“ eine Landreform

Die Geschichte der Organisation der auf dem Land arbeitenden Frauen ist bereits über zwanzig Jahre alt. Mit dem Ende der Diktatur knüpfen die Landarbeiterinnen an die Kämpfe um soziale

Gerechtigkeit der brutal unterdrückten *Ligas Camponesas* an. 1981/82 begannen in verschiedenen Staaten des Nordostens wie

Pernambuco und Paraíba, erstmals Frauen sich autonom zu organisieren und für eine Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen einzusetzen. Landbesetzungen waren damals wie heute letztes Mittel im Bemühen um soziale Gerechtigkeit. Denn anders als beim MST steht für die Frauen des MMTR nicht die Landfrage im Vordergrund sondern ihr „Empowerment“, ihre Selbstbestimmung. Natürlich wird keine der frauenbewegten Kleinbäuerinnen vergessen, die Landreform zu erwähen, wenn man sie nach ihren Forderungen fragt. Aber sie nennt sie in einem Atemzug mit dem Kampf für den Zugang zu Wasser, zu Gesundheitsversorgung, zu kleinbäuerlichen Fördermaßnahmen sowie dem Wunsch nach einem würdigen Einkommen und dem Respekt vor ihrer Arbeit und Person.

Die Bewegung der Landarbeiterinnen existiert in ganz Brasilien und besteht aus einem Netzwerk von unzähligen Klein- und Kleinstgruppen, wobei der Norden mit rund 800 solcher Vertretungen über eine besonders hohe Organisationsdichte verfügt. In den frühen 80er Jahren – während einer jahrelangen Dürre – begannen die Frauen sich zu organisieren, um für bessere Hilfsmaßnahmen zu streiten. Denn Frauen hatten keinen Zugang zu den Notbeschäftigungsprogrammen der Regierung, der einzigen Arbeits- und Einkommensquelle während der Trockenheit. Für einen halben Mindestlohn im Straßen- und Brunnenbau arbeiten zu dürfen, das war das Ergebnis ihres ersten gemeinsamen Kampfes.

Als Frauen nicht ernst genommen

Dass sich die Frauen separat versammelten lag zunächst daran, dass die Gewerkschaften sie nicht ernst nahmen und ihnen teilweise sogar die Mitgliedschaft verweigerten. Was als Krisentreffen begann, wurde bald zu einem regelmäßigen Austausch. Auf ihren Treffen behandeln sie alle Themen, die das Leben der Frauen betimmt: wie das tägliche Überleben der Familie organisiert werden kann und dass die Mehrfachbelastung der Landfrauen nicht wertgeschätzt wird. Aber auch konkrete Kampagnen zur Verbesserung der rechtlichen und damit auch sozialen Situation der Landarbeiterinnen werden besprochen und durchgeführt. Im Austausch mit der städtischen Frauenbewegung machten die Frauen auch Fra-

gen der Gesundheit, insbesondere TR am allermeisten geleistet: Die hier organisierten Frauen trauen sich den Mund auf zu machen, sie hinterfragen staatliche Politik und Maßnahmen der öffentlichen Hand, von denen sie ausgeschlossen werden: Wenn öffentliche Bewässerungsanlagen auf privatem Gelände gebaut werden oder wenn Frauen in Programmen der Agrarreform nicht berücksichtigt werden. Sie fordern die Versorgung „trockener Dörfer“ mit Wassertankwagen oder die direkte Auszahlung von Hilfgeldern wie z.B. *bolsa escola* (Schulgeld) oder *vale gas* (Gutscheine für Gas) für bedürftige Familien. Und sie haben mit eigenen Ideen bewiesen, dass Desertifikation und Hunger kein Schicksal sind sondern menschengemacht und veränderbar. In Zusammenarbeit mit kirchlicher und internationaler NRO-Unterstützung haben die MMTR-Frauen nicht nur beachtliche Bilanzarbeit geleistet sondern mit einfachen Maßnahmen bewiesen wie konkrete Verbesserungen in der Wasserversorgung und Ernährung möglich sind. *Convivência com a seca* – Zusammenleben mit der Trockenheit, nennen sich Schritte wie das Auffangen von Regenwasser, der Versuch kleine Waserbecken anzustauen, Bachbetten zu säubern und Ufer zu bepflanzen und trockenresistentes Obst und Gemüse anzubauen.

Combatero mentalidades de submissão – Die Unterwürfigkeit bekämpfen

Das Hauptproblem der Landarbeiterinnen des Sertão liegt nicht zuletzt darin, dass sie kaum über eigene Produktion und vermarktete Waren verfügen. Anders als beispielsweise bei den Sammelwirtschaftlerinnen des Nordens machen die periodische Trockenheit, der fehlende Zugang zu Land, Wasser und Vermarktungsmöglichkeiten jegliche Chance auf selbstständige Einnahmequellen zunichtete.

Die Folge ist eine massenhafte Migration in die Städte vor allem des Südens, wo die Frauen meist als Hausangestellte arbeiten und die Männer im Baugewerbe, vorausgesetzt sie bekommen überhaupt eine Arbeit. Die Bevölkerung des Sertão ist geschwächt durch Mangelernährung auf Grund von Dürreperioden. Aber auch eine ausreichende Gesundheitsversorgung fehlt genauso wie ein adäquates Bildungssystem. Klientelismus und Unterwürfigkeit gegenüber den Gutsbesitzern charakterisieren das Verhältnis der Bevölkerung zu den politisch Verantwortlichen.

Landarbeiterinnen. Aus dem Bewusstsein heraus, einer weitgehend rechtlosen Gruppe anzugehören, haben sie in den letzten 20 Jahren die Anerkennung des Berufs, den Respekt für die geleistete Arbeit in der eigenen Familie sowie konkrete Arbeits- und Sozialrechte erkämpft: z. B. das Recht auf Rente und Mutterschutz. Dieser Anspruch auf einen – wenn auch sehr geringen – Minimallohn (ca. 80 Euro) ist im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern ein Fortschritt, denn häufig gelten Mindestlöhne dort nicht für Landarbeiterinnen.

Gelingen ist auch die Beteiligung der Landfrauen an den Entscheidungstrukturen der Gewerkschaften. Zwar sind Frauen insgesamt in den Vorständen weiterhin in der Minderheit, aber sie haben es geschafft, „ihre“ Anliegen auf die Agenda der Interessenvertretung zu setzen, ohne dass sie ihre Selbstorganisation aufgegeben haben. Die Kampagne für eigene Papiere und der Aufbau einer lateinamerikanischen Vertretung haben die Mobilisierungskapazitäten des MMTR unter Beweis gestellt. Im Frühjahr wurde nach langem Ringen um Finanzierung das Sekretariat für die lateinamerikanische Koordination eröffnet. Seit dem ersten kontinentalen Treffen

1996, ebenfalls in Brasilien, bemühen sich die Vertreterinnen aus rund 25 Ländern um eine Institutionalisierung ihres Netzwerkes und die Vorbereitung des 2. Treffens im Mai 2005 in Mexiko.

Natürlich gibt es auch Rückschläge, Schwierigkeiten und jede Menge unerfüllte Forderungen – sonst müßten nicht Tausende Frauen nach Brasilien ziehen. Die MMTR fordert, in Ernährungssouveränität, innovativen Wirtschaften und umweltverbundene Maßnahmen zu investieren. Stattdessen lässt die Regierung Subventionen in die ökologisch fatale Sojaproduktion fließen und vergibt Kredite an die großen Viehwirte. Da bleibt den Landarbeiterinnen keine andere Wahl als sich selbst zu helfen.

Das schwierigste Thema war schon immer die Frage der Gewalt und der Straflosigkeit: Kurzlich wollte eine Filmemacherin das

Leben der 1996 ermordeten Gewerkschafterin Expedita dokumentieren und stieß allseits auf beharrliches Schweigen. Zu lang ist die Liste der Frauen, die eines gemeinsamen Todes starben, egal ob durch einen Gutsbesitzer oder durch ein Familienmitglied. *A paz no mundo começa em casa* – Der Friede in der Welt beginnt im eigenen Haus – ist ein häufig getragenes Banner der MMTR-Frauen. Seit ein paar Jahren gibt es auch die Kampagne „Weisse Schleiße“ in Anlehnung an die rote Aids-Schleiße. Die Kampagne richtet sich an Männer, die bereit sind sich gegen häusliche Gewalt zu engagieren.

Tina Kleiber
Die Autorin ist Lateinamerika-Referentin bei der Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V.; die ASW unterstützt verschiedene lokale Gruppen der Bewegung der Landarbeiterinnen.
www.asw-net.de



Kämpferische Margeriten auf dem Marsch – in diesem Fall aber auch Sonnenblumen

Menschenrechtsverletzungen und Repression



"Das geht nicht in meinen Kopf. Brasilien ist so groß und ich bin ohne Land!" "Und die Kugel? Geht die auch nicht in Deinen Kopf?"

Neue alte Agrarpolitik in Brasilien: Massaker an Landlosen gehen weiter



Kein Land in Sicht

In den vergangenen 10 Jahren wurden in Brasilien 942 Menschen bei Landkonflikten getötet: Landarbeiter, Rechtsanwälte, Gewerkschaftsführer, Kirchenvertreter und andere, die sich für eine gerechte Landverteilung einsetzten. Aber nur in 52 Fällen wurde in den letzten 20 Jahren Mordanklage erhoben. Die Mühlen der brasilianischen Justiz mahlen langsam, wenn es darum geht, den Benachteiligten der Gesellschaft zu ihrem Recht zu verhelfen. Wenn die Mächtigen des Landes ihrer bedürfen, können sie schnell und effizient sein. So im Falle der Landbesetzung von Corumbiara im brasilianischen Bundesstaat Rondônia: Bereits wenige Tage nach der Besetzung eines Landstückes durch 300 landlose Familien, befahl der örtliche Richter die Räumung des Geländes und löste damit ein Blutbad aus.

Mindestens 12 Tote, darunter ein siebenjähriges Kind. Mehr als 100 Verletzte, davon 30 in kritischem Zustand. Verschwundene. Hunderte von Inhaftierten. Das ist die Bilanz des Zusammenstoßes zwischen Landbesetzern und Militärpolizei in Corumbiara. Wie kam es, daß sich der Konflikt mit einer selbst für brasilianische Verhältnisse besonderen Brutalität entlud?

Am 15 Juli schlägt eine Gruppe von 500 Landarbeitern auf der Fazenda Santa Elina Hütten aus schwarzen Plastikplanen auf: Die Fazenda ist besetzt! Der Großgrundbesitz liegt in der Nähe der Stadt Corumbiara im westlichen Teil des Amazonasgebietes und umfaßt mit 140 qkm fast die Fläche des Großherzogtums Liechtenstein. Der Besitzer, ein Arzt aus der Industriemetropole São Paulo, der auch noch in anderen Landesteilen über ausgedehnte Besitzungen verfügt, läßt nur etwa 5% der Fläche bewirtschaften. Als er von der Besetzung erfährt, verlangt er die Räumung. Besorgte Politiker und Menschenrechtsorganisationen befürchten eine Eskalation des Konfliktes und drängen den Gouverneur des Bundesstaates, Schritte zu einer politischen Lösung des Konfliktes einzuleiten. Gouverneur Valdir

Raupp, in dessen Regierungskoalition auch die Arbeiterpartei PT vertreten ist, gilt nicht als Hardliner. Die Landlosenbewegung (MST) und Vertreter der kirchlichen Kommission für Landpastoral (CPT), die sich in Brasilien seit Jahren für die Lösung der Agrarfrage einsetzen und für ihre Bemühungen weltweit Anerkennung erhalten und gemeinsam mit dem alternativen Nobelpreis geehrt wurden, hatten von der Landbesetzung abgeraten, da sie ihr keine Aussicht auf Erfolg gaben.

Noch während der Gouverneur erste zögerliche Schritte zur friedlichen Lösung des Konfliktes unternimmt, erfolgt auf Drängen des Großgrundbesitzers am 1. August der Räumungsbefehl durch den örtlichen Richter Clodner Luis Paoletta. Die Zahl der Besetzer ist mittlerweile auf 1300 Menschen – Männer, Frauen und Kinder – angewachsen. Am 8. August war die Zahl der in der Region konzentrierten Militärpolizisten auf 300 gestiegen. Dafür hatte auch der Besitzer der Fazenda gesorgt, der für 5200 Reais (1 Real entspricht ca. 1 Dollar) ein Busunternehmen engagiert hatte, um Militärpolizisten aus der Hauptstadt Rondônias in die nahegelegene Stadt Vilhena zu transportieren.

Die Landbesetzer bemühen sich um einen friedlichen Ausgang des Konflikts. Doch dazu kommt es nicht mehr: Im Morgengrauen des 9. August stürmt die Militärpolizei das Lager der Landbesetzer. Im Verlauf der mehrstündigen Aktion geht die Militärpolizei gezielt gegen die landlosen Kleinbauern vor. Die Besetzer haben sich bereits ergeben, als es zu grausamen Mißhandlungen kommt.

Tage später besuchte João Vaccari Neto, Generalsekretär des brasilianischen Gewerkschaftsdachverband CUT, gemeinsam mit einer Delegation die in verschiedenen Krankenhäusern liegenden Verwundeten: „Die, die sprechen konnten, standen noch sichtlich unter Schock. Sie erzählten, daß die Polizisten sie zwangen, sich auf die Erde zu kauern, und sie dann verprügelt wurden. Kinder, Frauen und Männer. Einige wurden exekutiert. Dabei soll auch eine Motorsäge als Folterinstrument benutzt worden sein.“ Auch die inzwischen abgeschlossene gerichtsmedizinische Untersuchung nährt den Verdacht, daß es sich um gezielten Mord handelt: Sieben der getöteten Landbesetzer wurden aus nächster Nähe durch Schüsse in den Rücken oder in den Kopf getötet. Täglich meldet die Presse neue Greuelthaten; mehrere Stellen äußerten den Verdacht, daß Pistoleiros (Auftragsmörder) in die Militärpolizei eingeschleust worden waren, um eine Eskalation herbeizuführen. Auf deren Konto geht auch, so vermutet man von offizieller Seite, der Tod des Militärleutnants Rubens Miranda, dessen Nähe zur PT und ablehnende Haltung bezüglich der Räumungsaktion bekannt war. Durch die Ermordung des 27-jährigen Offiziers wurde ein unbequemer Zeuge beseitigt, zugleich aber auch eine Eskalation der Räumungsaktion provoziert. Ihr desaströser Ausgang hat auch politische Folgen gehabt: die Regierungskoalition zwischen Gouverneur Raupp und der PT ist zerbrochen.

Kolonisation statt Agrarreform

Hintergrund des Konfliktes ist die oft versprochene aber immer wieder verschobene Lösung der Agrarfrage, die den vergleichsweise neuen, erst seit 12 Jahren mit politisch-administrativen Rechten ausgestatteten Bundesstaat Rondônia, zu einen Pulverfaß hat werden lassen.

Rondônia verdankt seinen Aufstieg zum Bundesstaat der Kolonisationspolitik der brasilianischen Militärs. General Emilio Garrastazu Médici hatte während seiner Amtszeit als Staatspräsident (1969-1974), begleitet von einer groß angelegten öffentlichen Kampagne, zahlreiche Agrarprojekte im Amazonasgebiet initiiert. Dahinter steckte die Absicht, das amazoni-

sche Territorium in Besitz zu nehmen: Die Grenzen einer Region, die reich an Ressourcen ist, sollte gesichert werden. Zugleich sollte aber auch die immer drängendere Agrarfrage gelöst werden, ohne eine Agrarreform, die die immensen Besitztümer einer kleinen Elite berühren würde, durchführen zu müssen.

Die Mehrzahl der Siedler kam aus den südlichen Landesteilen Brasiliens. Die Hälfte der 200 000 Familien, die in den 70er und 80er Jahren nach Amazonien zog, ließ sich in Rondônia nieder. Unterstützt wurde das Besiedlungsprojekt in Rondônia auch von der Weltbank im Rahmen des Polonoreste-Programms. Vor allem durch die Asphaltierung der Straße BR-364, die mehr als die Hälfte des 1,5 Milliarden-Dollar-Programms verschlang, kam zu einem verstärkten Zustrom von Siedlern nach Rondônia. Dort vergab das für die Landverteilung zuständige Nationale Institut für Agrarreform (INCRA) 100 000 Besitztitel, wovon etwa eine halbe Million Personen betroffen waren. „Heute sind diese Landstücke meist schon in Händen des dritten Besitzers. Die, die das Land gerodet haben, sind weitergezogen. Nicht weniger als 80% haben ihr Land bereits wieder verlassen“, so Adhemar da Costa Salles, der seit 1971 bei INCRA tätig ist. Die Gründe sind vielfältig: Fehlende Unterstützung durch den Staat, keine Infrastruktur, epidemieartige Ausbreitung der Malaria unter den Siedlern und vor allem auch schlechte Böden, die für eine intensive landwirtschaftliche Nutzung nicht geeignet sind. Nur 10% der 24 Millionen Hektar umfassenden Landfläche Rondônias sind überhaupt für Landwirtschaft geeignet. Man hat, so Salles, die Menschen im Wald in Hütten aus Plastikplanen angesiedelt und sie ihrem Schicksal überlassen. Sie mußten zusehen, wie sie sich und ihre Familien durchbrachten.

Auch Maria Neusa Reis kam 1975 mit ihrer Familie aus dem südbrasilianischen Curitiba nach Rondônia: „Ich erinnere mich noch, daß einmal in nur einem Monat 42 Familienoberhäupter bei Räumungsarbeiten im Wald zu Tode kamen. Die Witwen verließen ihr Landstück und gingen dahin zurück, wo sie herkamen. Wer blieb, mußte irgendwie schauen, wie er sich durchschlug.“

Wie in anderen Landesteilen Brasiliens hat auch bei den Siedlungsprojekten im Amazonasraum eine Besitzkonzentration stattgefunden. So belegt eine Fallstudie, daß in Rondônia innerhalb von 10 Jahren 30% der 100 Hektar großen Einzelparzellen eines Siedlungsprojektes durch Kauf und Zusammenlegung in Großbetriebe und Latifundien übergegangen waren. Damit hat die Landproblematik auch die Gebiete, denen von den Militärs die Entschärfung der Landproblematik zuge-dacht worden war, eingeholt.

Nach Schätzungen gibt es in Brasilien 4,8 Millionen Bauern, die über kein Land verfügen. Daneben nimmt sich die Zahl von 135 000 Landlosen, die in den vergangenen 10 Jahren ein Stück Land erhielten, äußerst bescheiden aus. In der zweijährigen Amtsperiode unter Präsident Collor, der mit dem Versprechen angetreten war, 500 000 Familien Land zuzuteilen, erhielten gerade einmal 5000 Familien einen Landtitel. Auch sein Nachfolger Itamar Franco, der mit nicht ganz so vollmundigen Versprechungen angetreten war, hat statt der angekündigten 100 000 Landtitel nur 20 000 Familien Land zuge-teilt.

Die Landkonflikte nehmen zu

Um ihrer Forderung nach Land Nachdruck zu verleihen, haben in den letzten Jahren die Landbesetzungen stetig zugenommen: Nach Angaben der kirchlichen Kommission für Landpastoral (CPT) nahmen 1991 14 720 Familien an Landbesetzungen teil. Drei Jahre später (1994) waren es schon 119 Besetzungen, an denen sich 20 516 Familien beteiligten. In laufenden Jahr haben laut der Bewegung der Landlosen (MST) bereits 12 820 Familien 40 Landbesetzungen durchgeführt. Zur Zeit befinden sich 21 276 Familien auf besetztem Land und fordern die Überschreibung der bisher nicht genutzten Flächen auf ihren Namen. Die beiden Organisationen befürchten, daß die dauernde Verschleppung der Agrarfrage zu einer Verschärfung der Konflikte auf dem Land führen und die blutige Zerschlagung der Landbesetzung in Corumbiara kein Einzelfall bleiben könnte. „Wenn das so weitergeht“, so auch der PT-Abgeordnete Nilmaro Miranda, Vorsitzender der Menschenrechtskommission des brasilianischen Parlaments, „haben wir jede Woche ein Massaker.“

Seit dem Amtsantritt des Präsidenten Fernando Henrique Cardoso Anfang dieses Jahres hat nach Angaben der CPT der Einsatz von Gewalt bei Landkonflikten deutlich zugenommen. Der neue Präsident, der gerade seinen ersten Deutschlandbesuch hinter sich hat, hatte im Wahlkampf versprochen, während seiner vierjährigen Amtsperiode 280 000 Familien Land zuzuteilen. Es wird sich zeigen, ob Fernando Henrique Cardoso, der auch mit Unterstützung der mächtigen brasilianischen Agraroligarchie gewählt wurde, sein Versprechen hält oder ob auch seine Regierung sich in die lange Reihe derer eingeordnet werden muß, die „nicht einmal die Hälfte der Ansiedlungen durchführen, die sie versprochen haben“, meint Gilberto Portes de Oliveira von der Landlosenbewegung MST.

Christine Moser

Agrarian Reform and Rural Violence

Global Justice Center, Pastoral Land Commission, and Landless Workers Movement

1. Year 2000 in Perspective

Death, violence and arbitrary arrests in the struggle for land reform

Figures from the Pastoral Land Commission (Comissão Pastoral da Terra, CPT) demonstrate that from 1988 to 2000 a total of 1,517 rural workers were killed in Brazil. From January through September 2000, at least eleven such killings occurred. Between 1989 and 2000, the total number of rural workers arrested in land conflicts reached 1,898. This year, from January through September, 258 workers were arrested in these conflicts.

Over the course of the year, the state of Paraná stood out in terms of the frequency of arbitrary arrests and human rights abuses against family farmers and landless workers. In May, the military police violently attacked more than 1,500 rural workers, including many women and children, on highway BR 277, as they approached the state capital, Curitiba. The police officers used tear gas, trained dogs and rubber bullets to repress the peaceful demonstration of rural workers. The Police also used metal bullets, one of which killed rural worker Antônio Tavares Pereira, shot in the abdomen. The estimated number of demonstrators injured totaled 180.

The state of Pará also registered a high degree of violence against rural workers. However, one highlight was the June conviction and nineteen year prison term imposed on landowner Jerônimo Alves de Amorim, for his role as the intellectual author of the murder of Expedito Ribeiro de Souza, President of the Rural Workers Union of Rio Maria, in southern Pará state. The crime occurred in February, 1991. The conviction and sentence represent an important step in the struggle against impunity in Brazil.

This year was also marked by the trial of the Corumbiara massacre, in which nine landless workers and two police officers were killed in the state of Rondônia. The massacre occurred in August of 1995, during a forced eviction of landless families from the Santa Elina estate. During the twenty-three days of the trial, between the end of August and the beginning of September, in Porto Velho, capital of Rondônia state, nine military police officers were acquitted. At the same time, two rural workers and three police officers were convicted for their roles in the massacre. During the trial, prosecutor Tarciso Leite de Mattos called the landless "nazis" and told the jury "either Brazil will do away with the landless or the landless will do away with Brazil." The Office of the Public Prosecutor later removed Mattos from the case, yielding to pressure from church and human rights groups.

In addition, there were new developments in the trial of the Eldorado dos Carajás massacre. In October, the State Supreme Court of Pará reversed

the August 1999 acquittal of three high-ranking military police, including commanding officer Mário Colares Pantoja, who oversaw the April 1996 massacre, which claimed the lives of 19 landless workers and resulted in the wounding of more than seventy others, in an operation designed to force protesters from a highway in the state of Pará. A new trial will be scheduled for 2001.

Members of the Landless Workers Movement (Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra, MST) killed in 2000

February 2: José Lenilson da Silva, 27, shot and killed in Alagoas state.

May 2: Antônio Tavares Pereira, 38, killed by Paraná state by military police, while participating in a peaceful protest near Curitiba. Wanderley Bernardo Ferreira, 31, shot and killed at the

June 10: Zumbi dos Palmares settlement in Rio de Janeiro state.

July 25: José Marlucci da Silva, shot and killed by Pernambuco state military police as he participated in a peaceful protest in Recife. Francisco Aldenir, killed by gunmen in Ocara, Ceará state.

August 19: Everson Rodrigues dos Santos, 12, killed in the Novo Amanhecer settlement in Rondônia state.

August 30: Sílvio Rodrigues and Romilson da Silva killed by gunmen in Brilhante, Mato Grosso do Sul state.

October 6: Ribamar Godim, shot and killed by gunmen in Caruaru, Pernambuco state.

October 7: Manuel Neto, shot and killed while sleeping in his home in Suzano, São Paulo state.

November 20: Sebastião Maia, shot and killed by gunmen in an ambush, Querência do Norte, Paraná.

2. Violence in Paraná State

Paraná has been one of the Brazilian states with the greatest levels of human rights violations against rural workers. On May 2, approximately 1,500 landless workers were brutally attacked by the police, on their way to the state capital, Curitiba. The workers were on fifty buses, at about three miles from Curitiba, when military police prevented their passage on highway BR-277. The police forced the workers to leave the buses and to lie on the side of road, aiming their weapons at them. At this point, the police beat many of the workers. Those who tried to flee or to defend themselves were hit by tear gas from canisters and by rubber and lead bullets. The police officers fired tear gas canisters into buses, targeting the women and children that remained inside. Approximately 180 landless people were injured during the operation. Some of those injured received death threats from the military police while at the hospital.

During the operation, rural worker Antônio Tavares Pereira was killed by a police gunshot in the abdomen. The government of Paraná state responded immediately to the death of Tavares Pereira, concentrating its efforts on convincing public opinion first that Tavares Pereira had not been shot at the demonstration. The official version, defended by Paraná's Secretary of Public Security, asserted that Tavares Pereira had been found on highway BR-116 and not BR-277, where the conflict occurred. The Secretary assured the media that the conflict began at 10:40 a.m., and that Tavares Pereira had arrived at the hospital at 9:09 a.m. This version was contested by the police district chief (*delegado*) Fauze Hussain, from the Homicides Division in Curitiba, who confirmed the workers' version that the conflict had begun at 8:15 a.m. Even after it became clear that he had been wrong about the time of the incident, the Secretary insisted that Tavares Pereira was not related to the landless movement. Shortly afterwards, the district chief who had contested the official version was removed from the investigation of the case.

This episode is part of a repressive policy towards landless workers, which has become more intense in the past year. In May 1999, the Secretariat of Public Security in Paraná initiated a series of forced eviction operations in landless settlements. On these occasions, the state government has employed elite elements of the Military Police, such as the Anti-Kidnapping Squad, the Eagle Group, and special operations divisions (*Grupo de Operações Especiais*, GOE and the COPE) to block access to areas occupied by landless families. In these operations, the police use helicopters, squad cars, trained dogs, undercover officers, persons with hoods and/or without any identification, ambulances, rifles, shotguns, semi-automatic weapons, tear-gas launchers, photographic and video equipment.

On May 5, 1999, the Paraná state government began a large-scale police operation to forcibly evict landless families in the *Querência do Norte* region, in the northwest part of the state. In this region alone, the police carried out fourteen evictions. In these evictions, several instances of physical and psychological torture, as well as serious bodily injuries to adults and children were registered. During these evictions, forty-one workers were arrested. Police beat many of them and tortured others. After the evictions, the police routinely burned the families' shelters and crops.

At the same time, rural workers settlements in the region have achieved high levels of agricultural production. The 1998-1999 harvest registered the following: 155,000 sacks of corn; 70,000 tons of manioc root (*mandioca*), 150,000 sacks of rice, and 4.2 million liters of milk, generating 1.5 million Brazilian reais (or roughly US\$ 800,000). These numbers repeat themselves throughout the state of Paraná, revealing the viability of agrarian reform.

Despite this, a 1999 report by the Pastoral Land Commission (*Comissão Pastoral da Terra*) indicates high levels of violence against rural workers in the state:

1- Thirty-five forced evictions of rural properties, some of which were carried

out without judicial order, others during the night in operations by special police forces or private militia. (Brazilian law permits evictions to be effectuated only during daylight hours). At least eight areas involved rural properties in which expropriation procedures were already in course. These operations were filmed by the Military Police's secret service. The police officer who released the tapes is under the Federal Witness Protection Program.

- 2- 173 workers arrested, most without warrants.
- 3- Two workers were murdered; two others survived attempts on their lives. In none of these cases has the police inquiry identified those responsible, although in the regions in which these crimes were committed, the names of those ordering these killings and attempts is public knowledge.
- 4- Twenty cases of death threats.
- 5- Six rural workers arrested and tortured by police officers.
- 6- More than fifty laborers injured in eviction operations.
- 7- The offices of the MST and of rural workers' cooperatives have been subjected to wire-tapping. The Police Internal Affairs Division recognized that this wire-tapping was illegal and publicly condemned it.
- 8- The Military Police's Secret Service continues to target the MST in violation of the Constitution, which prohibits the use of this institution against social movements.
- 9- Political persecution and arrest of CPT attorney Darcy Frigo. Frigo has received death threats and was under police protection for several months. Although the Paraná state government had a stated goal of providing land to 3,000 families, only 880 families, were settled in 1999. There were 80 encampments in the state, with more than 9,000 families.

Die Bewegung der Landlosen in Brasilien – ein ungleicher Kampf

Die Kluft zwischen Arm und Reich ist in Brasilien groß: Ein Prozent aller Großbetriebe – das sind Betriebe mit mehr als tausend Hektar Land – besitzen 45 Prozent des Agrarlands. Demgegenüber stehen fast fünf Millionen Bauern, die kein Land besitzen und mit ihren Familien in extremer Armut leben. Untersuchungen der Regierung haben ergeben, dass etwa 1.900 Großgrundbesitzer ihr Land nicht rechtmäßig erworben haben, sondern mit Bestechung und Tricks an ihre Ländereien gekommen sind – oft mit roher Gewalt gegen Kleinbauern und Ureinwohner.

Die verbitterten landlosen Bauern haben sich organisiert: Die „Bewegung landloser Bauern“ (Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra, MST) fordert ein Grundrecht auf Ernährung. Eine Agrarreform soll dafür sorgen, dass jeder Mensch einen langfristig gesicherten menschenwürdigen Zugang zu Nahrung hat. Mit Demonstrationen, Büro- und Landbesetzungen machen sie auf ihre Situation aufmerksam. Doch die Landlosen haben sich auf einen ungleichen Kampf eingelassen: Die Großgrundbesitzer setzen nicht nur ihre eigenen Milizen, die so genannten Pistoleiros, ein, sie haben auch die Polizei und die Behörden auf ihrer Seite. Personen, die für Agrarreformen eintreten, werden auf der Grundlage von Vorbeugehaft-Anordnungen in Gewahrsam gehalten und aus politischen Gründen krimineller Delikte beschuldigt. Meistens werden sie ganz offensichtlich allein wegen ihres gewaltfreien Engagements für die landlosen Bauern angeklagt. Dagegen genießen die Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen an Mitgliedern der Landlosenbewegung weiterhin Straffreiheit. In mehreren Bundesstaaten wurden Personen, die sich für

Landreformen einsetzten, mit offensichtlicher Duldung der Polizei und der Behörden von im Auftrag örtlicher Großgrundbesitzer handelnden Pistoleiros schikaniert, tätlich angegriffen und ermordet.

Das Massaker von Eldorado de Carajás

Im August letzten Jahres begann das Gerichtsverfahren gegen 153 Militärpolizisten aus dem Bundesstaat Pará, die wegen der Tötung von 19 landlosen Bauern im April 1996 des schweren Totschlags angeklagt worden waren. Damals hatten etwa 1.500 der MST nahestehende Landarbeiter bei Eldorado de Carajás (Bundesstaat Pará) eine Straße blockiert, um für die gerechte Verteilung brachliegenden Großgrundbesitzes zu demonstrieren.

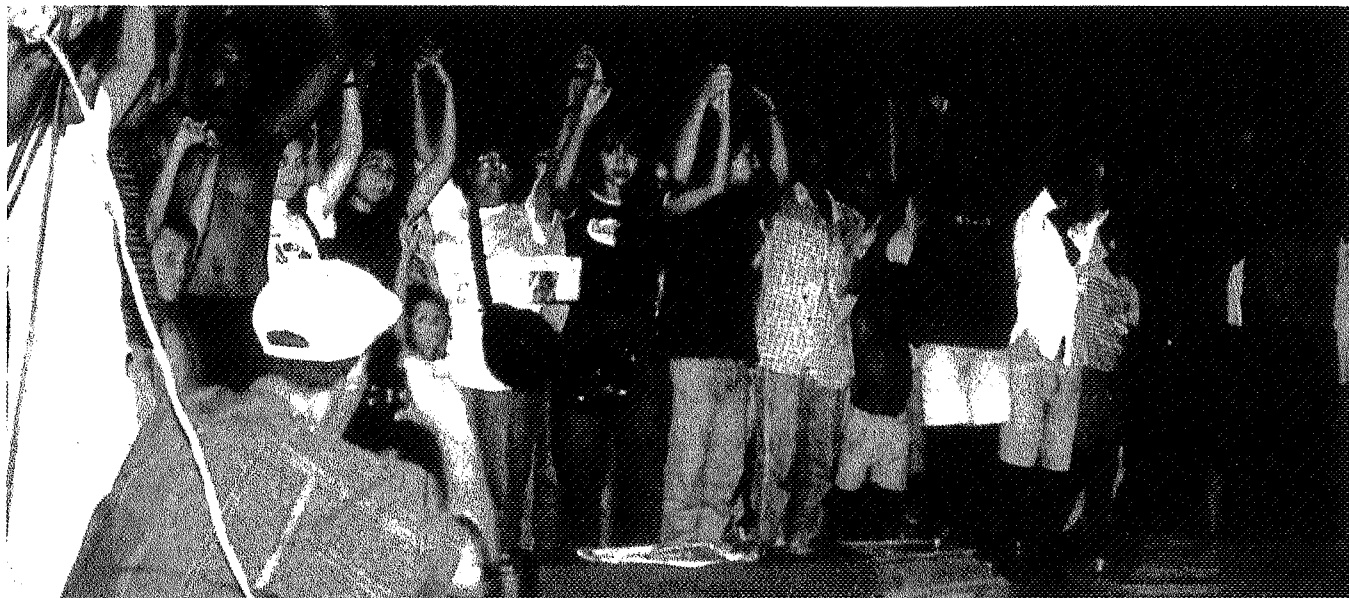
Beweise werden vernichtet, Zeugen eingeschüchtert

Die Militärpolizei ging mit brutaler Gewalt gegen die Demonstranten vor. Einige der Todesopfer wurden offensichtlich gezielt hingerichtet, über 60 Bauern wurden verletzt. Offizielle

Untersuchungen ergaben, dass die Militärpolizei nach dem halbstündigen Gemetzel Beweise vernichtet und damit die Ermittlungen behindert hat. Wie bei anderen Fällen von Menschenrechtsverletzungen durch die Sicherheitskräfte sind auch in diesem Fall die angeklagten Militärpolizisten im aktiven Dienst verblieben. Dadurch wurden mögliche Zeugen eingeschüchtert und gefährdet. Die Behörden haben kaum etwas unternommen, um die Verantwortlichen für die extralegalen Hinrichtungen zu identifizieren oder die Sicherheit der Zeugen zu gewährleisten.

Die verantwortlichen werden nicht zur Rechenschaft gezogen

Drei der befehlshabenden Offiziere, denen als Erste der Prozess gemacht wurde, sprach das Gericht frei. Im September 1997 hatte der Oberste Gerichtshof Brasiliens bereits entschieden, eine Untersuchung zur möglichen Verantwortung des Gouverneurs des Bundesstaates Pará einzustellen – obwohl dieser die Polizei angewiesen hatte, die besetzte Straße um jeden Preis freizumachen.



Trauerfeier für 19 Landarbeiter, die bei einem Massaker in Eldorado de Carajás ermordet wurden.

Der Minister für öffentliche Sicherheit und der zum Zeitpunkt des Massakers amtierende Oberkommandierende der Militärpolizei wurden ebenfalls nicht angeklagt. Dies widerspricht dem Grundsatz, dass bei Menschenrechtsverletzungen nicht nur die Täter selbst, sondern auch vorgeetzte Stellen zur Verantwortung gezogen werden müssen.

Für die Strafverfolgung sind unabhängige Untersuchungen nötig

Das Massaker von Eldorado de Carajás war das siebte in neun Jahren, bei dem amnesty international die Bundesbehörden dazu aufgerufen hat, die Untersuchungen unmittelbar zu übernehmen. Unabhängige und sorgfältige Untersuchungen im unmittelbaren Anschluss an Menschenrechtsverletzungen sind eine wichtige Voraussetzung, um zu verhindern, dass die Täter straffrei davonkommen – was leider in Brasilien üblich ist. Doch wie bei den anderen Fällen versäumten die Bundesbehörden, gerichtsverwertbare Beweise zu sammeln. Eine eigenständige Bundesuntersuchung wurde erst vier Monate

nach dem Massaker eingeleitet. Eigentlich nicht verwunderlich, war es doch der Generalbundesanwalt, der die Untersuchung, die die Rolle des Gouverneurs bei den Verbrechen in Eldorado de Carajás klären sollte, eingestellt hatte.

Auch in finanzieller Hinsicht sind die zivilen Behörden ihrer Pflicht gegenüber den Opfern nicht nachgekommen. Zwar wurden dieses Mal die Hinterbliebenen der Ermordeten entschädigt, nicht aber diejenigen, die selbst schwer verletzt worden waren. Nach einem Massaker in Corumbiara im Bundesstaat Rondonia acht Monate zuvor, bei dem Militärpolizisten 10 Landbesetzer, unter ihnen ein siebenjähriges Mädchen, getötet und mehr als 170 Menschen verletzt hatten, erhielten weder die Überlebenden noch die Verwandten der Toten eine Entschädigung.

Die „schwarzen Listen“ der Todesschwadronen

In den letzten Jahren nahmen Landkonflikte in Brasilien erneut zu. Es häufen sich Berichte von übermäßiger Gewaltanwendung, Misshandlung, Folter und extralegalen

Hinrichtungen durch Militärpolizei und von Landbesitzern angeheuerte Milizen. Unbehelligt von der Polizei, ja oft mit deren Unterstützung, operieren Todesschwadronen, die auf Anweisung von Großgrundbesitzern Landlose und deren Unterstützer einschüchtern und ermorden. So wurden beispielsweise zwischen dem 4. und 6. Mai dieses Jahres fünf Menschen in der Nähe der Stadt Xinguara im Süden des Bundesstaates Pará ermordet. Einige der Ermordeten sollen Berichten zufolge auf einer „Todesliste“ gestanden haben. Bei zwei Leichen waren die Ohren abgetrennt worden, was auf Auftragsmorde hinweist.

Im Frühjahr letzten Jahres erschossen bewaffnete Männer im Bundesstaat Paraná den Bruder des führenden MST-Mitglieds Celso Anghinoni. Eine Woche später wurde Seno Staats, der Regionalkoordinator der MST, entführt und während seiner Vernehmung über Aktivitäten im Zusammenhang mit der Landlosenbewegung schwer gefoltert. Seine Peiniger erklärten ihm, dass er, wie auch Celso Anghinoni, auf einer Todesliste stehe. Sie drohten, ihn, seine Familie und andere führende Mitglieder der MST

zu töten. Im Mai 1998 wurde Francisco de Assis Araújo, ein Verfechter der Landrechte des Volkes der Xucuru im Bundesstaat Pernambuco, ermordet. Wegen seines Engagements hatte er bereits zahlreiche Todesdrohungen erhalten. Bereits im Jahr 1992 war er neben zwanzig weiteren Anführern indigener Gemeinschaften auf einer Todesliste gestanden.

Die „Comissão Pastoral da Terra“

Auch der französische Dominikanerbruder Henri de Rosiers steht auf der „schwarzen Liste“ einer Todesschwadron. Henri de Rosiers arbeitet als Rechtsanwalt für die kirchliche Organisation „Comissão Pastoral da Terra“ (CPT) in Xinguara. Die Organisation protestiert gegen die Misshandlung und Ermordung von Personen, die sich für die Landrechte der dortigen Bevölkerung einsetzen, und fordert eine strafrechtliche Verfolgung der Täter. Außerdem unterstützt die Organisation Opfer von Gewaltverbrechen und deren Familien in rechtlichen Fragen, die sich oft über Jahre hinziehen. amnesty international arbeitet seit vielen Jahren im Süden von Pará mit CPT-Mitgliedern zusammen. Doch trotz der Appelle von amnesty inter-



Iraci Oliveira dos Santos

national und anderen Menschenrechtsorganisationen haben die Behörden bisher keine Maßnahmen ergriffen, um die zunehmende Gewalt in der Region einzudämmen.

Henri de Rosiers war Nebenklagevertreter im Gerichtsverfahren gegen den Großgrundbesitzer Jerônimo Alves Amorim, der den am 2. Februar 1991 in Rio Maria begangenen Mord am Vorsitzenden der Landarbeitergewerkschaft in Auftrag gegeben hatte. Der Dominikanerbruder arbeitete unermüdlich und unerschrocken für eine Verurteilung Amorims – seit dem 6. Juli diesen Jahres sitzt der mächtige Großgrundbesitzer wegen Mordes eine über 19-jährige Gefängnisstrafe ab. Dieser Prozess ist ein entscheidender Fortschritt in den Bemühungen, endlich die Täter zur Verantwortung zu ziehen. Trotz der Inhaftierung Amorims können aber Bruder Henri und seine Mitstreiter nicht aufatmen: Im März ist der Pistoleiro Barrerito aus dem Gefängnis ausgebrochen – er hatte den Mord im Auftrag Amorims ausgeführt. Polizei- oder Gefängnisbeamte sollen ihm bei seiner Flucht behilflich gewesen sein. Barrerito könnte jederzeit Rache nehmen. In den verschiedenen Strafverfahren, die infolge der Mordreihe an Gewerkschaftsführern im Süden Pará zustande kamen, ist die Flucht beinahe die Regel – wenn es überhaupt zu Verurteilungen kam. Niemand zweifelt daran, dass die Zivilpolizei den Auftragsmördern die Flucht erleichtert.

Polizisten foltern einen 15-jährigen fast zu Tode

Henri de Rosiers und seine Helfer lassen sich nicht einschüchtern. Sie kämpfen zusätzlich gegen den permanenten Machtmissbrauch der Zivilpolizei in der Region. Zusammen mit anderen kirchlichen, gewerkschaftlichen und sozialen

Organisationen sammelten sie 6.500 Unterschriften für ihre Forderung nach der sofortigen Entlassung einiger Polizeichefs. Als Hauptgrund für diese Aktion nannten sie die weit verbreitete Praxis, auch Jugendliche zu foltern.

Letztes Jahr war in Xinguara ein 15-jähriger Junge von Polizisten fast zu Tode gefoltert worden. Iraci Oliveira dos Santos, die Mutter des inzwischen geistig stark beeinträchtigten Jugendlichen, hatte die Täter angezeigt. Daraufhin ist sie im Rahmen der polizeilichen Untersuchungen mit allen Mitteln eingeschüchtert worden, damit sie die Anzeige fallen lässt. Der zuständige Polizeichef hatte sogar die Folterer ihres Sohnes persönlich bei ihr zu Hause vorbei geschickt, wenn sie beispielsweise etwas unterschreiben musste. Die Polizeibeamten können sich diesen Zynismus „leisten“: Die Gerichtsmedizin, die sowohl Foltervorwürfe untersucht als auch Autopsien durchführt, untersteht der Polizei. In 90 Prozent aller staatlichen Mord- und Misshandlungsfälle kommt es zu keiner Verurteilung der Täter.

Die Eilaktion von ai hat Erfolg

ai hat eine Eilaktion gestartet, um das Leben von Iraci Oliveira dos Santos zu schützen. In diesem Fall sind tatsächlich erste Erfolge zu verzeichnen: Aufgrund der internationalen Proteste haben die brasilianischen Behörden zugesagt, den Sachverhalt durch einen unabhängigen Staatsanwalt prüfen zu lassen und dem Sohn von Iraci Oliveira dos Santos Schadenersatz zu bezahlen. Die zwei Polizisten, die den 15-jährigen gefoltert haben, sowie ein leitender Polizeibeamter und der Polizeipräsident von Xinguara wurden strafversetzt.

Eva Scheerer

„Die Regierung ist unfähig den Landkonflikt zu lösen“

Interview mit James Louis Cavallaro, Jurist und Mitbegründer der Menschenrechtsorganisation Justiça Global in São Paulo

James Louis Cavallaro, gebürtiger US-Amerikaner lebt seit vielen Jahren in Brasilien und arbeitet dort zum Thema Menschenrechte. Er war Gast auf den Deutschlandveranstaltungen der BrasilienSolidarität zu den 500-Jahr-Feiern. Am Rande seines Besuchs in Berlin machten die LN das folgende Interview.

Die Regierung Cardoso hat mit großem Aufwand versucht, die 500-Jahr-Feiern als brasilianische Erfolgsgeschichte zu verkaufen. Doch die Medien berichteten vor allem über die Proteste der Landlosenbewegung Movimento dos Trabalhadores Sem Terra (MST). Steht nun eine weitere Eskalation der Landkonflikte bevor?

Das Verhalten der brasilianischen Regierung lässt dies zumindest befürchten. Seit Anfang Mai hat es bereits zwei Fälle gegeben, in denen das Gesetz über die „Nationale Sicherheit“ wieder zur Geltung kam. In beiden Fällen handelt es sich um Verfahren gegen die Landlosenbewegung in Paraná. Das Gesetz ist ein Relikt aus den Zeiten der Militärdiktatur, es wurde jedoch in den vergangenen Jahren nicht mehr angewendet.

Ein anderes Beispiel: Die Bundespolizei hat kürzlich eine Sondereinheit speziell für Landkonflikte eingerichtet. Der Name ist ein Euphemismus, denn jeder weiß, dass es sich dabei um eine Einheit gegen den MST handelt. Die Bundespolizei erhält in diesem Zusammenhang das Recht, in jedes öffentliche Gebäude einzudringen, um Besetzungen oder Demonstrationen des MST beenden zu können.

Wieso wird dieses schon fast vergessene Gesetz plötzlich wieder aktiviert?

Diese Maßnahmen sind eine Reaktion der Regierung auf landesweite Proteste, die das MST während der 500-Jahr-Feiern organisiert hat. Eine absichtliche Reaktion. Denn beim MST handelt es sich schließlich nicht um eine Gruppe von Terroristen, sondern um eine soziale Bewegung, die demokratische Rechte in Anspruch nimmt, die durch die brasilianische Verfassung garantiert sind. Hier wird ein soziales Problem als eine polizeiliche Aufgabe betrachtet.

Wieso reagiert der Staat ausgerechnet auf die Landlosenbewegung, die im Gegensatz etwa zu den Gewerkschaften nur über spärliche Machtmittel verfügt, jetzt so aggressiv?

Die Regierung hat in den vergangenen Jahren immer wieder kleinere Zugeständnisse gemacht, die nichts Wesentliches änderten, aber die Landlosen ruhig halten sollten. Die Proteste gegen die 500-Jahr-Feiern haben nun zu einer Polarisierung geführt. Die Regierung musste einsehen, dass sie mit ihrer Taktik die Landlosenbewegung nicht beifrieden kann. Nun versucht sie es mit einer verstärkten Repression.

Hinzu kommt, dass die regierungsnahen Medien, wie der Fernsehsender TV Globo, derzeit eine Schmutzkampagne gegen den MST betreiben: Die Bewegungen unterschlagen Gelder und sei gewalttätig. Es gibt zwar keine Beweise, dass die Regierung bei dieser Kampagne ihre Hände mit im Spiel hat, aber sie kommt ihren Interessen doch in einer sehr auffälligen Weise entgegen.

Die Landlosenbewegung stellt für die Regierung – mehr noch als die Gewerkschaften – eine ernsthafte Bedrohung dar. Der MST thematisiert einen Konflikt, den die Regierung nicht lösen kann. Nirgendwo auf der Welt ist der Landbesitz derart konzentriert wie in Brasilien. Ein Prozent der Bevölkerung kontrolliert ungefähr die Hälfte der nutzbaren Fläche. Es wäre einfach, dieses Problem durch eine Agrarreform zu lösen. Doch in der Mitte-Rechts-Koalition von Präsident Fernando Henrique Cardoso sitzen die Großgrundbesitzer und die Anteilseigner der großen Latifundien. Die Regierung braucht die Unterstützung dieser mächtigen Lobby, um ihre Projekte durchzusetzen. Sie kann daher keine strukturellen Änderungen an den Eigentumsverhältnissen

Direitos Humanos

Violações - CPT revela impunidade no campo

29/8/2003

Fernanda da Escóssia, Folha de S.Paulo

De 278 assassinatos entre 1995 e 2002, só seis foram a julgamento

Um relatório da CPT (Comissão Pastoral da Terra) revela a impunidade no campo no Brasil: para 278 assassinatos de sem-terra, trabalhadores e líderes sindicais rurais ocorridos em 214 conflitos no campo, de 1995 a 2002, só seis casos foram a julgamento, provocando cinco condenações.

Isso significa que apenas 2,8% dos 214 conflitos foram concluídos na Justiça. Os demais ainda tramitam, como inquérito ou como processo ainda não julgado.

Para os casos julgados, houve 165 absolvições -163 referentes aos PMs acusados pelas 19 mortes de Eldorado do Carajás (PA), em 96 (dois PMs foram condenados).

Segundo o relatório, as 43 mortes de 2002 já são superadas pelas 44 que ocorreram de janeiro a agosto de 2003 - a média mensal, de 5,5, é a maior desde 1990.

A impunidade foi apontada como um dos motivos para o aumento das mortes, junto com o que as entidades chamaram de "reação conservadora" à promessa de reforma agrária no governo Lula. Diante disso, a divulgação do relatório, feita no final do ano, foi antecipada em caráter de urgência. Os números oficiais do governo indicam 18 mortes até 31 de julho (foram 20 em 2002).

Para o presidente da CPT, d.Tomás Balduino, os números indicam "parcialidade do Judiciário e do aparelho policial". A diretora de Direitos Humanos da AMB (Associação dos Magistrados Brasileiros), Andrea Pachá, disse que os dados assustam, mas que é preciso cobrar mais dos inquéritos policiais. "Não pode parecer que o Judiciário tem lidado a favor da elite. A legislação do país foi feita para beneficiar a elite."

(Veja os dados de assassinatos no campo em 2003.)

sen auf dem Land vornehmen und ist damit unfähig, dieses Problem zu lösen.

Welche Rolle spielen dabei die Bundesstaaten und die jeweiligen lokalen Autoritäten?

Nach dem Ende der Militärdiktatur zog sich der Staat zunächst zurück. Die Landkonflikte wurden sozusagen privatisiert und spielten sich vornehmlich zwischen Großgrundbesitzern und Landlosenbewegung ab. Die Polizei griff meistens nur ein, wenn die Auseinandersetzungen eskalierten. Doch mittlerweile tritt der Staat wieder verstärkt als Akteur in Erscheinung – und meistens gegen die Landlosenbewegung. Man muss dabei aber unterscheiden zwischen den Reaktionen der Bundesbehörden und den einzelnen Bundesstaaten. Rio Grande do Sul hat beispielsweise eine progressive Regierung, die mit den Agrarkonflikten verhältnismäßig vernünftig umgeht. In Paraná hingegen ist die Landesregierung reaktionär und eng mit den Großgrundbesitzern verbunden. Gleichzeitig gibt es dort eine ausgeprägte nicht-staatliche Repression durch die Milizen und privaten Sicherheitskräfte der Großgrundbesitzer.

Die Regierung Cardoso zeigt sich auf internationaler Ebene sehr bemüht, wenn es um die Durchsetzung zivilgesellschaftlicher Standards geht. Vergangenes Jahr hat sie beispielsweise einen offiziellen Bericht über Menschenrechtsverletzungen in Brasilien vorgelegt, der viel Beachtung fand.

Bei dem Thema Menschenrechte lässt sich die Politik der Regierung Cardoso in zwei Bereiche unterteilen: Die zivilen und politischen Rechte haben erste Priorität, während die sozialen und ökonomischen Rechte als untergeordnete Kategorien angesehen werden. In der ersten Kategorie gibt es sicherlich einige Fortschritte. Wie beispielsweise der bereits erwähnte Bericht: Die Regierung hat damit die Existenz von systematischer Folter durch die Polizei in Brasilien anerkannt. Nur, sie muss auch die Konsequenzen aus diesem Bericht ziehen. Bisher ist es Aufgabe der Polizei, gegen Beamte zu ermitteln, die der Folter verdächtigt werden. Jeder weiß, dass dabei nichts herauskommt. Bisher haben die offiziellen Berichte über Menschenrechtsverletzungen in Brasilien vor allem einen diplomatischen Effekt. Die Berichte finden im Ausland und vor der UNO großen Beifall. Aner-

kennend wird bemerkt, dass sich die Verantwortlichen in Brasilia mit diesem Problem auseinandersetzen. Währenddessen werden in Brasilien weiterhin Menschen mit Elektroschocks oder der Pageienschaukel gefoltert.

Alle namhaften Menschenrechtsgruppen in Brasilien wie im Ausland fordern seit langem, dass die Zuständigkeit für Verbrechen gegen die Menschenrechte auf die Bundesbehörde übertragen wird. Seit 1991 liegt ein entsprechender Gesetzesentwurf vor. Aber nichts ist bisher geschehen. Im Gegensatz dazu ist die Regierung in der Lage, innerhalb von wenigen Wochen ein ganzes Gesetzespaket durchzusetzen, dass sich gegen die Landlosenbewegung richtet.

Welche Rolle spielen die sozialen Grundrechte in diesen Berichten?

Im Nationalen Programm für die Menschenrechte, einem wichtigen Dokument, kommen die sozialen, ökonomischen und kulturellen Rechte so gut wie gar nicht vor. Diese Rechte werden von der Regierung erst gar nicht anerkannt. Der einfachste Beweis besteht darin, dass der Mindestlohn bei ungefähr 100 Dollar liegt. Niemand kann mit diesem Lohn ein menschenwürdiges Leben führen. Für die Regierung liegt dieses Problem außerhalb ihrer Zuständigkeit.

Hat sich die Situation der Menschenrechte seit dem Ende der Militärdiktatur verbessert?

Ich sehe einen deutlichen Fortschritt bei der Durchsetzung der Menschenrechte seit dem Ende der Militärdiktatur. Es gibt keine Todeslisten mehr, die Pressefreiheit ist einigermaßen gewährleistet. Es gibt freie Wahlen, auch wenn sie oft durch die Korruption beeinträchtigt werden. Doch eines unserer großen Probleme besteht darin, dass sich die Opfer geändert haben. Vor zwanzig, dreißig Jahren waren es vor allem die Kinder aus der Mittel- und Oberschicht, die zu den Opfern der Militärdiktatur gehörten. Doch die Mitglieder der Studentenbewegung und der politischen Organisationen hatten immerhin die Fähigkeit und die Mittel, mit einer Elite zu kommunizieren und die Sympathien eines großen Teils der Bevölkerung zu erzielen.

Heute sind die Opfer vor allem die Kriminellen, Favela-Bewohner, die Ausgeschlossenen aus der Ge-



„Die Landlosenbewegung stellt für die Regierung eine ernsthaftige Bedrohung dar.“
Hütten des MST aus schwarzen Planen

sellschaft. Wer sich für diese Marginalisierten einsetzt, wird schnell als Verteidiger und Komplize von Banditen denunziert. Das ist ein großer Unterschied zu früher. Während der Militärdiktatur wurden etwa 500 Personen ermordet. Allein im Jahr 1998 wurden von der Polizei des Bundesstaates Rio de Janeiro über 700 Personen getötet. Und oft handelt es sich bei den so genannten Schusswechseln um schlechte Hinrichtungen. Damit will ich nicht sagen, dass es um die Menschenrechte heute schlechter bestellt ist als vor dreißig Jahren. Aber diese Zahlen sollten zumindest zu denken geben.

Die Menschenrechtsgruppen haben bisher ebenfalls auf die Trennung zwischen den so genannten zivilen und den sozialen Rechten geachtet.

In der Öffentlichkeit ist es einfach, für zivile und politische Rechte einzutreten und sich gegen Folter und Polizeibergriffe auszusprechen. Diese Fälle sind auch verhältnismäßig einfach zu dokumentieren. Im Gegensatz dazu fällt es natürlich schwer, gegen so allgemeine Probleme wie die Globalisierung oder die Verelendung zu kämpfen. Damit macht man sich auch leichter angreifbar. Doch die Unterteilung in Menschenrechte erster und zweiter Kategorie lässt sich auf Dauer nicht aufrechterhalten. In Brasilien existiert eine klare Beziehung zwischen der ungleichen Verteilung des Reichtums und, der zunehmenden Gewalt. Die Ursache dafür ist nicht so sehr die absolute Armut, sondern die relative Ungleichheit. Länder wie Bolivien oder Ecuador,

die ebenfalls ein sehr niedriges Pro-Kopf-Einkommen haben, weisen eine wesentlich niedrigere Gewaltquote auf als Brasilien. Die brasilianischen Menschenrechtsgruppen erkennen daher zunehmend die Bedeutung der sozialen und ökonomischen Rechte an. Die nationale Menschenrechtskonferenz vom vergangenen Jahr hat zum ersten Mal auch einen Bericht über diese Rechte in Auftrag gegeben, der anschließend der UNO übergeben werden soll. Diese Annäherung zwischen den Menschenrechtsgruppen und den Bewegungen, die sich für soziale und ökonomische Rechte einsetzen, ist eine sehr wichtige Entwicklung in Brasilien.

Die Zeitung O Globo berichtete kürzlich über eine Art Neuaufgabe der „Operation Condor“. Demzufolge sollen die Geheimdienste von Argentinien, Brasilien, Chile und Paraguay Absprachen treffen, um gemeinsam auf die vermeintliche Bedrohung durch die sozialen Bewegungen zu reagieren.

Es ist natürlich schwierig, solche Informationen mit Sicherheit zu bestätigen. Aber eine große Überraschung stellen sie nicht dar. In Lateinamerika hat eine kritische Aufarbeitung der Geheimdienstaktivitäten während der Zeit der Militärdiktaturen stattgefunden – vergleichbar etwa mit der Auseinandersetzung in Deutschland mit der Stasi-Vergangenheit. In Lateinamerika herrscht Kontinuität: Das Personal wurde nicht ausgetauscht, die Dienste konnten einfach weiter machen.

Interview: Anton Landgraf

Lizenz zum Töten

Polizeimassaker an Landlosen in Eldorado

Eldorado - bitterer kann eine Namensironie kaum sein - schreibt sich als ein neuer Ort in die Landkarte der Massaker ein. 19 Landlose ermordet - das ist die Bilanz einer Polizeiaktion im Amazonasstaat Pará. Das demokratische Brasilien setzt damit die traurige Kette der Massenmorde durch die Polizeikräfte fort: Candeleira (Mord an 8 Straßenkindern) und Carandirú (111 Gefangene) sind nur die bekanntesten Orte einer perversen Landkarte. Die Morde in Eldorado haben eine imminente politische Implikation: Die Aktion, die zu dem Massaker führte, hatte der Gouverneur von Pará, Almir Gabriel, höchstpersönlich angeordnet. Almir Gabriel ist Parteikollege und enger Verbündeter von Präsident Fernando Henrique Cardoso.

Eldorado liegt im Süden Pará in unmittelbarer Nähe der berühmten (und zur Zeit stillgelegten) Goldmine "Serra Pelada" und von Carajás, der größten Eisenerzmine der Welt. Eine Region intensiver Landkonflikte.

Der Soziologenpräsident und das Massaker

Am 16. April blockierten 1500 Landlose die Landesstraße PA 150, die die Region mit der Landeshauptstadt Belém verbindet. Die Blockade sollte die Regierung dazu bringen, die Anstiedlung der Landlosen zu beschleunigen. Noch am selben Tag gab Gouverneur Almir Gabriel den Befehl, die Straße zu räumen. Die Aufnahmen eines Fernseheteams zeigen anscheinend, was geschah: Bei dem Versuch, die Straße zu räumen, werden die Polizisten von den Landlosen angegriffen. Die Polizei schießt zunächst in die Luft; als sie von den BesetzerInnen in die Flucht geschlagen wird, schießt sie mit scharfer Munition in die Menge. Aber eine weitere Sequenz läßt schon ahnen, daß es sich hier nicht einfach um eine Straßenschlacht handelte. Das Fernseheteam sucht in einer Hütte am Straßenrand Zuflucht, die Hütte wird beschossen. Die Reporterin schreit aus der Hütte: "Hier sind Frauen und Kinder", die Po-

lizei schießt weiter. Schließlich wird das Fernseheteam festgenommen.

Aber einen entscheidenden Teil dessen, was sich am 17. April abspielte, zeigen die Bilder des Fernsehens nicht. Nach den ersten gerichtsmedizinischen Gutachten sind mindestens zehn der Landlosen von der Polizei keineswegs im Konflikt erschossen, sondern gezielt hingerichtet worden. Zu den Gutachten kommen Zeugnisaussagen. Um nur einen der blutigen Beispiele zu zitieren: Der siebzehnjährige Oziel Pereira, trotz seines Alters einer der Führer der Landlosen, wird von den Militärpolizisten aus dem Haus geschleppt, in dem er sich versteckt hatte, geschlagen und schließlich durch Schüsse in den Kopf getötet. Ein ganze Reihe von Zeugnisaussagen stimmen darin überein, daß auch Kinder und Frauen getötet wurden. Unter den neunzehn registrierten Toten finden sich aber keine Frauen und Kinder. Zwei Lehrerinnen, die in einem der Busse waren, die blockiert gesehen haben, wie die Militärpolizisten Leichen von Frauen und Kindern abtransportierten. So bleibt also ein Zweifel über die wahre Zahl der Toten. Die Landlosenbewegung gibt an, daß

etwa hundert Personen, die sich bei oder im Umfeld der Blockade befanden, verschwunden seien. Ein wichtiges Detail zeigt, in welchem Geist die Aktion durchgeführt wurde: Militärpolizisten tragen in Brasilien Namensschilder auf ihren Uniformen. Vor dem Einsatz in Eldorado hatten die Militärpolizisten die Namensketten abgetrennt. Sie hatten offensichtlich die Lizenz zu töten.

Die Aktualität der Agrarreform

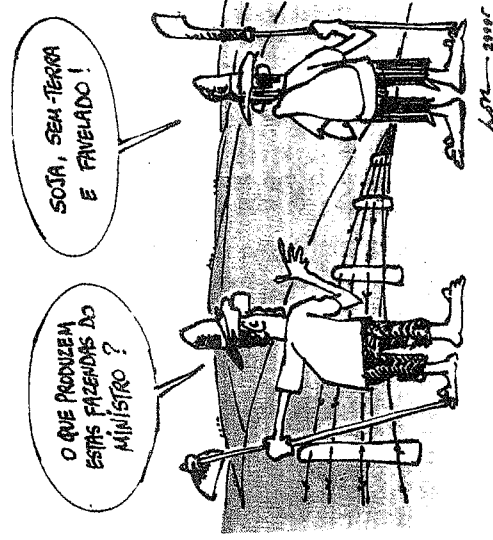
Das Massaker von Eldorado reiht sich in eine Serie von blutigen Landkonflikten ein. Das "archaische" Brasilien hat sich damit wieder ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Die Bewegung der Landlosen, zu einem großen Teil im MST (*Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra*) zusammengeschlossen, ist zu dem wohl unbequemsten Widersacher der Regierung Cardoso geworden. Das MST hat seit Beginn letzten Jahres eine unerwartete Mobilisationskraft

gezeigt. Gezielt wurden die Landbesetzungen, insbesondere in den Bundesstaaten Sao Paulo und Paraná, intensiviert. In der selben Woche, in der das Massaker in Eldorado stattfand, besetzten Teile einer 80. 000 Hektar großen Fazenda. Es ist die größte Landbesetzung in der Geschichte des MST. Während die Gewerkschaften und andere soziale Bewegungen eher wie von der Politik Cardoso betäubt wirken oder zumindest nur geringes Widerstandspotential entwickeln können, zeigt das MST eine erstaunliche Effizienz. In einer selbstgesuchten Teilsolisierung von anderen sozialen Bewegungen Brasiliens, unterstützt von einem Teil der Kirche, hat das MST eine Strategie der gezielten Konfrontation verfolgt. Die blutigen Reaktionen zeigen, daß die Landfrage auch heute noch ein soziales Problem von höchster Priorität ist.

Tatsächlich hat Brasilien nie eine Landreform erlebt, die diesen Namen verdiente. Die Land-

verteilung ist nach wie vor eine der ungerechtesten der Welt. Von den 4,7 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben, die in Brasilien existieren, besitzen 58.000 Großgrundbesitzer 264 Millionen Hektar, oder 42,9 Prozent der gesamten landwirtschaftlich nutzbaren Fläche des Landes. Allein die 350 größten Fazendas umfassen 50 Millionen Hektar. Die größte Fazenda Brasiliens gehört dem Baumunternehmer Cecilio Rego Almeida. Mit 4 Millionen Hektar ist sie größer als die Niederlande. Auf der anderen Seite teilen sich vier Millionen Kleinproduzenten, das sind 87 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe, nur 20 Prozent der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche. Für den Bundesstaat Pará, dem Zentrum der gewalttätigsten Konflikte, sehen die Zahlen noch dramatischer aus. Die Anzahl der Landlosen ist schwer zu schätzen. Immer wieder wird eine Zahl von fünf Millionen genannt, aber dabei sind sicherlich viele *posseiros* mitgezählt, das heißt Kleinbauern, die zwar ein Stück Land besitzet, aber keine offiziellen Besitztitel haben.

Wie alle Regierungen hat auch Fernando Henrique Cardoso versprochen, etwas zu tun. Landreformen sind inzwischen aus der Mode geraten, Modernisierung lautet das neue Schlagwort. Die Ansiedlung von Landlosen läuft dabei eher unter den Stichworten "Sozialpolitik und Armutsbekämpfung". Aber selbst die bescheidenen Ziele, die sich die Regierung zu erreichen vorgenommen hat, sind nicht erfüllt worden: Von den versprochenen 43. 000 Familien sind gerade einmal 7.000 angesiedelt worden. In den Händen der Staatsbehörde INCRA ist die Ansiedlung von Landlosen eine bürokratische, langwierige und teure Angelegenheit. Denn Bra-



"Was produzieren die Fazendas des Ministers?"
"Soja, Landlosigkeit und Hunger!"

silien ist, zumindest für Menschen, die Geld haben und einen guten Anwalt bezahlen können, durchaus ein Rechtsstaat. Einsprüche, lange Prozesse und zum Teil hohe Entschädigungen sind die Folge. Es war auch im Fall Eldorado diese Zähigkeit, welche die Aktion der LandbesetzerInnen provozierte: Immer wieder verzögerte sich die versprochene Ansiedlung auf der Fazenda Macaxeira wegen bürokratischer Schwierigkeiten. Nach dem Massaker versprach die Landesregierung nun Schnelligkeit.

Aber es sind mehr als nur bürokratische Schwierigkeiten, die eine andere Politik im Agrarbereich verhindern. Für die Regierung liegt hier keine politische Priorität, und sie ist politisch abhängig von reaktionären Agrarkreisen.

Konfuse Kabinettsumbildung

Der bisherige Landwirtschaftsminister Andrade Vieira war alles andere als ein Hoffnungsträger: Er ist Präsident der *Bamerindus*, der drittgrößten Privatbank des Landes, die selbst Großgrundbesitzer ist. Am Tag nach dem Massaker ist Vieira zurückgetreten.

Fernando Henrique zog aus den Ereignissen eine klassische Konsequenz: Er schuf ein neues Ministerium. Das bereits früher existierende "Ministerium für Agrarreform" erlebte die Wiederauferstehung. Chef des neuen Ressorts ist Raúl Jungmann, bisheriger Leiter der Umweltbehörde IBAMA. Die Besetzung hat durchaus eine Pointe: Jungmann ist Mitglied der PPS, der so umgetauften ehemaligen kommunistischen Partei. Die PPS hat sich inzwischen zu einer kleinen, aber recht effizienten reformerischen Gruppe gewandelt, hierzulande oft als "Linke light" tituiert. Jungmann hat in der

schlecht beleumundeten IBAMA für eine gewisse Öffnung und Dezentralisierung gesorgt.

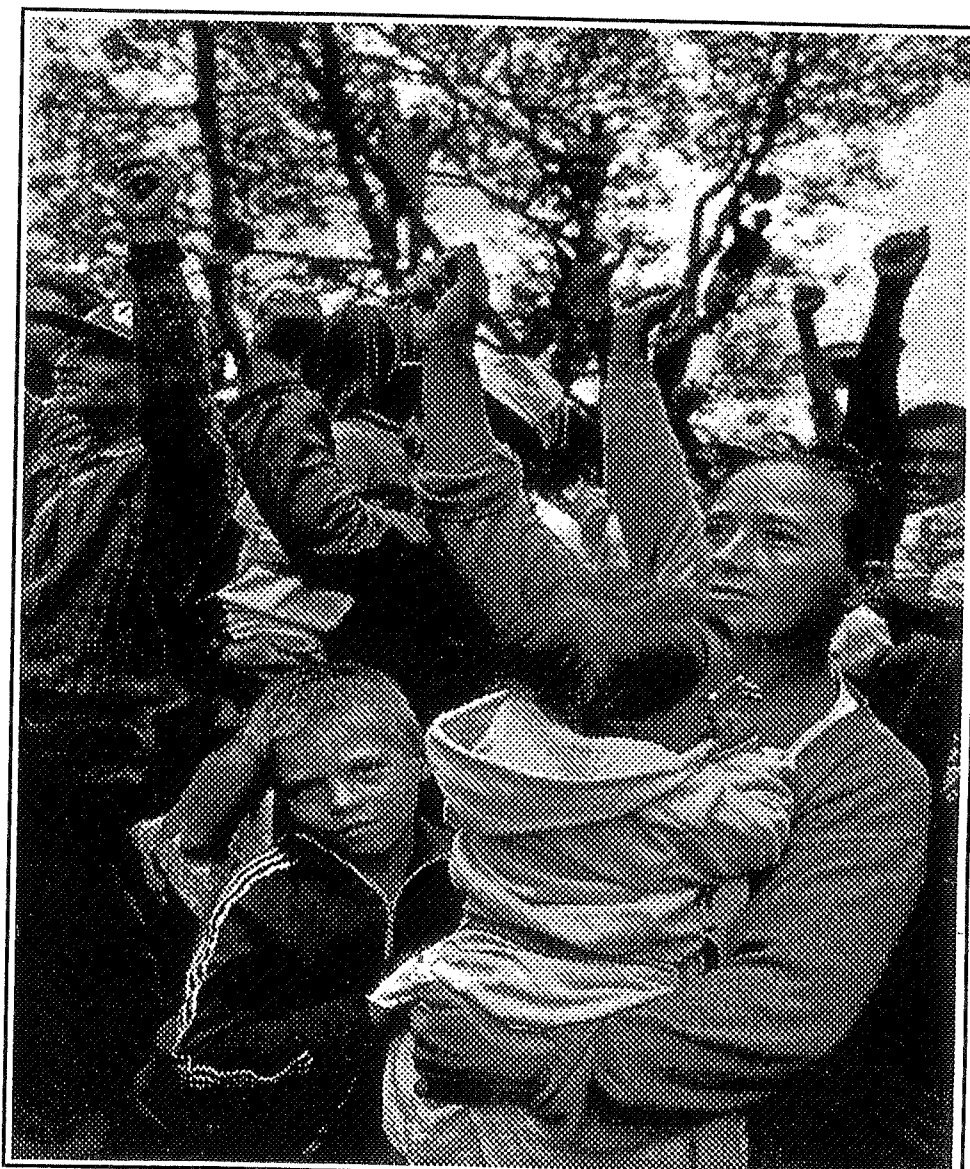
Für das neue Ministerium hat Cardoso ihm freie Hand gegeben. Der erste Schritt Jungmanns war, den Vorsitzenden der Landarbeitergewerkschaft CONTAG einzuladen, den neuzubildenden "Nationalen Rat für Agrarreform" zu leiten. Mit der Wahl Jungmanns hat Cardoso einen Mann seines Vertrauens in das neue Ministerium lanciert, um so das sozialreformerische Image seiner Regierung zu retten. Einen Erfolg hat die Bewegung der Landlosen damit erreicht: Die Agrarreform kehrt zumindest in die Regierungsrhetorik zurück. Was an Taten folgt, muß abgewartet werden.

Mit der Ausgrenzung des Ressorts "Agrarreform" aus dem Landwirtschaftsministerium hat Cardoso auf der einen Seite freie Hand, in einer Minikabinettsbildung seine reaktionären Bündnispartner zu bedienen. Die PPB, Partei der Militärdiktatur, wurde bereits mit dem Ministerium für Industrie, Handel und Tourismus

belohnt. Politikveteran Francisco Dornelles ist der neue Minister; die bisherige Amtsinhaberin, die smarte Dorothea Werneck, sollte das Landwirtschaftsministerium übernehmen, hat dies aber wegen eingestandener Inkompetenz abgelehnt. Bei Redaktionsschluß stand der neue Landwirtschaftsminister noch nicht fest.

Sicherlich wird es in den nächsten Wochen nicht an sozialer Rhetorik fehlen und vielleicht auch zu einigen spektakulären Ansiedlungen kommen. Durchgreifende Änderungen sind jedoch nicht in Sicht. Die sogenannte Agrarfraktion, ein Zusammenschluß von Abgeordneten, die Großgrundbesitzerinteressen vertreten, ist größer als die größte Partei des Parlaments - und erheblich disziplinierter. Gegen diesen Block unternimmt die Regierung nichts, sie hängt vielmehr politisch von ihm ab. Wenn Cardoso also das "archaische" Brasilien bekehren will, dann kann er bei seiner Regierung anfangen.

Thomas W. Fathauer



Weitere Freisprüche im SDDH-begleiteten Prozess um Eldorado Carajás

„Chronik einer angekündigten Frustration“

...so nannte der Menschenrechtsexperte Paulo Sérgio Pinheiro das Ergebnis des größten Prozesses in der brasilianischen Geschichte. Die Größe des Prozesses – über 150 angeklagte Militärs – war einer von vielen Fallstricken, die zu den Freisprüchen führten, schrieb uns die SDDH. Bei dem 1996 verübten Massaker starben 19 Landlose, die bei einer Demonstration für die Landreform eine Straße blockierten. Beteiligt an dem Verbrechen waren drei bzw. vier befehlshabende und rund 150 einfache Militärpolizisten aus Kasernen in Parauapebas und Marabá.

Ganze Bataillone auf einmal vorzuladen und über deren Schuldigkeit kollektiv befinden zu lassen, war eine der Taktiken der Justiz, die Verurteilungen verhinderte. Laut SDDH-Anwalt Marcelo Freitas „war der Einschüchterungseffekt allein durch die Anwesenheit so vieler Militärs im Gerichtssaal für Richter, Geschworene, Zeugen und Kläger enorm“. Für die Befragung der Angeklagten wurde die zur Verfügung stehende Zeit kurzerhand durch 150 geteilt. Während Angeklagte so kaum in Erklärungsnot gerieten, wurde von den Zeugen und Überlebenden erwartet, dass sie ihre Aussagen zum x-ten Mal wiederholten. Verständlicherweise weigerte sich z.B. der Kameramann Araújo, der die Schüsse der Militärs auf die Demonstrierenden filmte und wichtigster Zeuge der Anklage wurde, seine Aussage erneut zu machen. Mangelnder Zeugenschutz ist ebenso fatal für einen fairen Prozess wie die „Linie des Schweigens“ auf die sich die Angeklagten eingeschworen haben. Zu dieser Konstellation, in der schutzlose Zivilisten wie Araújo Polizei und Militärs gegenüberstehen, kommt als weiterer Skandal die Weigerung des Gerichts Hauptbelastungsmaterial zuzulassen. Darunter eine sekundengenaue Film- und Tonanalyse, die nachweist, dass die Militärs auf die Demonstrierenden geschossen haben – und zwar zuerst. Alle Angeklagten behaupten hingegen in die Luft bzw. in den Wald geschossen zu haben. Wie die tödlichen Schüsse in die Rücken der Opfer gelangen konnten, erklären sie nicht.

Als „mafios“ bezeichnete Freitas „die Strukturen innerhalb des Militärs“. Dies trifft auch für die Beziehungen

der Profiteure dieser systematischen Repression gegen landlose KleinbäuerInnen zu: das Geflecht aus Gutsbesitzern und politischer Elite von Pará. So sind die Auftraggeber des Massakers eher im Gouverneurspalast von Pará bzw. im Innenministerium zu suchen. Daher rührt die Vermutung, dass der letztlich doch rasche Abschluss des über sechs Jahre verschleppten Prozesses damit zusammenhängt, dass beide Politiker zum Jahresende ihre Immunität verlieren. Sie liefen dann Gefahr sich vor Gericht rechtfertigen zu müssen.

SDDH und MST haben immer wieder betont, dass die Straffreiheit die Gewalt schürt. Das Signal an die Täter ist eindeutig: Ihr habt nichts zu befürchten, wenn ihr besitzlose und wenig einflussreiche Personen auf Todeslisten setzt, verschwinden lasst oder umbringt. Traurige Zahlen geben ihnen Recht: allein 2000 gab es 21 Morde an KleinbäuerInnen und für die Landreform Aktiven in Pará. 2001 erfolgte eine alarmierende Steigerung auf 29 Tote. Jüngstes Opfer des politisch motivierten und angekündigten Auftragsmordes ist der Gewerkschafter Bartolomeu Morais da Silva aus Castelo dos Sonhos.

Der Prozessverlauf

Nachdem im April 2001 nach erheblichem öffentlichen Druck immerhin die erstmals 1999 erlassenen Freisprüche gegen die Hauptangeklagten zurückgenommen wurden, kam das Verfahren erneut zum Erliegen. Eine Wiederaufnahme im April 2002 endete mit einer Befangenheitsklage gegen die



Gewerkschaften: weiterhin Ziel der Repression

Richterin. Bei den anschließenden Verhandlungstagen im Mai gab es erstmals Freiheitsstrafen für zwei der Hauptverantwortlichen des Massakers. Doch hier erweist sich die Handhabung der brasilianischen Rechtsprechung als großes Schlupfloch. So ist es möglich, dass die wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilten Täter auf freiem Fuß bleiben: Im Fall des Oberstleutnants Pantoja reichen selbst 228 Jahre Freiheitsstrafe und 158 Jahre für Hauptmann Oliveira nicht aus, um sie hinter Gitter zu bringen. Beide haben keinerlei Vorstrafen und gegen das Urteil Berufung eingelegt, das sich aus 12 Jahren Haft pro getötetem Landlosen errechnet.

Die Staatsanwaltschaft geht ebenfalls in Revision gegen die Freisprüche der 150 Militärpolizisten. Obwohl das Ergebnis – alle Täter und Befehlshaber befinden sich auf freiem Fuß – sehr unbefriedigend ist, gibt es z.Zt. offensichtlich keine neue Kampagne gegen die Strafflosigkeit. Dazu haben die Fußballweltmeisterschaft und der brasilianische Wahlkampf maßgeblich beigetragen. Es ist zu hoffen, dass die Menschenrechts- und Landlosenorganisationen bis nach den Wahlen im Herbst eine neue Strategie gegen die Straffreiheit entwickeln, die dann von hier unterstützt werden kann. Wir halten Sie auf dem Laufenden.

Grund zur Hoffnung geben internationale Instrumentarien. Menschenrechts-

Einzelheiten zu Landkonflikten und der Arbeit der SDDH-Anwälte können Sie in den übersetzten Jahresberichten nachlesen, die wir Ihnen gerne kostenlos zuschicken.
(lateinamerika@aswnet.de)

Organisationen kündigten an, den Fall Eldorado Carajás wegen der unhaltbaren Freisprüche der Militärpolizisten vor die Interamerikanische Kommission und den Gerichtshof zu bringen.

Über Unterstützung der SDDH freuen wir uns unter Lateinamerika Rechts-hilfe, Kenn-Nr. 6200.

Locality: Rio de Janeiro - RJ

Source: Jornal do Brasil

Link: <http://jonline.terra.com.br/>

Rossetto says that the formation of armed militias is "unacceptable" and demands an investigation

Two landless rural workers were executed yesterday. The crime occurred in the community of Comboio in the Bacabal region of Maranhao. Antonio Gregorio da Conceição and Raimundo Filho de Aquino were abducted and murdered by an armed militia, according to the National Confederation of Agricultural Workers (CONTAG).

The Ministry of Agrarian Development issued a press release yesterday confirming the deaths. According to the Ministry, the two men were found dead at the Agrosuza Farm, which is currently occupied by 42 families of landless rural workers. An eviction order had recently been served on the families.

CONTAG stated that the two men had already left the farm and were living in the community of Comboio. The statement added that the two men were abducted by a gang of four armed men, who later executed them.

The Minister of Agrarian Development, Miguel Rosseto, said that the formation of armed militias in rural areas is "unacceptable". He telephoned the Governor of Maranhão, José Reynaldo Tavares, and authorities from the Ministry of Justice to call for an investigation into the deaths.

The increase in land invasions has caused concern among government agencies. The national agrarian ombudsman, Gercino Jose da Silva Filho, said that the statistics are worrying. "As the invasions increase so does the number of conflicts", he said. According to the Ministry of Agrarian Development, there were 114 invasions in the first six months of this year. Last year, there were a total of 103 invasions. Da Silva blamed the increase on a change in policy among social movements, who he alleges are now occupying land to confront their "enemies", large-scale landowners and people illegally occupying public land.

Da Silva refused to answer questions about the speed of agrarian reform under the Lula government. This year, the government has only settled 2,500 families. Marcelo Resende, the president of the National Institute of Colonisation and Agrarian Reform, also refused to comment.

2. Empörung über Freispruch der Mörder von Margarida Alves



Bestürzt reagierten die LandarbeiterInnen über die Entscheidung des Geschworenengerichts von Paraíba, das am 18. Juni 2001 den Großgrundbesitzer José Buarque Gusmão Neto freisprach. Er war angeklagt am 12. August 1983 den Mord an der Gewerkschafterin Margarida Maria Alves beauftragt zu haben. Margarida Alves bezahlte mit dem Leben dafür, dass sie sich für die Rechte der Zuckerrohrarbeitenden einsetzte, dem Großgrundbesitzer Gusmão Missachtung der Arbeitsgesetze vorwarf und ihn beim Arbeitsgericht anzeigte. Mehr als 4.000 Menschen protestierten vor dem Gericht von João Pessoa lautstark gegen die 5:2 Entscheidung der Geschworenen für einen Freispruch des Angeklagten. Nur 10 Minuten brauchten die Geschworenen für diese Entscheidung, aber den Saal verließen sie mit hängenden Köpfen und unbereubarer Beschämung. Dass sie gekauft wurden ist ebenso sicher wie Gusmãos Ruf ein Tyrann zu sein, der seine Gegner auch heute noch einfach ermorden lässt.

Unabhängig von diesem über Jahre hinausgezögerten und vor Unregelmäßigkeiten strotzenden Prozess und dem Freispruch, liegt der Fall Margarida Alves auch der inter-amerikanischen Menschenrechtskommission OEA vor. Angeklagt ist hier die brasilianische Justiz, weil sie zuzuließ, dass der Prozess über Jahre verschleppt und damit die Menschenrechte der Angehörigen der ermordeten Gewerkschafterin verletzt werden. Das Strafmaß reicht in diesem Fall von Entschädigungszahlungen an die Angehörigen bis hin zu Wirtschaftssanktionen gegen Brasilien.



Der Fall Corumbiara

Am 9. August 1995 wurden in Corumbiara 10 Landlose von der Polizei des Bundesstaates Rondônia aus dem Hinterhalt ermordet. Die Opfer gehörten zu einer Gruppe von 300 landlosen Familien, die 300 Hektar der 18.000 ha großen Fazenda Santa Elina, ein Großgrundbesitz ungeklärter Eigentumsverhältnisse, besetzt hielten.

Die Landlosen wurden Opfer barbarischer Gewalt: Die Polizei griff ihr Lager im Morgengrauen an und begann ohne jede Vorwarnung auf die unbewaffneten Männer, Frauen und Kinder zu schießen. Den Männern wurden die Hände auf dem Rücken gefesselt, sie wurden getreten, mit Knütteln geschlagen, Hände und Füße wurden ihnen durchgehoben. Die Kinder wurden gewaltsam von den Frauen getrennt und auf die Ladefläche eines LKW geworfen, von wo sie an ihren Eitern begangenen Grausamkeiten mit ansehen mußten.

Sieben der zehn Todesopfer, darunter ein siebenjähriges Kind, waren durch Schläge mit Gewehrkolben gefoltert und sodann aus kürzester Entfernung auf die unbewaffneten Männer, Frauen und Kinder zu schießen. Den Männern wurden die Hände auf dem Rücken gefesselt, sie wurden getreten, mit Knütteln geschlagen, Hände und Füße wurden ihnen durchgehoben. Die Kinder wurden gewaltsam von den Frauen getrennt und auf die Ladefläche eines LKW geworfen, von wo sie an ihren Eitern begangenen Grausamkeiten mit ansehen mußten.

Sieben der zehn Todesopfer, darunter ein siebenjähriges Kind, waren durch Schläge mit Gewehrkolben gefoltert und sodann aus kürzester Entfernung auf die unbewaffneten Männer, Frauen und Kinder zu schießen.

Entfernung durch Schüsse in den Nacken oder Rücken regelrecht hingetrichtet worden.

Die Verantwortlichen wurden bis heute nicht zur Rechenschaft gezogen, bislang wurden nur gegen drei Polizisten Ermittlungen aufgenommen. Sie kommen nur schleppend voran, da die für das Massaker verantwortliche Polizei selbst damit beauftragt wurde.

Mit Ausnahme einiger weniger Familien, die an anderen Orten im Bundesstaat angesiedelt wurden, warten die Landlosen von Corumbiara bis heute auf Land.

Führer der Ureinwohner in Brasilien ermordet

São Paulo, den 21.5.1998 (FOLHA DE SÃO PAULO, port.; Internet-Fassung)

(Auszüge) "Francisco de Assis Araújo, 46, der Führer der Ureinwohner-Ethnie der Xucuru, bekannt als 'Cacique Chico', ist am Morgen des 20. Mai in Pesqueira (214 Kilometer von Recife) vor dem Haus seiner Schwester erschossen worden. Nach Angaben des CIMI (Rat für die Missionierung der Ureinwohner) steht der Tod des Führers der Ureinwohner in Verbindung mit Auseinandersetzungen um Ländereien in der Region. Die Xucurus beanspruchten ein Gebiet von 27.555 Hektar in der Stadt. Derzeit hält die Ethnie (nahezu 7.500 Personen) 2.000 Hektar dieser Gesamtfläche besetzt. CIMI sagt, den Rest besäßen 181 Farmbesitzer."

In einer schriftlichen Mitteilung, die am Nachmittag des 20. Mai in Brasília veröffentlicht wurde, und in der der Tod des Führers verurteilt wird, beschuldigt CIMI Präsident Fernando Henrique Cardoso der Vernachlässigung seiner Verantwortung bei der Demarkation, Beaufsichtigung und dem Schutz von Ländereien der Ureinwohner.

Nach Angaben des Polizeichefs von Pesqueira, Cleodion Coelho, wurden auf "Chico" sechs Schüsse abgegeben, als er einem Fahrzeug des Modells (Lada) Niva (das der Ethnie gehört) entstieg. Die Polizei hat in Erfahrung gebracht, daß der Täter "groß und blond" sei und sich nach den Schüssen "rasch entfernte". Am 20. Mai entsandte die Bundespolizei ein Ermittlerteam, um den Fall zu untersuchen.

Die Xucurus befinden sich in einer Stimmung des Aufruhrs. "Dies ist ein weiteres Verbrechen gegen unser Volk. Wir hoffen, dies wird nicht ungestraft bleiben, wie so viele andere Verbrechen", erklärte Ratsmitglied Antonio Pereira (PSB/Sozialistische Partei Brasiliens), ein Angehöriger der Ethnie und Vetter des ermordeten Führers. "Chico" war einer der bedeutendsten Führer der Ureinwohner im Nordosten und Koordinator von APOINME (Stimme der Ureinwohner im Nordosten, Minas Gerais und Espírito Santo) ...

"Chico" hatte an Konferenzen zur Erörterung der Ureinwohnerfrage in Frankreich und Schweden teilgenommen. Er wurde in direkten Wahlen zum Führer Xucurus-Ethnie gewählt. Bei den Gemeindevahlen von 1994 hatten die Xucurus den Angehörigen der Ethnie, Antonio Pereira, der von "Chico" unterstützt wurde, als Ratsmitglied für die PSB gewählt.

Der Rechtsberater des CIMI, Sando Lobo, erklärte, das von den Xucurus beanspruchte Gebiet sei 1995 von der FUNAI (Nationale Ureinwohnerbehörde) demarkiert worden, aber im folgenden Jahr wurde die Grenzfestlegung durch eine gerichtliche Anordnung auf Antrag von Farm- und Grundstückseigentümern beim STJ (Berufungsgericht) annulliert. (Ger/IM)

Menschenrechtsverletzungen Trabalhador rural é assassinado na Paraíba



O trabalhador rural Sandoval Alves de Lima, uma das lideranças do conflito de terra envolvendo a Fazenda Antas de propriedade de Severino Ramos (Bastardos) e um dos cinco "marcados para morrer" foi assassinado por volta das 13:30 horas do 9 de setembro no povoado de Barra de Antas, Município de Sapé. Os outros que fazem parte da lista dos "marcados para morrer" são: Josenildo Carreiro de Melo, João Vitor de Oliveira Neto, Antônio Epitácio da Costa e Manoel Paulo. No dia 9 à tarde, Sandoval se encontrava com alguns companheiros conversando em frente a um bar, quando foi atingido com o tiro de uma espingarda 12 no peito esquerdo, a uma distância de quatro metros. Após o disparo, o assassino, um pistoleiro chamado Rubem, fugiu a cavalo, gritando que não ia ficar só neste assassinato e que ainda havia na lista mais quatro pessoas para morrer. Rubem prestava serviços para o proprietário e comerciante Jorge Rodrigues, amigo íntimo de Bas-

BRAZIL: January 23, 2002

SAO PAULO - The leader of Brazil's main pressure group for landless rural workers was shot once in the shoulder as he escaped an ambush in the west of Sao Paulo state on the weekend, a member of the group said.

Jose Rainha Junior, the general coordinator of the Landless Movement (MST), was attacked as he left a farm in Pontal de Paranapanema, 159 miles (256 km) west of Sao Paulo, which had been invaded by MST members earlier in the day.

"There was an ambush with three armed men," Rainha told local Globo TV from his hospital bed. "One took out a gun and said 'Rainha, your time is up,' and started shooting. I got out of the car and started running zig-zag.... I jumped into a hedge and realized I had been hit."

An MST human rights representative earlier said Rainha was ambushed by the brother of the owner of the farm and 18 hired gunmen on horseback.

Rainha was receiving treatment for a light wound in his right shoulder, he said. Several other MST members who were with him were also being treated for minor injuries.

The MST, one of Brazil's few strong advocacy groups, advocates illegal occupation of unused farmland for poor rural workers in this country of 170 million people, in which a handful of the rich own the vast majority of arable land.

Protests by Brazil's landless have periodically led to violent confrontations with the police. In the most violent in recent times, 19 rural workers were killed by military police during a land occupation in the Amazon in 1995.

fia kill two in the south of Para - 01/10/2003

Locality: Belém - PA

Source: O Liberal

Link: <http://www.oliberal.com.br/index.htm>

A father and son were shot dead and three other people injured during an ambush at the Santo Antonio farm in Cumaru do Norte in the south of Pará. The police are investigating but as yet have no clues about the identities of the gunmen. The crime occurred during the early hours of the morning on 3 January. The victims were Edenerval Vieira dos Santos and his fifteen year-old son Raimundo Félix Vieira. The three injured men are Marcelo Pereira de Carvalho, Deuzivaldo Neto da Silva and Edivan da Silva Rodrigues. The men were carrying out a topographical survey of the area. They were ambushed by gunmen hidden in the forest.

The case is further evidence of the growth of organised crime in the region, where impunity results from the omissions and sometimes connivance of local police. The ambush occurred close to the Tres Poderes farm, already the scene of earlier murders. The farm is rich in minerals and is being developed by a Japanese company in a \$10 million dollar project.

Local farmers are paying gunmen to invade other properties in the region. This "Land Mafia" is said to be controlled by important businessmen from the south of the state.

The police have been criticised for using "obsolete weapons" in the face of highly-organised gangs using airplanes, bombs and sub-machine guns.



another rural leader killed in Para - 04/08/2003

Locality: São Paulo - SP

Source: O Estado de S.Paulo

Link: <http://www.estado.com.br/>

President of agriculturalists' association is the fourth victim in the state this year

Police in the south of Para are investigating the murder of the president of the Central Union of Small and Medium Rural Producers of Marabá, Jorge Luiz Ribeiro Machado. Machado, 46, was also president of the Vila Cupu settlement. He was shot in the face while driving his truck in an ambush on Saturday afternoon

He is the fourth trade unionist to be murdered in the region this year.

Machado's death has angered local residents. He was also the owner of a logging company, and as one of the community's richest residents, was well-known for his generosity. He recently donated a generator to the settlement and employed a number of local men.

With links to the Federation of Agricultural Workers (FETAGRI), Machado fought for the rights of more than 100 families living at the Vila Cupu settlement. "We have lost a great friend, who always fought for agrarian reform", said Antonio Carvalho, co-ordinator of FETAGRI in the south of Para.



Murder witness killed in Para - 11/09/2002

Locality: Brasília - DF

Source: CONTAG

Link: <http://www.contag.org.br/>

Brasília - One of the principal witnesses to the murder of the trade union leader Jose Dutra da Costa, Magno Fernandes do Nascimento, aged 39, was shot dead in the early hours of yesterday morning in Rondon do Pará. The leaders of the Rural Workers Union in Rondon believe that the murder was a contract killing. Magno had been the first person to arrive at the scene of the murder of the trade union leader known as "Dezinho" in November 2000 and helped to capture the gunman, Wellington de Jesus.

Magno was Dezinho's neighbour and testified in the trial of Wellington de Jesus in April last year.

Endlich Sklavenbefreiung

Die Regierung Lula attackiert neofeudale Großgrundbesitzer: In 45 Tagen wurden über 800 Sklavenarbeiter befreit. VON KLAUS HART, SÃO PAULO

Schauplatz ist der Amazonasteilstaat Pará, mehr als dreimal so groß wie Deutschland. Hier liegt die Riesenfazenda Santa Ana. Jeeps einer Spezialeinheit der Bundespolizei preschen heran, Beamte mit Maschinenpistolen stürmen den feudalen Herrnsitz und überwältigen bewaffnete Wächter. Rasch finden sie in den Pflanzungen, wonach sie suchen, und befreien über 140 Sklavenarbeiter. Der Fazendabesitzer Augusto Farias, ein früherer Kongressabgeordneter, und seine Frau Eleuza reagieren arrogant. Lohn, gar Entschädigung für die befreiten Sklavenarbeiter, wie es die Gesetze vorschreiben, kämen gar nicht in Frage. Doch jetzt, nach dem Amtsantritt des Präsidenten Luis Inacio »Lula« da Silva, weht ein anderer Wind. Beide, dazu fünf ihrer Gutsverwalter, werden verhaftet und ins nächste Gefängnis gebracht, sofort werden ihre Konten blockiert.

Kaum zu glauben, aber auch diese Sklavenfazenda wurde wie viele andere aus öffentlichen Mitteln kräftig subventioniert. Unter Lulas stramm neoliberalen Vorgänger Fernando Henrique Cardoso, hoch gelobter Ehrendoktor der FU Berlin und Großgrundbesitzer, lief es anders: Für jeden Sklavenarbeiter hätte der Fazendeiro Farias in der »größten Demokratie Lateinamerikas«, dem Hauptempfangsdeutschen Kapitals in der sogenannten Dritten Welt, wenn überhaupt irgendwas, nur ein lächerliches »Bußgeld« von umgerechnet rund 90 Euro zu

Ihr Regionalleiter ist Henri des Roziers, 73 Jahre alt, Dominikaner, Menschenrechtsanwalt, befreiungstheologisch orientiert, geboren in Paris. Seit 24 Jahren lebt er im archaischen Hinterland von Pará, im wilden Westen Brasiliens mit Schlammstraßen, schwüler Hitze über 40 Grad, von Rio de Janeiro oder São Paulo über 3 000 Kilometer entfernt. »Erstmals zeigt eine Regierung den echten politischen Willen, die Sklavenarbeit restlos auszutülgeln«, sagt Roziers zur *Jungle World*. »Seit Januar ist diese Spezialeinheit pausenlos im Einsatz. Unter der vorigen Regierung kam sie nach unseren Anzeigen meist viel zu spät. Da hatten die Fazendeiros schon Lunte gerochen

»Erstmals zeigt eine Regierung den echten politischen Willen, die Sklavenarbeit restlos auszutülgeln.«

MENSCHENRECHTSANWALT
HENRI DES ROZIERIS

und alle Sklavenarbeiter davongejagt. Bisher blieben die Schuldigen so gut wie immer straffrei, das war das große Problem. Doch jetzt lassen sich die Justizbehörden und die Polizei nicht mehr einschüchtern.

Roziers erhielt zahlreiche Morddrohungen, denn die Macht der neofeudalen Großgrundbesitzer wurde bis-

Regierungs- und Pastoralangaben zufolge sind derzeit in ganz Brasilien noch mindestens 25 000 Menschen betroffen. Allen passierte fast das gleiche. Anwerber, im Volksmund »Gatos« (Kater) genannt, versprechen Männern oder auch ganzen Familien aus den Elendszonen des Nordens und Nordostens gute Löhne, einen Arbeitsvertrag und beste Unterbringung auf weit entfernten Fazendas. Springen die Leute nach teils tagelanger Fahrt dort vom Lkw, sind sie in der Falle und werden auf verschiedenste Weise versklavt. Bewaffnete Aufseher machen klar, dass ab sofort gratis gearbeitet wird.

Oder auf der Fazenda eröffnen Anwerber und Aufseher, dass vor irgendeiner Lohnzahlung erst einmal die Kosten für Transport, Arbeitsgeräte, Unterbringung, völlig überbeuerte Nahrungsmittel abgetragen werden müssen, sodass alle beim Großgrundbesitzer zunächst beträchtliche Schulden haben. Diese werden ebenso wie das Leistungspensum unverschämte hoch angesetzt. Vor den Pistolenmännern mit den Killergesichtern darüber zu diskutieren, ist nicht ratsam. Jeder Landarbeiter kennt die brutalen Sitten, die der Kolonialzeit entstammen. Angeworbene werden oft jahrelang festgehalten und kriegen keinen einzigen Centavo zu sehen; sie können froh sein, wenn sie überhaupt irgendwann heil wieder wegkommen. Auf der ganzen Welt stehen rund 20 Millio-



Rund hundert Jahre nach der offiziellen Abschaffung der Sklaverei: der 1998 befreite Sklave Joao Manoel Alves Paes

entrichten. Kein Wunder, dass sich er tappte Großgrundbesitzer nicht abschrecken ließen, oft dieselben, gerade befreiten Arbeiter wieder zu versklaven. Jetzt sind etwa 800 Euro fällig. Eigentlich immer noch viel zu wenig.

Cardoso schonte in acht Amtsjahren die neofeudalen Sklavenhalter und ließ den modernen »Escravidão« (Sklaverei) wieder wachsen. Dass da im fernen Brasilien ganze Familien sogar mit ihren Kindern schufteten müssen, bewacht von Aufsehern mit Gewehren und scharfen Hunden, das war auch kein Thema für die rot-grüne Regierung in Deutschland. Claudia Roth, Joseph Fischer und dem Kanzler war das bei ihren Besuchen nie einen Protest wert. Wirtschaftsinteressen genießen wie unter Kohl absolute Priorität.

Die Landarbeiter von Santa Ana kommen vorerst in ein Auffanglager der katholischen Landpastoral CPT bei Redenção. Dort werden bereits mehrere hundert andere ehemalige Sklaven betreut. Die Experten der Menschenrechtsorganisation Pastoral hatten gegen die Sklavenfazenda eine Anzeige erstattet.

lang nie angetastet. Sein Pastoralkollege Chavier Plassat, ebenfalls Franzose aus Lyon, Dominikaner, Anwalt, steht auch auf einer Todesliste. Er konstatiert Überraschendes: »Viele von diesen Fazendeiros haben erstmals richtig Angst. In nur 45 Tagen wurden allein in Pará immerhin 827 Sklavenarbeiter befreit, die Anzeigen stammten zu über 90 Prozent von uns. Verhaftungen, Kontensperrung – alles wird gleich vor Ort entschieden. Behörden, Ministerien und das Staatssekretariat für Menschenrechte gehen koordiniert vor; sie arbeiten gut mit uns zusammen. Bei der vorigen Regierung passierte genau das Gegenteil. Da schont man hohe Politiker, die auf ihren Farmen Sklavenarbeiter hatten, und drückte ein Auge zu.«

Seit Lula da Silva Anfang Januar in den Präsidentenpalast von Brasília einzog, wurden zehn Bundesanwälte der Sklavereibekämpfung zugeteilt. Sie haben reichlich zu tun.

nen Menschen in solcher Schuldsklaverei.

Viele Sklavenarbeiter Brasiliens, so der Dominikaner Plassat, werden schon beim kleinsten Fluchtversuch ermordet, den anderen zur Abschreckung. Andere werden gefoltert, durch Schläge mit dem Ochsenziemer etwa. Nach erfülltem Pensum, dem Abholzen von Amazonasurwald, dem Einzäunen von Weideland, werden manche Sklavenarbeiter einfach ermordet und verscharrt. Das im März verkündete Maßnahmenpaket Brasiliens zur Austilgung des »Escravidão«, so Plassat, basiere weitgehend auf Vorschlägen und Forderungen der Landpastoral. Die Regierung verlange jetzt vom Nationalkongress, Gesetze über strengere Strafen rasch zu beschließen. »Wir sind derzeit sehr optimistisch. Aber wenn die Regierung von ihrer jetzigen Linie abweichen sollte, würden wir sie natürlich kritisieren und Druck machen, so wie früher.«

Die spezielle Problematik der indigenen Bevölkerung

Landproblematik bei den indianischen Völkern Brasiliens - leider immer noch aktuell

Assim reza no art. 231 "São reconhecidos aos índios sua organização social, costumes, línguas, crenças e tradições, e os direitos originários sobre as terras que tradicionalmente ocupam, competindo à União demarcá-las, proteger e fazer respeitar todos os seus bens"



Nach Artikel 231 der Verfassung werden den Indianern ihre Sozialorganisation, Bräuche, Sprachen, Glauben und Traditionen, sowie die originären Rechte über das Land, das sie traditionell bewohnen anerkannt. Der brasilianische Staat ist verpflichtet das Land zu demar-

kieren, zu verteidigen und darauf zu achten, daß ihre Rechte von allen respektiert werden.

At the height of Brazil's "economic miracle" in the late 1960s, a road project designed by the military government cut through the forest of the Panará indigenous people in the heart of the Amazon. Over two-thirds of the small community of 350 died, almost overnight, from the new diseases the whites brought. The 79 demoralized survivors were transferred to the Xingu Indigenous Park, 120 miles away. Nearly 20 years later, a group of Panará returned to their traditional territory, only to find much of it destroyed by goldminers, ranchers and colonization projects. In 1994, the government, in response to a lawsuit brought by the community, began the process of legal recognition (or "demarcation") of the Panará's 1,210,790-acre territory in northern Mato Grosso and southern Pará states. Today, the Panará have a village, an airstrip and gardens in their tropical forest land.

Indigenous land rights are being hotly contested in Brazil today. For the great majority of indigenous peoples, securing legal rights to their lands is the most pressing issue. Land is the subsistence base of indigenous groups, whether they are hunters and horticulturalists in the Amazon or small farmers in the northeast. It is also what most unites Brazil's 206 indigenous societies, faced everywhere by outside interests that would exploit, restrict or occupy their territory.

This, in the aggregate, is the dilemma of Brazil's indigenous peoples: they are 0.2% of the national population, living in 546 areas, speaking 170 languages, and with legal rights to about 11% of the national territory, much of which is rich in natural resources.¹ Nearly 99% of indigenous land in Brazil is in the Amazon, occupying more than 18% of the region, but little more than half of the indigenous population lives there. In the densely populated south, east and northeast of the country, almost half the indigenous population lives on less than 2% of the indigenous land.

The current struggle over land is the result, and in some ways a recapitulation, of a long history. All discussions of indigenous rights and lands in Brazil begin with the Portuguese colonization starting in 1500 and the demographic catastrophe it entailed. Estimates of Brazil's indigenous population prior to 1500 vary from between two and five million to as many as 20 million.² The new diseases brought by the Portuguese were devastating, and warfare and enslavement took an enormous toll. The process of reduction of the indigenous societies proceeded over centuries, following frontiers that accompanied various commodity booms: from dye-wood (or *pau-brasil*, origin of the name "Brazil") in the sixteenth century, to gold, precious stones, sugar and cattle in the seventeenth and eighteenth centuries,

Stephan Schwartzman is an anthropologist at the Environmental Defense Fund. Ana Valéria Araújo and Paulo Pankararú are attorneys at the Instituto Socioambiental in Brasília.

BRAZIL

The Legal Battle Over Indigenous Land Rights



Indigenous organizations

fear that ranchers and mining interests will interpret the recent revision of land-demarcation rules as open season on indigenous land.

BY STEPHAN SCHWARTZMAN,

ANA VALÉRIA ARAÚJO AND PAULO PANKARARÚ

Exploitation of indigenous land, displacement of indigenous populations and, in some cases, genocide continue today.

The isolated Canoé and Mequens peoples in Corumbiara in the Amazonian state of Rondônia are a case in point. Last September, a consultant on indigenous issues to a US\$167 million World Bank-financed "natural resource management" project in the state argued to government representatives in Brasília that resources to support efforts to establish contact with indigenous groups should be cut off because there were no more isolated indigenous peoples in Rondônia. Two days later, however, Marcelo dos Santos, a government agent for the National Indian Foundation (FUNAI), contacted 11 survivors of two Canoé and Mequens villages. Over the last decade, ranchers in the region have probably killed most of the two groups, and have certainly destroyed gardens and deforested game habitat to make way for cattle pasture.

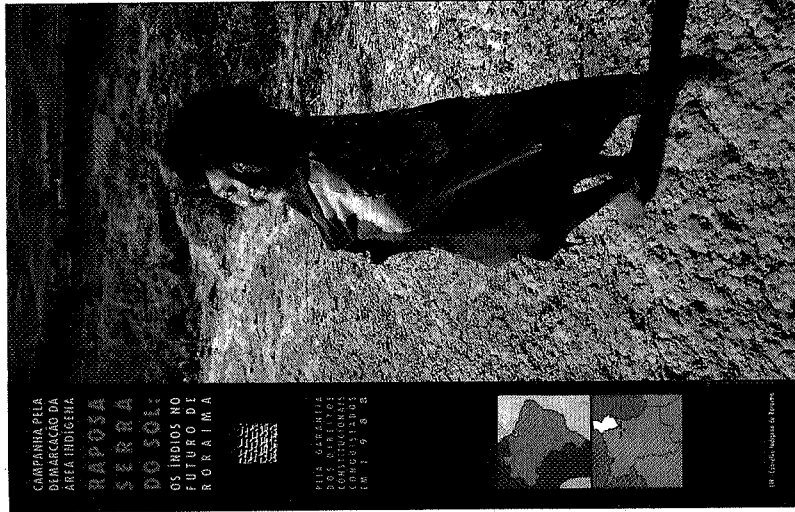
and peoples in Brazil counted about 235,000 indigenous people.³ Today, there are 270,000. Indigenous lands in Brazil, 30 years ago little more than a void on the map, are now a known quantity. Between 1990 and 1995, the area of indigenous land with complete legal documentation increased more than fourfold.

These advances in the legal recognition of indigenous land rights, particularly in developed southern Brazil, have prompted a powerful backlash. This January, the government of Fernando Henrique Cardoso revised the rules for indigenous-land demarcation, ostensibly to protect due process of law for non-indigenous claimants. The effect, however, has been to give greater voice to the landed interests that have successfully blocked demarcations or illegally occupied indigenous lands in the past. Indigenous organizations and their allies suspect that the revision aims to legalize theft. They argue that since the innovative 1988 Constitution nullifies private titles on indigenous lands, large landholders and ranchers have attacked and struck down government demarcation procedures in order to protect their illegal properties. Despite government assertions to the contrary, indigenous organizations—back the demarcation process. The Brazilian Forum in Defense of Indigenous Rights, an umbrella organization of indigenous and indigenous-rights groups, has called for the revocation of the new rules for demarcation, Decree 1775.

Paradoxically, indigenous land rights took specific shape only following the military-inspired expansion into the interior, initiated in the 1940s and 1950s but taking full force in the 1960s and 1970s. This was both a blessing and a curse. While the military government created new administrative means for legally defining indigenous areas, this occurred hand-in-hand with devastating incursions of white settlers into territory previously populated largely by indigenous peoples.

Brazil's military was propelled by a strategic vision of the need to occupy the Amazon with Brazilians lest it be overrun by foreigners.⁴ Long before any kind of economic advantage could be demonstrated for doing so, the military conceived and executed infrastructure projects of geopolitical import—roads, dams and hydroelectrics. The military planners' mandate was to rationally order the development of the interior. Hence, they saw a need both to remove indigenous groups from the path of progress, and to contain them in specified territories so that they not impede development.

Definition of indigenous land rights was also, in one sense, in the interest of those with private land claims in the Amazon. In that vast and sparsely settled region, land-tenure relations were vague and conflictual. No



An Indigenous Council of Roraima poster supporting Decree 22, which established the original land-demarcation procedure.

FUNAI is now identifying territory for the groups in the few remaining areas that have not been deforested by the half-dozen cattle ranches that occupy their lands. (Identification, the first step of the demarcation process, consists of mapping and anthropological surveys to determine the boundaries of an area.) There is evidence of some 53 still isolated groups in Brazil, probably small remnants of larger groups that have fled the settlement frontier for decades or centuries. While the majority of these isolated communities are in indigenous or other protected areas, many of them could meet the same fate as the Canoé and Mequens peoples.

For the large majority of indigenous peoples in Brazil, however, the situation is different. Over the last 30 years, indigenous peoples have become national political actors that have been able—albeit intermittently—to exercise significant clout. The demographic decline reached its nadir in the mid-1970s, and the indigenous population has increased since then. In 1990, the most systematic survey of indigenous lands

market can function in the absence of secure property rights, so clarifying land tenure was a precondition for market development.⁵ Thus, private property owners, as a group, had an interest in demarcation although as individuals they often did not.

During the 1970s and 1980s, local conflicts over indigenous lands shifted to the national and international arenas.

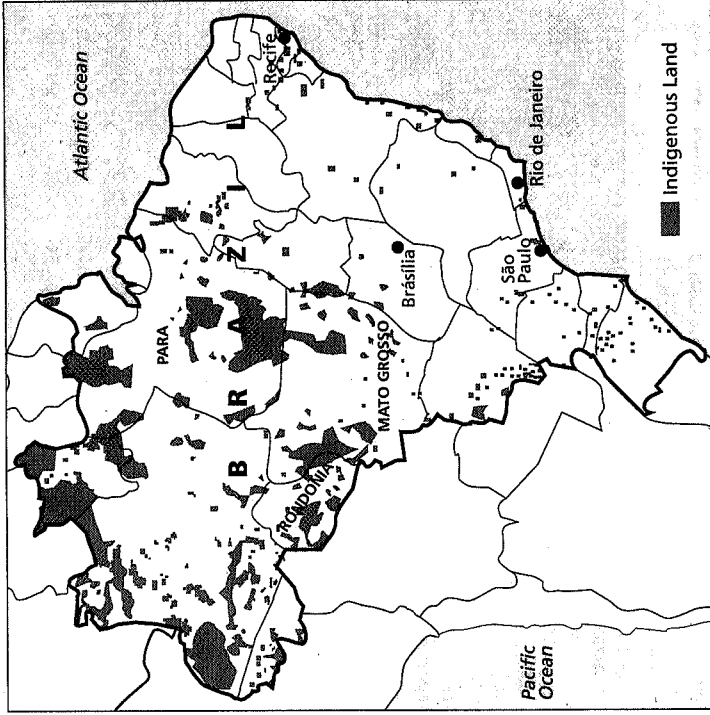
When FUNAI was created in 1967 as the government agency responsible for indigenous peoples and land, it became a magnet for local land disputes on the development frontiers of the Amazon. The FUNAI headquarters in Brasília became the scene of repeated, often public conflicts over indigenous lands in all parts of the country. Xavante, Kayapó, Pataxo, Guaraní and numerous other indigenous groups won popular support by holding demonstrations and calling reporters to witness tense standoffs between government officials in business suits and club-wielding chiefs.

Indigenous mobilizations were also supported by the emerging indigenous-rights movement. The Indianist Missionary Council (CIMI), the indigenous-rights organization of Brazil's Catholic Church, and the Ecumenical Center for Documentation and Education (CED), the largest non-governmental organization (NGO) to track indigenous issues, were both founded in the early 1970s.

In 1978, the first national indigenous organization, the Union of Indigenous Nations (UNI), was established. Indigenous leaders, especially in the south or close to regional urban centers, found support among student groups, unions, the Church and intellectuals involved in the broad popular mobilization in favor of democratization that took off in the late 1970s and early 1980s. For democratic activists, distant conflicts over indigenous land and disastrous contacts between white settlers and isolated indigenous groups like the Panará figured as the "other side" of the military development model.

Brazil's indigenous movement was also increasingly able to mobilize international support among human rights and environmental organizations. U.S. environmental groups that targeted the multilateral development banks as key leverage points in the development process quickly put indigenous rights high on their agenda in the 1980s. By creatively framing indigenous-

rights concerns in terms of opposition to predatory forms of development—the real area of mutual interest among indigenous peoples and environmentalists—indigenous leaders such as Ailton Krenak, Paulo Patakan and Davi Yanomami were able to attract a significant international constituency.



For issues such as the legal recognition of land rights which could be resolved through institutional means, the correlation of forces at the local level was inverted. Before, small indigenous communities in isolated regions stood little chance in on-the-ground conflicts with local elites. By successfully establishing alliances with both progressive sectors of Brazilian society and international activists, indigenous peoples—particularly those in the Amazon—had a stronger hand.

Yet indigenous mobilization at the national level met with serious opposition from nationalist sectors of the military, mining interests, and Amazonian regional elites. With the support of President José Sarney, the Brazilian army formulated the Projeto Calha Norte (North Tributaries Project), referring to the northern affluents of the Amazon in 1987. The plan had the following guiding principles: the reduction of large continuous indigenous areas;

restrictions on demarcations within 62 miles of national borders; the encirclement of indigenous land with national forests to smooth the way for logging and mining concessions; and the division of indigenous peoples into "forest dwellers" (*silvicultas*) and "acculturated Indians," with different land rights applying to each category.

Between 1987 and 1990, under the Calha Norte apparatus, the Yanomami's 23.5 million acre Amazonian territory was reduced by 70% and subdivided into 19 islands. Two-thirds of the original territory was thrown open to mineral exploitation by *garimpeiros* (wildcat miners). The Calha Norte project was the culmination of a series of attempts by nationalists and the right since the late 1970s to solve the indigenous problem by legalizing indigenous groups out of existence. If indigenous people could be redefined as "acculturated," then the obligations of the state towards them would cease or be restricted. If the indigenous groups were not yet assimilated, they soon would be according to the principle of the natural and ineluctable "acculturation" or disappearance of indigenous people. Hence, according to this argument, groups like the Yanomami had no need of large, continuous areas.

The attack on indigenous rights was ultimately unsuccessful in curtailing indigenous land rights. The direct opponents of indigenous land demarcation—local ranchers, goldminers, and loggers—were remote from the political and economic center of gravity. Although the Amazon is overrepresented in the Congress—the result of a maneuver during the dictatorship to assure support for the military in the national parliament—the region still has only about 10% of the national population and accounts for less than that in the Gross Domestic Product (GDP).

At the national level, direct opponents of indigenous rights had in their corner only the ultranationalist wing of the military, which sees the occupation of the Amazon as a national-security priority. The military's influence, however, waned with democratization. The shift in the locus of conflict from the local to the national level had its clearest expression in the Constituent Assembly of the mid-1980s, culminating in the passage of the indigenous-peoples chapter of the 1988 Constitution. While indigenous rights was a peripheral issue for many on the national level, it fit into



The struggle over indigenous land has shifted from the local to the national arena.

the framework of democratization and opposition to authoritarian rule. The Union of Indigenous Nations (UNI), backed by a coalition of the Catholic Church, NGOs, unions, professional organizations and indigenous legislators, succeeded in negotiating a text containing strategic conceptual advances. The UNI campaign prevailed against the sustained efforts of the military-intelligence community and mining interests in particular to ensure that the Constitution contained grounds for restrictions on indigenous rights and reductions in indigenous territory.

The new Constitution, rejecting the notion of natural assimilation, recognizes the rights of indigenous peoples to "their social organization, customs, languages, beliefs and traditions, and the original rights to the lands they traditionally occupy, it being incumbent on the Union to demarcate them, to protect and ensure respect for their goods." By "original rights," the framers of the Constitution meant that indigenous peoples were the original owners of the land, and hence that their rights precede any administrative act of government. The government is obligated to demarcate their lands, but the rights of indigenous peoples are neither created by government action, nor annulled by lack of it. Private land titles on indigenous lands are therefore nullified in the text. For the first time, indigenous rights assumed a permanent character. The new Constitution further stipulated that the Federal Attorney General's Office defend the interests of indigenous peoples in court, and that the indigenous groups could take legal action themselves.

The new Constitution paved the way for both the dismantlement of the Calha Norte project, and significant advances in indigenous-land demarcation. (Demarcation consists of the identification of an area by FUNAI, the establishment of the area's boundaries through a decree signed by the justice minister, physical demarcation, ratification by the president, and registration in the land office.) After 1988, indigenous groups increasingly fought their battles over land in court, as well as on the ground.⁷

Today 205 indigenous areas, covering over 106 million acres of indigenous land, are registered in regional land offices and/or in the Service of the Patrimony of the Union (SPU). In other words, this land has full legal recognition, with documentation equivalent to that of any legitimate piece of private property. There are a further 261 areas that have some level of legal recognition, covering an additional 114 million acres. When Brazil's first indigenous agency, the Indian Protection Service (SPI), closed in 1967 amidst a massive corruption scandal, probably not more than 10% of this land, at a general estimate, was acknowledged. The overwhelming majority of Brazil's indigenous land has been so classified since that time. There are 80 areas in which the

demarcation process has not yet started. There are also some isolated groups, most of which are probably very small, that live outside of areas slated for demarcation. All the currently unrecognized land is probably no more than one-tenth the size of the area that already has some level of recognition.

The demarcation process is in fact closer to completion than critics on either the left or the right typically concede, for opposing reasons. The left—loosely, the Catholic Church, NGOs, a few politicians, and more recently indigenous organizations—has understandably wanted to maintain pressure on the government and therefore emphasizes what has not been done. The right—ranchers, agribusiness, mining interests, and their political allies—is likewise far from admitting that demarcation has advanced, and that the total area of indigenous land in Brazil is a known quantity with a marginal area of uncertainty. Rather, the right insists that indigenous land could be anywhere, an argument known as the “Copacabana syndrome”—give the indigenous people this area, and next they’ll want Copacabana beach.

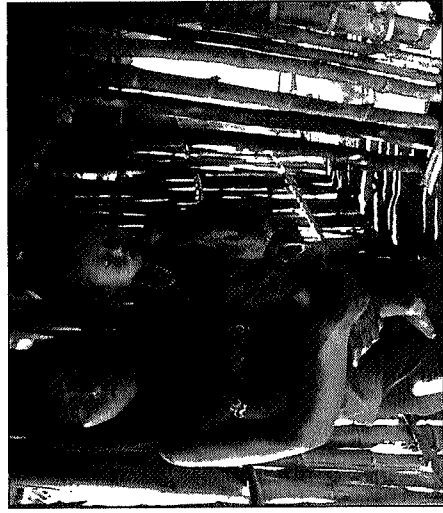
Legal demarcation, however, is only a first step. It is a necessary, but ultimately insufficient condition for the actual protection of indigenous lands. Perhaps 80% of the recognized indigenous areas in Brazil suffers some form of invasion by loggers, miners, ranchers, small farmers and landless peasants, or is infringed upon by roads, dams, power lines and railroads.⁸ On-the-ground struggles typically continue after demarcation. For example, over the same period that the majority of demarcations were carried out, mahogany and other hardwood logging in the Amazon increased more than fivefold. Likewise, gold mining soared, with increasing shares coming from indigenous land.

FUNAI was in fact responsible for introducing logging to various indigenous areas in the mid-1980s in a series of contracts later overturned in federal court as harmful to indigenous interests. The logging operations typically continued, however, as companies cut local deals with indigenous leaders, or engaged in outright theft. In the high-profile Yanomami area, successive police removal operations have reduced the number of miners in the area from perhaps 45,000 in 1987 to a few thousand today. But on the whole, legal advances have translated unevenly into concrete protection.

In recent years, the tide of public opinion has begun to turn against indigenous peoples. The indigenous cause in the late 1980s was symbolically prominent and enjoyed wide support, in part stimulated by international press coverage. The 1988 Congress was the major institutional force for change, completing the task of redemocratization and ending the military dictatorship. Having achieved its goal, the broad pro-democracy

movement that had supported indigenous rights dispersed.

While indigenous groups have more or less the same national allies, the indigenous-rights agenda no longer



A Guarani woman and her child in their home in the southern state of Mato Grosso do Sul.

has wide public support. During the Earth Summit in 1992, Brazil’s largest newsweekly *Veja* ran a sensationalistic cover story on allegations of rape against Paikakan, an internationally lauded Kayapó leader. From that point on, the national media took an increasingly anti-indigenous bent. By 1994, enemies of the indigenous peoples could call the 23.5 million acre Yanomami territory or the 12.4 million acre Mekragnoti Kayapó area “iatifundia,” and find echo in the national media.

At the same time, gains in land demarcation since the passage of the 1988 Constitution have brought indigenous peoples on the national level into conflict with better-established interests than they had previously faced. With a few notable exceptions, the Congress by 1994 had become a collection of regional, local and even individual patronage interests. The executive branch replaced the Congress as the force for change. The issues, however, were no longer democracy and civil rights, but “government,” efficiency and economic stabilization.

After 1988, the federal courts, particularly in Brasília, garnered a reputation for impartiality, overturning for example the fragmentation of the Yanomami reserves. Indigenous groups and their advocates won a series of decisions against illegal loggers and miners in indigenous areas in the Amazon. The judicial winds began to shift, however, in lawsuits involving land in the south and northeast, brought by landholders who in some cases could show regular land titles dating back to the beginning of the century.

The first indication of the new trend came in 1993, when the Superior Federal Appeals Court annulled an

item of the demarcation of the Jacaré de São Domingos area of the Potiguara in Paraíba state in northeastern Brazil. The court ruled that the demarcation of the area was illegal, since it violated the rights of the holders of registered land titles.

The Sete Cerros legal case, involving the Guarani, Brazil’s largest indigenous group, has become the fulcrum of the national debate on these issues. In the past, the Guarani occupied an immense territory in what is now Brazil’s industrialized eastern coastal and southern regions. Today, they live in miniscule, crowded reserves. Some 2,000 Guarani occupied the 22,230 acre Sete Cerros area in the southern state of Mato Grosso do Sul until the mid-1970s, when ranchers from Sattin S/A Agropecuária e Imóveis violently drove them out of the region.



The demarcation process remained frozen during most of President Cardoso’s first year in office.

by the Nucleus for Indigenous Rights (NUI), went to court to compel FUNAI to remove the ranch. Complex legal battles raged until March, 1994, when the Supreme Court upheld the Guarani’s right to occupy the area. The Guarani, accompanied by federal police and former FUNAI president Claudio Romero, removed the ranch employees and the hired gunmen. The Court’s decision, however, was procedural, and lawsuits by both ranchers and the Guarani remained pending.

The strategy of Sattin’s lawyers was to attack the government procedure for demarcation of indigenous land, called Decree 22/91, alleging that it violated due process of law. They argued that the legal process of demarcation was unconstitutional because it denied the ranchers the right to contest government action, a right guaranteed in the Constitution. The Supreme Court, divided over the issues, put off making a decision.

Justice Minister Nelson Jobim then proposed revising the decree. As a private lawyer and congressional representative (from the catch-all Brazilian Democratic Movement Party), Jobim had previously argued that Decree 22 was unconstitutional. He announced that he intended to give private landholders, states and counties a fixed period of 90 days after the identification of an area to submit documentation of their claims. The government would then have 90 days to respond. All

indigenous lands not registered in land offices (the final step in the demarcation process in the Minister’s understanding) would be subject to possible revision as well. Not to make these changes, argued Jobim, would court disaster. If the Supreme Court were to find Decree 22 unconstitutional in the Sete Cerros case, then all the areas demarcated under it could be challenged, undoing the legal recognition they had attained. On January 8, 1996, the government published Decree 1775, its revision of Decree 22.

President Cardoso, while broadly defending indigenous land rights, has said little on the issue, usually deferring to Jobim. The demarcation process remained paralyzed for most of the first year of his administration. In late 1995, Cardoso did, however, appoint former Congressman Márcio Santilli as president of FUNAI. Santilli has considerable credentials as a supporter of indigenous rights: he was a founder of the Nucleus for Indigenous Rights, and executive secretary of the Instituto Socioambiental.

Regional elites expect Decree 1775 to reduce indigenous land. The governor of Pará confidently predicted

Support Organizations

Instituto Socioambiental, SHIS QI 11 bloco K sala 65, 71625-500 Brasília, DF, Brazil. isadf@ex.apc.org

The Instituto Socioambiental, formed in 1995 from the merger of the indigenous-peoples program of the Ecumenical Center for Documentation and Information and the Nucleus for Indigenous Rights, was founded to propose integrated solutions to social and environmental problems.

Environmental Defense Fund, 1875 Connecticut Ave. NW, #1016, Washington, DC 20009. steves@edf.org

The EDF International Program tries to influence the policies and programs of multilateral financial organizations, and has, since 1985, worked with grassroots groups and NGOs in Brazil on indigenous rights and environmental issues.

Amanaka’s Amazon Network, 584 Broadway #904, New York, NY 10012. 212-925-7743 (fax)

The Amanaka’s Amazon Network, founded in 1990, supports indigenous and forest peoples’ organizations in Brazil through international campaigns such as Amazon Week.

Amazon Coalition, 1511 K St., Suite 627, Washington, DC 20005. amazoncoal@igc.apc.org

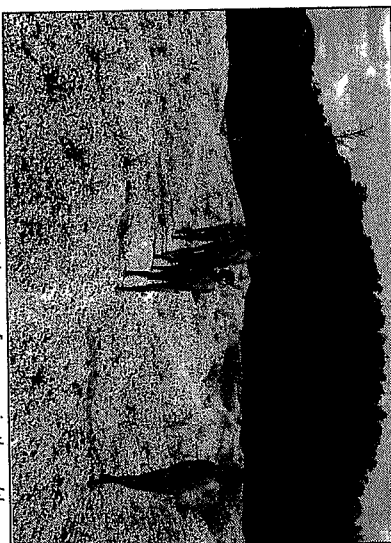
The Amazon Coalition, created in 1994, unites over 80 organizations in support of indigenous peoples and other traditional peoples’ organizations in the Amazon Basin.

that "considerable expenses of already legalized indigenous land would be reviewed." Sartin Agropecuária e Imóveis suspended its case for the annulment of the Sete Cerros area. After personal contacts with Jobim, the company's lawyer declared that steps underway in the Ministry of Justice would meet his client's objectives. While Jobim and the President have repeatedly affirmed that no demarcated indigenous land will be reduced (although contestants may be indemnified if their claims are found to be legitimate), this is not the message that the national and regional media are sending out.

Few in Brazil oppose the principle of administrative revision of Decree 22, or of introducing the "right to contest." Such a revision should make the process more transparent. Anti-indigenous interests have historically done well lobbying privately and out of the light of public scrutiny. After all, 341 areas still await demarcation or completion of the demarcation process, in spite of the constitutional mandate to complete the process by 1993. Decree 1775 will force the opponents of indigenous areas to produce their evidence and publicly state their case within strict time limits.

What indigenous-rights advocates find inadmissible is that only areas registered in the land office will be exempt from challenge. More than half of the indigenous land in Brazil—including demarcated areas ratified by the president but not yet registered—may be subject to reduction. Many unregistered areas could become mired in complex and expensive legal proceedings for financial compensation, sparking a veritable "indemnification industry." In the worst-case scenario, the new decree could open a juridical Pandora's box that the executive would not be able to control even if it were so inclined.

The new decree could even bring about precisely what it was intended to prevent: states, counties and private claimants in the areas already registered could deluge the courts with suits calling for the annulment or reduction of indigenous areas. Lawyers for landed interests will argue that the indigenous areas were created under rules that the



Yanomami in northern Brazil. The use of mercury in the gold-mining process has destroyed rivers and turned rainforest into barren desert.

government has admitted were unconstitutional. This is why exempting only registered areas from revision may prove a fatal error. Legal experts think that registration is less important legally than presidential ratification. Thus, allowing challenges to areas ratified by the president may open registered areas as well to legal challenge.

Indigenous-rights advocates also argue that the revision will legitimize the expropriation of indigenous lands under the pretext of due process. Indigenous organizations fear that miners, loggers, ranchers and farmers across Brazil will interpret the revision as open season on indigenous land, leading to violent conflicts.

At the moment, one can only speculate about the probable consequences of Decree 1775. The outcome will depend on a number of factors: FUNAI's ability to respond to legal challenges by private claimants of indigenous lands; the government's willingness and capacity to staunch a potential wave of invasions of indigenous lands; and the ability of indigenous groups and their supporters in Brazil and abroad to exert effective pressure. As of the end of January, two challenges to indigenous areas have been filed with FUNAI, but the full count could be much greater. Indigenous organizations have called for an international campaign for the revocation of Decree 1775.

The prospects for indigenous peoples, however, may not be as bleak as they seem. Indigenous lands will only be reduced if it can be proven that they are not "lands traditionally occupied by Indians" as defined in the Constitution of 1988. The real battle, on the legal level, may well be over the meaning of this phrase. The on-the-ground struggles of groups such as the Guarani of Sete Cerros and the Panará will no doubt affect the outcome in the courts.

In any event, it will be difficult for the Brazilian government to sustain before national and international public opinion that the country's indigenous people must bear the cost of government negligence. A broad range of factors brought about recognition of indigenous land rights in Brazil: indigenous population growth, stronger indigenous and indigenous-rights organizations, national and international alliances, and the local resistance of thousands of indigenous people. It is unlikely that a single act of government can reverse these larger processes. ■



Die in ILO-Konvention 169 festgelegten Grundrechte

Die ILO 169 setzt Grundrechte für indigene Völker und "Stammesvölker" fest und legt den Unterzeichnerstaaten umfassende Verpflichtungen auf. In sieben Artikeln beschäftigt sie sich speziell mit Fragen des Landbesitzes und der Ausbeutung von Rohstoffen, mit Fragen also, die für viele indigene Völker von existentieller Bedeutung sind. Im einzelnen enthält das Abkommen:

- volle Gewährleistung der Menschenrechte und Grundfreiheiten ohne Unterschiede (Art. 2, 3),
- Recht auf kulturelle Identität (Art. 4),
- Recht auf gemeinschaftliche Strukturen und Traditionen (Art. 4),
- Recht auf Beteiligung bei der Findung von Entscheidungen, die diese Völker betreffen (Art. 6),
- Recht auf Gestaltung der eigenen Zukunft (Art. 6, 7),
- Gleichberechtigung vor Verwaltung und Justiz, (Art. 2, 8, 9),
- Recht auf Land und Ressourcen (Art. 13-19),
- Recht auf Beschäftigung und angemessene Arbeitsbedingungen (Art. 20),
- Recht auf Ausbildung und den Zugang zu den Kommunikationsmitteln (Art. 21).

ILO convention on Indian rights goes into effect in Brazil

12:00 Brasília, 8/12/2003 (Agência Brasil - ABr) - After 10 years of waiting, the International Labor Organization Convention 169 now goes into effect in Brazil. It will strengthen Indian rights by making changes in the way natural resources are protected on Indian reservations, ensuring that Indians get specialized education and defining national demarcation policy for Indian lands.

This week the ILO sponsored a public audience on the convention and its application in Brazil. The audience was attended by representatives of the Judiciary and Executive branches, and Indian leaders who drew up a document calling for the urgent implementation of the convention. The document is addressed to the United Nations and Brazilian authorities.

"Ratification of the Convention 169 is very important because it improves on Brazilian legislation dealing with the Indian," says Eduardo Almeida, the president of the Indian Foundation (Funai).

Meanwhile, the president of the Brazilian Indigenous Institute, Azelene Kaingaing, says she believes the new legislation, which includes recognition of Indian civil rights, will ensure that Indians can actively participate in public policy decisions. Kaingaing points out that existing legislation, the 1973 Indian Statute, considers Indians incapable of exercising civil responsibilities.

The audience held an extended discussion on Indian worker rights. According to Wilson Matos, a lawyer who is a member of the Kaioá tribe, in the state of Mato Grosso do Sul some 16,000 Indians work under semi-slavery conditions. The Convention 169 will make it possible for the government to guarantee their labor rights and dignity. (AB)

Brasilien verabschiedet endlich ILO-Konvention 169

Der Bundessenat hat am 19.06. 2002 einstimmig das Dekret zur Ratifizierung der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) angenommen. Dieses Dokument regelt die Beziehung zwischen nationalen Regierungen und indigenen Völkern. Die Konvention ermöglicht die Erteilung von Besitztiteln für die traditionellen Gebiete der indigenen Völker. Laut Bundesverfassung ist bisher der Bund Besitzer dieser Gebiete. Das Dekret legt allerdings fest, dass im Zweifelsfall die brasilianische Bundesverfassung weiterhin Vorrang haben soll. Welchen Nutzen die Ratifizierung für die Indigenen haben wird, bleibt daher abzuwarten. Derzeit wichtigster Streitpunkt sind verschiedene Vorhaben, Bodenschätze auf anerkanntem indigenem Gebiet auszubeuten.

BRASILIEN

"Kulturzertifikat" für Indigenas

(Brasília, 4. November 1999, alc-Poonal) - Der Grad der "Kulturisierung" der brasilianischen Indigenas soll künftig mit einem Zertifikat beurteilt werden. Ein hoher "Kulturgrad", der mit weitgehender Integration in die brasilianische Gesellschaft gleichgesetzt wird, soll den Indigenas das Recht auf eigene Territorien absprechen. Die Steuerkommission des Kongresses, die aufgrund eines Antrages des Bundesabgeordneten Antonio Feijao gegen die Nationale Indigenenbehörde (FUNAI) ermittelt, hat den entsprechenden Vorschlag von Feijao bereits gutgeheißen. Sie soll zuerst auf die Indigenas im Reservat Raposa-Serra do Sol im Bundesstaat Roraima angewandt werden, wo es einen Konflikt mit den Behörden über die Grenzziehung gibt.

Der Indigenamissionsrat (CIMI) der katholischen Kirche bezeichnet die Idee des Abgeordneten von der Sozialdemokratischen Partei als "rassistisch und diskriminierend". Dieser beabsichtige, den überholten Gedanken von der "Eingliederung der Indios" in die nationale Gemeinschaft neu zu beleben, der in der brasilianischen Verfassung 1988 durch den Respekt gegenüber der ethnischen und kulturellen Vielfalt der Indigenavölker ersetzt wurde. Dahinter steht laut CIMI das Motiv, die als "integriert" eingestuft Völker vom Recht auf eigene Böden auszuschließen bzw. ihre Territorien zu reduzieren. Wenn auch der Kontakt mit der umgebenden Kultur einige Bräuche der Indigenavölker modifiziert habe, so könne ihnen doch verweigert werden, eine eigene soziale Organisation und Gebräuche, Sprache, Weltanschauungen und Traditionen zu haben, die sich von den übrigen Gesellschaftsteilnehmern unterscheiden, meint der CIMI in einer Stellungnahme.

Die Tuxaua-Indios aus Raposa-Serra do Sol klagen, viele Parlamentarier und besonders die aus dem Bundesstaat Roraima würden aus Eigeninteresse handeln. Viele hätten wirtschaftliche Interessen in den Gebieten der Indigenas. In diesem Sinne hat der Abgeordnete Pedro Wilson von der Arbeiterpartei (PT) das Justizministerium aufgefordert, eine Liste derjenigen KollegInnen vorzulegen, die mit Unternehmen verbunden sind, die Boden- und Minenschätze in Indigena-Territorien ausbeuten.

Beispiel A P O I N M E

APOINME setzt sich vor allem für die Demarkierung indigenen Landes ein. Warum ist das Eurer Schwerpunkt?

Maninha Xukuru Kariri: Weil wir seit Jahrhunderten hier leben. Hier gab es um das Jahr 1500 fünf Millionen Indigene, damals machten wir 100% der Bevölkerung Brasiliens aus. Heute sind es noch ca. 300.000 und der Anteil an der Gesamt-

bevölkerung liegt bei 0,2 %. Die Demarkierung unseres Landes ist wichtig um zu garantieren, dass die Indigenen Völker einen minimalen Raum zum Überleben zur Verfügung haben – physisch und kulturell. Die portugiesischen Kolonisatoren haben das Land einfach vergeben, und nicht einmal diese damals gezogenen Grenzen wurden respektiert. Heute gibt es im Nordosten ganze Städte auf indigenem Territorium. Palmeira dos

Indios befindet sich z.B. mitten in dem Territorium der Xukuru-Kariri. Demarkierung heißt Respekt für unser Land.

Meistens sind die Invasoren, die Euer Land beanspruchen, Großgrundbesitzer. Gibt es auch Völker, deren Land zur Zeit im Besitz von Investoren ist?

Ja, zum Beispiel in Espirito Santo. Dort unterhält der kanadische Papierhersteller Aracruz Celulose riesige Eukalyptus-Plantagen und besetzt fast das gesamte Land der Tupinikim-Guarani. Wegen des dort noch vorhandenen ursprünglichen Küstenwaldes (Mata Atlântica) handelt es sich um fruchtbares Land, das allerdings zunehmend von den Eukalyptus-Plantagen ausgelagert wird.

Die Tupinikim-Guarani begannen 1995 den Prozess der Rückforderung des Landes. Sie haben heute 4.000 Hektar Land mit sechs Dörfern – das ist sehr wenig. Die Aracruz Celulose verfügt über eine Gesamtfläche von 203.000 Hektar, von denen mindestens 12.000 Hektar indigenes Land sind, das sie für einen Spottpreis gekauft bzw. geraubt haben.

Konnten die Tupinikim-Guarani die für eine Demarkierung ihres Gebiets notwendigen Schritte erfüllen?

Ja, doch dann blieb der Prozess beim Ministerium stecken. Daraufhin begannen die Tupinikim eine große Kampagne von internationaler Reichweite. Sie reisten nach Canada, trafen sich mit den Ara-

cruz-Aktionären und stellten dar, welchen Schaden die Tupinikim-Guarani durch den Konzern haben. Viele Leute wurden mobilisiert, viele Verbündete fanden sich. Aber es gab keine Einigung. Die Regierung stärkte der Aracruz Celulose den Rücken, denn das ist eindeutig die stärkere Interessensgruppe. Schließlich nahm das Volk selbst die Demarkierung vor. Das löste einen Riesenkonflikt aus. Indigene wurden festgenommen, die Bundespolizei umstellte das Dorf, riegelte es vollkommen ab und überflog es mit Hubschraubern. Alle nicht-indigenen Unterstützer wurden aus dem Dorf rausgeholt. Unter dem enormen Druck akzeptierte das Volk einen Kuhhandel, der vorsah, dass die Aracruz Celulose nur einen Teil des Landes zurückgibt und sich sozusagen freikaufte.

Welche Folgen hatten diese Verhandlungen?

Das angebotene Geld sorgte für interne Streitigkeiten. Für die Indigenen ist diese ganze Verhandlung eine Katastrophe gewesen. Es wurde ein Präzedenzfall geschaffen, in dem die Minister sich über zwei anthropologische Studien hinweggesetzt haben, die bestätigen, dass es sich um indigenes Land handelt. Daran ist die neue Form abzulesen, mit der die Regierung indigene Anliegen seit Neustem behandelt, und es ist auch ein weiteres Beispiel für die Verweigerung verfassungsmäßig garantierten Rechts gegenüber

Indigenen Völkern. Mit dem Dekret 1775/96 können Invasoren die Rückgabe indigenen Landes um Jahre weiterverzögern. Gegen die Demarkierung des Xukuru do Ororuba-Gebiets haben z.B. über 250 Invasoren Einspruch eingelegt.

Ein anderes Beispiel ist Coroa Vermelha. Dort beansprucht die Regierung Bahias Land der Pataxó, um es in ein „indigenes Disneyland“ zu verwandeln. Mir fehlen die Worte für diese Ungeheuerlichkeit – nach 500 Jahren des Eindringens in unsere Gebiete, der Vertreibung, des Landraubs, der Ermordung in allen Variationen... wollen sie heute ein Denkmal setzen, ein „Freilichtmuseum der Entdeckung“ bauen, um das zu feiern! In Porto Seguro, wo [der portugiesische Seefahrer] Cabral an Land ging, wollen sie indigenes Land haben, um die Indigenen regelrecht auszustellen und so indigenes Leben um 1500 zu rekonstruieren. Die Indios sollen sich anmalen, traditionelle Kleidung tragen und dort indianisches Kunsthandwerk verkaufen. Sie wollen also einen Zirkus aufbauen, um die Indios zu Marionetten der Regierung zu machen und die Pataxó zum Objekt der Belustigung.

Im Gegenzug entschädigt die Regierung dann die derzeitigen „Besitzer“ des Landes der Pataxó. Das sind einflussreiche Leute, denen Hotels und Pensionen der Luxusklasse gehören, direkt am Strand gelegen, in einem florierenden Tourismusgebiet. Das ist sehr teuer, und die Regierung stellt sich hin und sagt: „Hier, ihr akzeptiert unser Angebot und wir entschädigen die Hoteliers auf Eurem Gebiet.“ Damit können sie der ganzen Welt, die zur 500-Jahrfeier auf Porto Seguro schaut, zeigen, dass sie etwas für die Indigenen tun. Und den Indigenen vermitteln sie, dass sie ihnen einen Gefallen tun. Aber das ist eine Verzerrung der Lage, denn es ist ihre Pflicht, indigenes Land zurückzugeben und die derzeitigen Eigentümer zu entschädigen!

Die ASW hat APOINME für die Arbeit zur Landrückgabe rund 20.000 DM für die nächsten zwei Jahre zugesagt. Dafür bitten wir um Ihre Spende.

Kennwort: Indigenen-Fonds Lateinamerika

Kenn-Nr.: 6400

Das Interview führte Tina Kleiber

Agrarpolitik unter Fernando Henrique Cardoso



Bilanz von Landwirtschaftspolitik und Agrarreform des Jahres 1996

1. Die Landwirtschaftspolitik der Regierung

Die Agrarpolitik der Regierung Fernando Henrique Cardoso ordnete sich völlig den Zielen der Wirtschaftspolitik unter und bevorzugte ausschließlich Maßnahmen, die eine Öffnung unseres Marktes für ausländische Produkte herbeiführten und das Einströmen ausländischen Kapitals stimulierten. Dadurch wurde die Landwirtschaft innerhalb der Regierungspolitik weiterhin an den Rand gedrängt.

Man kann sagen, daß die sogenannten Familienbetriebe und die Ansiedlungen überhaupt keine Anreize durch die gegenwärtige Regierung erhielten. Ganz im Gegenteil: Alle Instrumente der Agrarpolitik richteten sich gegen sie, wie man im folgenden sehen wird.

Agrarkredit

Die Landwirtschaft erzeugt Werte in Höhe von 78 Milliarden Dollar innerhalb des Bruttoinlands-Produktes (BIP) (10%), und diese Angabe steigt auf 46%, wenn wir den agroindustriellen Bereich hinzurechnen. Unter anderen Regierungen erreichte der Agrarkredit die Gesamthöhe von 15 Milliarden Dollar pro Jahr. In diesem Jahr stellte die Regierung 4 Milliarden Dollar für mittelgroße und große Betriebe zur Verfügung. Von den Familienbetrieben erhielten nur 168.000 insgesamt 200 Millionen Reais, obwohl fast 4.000.000 Betriebe dieser Größenordnung existieren.

Zinsen

Die von den Familienbetrieben zu

tragende Zinshöhe lag bei (...) ungefähr 21% im Jahr. Diese Zinshöhe erscheint niedrig, wenn man sie mit den Zinssätzen vergleicht, die im Handel erhoben werden, aber sie stellen bei den Kleinproduzenten einen hohen Gewinnabfluß in Richtung Banken dar, weil es sich um einen tatsächlich zu erbringenden Zins handelt. Es reicht aus, sie mit den in Großbritannien erhobenen Zinsen zu vergleichen, die sich auf 5,23% im Jahr belaufen. Diese Zinsen machen es den Kleinproduzenten in der Landwirtschaft unmöglich, irgendeinen Gewinn zu erzielen.

Umtauschwert

Die Regierung hält weiterhin an einem irrationalen Umtauschwert fest, wobei sie der nationalen Währung einen völlig überhöhten Wert im Verhältnis zum Dollar zuspricht. Sie verfolgt damit einzig und allein das Ziel, die importierten Waren zu verbilligen und mit der Beseitigung der anderen Zolltarife den Markt zu öffnen. Dadurch wurde der Markt von landwirtschaftlichen Produkten zu niedrigen Preisen überschwemmt, was einerseits den Landwirt schädigte und andererseits den Ertrag der exportierten Agrarprodukten auf Niedrigstwerte drückte.

2. Heutige Lage in der Landwirtschaft

Infolge der Wirtschafts- und Agrarpolitik der Regierung wurde die Landwirtschaft hart in Mitleidenschaft gezogen und geriet in eine ökonomische und soziale Krise, wie sie das Landesinnere niemals zuvor erlebt hat; diese Krise erfaßte alle Produzenten (große und kleine), alle Produkte und alle Regionen. Sehen wir uns die Daten an:

Die 1996 kultivierte Gesamtfläche war um 2% kleiner als 1960. Das Ergebnis der Ernte von 1996 lag um 49% unter dem Wert von 1980. Die geschätzte Produktion von 74 Millionen t für die nächste Ernte ist geringer als die Produktion von 1980.

Gleichzeitig gab die Regierung 1996 mehr als 3 Milliarden Dollar für den Import von Lebensmitteln (Fleisch, Fisch, Milch, Derivate, Getreide und Baumwolle) aus. Niemals gaben wir so viel dafür aus. Das bezeichnendste Beispiel für diese Politik ist, daß Brasilien einst der größte Baumwollexporteur der Welt war, und heute steht es an der dritten Stelle der Importeure. Das führte dazu, daß 400.000 Menschen ihre Arbeit, die mit der Baumwollproduktion zusammenhing, verloren. Diese Krise in der Landwirtschaft führte auch auf dem Land zu noch mehr Arbeitslosigkeit, führte zur Abwanderung und zur völligen Entmutigung, die vor allem die Kleinproduzenten erfaßte. Es ist offensichtlich: Wenn die Landwirtschaft nicht mehr rentabel ist, wirkt sich das auf die Agrarreform und auf die Landarbeiter aus, die die Perspektive verlieren, ihre Zukunft im ländlichen Bereich aufzubauen.

3. Besetzungen und staatlich anerkannte Ansiedlungen der MST

Der MST begann das Jahr 1996 mit ungefähr 22.000 Familien in staatlich anerkannten Ansiedlungen. Im vergangenen Jahr wurden weitere 176 Besetzungen von unproduktiven Fazendas durchgeführt, woran 45.218 Familien in 21 Bundesstaaten, in denen der MST organisiert ist, teilnahmen.

Dieses Ausmaß an Landbesetzungen stellt einen Rekord in der Geschichte des MST dar, da in den vergangenen Jahren im jährlichen

Durchschnitt 50 Besetzungen stattfanden, an denen durchschnittlich 16.000 Familien teilnahmen.

Andererseits beschlossen wir das Jahr mit 244 staatlich anerkannten Ansiedlungen, in denen 41.510 Familien, die über das ganze Land verteilt sind, zusammenleben.

form ein Finanzposten in Höhe von 1,5 Milliarden Reais ausgewiesen, wobei 30% dieser Mittel für die Aufrechterhaltung der Verwaltungsmaschinerie der INCRA (Personal, Fahrzeuge etc.) (...) vorgesehen waren.

Von den genehmigten Mitteln legte

zu. Weitere 61 Millionen Reais waren für Betriebsförderungskredite, Wohnung und Ernährung bestimmt.

Diese Finanzmittel wurden außerhalb der vorgesehenen Zeit freigegeben und befriedigten nicht die Bedürfnisse. Es muß angemerkt werden, daß durch PROCERA jede Familie ein Anrecht auf 7.500 Reais für die Produktion hat und daß weitere 4.500 Reais als Kredit für den Kauf von Nahrungsmitteln (1.500 R\$) und Wohnung (3.000 R\$) zur Verfügung stehen. Wenn INCRA tatsächlich die 60.000 vorgesehenen Familien angesiedelt hätte, wären 720 Millionen Reais für diese Kredite angefallen. Indessen siedelte INCRA weder alle Familien an, noch stellte es die notwendigen Finanzmittel für die 25.000 tatsächlich angesiedelten Familien zur Verfügung.

5. Die Unterstützung der brasilianischen Gesellschaft für die Agrarreform

Während des ganzen Jahres fanden verschiedene Untersuchungen der öffentlichen Meinung statt, und alle enthüllten einen hohen Unterstützungsgrad der Gesellschaft für die Agrarreform. Alle zeigen, daß mehr als 86% der Bevölkerung die Agrarreform unterstützen. Auf der anderen Seite kam der MST auf den fünften Platz bei den anerkanntesten Institutionen (Untersuchung Vox Populi).

Es gab auch Demonstrationen und sonstigen Widerhall bei der internationalen öffentlichen Meinung zugunsten der Agrarreform in Brasilien. Schließlich erhielt der MST im Jahre 1996 als Ergebnis für diese Unterstützung durch die Gesellschaft 14 Auszeichnungen, wozu auch die Auszeichnung durch König Baudouin von Belgien zählt, die er uns in Anerkennung für die vom MST geleistete Arbeit zur Entwicklung unseres Landes zubilligte.

Allgemeine Auswertung der Agrarreform

Dank der Mobilisierung der Landarbeiter durch den MST und andere

| Landbesetzungen und Anzahl der daran beteiligten Familien | | |
|---|-------------|----------|
| Jahr | Besetzungen | Familien |
| 1990 | 43 | 11.484 |
| 1991 | 51 | 9.862 |
| 1992 | 49 | 18.885 |
| 1993 | 54 | 17.587 |
| 1994 | 52 | 16.860 |
| 1995 | 93 | 31.531 |
| 1996 | 176 | 45.218 |
| gesamt | 518 | 151.427 |

Quelle: MST

Wir wissen, daß aufgrund der sozialen Krise in der Landwirtschaft die Zahl der Landbesetzungen in verschiedenen Bundesstaaten enorm zugenommen hat - seien sie spontan durchgeführt oder von Gewerkschaften und anderen Organisationen geplant worden, welche die Agrarreform unterstützen. Sicherlich überschreitet die Anzahl dieser Besetzungen und staatlich anerkannten Ansiedlungen die Anzahl von 15.000 Familien.

4. Die Mittel für die Agrarreform

Der Präsident der Republik versicherte, die finanziellen Mittel dafür würden nicht fehlen, aber die tatsächliche Lage stellt unter Beweis, daß die Regierung der Agrarreform keine Priorität einräumte. Im Haushaltsplan wurde für die Agrarre-

die Regierung einen Teil auf Eis und gab nur 1,251 Milliarden Reais frei; das bedeutet, daß sie 264 Millionen Reais zurückhielt. Und die ausgezahlten Mittel wurden tröpfchenweise freigegeben, was der Durchführung der Landverteilungen und den Tätigkeiten der INCRA große Schäden zufügte. Es genügt darauf hinzuweisen, daß das Nationale Institut für Kolonisation und Agrarreform (INCRA) bis zum 30. November 1996 nur 862 Millionen Reais ausgegeben hat, während für es im Haushaltsplan des Staates weitere 460 Millionen Reais vorgesehen waren, die nicht ausgegeben wurden.

Im Falle der Freigabe der finanziellen Mittel für die angesiedelten Familien tobte während des gesamten Jahres ein beständiger Kampf. 100 Millionen Reais billigte das Programm PROCERA der Produktion

Organisationen und dank der bedingungslosen Unterstützung durch die brasilianische Gesellschaft sah sich die Regierung gezwungen, ihre Schritte zur Lösung der Konflikte auf dem Land zu beschleunigen. Aber immer noch sind wir weit von einer wirklichen Agrarreform entfernt, die in massiver Form durchgeführt wird, die tatsächlich 4,8 Millionen landlose Familien begünstigt, mit dem Großgrundbesitz in unserem Land Schluß macht, die landwirtschaftliche Produktion reorganisiert und so dazu beiträgt, die Probleme des Hungers, des Elends, der Arbeitslosigkeit, der Landflucht und der Marginalisierung in den Städten zu lösen.

Damit wir tatsächlich die wirkliche Agrarreform erreichen, meinen wir, daß wir es mit den folgenden Feinden zu tun haben:

- den Großgrundbesitzern, die immer noch einen großen Einfluß in der Regierung, im Kongreß und in den politischen Schaltstellen im Landesinnern haben,
- der neoliberalen Wirtschaftspolitik der Regierung, die die Landwirtschaft an den Rand drängt,
- der fehlenden Priorität der Agrarreform bei der Regierung. Sie ist langsam und untätig und beschäftigt sich mehr mit der Propaganda als mit der wirklichen Lösung von sozialen Problemen.

Nationale Leitung des MST

aus: Jornal dos Trabalhadores Rurais SEM TERRA, 11. Jahrgang, Nr. 165, Januar 1997, S. 2-3

Übersetzung: Bernd Lobgesang

ESTAMOS TODOS
NO MESMO
BARCO!



| Besetzungen des MST 1996 | | |
|---------------------------------|--------------------|-----------------|
| Bundesland | Besetzungen | Familien |
| Alagoas | 9 | 1.476 |
| Bahia | 6 | 2.350 |
| Ceará | 5 | 695 |
| Bundesdistrikt | 5 | 1.763 |
| Espírito Santo | 3 | 1.310 |
| Goiás | 5 | 870 |
| Maranhão | 3 | 1.776 |
| Minas Gerais | 1 | 80 |
| Mato Grosso do Sul | 5 | 1.478 |
| Mato Grosso | 2 | 2.454 |
| Pará | 2 | 2.200 |
| Paraíba | 1 | 127 |
| Pernambuco | 19 | 3.063 |
| Piauí | 1 | 200 |
| Paraná | 53 | 10.135 |
| Rio de Janeiro | 2 | 334 |
| Rio Grande do Norte | 12 | 1.240 |
| Rio Grande do Sul | 3 | 2.603 |
| Roraima | 4 | 1.455 |
| Santa Catarina | 11 | 2.860 |
| Sergipe | 13 | 2.110 |
| São Paulo | 11 | 5.431 |
| gesamt | 176 | 45.218 |

Quelle: MST

Luta no campo

A Reforma Agrária do governo FHC é uma farsa

João Pedro Stedile
Membro da coordenação nacional do MST

O governo FHC não cansa de mentir para a sociedade. Todo final de ano divulga para a imprensa uma enxurrada de números milagrosos sobre a reforma agrária. E para dar credibilidade a essas mentiras, o ministro papagaio Raul Jungmann fica repetindo que o governo cumpriu a meta e está fazendo a maior reforma agrária do mundo.

A realidade no campo é bem diferente. Os acampamentos aumentam a cada dia ao longo das estradas. A pobreza e o desespero aumentam entre milhares de famílias de pobres do campo, que não têm mais alternativas. Não há trabalho na cidade. Não há renda no campo e a reforma agrária está totalmente paralisada. E milhares de famílias continuam acampadas debaixo de lonas pretas esperando terra para trabalhar.

E para desmascarar esse governo vamos verificar se a propriedade da terra é democratizada, se há distribuição da terra. Os dados no Brasil são muito claros. Nos sete anos do governo FHC diminuiu o número de pequenos proprietários. 920 mil pequenos proprietários foram à falência e tiveram que vender suas terras para os grandes proprietários. Portanto, aumentou a concentração de terra!

Segundo os dados do Cadastro do Incra, medindo a evolução da concentração de 1992 a 1998 (os dados até 2000 ainda não saíram), as fazendas maiores de 2 mil hectares cada uma, que totalizavam 19.077, passaram a totalizar 27.556. Por outro lado, pequenos agricultores que são donos de áreas menores de 10 hectares, ou seja, os proprietários mais pobres, que são mais de um milhão de famílias, são donos de apenas 5 milhões de hectares. Ou seja, somente 1,3% de todas as terras. Portanto, no Brasil não há reforma agrária. O governo mente!

Orçamento da reforma agrária

A segunda maneira de provar que esse governo não faz reforma agrária é medir o dinheiro gasto do Orçamento da União, através do Incra. Em 1995 gastou-se 1,5 bilhão de reais; isso somando tudo: salário dos funcionários, despesas gerais do Incra e desapropriações. Depois do massacre de Carajás (PA), em 17 de abril de 96, onde 19 trabalhadores foram executados e dezenas ficaram feridos; da realização da Marcha a Brasília, em abril de 1997, com a presença de mais de 100 mil pessoas, e de muita pressão da opinião pública, o governo FHC foi obrigado a

| Ano | Área da propaganda (1) | Área do Incra (2) | Desapropriação (3) | Terra Pública (4) | Compra (5) |
|--------------|------------------------|-------------------|--------------------|-------------------|------------|
| 1995 | 1.313 | 2.569 | 1.925 | 478 | 166 |
| 1996 | 4.451 | 2.301 | 1.478 | 618 | 205 |
| 1997 | 4.394 | 3.126 | 2.462 | 476 | 188 |
| 1998 | 2.540 | 2.645 | 2.083 | 504 | 58 |
| 1999 | 1.478 | 1.758 | 1.392 | 344 | 16 |
| 2000 | 3.861 | 1.646 | 980 | 665 | 1 |
| 2001 | 1.336 | 1.078 | 507 | 538 | 33 |
| Total | 19.373 | 15.123 | 10.827 | 3.623 | 667 |

(1) Áreas que o governo diz ter desapropriado na propaganda

(2) Área total utilizada pelo Incra segundo a Comissão de Monitoramento

(3) Área efetivamente desapropriada pelo Incra

(4) Área pública arrecadada pelo Incra

(5) Área adquirida mediante compra e venda

gastar um pouco mais com a reforma agrária. Por isso, em 1997, aplicou 2,6 bilhões de reais.

Observe-se que, se o governo continuasse aplicando o mesmo dinheiro de 97, apenas corrigindo-o pela inflação ou aumento da arrecadação, os gastos do Incra em 2001 deveriam ser de quase 4 bilhões de reais. No entanto, foram gastos apenas 1,3 bilhões de reais. Praticamente menos da metade do que foi em 97. E pior. A incompetência e má vontade são tão grandes que o ministro conseguiu gastar apenas 975 milhões de reais. Ou seja, chegou ao final do ano com uma sobra de mais de 300 milhões de reais que teve que ser devolvido para o Tesouro. Isso significa quase 30% do mísero orçamento para a reforma agrária.

| Ano | Valor Orçado (reais) | Valor gasto |
|------|----------------------|-------------|
| 1995 | 1,5 bilhão | 1,3 bilhão |
| 1996 | 1,6 bilhão | 1,4 bilhão |
| 1997 | 2,6 bilhões | 2,0 bilhões |
| 1998 | 2,2 bilhões | 1,9 bilhão |
| 1999 | 1,6 bilhão | 1,4 bilhão |
| 2000 | 1,4 bilhão | 1,2 bilhão |
| 2001 | 1,3 bilhão | 996 milhões |

Fonte: Orçamento da União e Incra

Número de famílias assentadas

A quantidade de famílias que efetivamente o governo assenta é uma velha briga. O ministro papagaio mente descaradamente sobre os dados. Diz para a grande imprensa (servil e omissa) números absurdos sobre as famílias que foram assentadas e pronto. Os meios de comunicação se encarregam do resto: reproduzir tudo fielmen-

| Ano | Famílias divulgadas pelo governo (1) | Famílias que poderiam assentadas Incra (2) | Famílias realmente assentadas (3) |
|--------------|--------------------------------------|--|-----------------------------------|
| 1995 | 42.912 | 33.312 | 40.993 |
| 1996 | 62.044 | 19.800 | 18.558 |
| 1997 | 81.944 | 60.425 | 59.501 |
| 1998 | 101.094 | 76.027 | 76.027 |
| 1999 | 85.226 | 56.000 | 14.218 |
| 2000 | 108.986 | 39.000 | 24.735 |
| 2001 | 63.477 | 33.269 | 32.966 |
| Total | 545.683 | 317.833 | 266.998 |

Fonte: Relatórios do governo e do Incra

(1) Página de propaganda do MDA

(2) Coordenação Geral de Monitoramento e Controle do Incra

(3) Cálculos realizados pela Abra, excluindo assentamentos antigos e dupla contagem, a partir dos dados fonte 2.

te sem questionar. E fica por isso mesmo!

Felizmente, formou-se dentro do Incra uma Comissão Nacional de Monitoramento e Controle da eficiência dos superintendentes do Incra. Isso era para controlar os gerentes nos estados, mas acabou virando uma faca de dois gumes, pois acabou revelando as mentiras do ministro Jungmann.

A segunda prova é um importante estudo da Abra (Associação Brasileira de Reforma Agrária) que pesquisou quais as famílias que foram realmente assentadas em terra desapropriada em área nova.

Pela propaganda oficial o governo diz que assentou, entre 1995 e 2001, 546.683 famílias de sem terra. Mas a própria Comissão do Incra diz que pelas terras desapropriadas daria para assentar, no máximo, 404 mil famílias. Isto é, mesmo que o governo tivesse usado todo o potencial das terras, os dados da Comissão reduzem 74% os dados mentirosos do Jungmann. Com isso, pelo estudo da Abra, fica ainda mais provado que foram efetivamente assentadas apenas 267 mil famílias. Metade do que a propaganda diz.

Áreas desapropriadas

Área desapropriada é outra forma de chegar se o governo está trabalhando mesmo. De novo, a mentira aparece. O governo diz que desapropriou 19 milhões de hectares nos sete anos. Mas a Comissão do Incra revelou que na verdade o Incra arrecadou, no total, 15 milhões de hectares. E que, desses 15 milhões, apenas 10 eram de fato desapropriação. O restante foram terras públicas que foram arrecadadas. Ou seja, foram projetos de colonização em terra pública e uma pequena parte foi comprada dos fazendeiros.

Amazônia

Talvez a vergonha maior na propaganda do governo é o que mais aparece nos dados da Comissão de Monitoramento e no estudo da Abra. O governo usa números, principalmente da Amazônia, onde é mais fácil aumentar os dados, sobretudo de famílias e de áreas desapropriadas. Estas muitas vezes são áreas que foram grilladas por fazendeiros do Sul, e a desapropriação por parte do Incra, em vez de punição, vira prêmio. Pois o sujeito, sem nunca ter posto um prego no sabão, como diz o ditado popular, consegue que o governo o indenize por uma

terra que não era dele, era do próprio governo. Até o ex-senador Jader Barbalho está sendo processado pelo Ministério Público, porque quando era ministro cansou de fazer essa falcatura com seus amigos fazendeiros-grileiros no sul do Pará: desapropriar e pagar por terras que eram públicas.

Pois bem, 60% de todas as famílias assentadas, mesmo as contadas como verdadeiras, ou seja, as 267 mil famílias, e 60% de todas as famílias que teriam sido desapropriadas foram feitos na Amazônia, mais especificamente no Pará, Maranhão e Mato Grosso.

O caso do Mato Grosso deve ser caso para polícia ou parapsicólogo. O censo agropecuário de 1995 revelou que existiam, no MT, 71.841 famílias de sem terra, se contássemos como sem terra os 39 mil pequenos proprietários com menos de 10 hectares que, para efeito de assentamento, o Incra não costuma contar. Ou seja, havia apenas 32 mil famílias típicas sem terra. Bem, de 1995 até 2001, segundo a propaganda do governo FHC, foram assentadas nada menos do que 53.508 famílias de sem terra. Isto é, toda a população.

Basta perguntar para qualquer órgão público estadual se no Mato Grosso ainda existem sem terra. Se fosse verdade, seria a primeira vez na história que em um estado se teria acabado com os sem terra, porque o governo distribuiu terra para todos.

Por outro lado, o governo esconde que, no mesmo período, apenas uma empresa, a CR Almeida, construtora de Curitiba (PR), adquiriu 4 milhões de hectares de terras públicas no Estado do Pará. É, hoje, o maior latifúndio do mundo, do tamanho da Dinamarca. Portanto, chega de mentiras!



4. The Current Agrarian Reform Policies of the Federal Government

The Brazilian Government has failed to implement Article 11 (2) (a) of the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights, which requires that states-parties act

To improve methods of production, conservation and distribution of food by making full use of technical and scientific knowledge, by disseminating knowledge of the principles of nutrition and by developing or reforming agrarian systems in such a way to achieve the most efficient development and utilization of natural resources.

In response to recent political pressure created by rural workers and subsistence farmers throughout the country, the federal government announced, on May 4, 2000, a package of measures related to agrarian reform. On May 5, 2000, rural workers organizations, including the Landless Workers Movement (*Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra*, MST), the Central Workers Union Federation (*Central Unica dos Trabalhadores*), the Confederation of Agricultural Workers (Contag), the Movement of Small Farmers (MPA), the Pastoral Land Commission (*Comissão Pastoral da Terra*, CPT), the Movement of Persons Affected by Dams (*Movimento dos Atingidos pelas Barragens*,

MAB), and the Southern Front for Family Agriculture (*Frente Sul da Agricultura Familiar*) released a statement regarding the governmental measures. The statement criticized the manipulative nature of the government's agrarian reform, and demanded the implementation of effective agrarian reform policies in Brazil.

These organizations also denounced government cuts in funding for agrarian reform. The annual budgetary allocations for the National Institute for Colonization and Agrarian Reform (*Instituto Nacional de Colonização e Reforma Agrária*, INCRA), during president Fernando Henrique Cardoso's administration were:

1995: 1.3 billion Brazilian reais
1996: 1.4 billion Brazilian reais
1997: 2.0 billion Brazilian reais
1998: 2.2 billion Brazilian reais
1999: 1.3 billion Brazilian reais
2000: 1.3 billion Brazilian reais

In US dollar terms, the budget for the year 2000 is half the figure for 1995. According to government figures, from January through November 2000, the government spent only 35% of the total yearly budget for agrarian reform.

Over the course of this year, the government focused on repressive measures against rural workers, including attempts to criminalize occupations of unused land and public buildings. The government also cut public funding and technical assistance in settlements, delayed the process of land expropriation (with compensation) for agrarian reform, and increased direct repression against social movements, reactivating the National Security Law, a Legislation with sweeping terms that violate individual rights, drafted during the military dictatorship.

Die Agrarreform ist überfällig (Fortsetzung von S. 410)

Agrarpolitik und Agrarreform nach acht Jahren FHC

Fernando Collor de Mello, der später wegen unverschämter Korruption aus dem Amt gejagte Präsident, hatte mit der Öffnung der brasilianischen Ökonomie begonnen, bis 1999 hörte man in aller Welt, dass es dazu keine Alternative gäbe. Fernando Henrique Cardoso (FHC), Präsident von 1995 bis 2002, stimmte dem zu. Zwei Mal gewählt mit den Insignien der ökonomischen Stabilität. Wenige Tage nach Beginn des zweiten Mandats gab er den Wechselkurs frei, der Real purzelte um knapp 40 Prozent, zum Jahresende 2002 wird der Kurs etwa 3,5 Real pro Dollar betragen, nachdem die Währungsspekulation ihn im August fast bis auf vier Real pro Dollar getrieben hatte. Die Regierung FHC kontrollierte die Inflation, die niemand mehr zurück haben will. Nach den Wahlen wird nun jedoch immer deutlicher, dass der Preisdruck wächst, und zwar ironischerweise weniger bei der privaten Produktion von Gütern und Dienstleistungen, sondern genau in jenen Segmenten, deren Preisbildung

die Regierung kontrolliert oder verwaltet (Strom, Benzin, Gas). Ein Umstand, über den mitunter ätzende Kommentare verfaßt werden. In den Jahren der Regierung FHC stieg die Außenverschuldung um etwa das Vierfache. Brasilien führt weltweit bei der Höhe der Realzinsen (bei einem Dispokredit werden um die 150% Zinsen pro Jahr verlangt), was eine gigantische Umverteilung zugunsten des nationalen und internationalen Finanzsektors bedeutete.

In der Landwirtschaft waren besonders in den vergangenen Jahren nach der Abwertung die exportorientierten Bereiche wie u.a. Orangensaft, Kaffee, Zucker, Soja begünstigt. Diese Produkte bzw. ihre Derivate wie Sojaöl, deren inländischer Preis ebenfalls vom Dollar bestimmt wird, haben auf dem Binnenmarkt drastische Preiserhöhungen erlebt, als die Exporteure aufgrund der extremen Abwertung im Jahre 2002 mehr Real für ihr Erzeugnis erhielten.

Der Agrarsektor und insbesondere die kleinbäuerlichen Strukturen haben aber insgesamt sehr schwer gelitten. Der nationale Agrar-Beratungsdienst wurde noch von Collor kaputt gemacht, FHC hat daran nichts ändern wollen. Die hohen Zinsen konnte niemand bezahlen und der subventionierte Zugang zu Krediten beschränkte sich auf Wenige. Und die wachsende Arbeitslosigkeit und Armut in Stadt und Land reduzierte die zahlungskräftige Nachfrage nach Gütern des Überlebensbedarfes. Niemals wurde in den Medien so viel und so schockierend über Hunger in Brasilien berichtet wie in den Wochen, nachdem Lula, am Tag nach seiner Wahl, die Bildung eines Sozial-Sekretariats zur Bekämpfung des Hungers angekündigt hatte.

Trotz wachsender Arbeitslosigkeit und Verarmung in den Städten war die Landflucht in den 90er Jahren ungebremst. Vier Millionen Menschen zogen das Leben in der Stadt vor. Interessant ist, dass sich während der zweiten Amtszeit FHCs der Rhythmus der Abwanderung allem Anschein nach sogar noch beschleunigte. Während von 1991 bis 1996 laut IBGE 1,8 Mio. Menschen das Land verließen (5,1 Prozent der Landbevölkerung von 1991), waren es von 1996 bis 2000 2,2 Mio. (6,3 Prozent der Landbevölkerung von 1996). Ein agrar- und sozialpolitischer Offenbarungseid der Regierung.

Verschiebung der Kräfteverhältnisse?

Es waren harte Jahre für die Bewegung. Nicht die bezahlten Killer oder auch Polizisten, die MST-AktivistInnen umbringen oder mit rechtlich oft lächerlichen Grundlagen ins Gefängnis bringen, sondern die Bewegung selbst und ihre AktivistInnen wurden kriminalisiert. Sogar ein Paragraph aus der Zeit der Militärdiktatur zum Schutz der Nationalen Sicherheit wurde hervor gekramt. Die Regierung konnte jedoch eine Menge Punkte machen im Kampf gegen die Landlosenbewegung. Sie löste die speziellen Finanzierungsprogramme für Agrarreformprojekte auf und

gliederte sie in das Nationale Programm zur Förderung bäuerlicher Landwirtschaft (PRONAF) ein und entzog damit der MST die Kontrolle über diese Mittel. In der letzten Zeit wurden immer weniger Projekte von MST-Ansiedlungen über PRONAF finanziert. Der ebenfalls speziell für Agrarreform-Projekte eingerichtete technische Beratungsdienst wurde eingestellt, mit tristen Konsequenzen für die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit der neu geschaffenen Produktionseinheiten. Demobilisierend war auch ein Präsidialdekret, das jedes Stück Land, das besetzt wurde, und die Teilnehmer einer Landbesetzung für zwei Jahre von jeder Landumverteilung ausschloss. Um den nationalen (und internationalen) Druck nach Umverteilung des ländlichen Grundbesitzes nachzugeben, unterstützte die Regierung FHC die Vorstellung einer Agrarreform über den Markt. Die Weltbank finanziert die entsprechenden Projekte seit 1998 (s. Kasten/Artikel in diesem Heft). Politisch war dies eher ein weiterer Versuch, die Landlosenbewe-

gung zu de-legitimieren und die hohe Popularität, die die MST in der gesamten Gesellschaft besaß, zu untergraben.

Die acht langen FHC-Jahre sind vorbei, Lula ist gewählt und die MST ist mit der einen oder anderen Schramme heute nach wie vor die stärkste und zur größten Mobilisierung fähige soziale Massenbewegung Lateinamerikas. Knapp 100 000 Familien pochen in 1500 legalisierten MST-Ansiedlungen auf eine adäquate Agrarpolitik, weitere vielleicht 80 000 Familien streiten auf besetztem Land für die Enteignung und Zuweisung des Landes. Die MST ist in 23 der 26 Bundesstaaten konsolidiert und muss heute als eine der einflussreichsten Stimmen angesehen werden, was die Formulierung einer die sozialen und ökonomischen Erfordernisse betreffenden Agrar- und Agrarreformpolitik unter Lula angeht.

Die Bancada Ruralista, die Interessensvertretung der Großgrundbesitzer im Bundesparlament, musste bei den jüngsten Wahlen eine empfindliche Reduktion hinnehmen. Stellten sie in der Legislaturperiode 1995-98 noch 113 „Volksvertreter“, reduzierte sich diese Zahl in der Folgeperiode von 1999 bis 2002 auf 91. In dem nun

für die Jahre 2003-2006 gewählten Parlament werden nur noch 35 der alten Garde vertreten sein, darunter allerdings einige der Einflussreichsten. Hinzu kommt, dass sie sich nicht mehr der Regierungsmaschinerie des Bundes bedienen können. Viele von ihnen hatten Bundesbehörden (für Regionalentwicklung, Bewässerung, Bekämpfung der Dürre etc.) mit ihren Kadern



Am nächsten Tag. Es erscheinen Polizei oder Militär und nehmen die Daten auf. Das läuft in der Regel friedlich ab. Oft kommen aber die Polizeikräfte nachts als Pistoleiros wieder...

besetzt und sorgten so per klientelistischem Stimmenkauf für ihre Reproduktion. Die Besetzung dieser Behörden mit nicht-korrupten Profis wird in einigen Regionen wunderbare Auswirkungen haben.

Vorsichtige Hoffnung auf die neue Regierung

Lula ist derzeit so beliebt wie ein Popstar. Nicht nur die politische Mitte bis hinein in die ewig uneinige Partei PMDB sagt ihm Unterstützung zumindest für den Anfang zu.

Viele politische Beobachter stellen schon lange die Frage, wie sich Lula als Präsident gegenüber der Landlosenbewegung MST verhalten würde. Manche besorgt und manche hämisch. Im November 2002 kam die Führungsebene der MST aus dem ganzen Land zusammen um darüber zu beraten, wie sie es mit der Regierung Lula halten werden. Eine 10-Punkte-Erklärung der MST an alle BrasilianerInnen und an Lula erklärt den Moment gekommen für eine wahre Agrarreform und die Beseitigung der sozialen Ungerechtigkeiten. Die bäuerliche Ökonomie und Genossenschaften seien zu fördern und der Staat könne

nun seine Funktion wieder übernehmen, diesen Prozess aktiv zu unterstützen. Die Eigenständigkeit der Bewegung gegenüber dem Staat wird betont und sie bekräftigt, dass es die Rolle der Landlosenbewegung bleiben wird, die Armen auf dem Land zu organisieren und zu mobilisieren. Zur Durchführung der Agrarreform wird Lula jede mögliche Unterstützung zugesagt. Im Vorfeld der Versammlung ist von Führungsmitgliedern selbst die Erwartung gestreut worden, dass die MST die Landbesetzungen für ein halbes Jahr aussetzen würde. Die Erklärung verzichtet auf jede quantifizierbare Forderung an die neue Regierung.

Alles deutet darauf hin, dass die Regierung Lula intensive Verhandlungen mit der MST führen und versuchen wird, gemeinsame und quantifizierte Vorgaben für die Umverteilung von Land und zur technischen und finanziellen Unterstützung der bestehenden MST-Ansiedlungen zu vereinbaren. Nichts deutet darauf hin, dass das ein ganz leichtes Unterfan-

gen sein wird. Die Bewegung hat auf der einen Seite die drängenden Interessen in den Ansiedlungen und Besetzungen zu moderieren und zu befriedigen, wird zum anderen aber nicht aufhören, weiter gehende (agrar-)politische Ziele zu formulieren. Die MST will ein Brasilien ohne Großgrundbesitz. Gemeinsam mit dem Nationalen Forum für Agrarreform und Gerechtigkeit auf dem Land fordert sie eine Verfassungsänderung, die das Eigentum an Grund und Boden auf 35 Fiskalmodule¹ begrenzt. Und Lula hat einen extrem engen Haushalt für 2003 und warnte noch vor seiner Wahl vor allzu hohen Flügen. Auf beiden Seiten finden sich engagierte und politisch gereifte Akteure, die kein Interesse an einer (frühen) Konfrontation haben können. ♦

1) Das Fiskalmodul wird in Hektar bemessen und variiert je nach Bodennutzung, klimatischen Bedingungen und potenziellem Einkommen des Landes. Das Fiskalmodul wird pro Kommune festgelegt. Ein Grundbesitz unter einem Fiskalmodul wird als Minifundium, eines über 15 wird als Großgrundbesitz bezeichnet. Im Norden beträgt ein Fiskalmodul durchschnittlich 65 ha, im Nordosten 45 ha und im Süden 18 ha.

Agrarreform unter Lula: Stillstand oder Aufbruch?



Die Agrarreform in Brasilien

Viele Ziele im Zeichen des „Tintenfischs“

Es ist Bewegung gekommen in Brasiliens politische Landschaft. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes hat es ein Kandidat der politischen Linken geschafft, das höchste Amt im Staate einzunehmen. 61 Prozent der brasilianischen Wählerschaft haben Luís Inácio (Lula) da Silva ihr Vertrauen ausgesprochen. Und mehr als das: Lula sei zum Popstar geworden, verläutet es aus Brasilien. Enorme Erwartungen lasten nun auf den Schultern des ehemaligen Gewerkschaftsführers, auch bei der Umsetzung der von der brasilianischen Verfassung vorgesehenen Agrarreform.



Lula bringt Brasilien in Bewegung.

Die Zahlen sind hinreichend bekannt: Rund 80 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche befinden sich in der Hand vermöglicher Großgrundbesitzer, die Hälfte davon ist gar das Eigentum einer Gruppe von Latifundisten, die nur rund 1 Prozent an der Gesamtheit der Grundbesitzer ausmacht. Ihnen gegenüber stehen knapp vier Millionen Kleinbauern und noch einmal ebenso viele landlose Familien. Die Regierung Fernando Henrique Cardosos schmückte sich mit der Ansiedlung von mehr als einer halben Million Landloser in acht Jahren, einer in dieser Höhe von keiner anderen Regierung erreichten Zahl. Doch sie beruht auf dubiosen Rechnungen und zeigt, wie schlecht es bislang um den politischen Willen bei der Durchführung der Agrarreform bestellt war. Zu eng sind die alten Agrar- und Politik-Eliten miteinander verflochten.

Die nationale Agrarreform-Behörde INCRA hat unter Cardosos Regierung zuletzt fast ausschließlich auf die von der Weltbank favorisierte und finanziell geförderte freiwillige und marktbasiertere Agrarreform gesetzt. Sie nimmt den

Staat nicht in die Pflicht, die in Jahrhunderten zementierten, ungerechten Eigentumsverhältnisse auf dem Land aufzubrechen. Stattdessen koordiniert die Banco da Terra ein profanes Kreditvergabesystem, das Käufer von Agrarland mit zurückzuzahlenden Krediten versorgt.



Lulas Entwicklung: Arbeiter, Gewerkschaftsführer, Präsident

Ein politischer Spagat auch im Agrarbereich

Nun liegt es an der Equipe des neuen Präsidenten Lula, Abhilfe zu schaffen. Aber die Regierungspartei stellt nicht nur eine Minderheit in den zwei Kammern des brasilianischen Kongresses dar, sondern wird auch international argwöhnisch beäugt. Symptomatisch hierfür ist der enorme Kursverfall des Real seit dem Zeitpunkt, in dem sich der Sieg des Linkskandidaten abzeichnete. Und so bleibt Lula gar keine andere Wahl, als den politischen Spagat zu wagen – auch im Agrarbereich.

Hier hat er zwei Minister ernannt, wie sie treffender wohl kaum die verschiedenen Positionen verkörpern könnten, die Lula miteinander vereinen muss. Der parteilose Agronome und erfolgreiche Sojaproduzent Roberto Rodrigues wurde Landwirtschaftsminister und der PT-Linke Miguel Rossetto wurde Minister für Ländliche Entwicklung. In sein Ressort fällt auch die Durchführung der Agrarreform. Lula selbst hat die Richtung vorgegeben. Er sieht in der Agrarreform eine wichtige Komponente seines groß angelegten Kampfes gegen den Hunger. Zugleich legt er fest, dass nur die großen Güter, die nichts produzieren, für eine Umverteilung im Rahmen der Agrarreform in Frage kommen. Die großflächigen und prosperierenden Agrarfabriken, die sich zuletzt an-



La Via Campesina auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre

schickten, das unter der Regierung Cardoso aufgebaute Handelsdefizit durch enorme Exportgewinne auszugleichen, werden nicht angerührt. Aber ländliche Kooperativen und Familienwirtschaften sollen eine deutlich stärkere Förderung erfahren.

Landlose begrüßen den Minister für ländliche Entwicklung

Miguel Rossetto, dessen Nominierung ebenso wie die seiner Staatssekretäre von der Landlosenbewegung MST begrüßt wurde, hat nunmehr verschiedene Maßnahmen veranlasst, um der Agrarreform im Rahmen dieser Vorgaben genügend Spielraum zu verschaffen. So kündigte er an, die Registrierung bzw. das Katastersystem für Agrarland zu überprüfen, auch um solche Ländereien aufzuspüren, die von Privatleuten zu Unrecht als ihr Eigen beansprucht werden. Die seit 1973 unveränderten Parameter für die Definition der „Unproduktivität“ von Agrarflächen sollen überprüft werden, um die in Frage kommenden Flächen zu erhöhen. Lula selbst äußerte die Hoffnung, auf diesem Wege ca. 90 Millionen Hektar an Kleinbauernfamilien umverteilen zu können, was 1,8 Millionen landlosen Familien zugute käme.

Auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre im Januar diesen Jahres kündigte Rossetto auf einer Veranstaltung von La Via Campesina an, dass alle Zahlungen, die über die Banco da Terra abgewickelt werden, einstweilen eingestellt und auf den Verdacht der Veruntreuung hin überprüft würden. Eine endgültige Abkehr bedeutet dies nicht. Auch die Finanzierung einer großangelegten Agrarreform ist sicherlich zu klären und die gesellschaftliche Akzeptanz zu erhöhen. Denn die Agrarreform ist mehr als ein politisches Problem, wie die allgemeine Straflosigkeit von Verbrechen gegen Landlose belegt. Viele „Gesetzeshüter“ und weite Kreise der brasilianischen Gesellschaft sehen in Landlosen nach wie vor Störenfriede und Verbrecher. Und trotzdem, eines ist klar. Es ist Bewegung in die Agrarreformfrage in Brasilien gekommen. In einem ersten Schritt sollen umgehend rund 80 000 landlose Familien angesiedelt und die zum Teil prekäre Situation in den Assentamentos verbessert werden.

Wir haben kein Recht, uns zu irren

Gespräch mit dem brasilianischen Agrarreformminister Miguel Rossetto

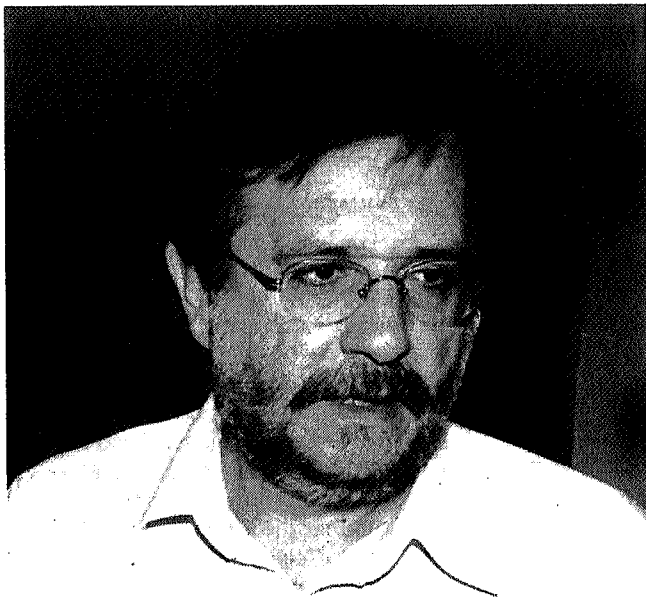


FOTO: GERT EISENBÜRGER

Er hat einen der schwierigsten Jobs im gegenwärtigen Brasilien: Miguel Rossetto, seit dem 1. Januar Agrarreformminister in Lulas Kabinett. Die Landlosenbewegung MST, die Landpastoral CPT und die sozialen Bewegungen erwarten von dem profilierten Vertreter des linkssozialistischen PT-Flügels eine Neuorientierung der Landwirtschaftspolitik, sichtbare Schritte in Richtung einer Agrarreform und kurzfristig gesicherte Perspektiven für die von den Landlosen besetzten Ländereien. Doch eine solche Politik hat in der alten Grundbesitzerelite und dem Agrobusiness mächtige Gegner. Und deren RepräsentantInnen finden sich nicht nur in der Opposition, sondern auch in Lulas Regierungskoalition, der als Landwirtschaftsminister etwa ein Vertreter der Agrarexportlobby angehört. Am Rande des Weltsozial- und des Weltparlamentarierforums gab es ein Treffen von Miguel Rossetto mit Vertretern der europäischen Grünen und Regionalparteien. Gaby Küppers hat dieses Gespräch für die *ila* mitgeschrieben und übersetzt.

Danielle Auroi: In Brasilien gibt es zwei Ministerien, die sich mit dem Thema Landwirtschaft beschäftigen: das Landwirtschaftsministerium und das Ministerium für Agrarreform. Wie funktioniert die Arbeitsteilung auch im Hinblick auf die bevorstehende WTO-Konferenz in Cancún? Die schon aus den vorhergehenden WTO-Konferenzen bekannte Herangehensweise ist, aus landwirtschaftlichen Produkten herkömmliche Waren zu machen, die nach marktwirtschaftlichen Kriterien verkauft werden, während eine wichtige Klientel Ihres Ministeriums, wie die MST, auf eine ganz andere Betrachtungsweise dringt und eine Agrarreform und Nahrungsmittelsouveränität fordert. Wie können unter diesen Umständen die beiden Ministerien mit einer kohärenten Botschaft nach Cancún reisen?

Die Tatsache, dass es in Brasilien zwei Ministerien gibt, die sich mit Landwirtschaft beschäftigen, ist das doppelte Ergebnis von Niederlage und Widerstand. Warum Niederlage? Weil in den vergangenen Jahren, während der Phase der Redemokratisierung innerhalb der staatlichen, institutionellen Strukturen, die politische Hegemonie bei denjenigen lag, die eine kapitalistische, konservative Modernisierung der Landwirtschaft wollten. Das bedeutete eine weitere Ausdehnung von Monokulturen, stark subventionierte Kredite, Einsatz der neuesten Technologie, vor allem im Bereich Agrochemie, kurz: eine Vorstellung von Landwirtschaft, die auf Großgrundbesitz und Export setzte.

Und warum Widerstand? Weil während dieses gesamten Zeitraums ein Kampf für eine Agrarreform wie auch für die Beibehaltung der familiären Landwirtschaft stattfand. Dabei ist wichtig zu wissen, dass es in den vergangenen vierzig Jahren zu einer brutalen Umstrukturierung der Bevölkerung kam. Vor vierzig Jahren lebten 70 Prozent der BrasilianerInnen auf dem Land, 30 Prozent in der Stadt. Heute ist es genau umgekehrt. Mein Ministerium ist das Ergebnis der Existenz und Stärke der Landlosenbewegung, die die Agrarreform fordert, wie auch auf einer weiteren Ebene der starken Mobilisierung der Kleinbauern angesichts dieser zwei Realitäten auf dem Land, auf der einen Seite dem Modell des Großgrundbesitzes mit einem Patron - manche sprechen, meines Erachtens fälschlicherweise, von einem Unternehmer. Und auf der anderen Seite einem landwirtschaftlichen Modell, das auf Kleinbesitz basiert. Dieses Modell, in dem im Familienverband gearbeitet wird, umfasst in Brasilien eine enorm große Gruppe: Dazu gehören die Kleinbauern im engeren Sinne, die Fischer, die Gummizapfer, all diejenigen, die mit einem geringen Eigentum vom Land leben. Diese beiden Modelle sind in Brasilien je nach Region höchst unterschiedlich stark gewichtet. Im Süden gibt es, im wesentlichen aufgrund der großen Einwanderung von Italienern und Deutschen Ende des 19. Jahrhunderts, sehr viel familiärer geprägte Landwirtschaft. Ländliche Lohnarbeit herrscht im Nordosten vor, die Gummizapfer leben im Norden. Aus

106

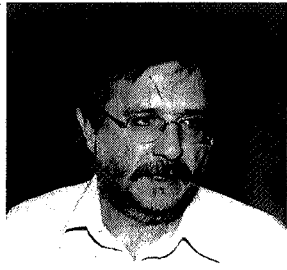
Miguel Rossetto ist seit 1. Januar Agrarreformminister in Lulas Kabinett.

ila 264
April 03

31

diesen Gruppen setzt sich im Wesentlichen die soziale Basis zusammen, die vom Staat die Schaffung von Institutionen fordert, die sich ihrer Forderungen annimmt, und dies auch erreicht. Das ist der Ursprung des Ministeriums, das ich leite. Dieses Ministerium arbeitet im Wesentlichen mit zwei Sektoren: mit der kleinbäuerlichen Landwirtschaft – dazu zählen in Brasilien 4,3 Millionen Betriebe, das bedeutet 20 bis 25 Millionen Menschen – und mit dem Thema der Agrarreform.

Was beide Ministerien nun für Beziehungen miteinander haben, insbesondere was den Exportbereich angeht, ist eine gute Frage. Der große politische Widerspruch in Brasilien ist, dass es hinsichtlich der Landwirtschaft bislang überhaupt keine Strategie



Mein Ministerium ist das Ergebnis der Existenz und Stärke der Landlosenbewegung

gegeben hat. Wenn man sich Teile des Großgrundbesitzes ansieht, leben dort politisch-soziale Strukturen und Produktionsbedingungen aus dem 18. Jahrhundert fort.

Wir sind gerade einmal 20 Tage im Amt. Deswegen beginnt die neue Regierung Brasiliens erst die internationale Tagesordnung zu diskutieren. Auf dieser Tagesordnung stehen einige extrem schwierige Punkte: Zum Beispiel ALCA, wo wir innerhalb unserer Regierung schon unterschiedliche Ansichten vertreten und unterschiedliche Verhandlungsrhythmen im Kopf haben.

Aber wir haben bei vielen Themen auch eine vernünftige gemeinsame Basis, z.B. beim Thema Gentechnik in der Landwirtschaft. Da existiert eine Position der Regierung, also aller Ministerien, derzufolge wir Genmanipulation ablehnen. Dazu muss man wissen, dass es in Brasilien bereits eine Gesetzgebung gibt, nach der die Kommerzialisierung von gentechnisch veränderten Agrarprodukten verboten ist. Allerdings sind wir enormem Druck ausgesetzt. Von Seiten der USA wird etwa behauptet, 60 Prozent des hier angebauten Soja sei gentechnisch verändert. Das stimmt nicht, vielmehr ist das unserer Meinung nach eine Strategie, die Möglichkeit zunichte zu machen, dass Brasilien seine nicht gentechnisch veränderte Produktion weiter durchziehen kann.

Brasilien hat das Recht, das Vorsorgeprinzip anzuwenden, um mögliche negative Folgen im Bereich öffentliche Gesundheit, Umwelt wie auch in wirtschaftlicher Hinsicht abzuwenden. Das Konzept, das hier am intensivsten diskutiert wird, ist das vom demokratischen Recht auf Souveränität im Hinblick auf die Benutzung und Weitergabe von Saatgut. Wenn sie nicht gewährleistet wird, geraten unsere Länder in die Abhängigkeit der großen transnationalen Saatgutfirmen, die gentechnisch veränderte Samen vertreiben. Das würde eine enorme wirtschaftliche Abhängigkeit schaffen.

Wenn man sich Teile des Großgrundbesitzes ansieht, leben dort politisch-soziale Strukturen und Produktionsbedingungen aus dem 18. Jahrhundert fort. Wir sind gerade einmal 20 Tage im Amt.

Statt dessen bemühen wir uns in diesem Land schon seit einigen Jahren um die Stärkung der biologischen Landwirtschaft. Es gibt heute Bundesstaaten, deren öffentliche Hand ausdrücklich die Grundlagen dazu fördert: mit technischen Ausbildungsprogrammen sowie mit der Förderung von Kooperativen und der Vermarktung. Das ist sehr positiv.

Aber es gibt auch Schwierigkeiten. In den letzten Jahren hat die Umweltschutzpolitik durchaus immer größeren Raum eingenommen, neue Gesetze und Richtlinien wurden verabschiedet, um einer anderen Organisation der Produktion Vorschub zu leisten. Jedoch beginnen wir erst jetzt eine Debatte über ein territoriales Gesamtkonzept, über die Frage, welche Funktion das Land haben soll, über so etwas wie die Multifunktionalität der Landwirtschaft, wie sie in Europa diskutiert wird.

Warum hat diese Diskussion bislang noch nicht stattgefunden? Die ständigen Notlagen und die konstante Suche nach Ad-hoc-Lösungen haben strategische Debatten und Entscheidungen verhindert. Bekanntlich hat Brasilien ein brutales Handelsdefizit. Deswegen heißt es in diesem Land immer als allererstes: Wir müssen für den Export produzieren, wir müssen Überschüsse erwirtschaften. Das ist der offizielle Diskurs. Makroökonomische Erfordernisse und Dringlichkeiten haben bislang keinen Raum gelassen für strategische Debatten – oder diesen nicht eröffnen wollen – und haben das Modell damit permanent geschwächt, wo genau das Gegenteil nötig gewesen wäre. Wir eröffnen diese Debatte über die Entwicklung des ländlichen Raumes und die Lebensqualität auf dem Lande und die zugehörigen Produktionsprozesse jetzt auf der Basis einer absolut negativen Ausgangslage. Die Umweltschäden auf dem Lande sind enorm – auch dort, wo sich die Landbesetzungen befinden und die Agrarreform greifen soll. Sie liegen oft in Gebieten, wo fünfzehn, zwanzig Jahre lang in intensiven Monokulturen gearbeitet wurde. Zweifellos liegt ein gigantisches Arbeitspensum vor uns. Ich glaube, dass die Durchsetzung eines Landwirtschaftsmodells, wie wir es für Brasilien vorhaben und das auf dem Kleinbesitz, der Demokratisierung des Eigentums, dem Zugang zu Technologie, der Förderung von Kooperativen und der Regionalisierung beruht, sehr viel einbringen wird, gerade im Hinblick auf Arbeitsplätze und Einkommen.

Sicher werden wir bei der Durchsetzung dieses Modells mit Widersprüchen und Spannungen leben müssen und mit bestimmten Interessen in Konflikt geraten. Aber so ist das Leben nun mal. Aber wir sind überzeugt, dass unser Modell seinen Weg machen wird.

Danielle Auroi: In Europa verteidigen wir seit langem die kleinbäuerliche Landwirtschaft, Familienbetriebe, die allerdings neben den Großbetrieben, die für den Export produzieren, immer weniger Bestand haben. Wenn Brasilien als eines der ganz großen Länder des Südens eine Agrarreform in Angriff nimmt, kann das mittel- und langfristig das Kräfteverhältnis zwischen dem Norden und dem Süden verändern. Wenn

Brasilien und Europa ein anderes, nicht mehr primär auf den Export ausgerichtetes Agrarmodell verfolgen und verteidigen, sind die USA, Neuseeland und so weiter nicht mehr zwangsläufig in der WTO mehrheitsbildend.

Meine Frage ist also, wie kann Europa mit Brasilien zusammenarbeiten, um die Kehrtwendung zu erreichen?

Monica Frassoni: Eine weitere Frage. Sie erwähnten eben Probleme und Widersprüche. Mich würde interessieren, wie der Widerstand der Vertreter der industriellen oder patronalen Landwirtschaft aussieht.

Die neoliberale Politik Brasiliens in den letzten Jahren führte im Endeffekt zur Zerstörung der nationalen Produktion. Die durch diese Zerstörung des nationalen Einkommens – im Bereich der Industrie wie in der Landwirtschaft – geschaffene Stimmung bewirkte, dass eine Reihe von Unternehmern sich davon distanzieren und sich, sei es aus taktischen Gründen oder nicht, unserem Projekt annäherten. Sie hatten den Eindruck, dass durch diese Allianz das nationale Einkommen, also die interne Produktion, bewahrt werden könnte. Aber das ist nur eine Seite der Medaille.

Worin unterscheiden wir uns weiterhin? Da ist erstens die Frage, wie und wer kommt in den Genuss dieses Einkommens? Die Divergenzen, die sich bei der Beantwortung dieser Frage auftun, sind nicht gering. Die allgemeine Stimmung ist

heute – ich spreche von Januar 2003 – die Konzertation, Wege zu einem gemeinsamen Ziel zu suchen. Es könnte also zu einem Dialog zwischen der Agroindustrie und der kleinbäuerlichen Landwirtschaft kommen. Warum? Die Verfassung von 1988 hält fest, dass bearbeitetes Land nicht enteignet werden darf. Nicht die Größe des Landes ist demnach ausschlaggebend, sondern die Frage, ob darauf angebaut wird oder nicht. Die Agrarreform darf nur brachliegendes Land enteignen. Das ist ein wichtiger Aspekt bei der Frage nach Bündnispartnern.

Umgekehrt heißt das auch, dass es in Brasilien laut Verfassung keine Obergrenze für rechtmäßigen Landbesitz gibt. Das einzige Kriterium ist die Nutzung. Sie können sich die Diskussionen über die Frage vorstellen, was man als unproduktives Eigentum bezeichnen kann. Denn die Verfassung führt – und das ist eine der wenigen strategischen Fortschritte in Bezug auf die Begrenzung des Rechts auf Eigentum – die Idee der sozialen Funktion des Landes ein.

Hannes Lorenzen: Wir haben gestern mit Marcelo Rezende, dem neuen Direktor des brasilianischen Agrarreforminstituts, gesprochen und fanden viele Parallelen zu unserer Diskussion in Europa. Er sagte, die neue Regierung habe die Verantwortung, den Hunger abzuschaffen. Aber das ginge nicht, indem Nahrungsmittel verteilt würden, sondern nur dadurch, dass Zugang zur Nahrungsmittelproduktion, sprich Arbeitsplätze im ländlichen Raum, geschaffen werden. Das sei die Grundbedingung, damit die Leute leben können. In Europa haben wir das Problem, dass das meiste öffentliche Geld in Großbetriebe geht. Die Kleinbauern kriegen nichts. Der einzige Ausweg ist unseres Erachtens, öffentliche Hilfen zu konditionieren. Die Bedingung muss sein: Subventionen müssen Arbeitsplätze schaffen. Ich denke, in dieser Hinsicht müssen wir auch auf dem Weg zur WTO-Konferenz in Cancún diskutieren.

György Droppa: Wie passt solch ein Konzept zusammen mit dem „Null-Hunger“-Programm der Regierung, bei dem Nahrungsmittel verteilt werden sollen?

Eine ausreichende Nahrungsmittelversorgung für die eigene Bevölkerung sicherzustellen ist wohl ein Ziel an sich. Die Herausforderung ist, noch darüber hinauszugehen und mit dem Programm strukturelle Veränderungen auf den Weg zu bringen, die ein neues Entwicklungsmodell schaffen. Was steht mit diesem Programm für uns, für die familiäre Landwirtschaft, für die „asentamentos“ (besetzte Ländereien – die Red.) an? Wir haben vor, mit den öffentlichen Käufen von Nahrungsmitteln die kleinbäuerliche Landwirtschaft und die biologische Landwirtschaft zu fördern. Das kann eine politische und ökonomische Dynamik auslösen. Unsere Idee ist, mit einer dezentralisierten, öffentlichen Einkaufspolitik für Mahlzeiten in der Schule, für Krankenhäuser, Gefängnisse etc. die regionale Produktion für den lokalen Markt anzukurbeln. Was in der Region produziert wird, soll auch in der Region konsumiert werden. Einkommen wird damit in der Region geschaffen.

Meines Erachtens ist dieses Programm ein sehr machtvoll Instrument, wenn es voll zur Geltung kommt. Aber wir stehen bekanntlich noch ganz am Anfang. Wir müssen hier erst einmal ganz neue Teams aufbauen, uns durch die internationalen Verträge, die die alte Regierung eingegangen ist, durcharbeiten und verstehen, welche Versprechungen sie damit gemacht hat und wo Möglichkeiten liegen. Dazu sollten wir den Dialog mit den Kräften in Europa, die ähnliche Ziele verfolgen, systematisch fortführen. Das ist für mich eine strategische Beziehung.

Eine gigantische Aufgabe und eine riesige Herausforderung liegen vor uns. Wir haben kein Recht dazu, uns zu irren, und wir haben kein Recht, naiv zu sein. Die Beispiele von Argentinien wie von Venezuela zeigen auf brutale Weise eine bestimmte politische und ökonomische Realität in unserem Amerika. Und dies in Hinblick auf eine totale Strangulierung der wirtschaftlichen Sphäre, die in eine nationale Krise mündet, siehe Argentinien, wie auch im Hinblick auf die politische Reaktion der Eliten auf jedweden Prozess der Veränderung, wie im Falle Venezuelas. Was sich da ereignet, ist keine Geschichte von Gabriel García Márquez. Das ist Amerika, wie es leibt und lebt.

Mit der neuen Regierung wollen wir einen neuen und langen politischen Zyklus in diesem Land einleiten sowie permanente strategische und politische Beziehungen aufbauen, um über konkrete Politiken – in unserem Fall zur Landwirtschaft – zu diskutieren, aber auch um gemeinsam Politiken von IWF, Weltbank, den Entwicklungsbanken oder der FAO zu analysieren und gemeinsame Positionen zu entwickeln.

Wir haben einen vollgepackten Kalender hier mit äußerst schwierigen Themen. Ich nenne nur ALCA. Wenn Europa schon Schwierigkeiten hat mit der US-amerikanischen Politik, was sollen wir dann erst sagen? Deswegen müssen wir in gemeinsamen Räumen gemeinsam agieren. ♦

Ich glaube, dass die Durchsetzung eines Landwirtschaftsmodells, wie wir es für Brasilien vorhaben und das auf dem Kleinbesitz, der Demokratisierung des Eigentums, dem Zugang zu Technologie, der Förderung von Kooperativen und der Regionalisierung beruht, sehr viel einbringen wird, gerade im Hinblick auf Arbeitsplätze und Einkommen.

Ungeduld bei Brasiliens Landlosen

Staatspräsident Lula „friedliche Landreform“ hat noch nicht begonnen. Die Landlosenbewegung MST verstärkt ihre Protestaktionen und sieht noch kein Ende des „Klassenkampfes“. Großgrundbesitzer setzen derweil auf bewaffnete Milizen

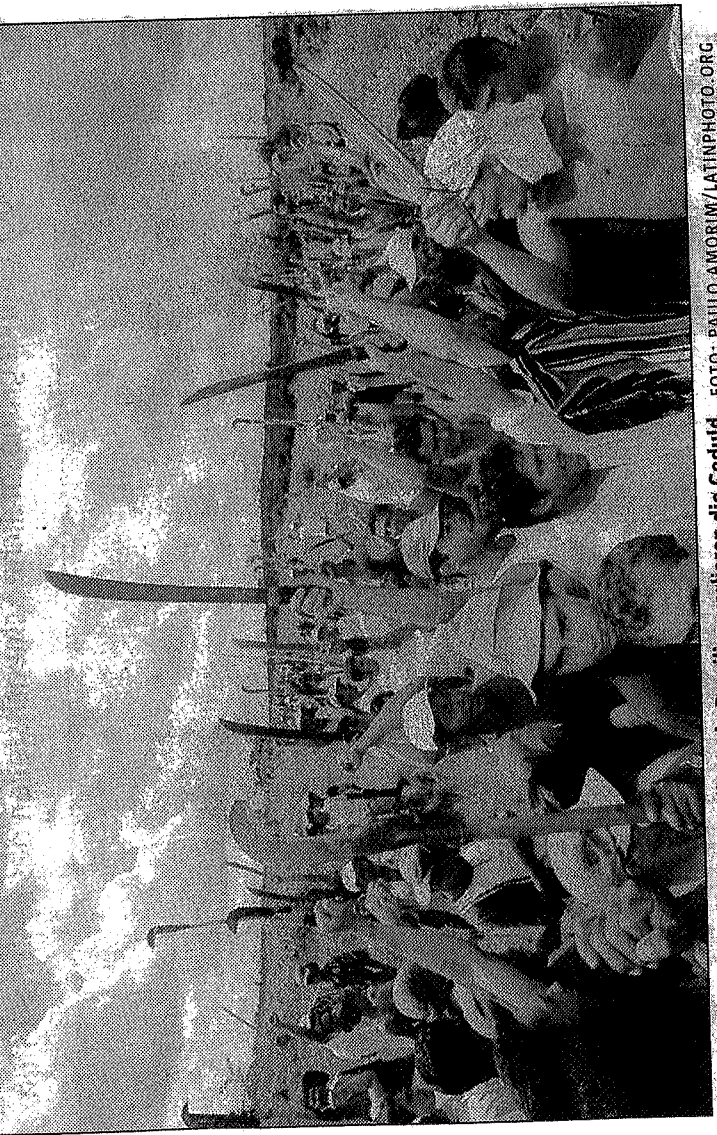
aus Porto Alegre GERHARD DILGER

Der „Waffenstillstand“ zwischen der Landlosenbewegung MST und der Regierung des linken Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva sei zu Ende, tönt es aus den großen Medien Brasiliens. Bereits gut zwei Monate nach Amtsantritt müsse sich Lula gegen die radikale MST wehren.

Seit zwei Wochen vergeht

kaum ein Tag ohne eine Protestaktion der Landlosen, deren Gesamtzahl auf 15 Millionen geschätzt wird. Im nordöstlichen Bundesstaat Alagoas blockierten hunderte MST-Aktivistinnen eine Hauptverkehrsstraße. Im Mittelwesten besetzten sie zwei Büros der Bundesbehörde für Agrarreform. Ujweit von São Paulo schlugen sie ein paar Tage ein Zeltlager auf dem Gelände einer staatlichen Forschungsanstalt

terpartei PT im Landesparlament des Bundesstaats Rio Grande do Sul sitzt. Jedoch gebe es in der Linken „Meinungsverschiedenheiten“ über den Weg zu einer neuen Wirtschaftspolitik. Die MST fordert einen „Bruch mit dem neoliberalen Modell“, während Lula die rigide Sparpolitik seines Vorgängers fortsetzt – in der Hoffnung, internationale Investoren und den IWF bei Laune zu halten. Entscheidend sei, so Górgen: „Wer bezahlt die Rechnung für die Überwindung des Hungers?“



Proteste und kein Ende: Die Landlosen in Brasilien verlieren die Geduld FOTO: PAULO AMORIM/LATINPHOTO.ORG

Linken ein breites Spektrum umfasst.

Trotz der Ansiedlung von gut 300.000 Landlosenfamilien seit 1995 sind noch immer 46 Prozent des Grund und Bodens in der Hand von 1 Prozent der Eigentümer. Eine „friedliche Landreform“ gehört daher zu Lulas Herzensanliegen. Doch ob die militanteren Aktionen der Landlosen diesem Ziel nutzen, ist auch in der PT strittig. Die MST müsse „Klugheit zeigen, um sich nicht von der öffentlichen Meinung zu isolieren“, warnt Parteichef José Genoino. „Die Besetzung produktiver Grundstücke und Randlehnen wir ab.“

Unzufrieden mit Lula ist auch die Lobby der Großgrundbesitzer, denn der für die Agrarreform verantwortliche Linke Minister Rossetto hat in seinem Ministerium viele Schlüsselposten mit Sympathisanten der MST besetzt. In den Bundesstaaten Minas Gerais und Paraná stellen Großbauern wieder bewaffnete Milizen auf. „Wenn diese Regierung nicht als Verantwortliche für ein großes Blutbad in die Geschichte eingehen will, muss sie Maßnahmen ergreifen“, droht João Bosco Leal, Chef eines Großgrundbesitzerverbandes. Für den „bewaffneten Widerstand“ einiger seiner Kollegen zeigt er Verständnis: „Wer nicht verteidigt, was er hat, ist nicht wert, es zu besitzen.“

Speziell in Bezug auf die Landreform sei die Regierung „schwerfällig“, kritisiert João Pedro Stedile von der nationalen MST-Leitung. Wegen der schleppenden Regierungsübergabe seien die Regionalbüros für die Agrarreform seit Oktober lahm gelegt. Die Aktionen der letzten Tage seien ein „Vorgeschmack“ auf eine landesweite Mobilisierung unter dem Motto „Null Toleranz für den Großgrundbesitz“, kündigten Landlosensprecher an.

„Jetzt ist die Jahreszeit, in der die Regeln für die kommende Aussaat festgelegt werden“, so Sérgio Górgen, „daher müssen wir Druck machen.“ Nun finde der „Klassenkampf“ auch in der Regierung statt, analysiert er im Hinblick auf die Bandbreite von Lulas Kabinett, das von Exponenten des Agrobusiness bis zur PT-



Der MST im Spagat: Die Landlosenbewegung und ihr schwieriges Verhältnis zur Regierung Lula

Schlägt man im Sommer 2003 die brasilianischen Zeitungen auf, so fällt die Anzahl der regierungskritischen Artikel geradezu ins Auge. Fast täglich erscheinen Kommentare, die sich kritisch mit der Politik des brasilianischen Präsidenten auseinandersetzen. Die angesehenere „Folha de São Paulo“ ist hierbei federführend. Die Geduld, die man in den ersten hundert Regierungstagen dem neu gewählten brasilianischen Präsidenten Inácio Lula da Silva entgegenbrachte, scheint auch in der eigenen Partei und in „Intellektuellenkreisen“ langsam erschöpft.

Dabei brachte er in den ersten Monaten durchaus etwas auf den Weg – nicht nur das von Startschwierigkeiten gebeutelte, aber von der UN anerkannte „Null-Hunger-Programm“ läuft langsam an, auch sein Auftreten im Ausland fand breite Anerkennung. Jedoch: Viele angekündigte Reformvorhaben haben noch nicht begonnen. Was die Kritiker jedoch am meisten irritiert, ist der Wandel der einst linken Arbeiterpartei PT zu einer sozialdemokratisch ausgerichteten Partei, die bereit ist, auch bisher nicht für möglich gehaltene Bündnisse einzugehen.

So gelang es in letzter Zeit die erforderlichen Mehrheiten für anstehende Reformvorhaben sowohl im Senat als auch in der Abgeordnetenkammer erheblich zu vergrößern. Einzig noch ernst zu nehmende Oppositionspartei ist die PFL. Sie weist in der ihr zur Verfügung stehenden Werbezeit im Fernsehen darauf hin, dass die Landlosenbewegung MST ihre Besetzungen verstärkt fortführt und dass die Regierungspolitik sowieso grundsätzlich falsch sei.

Ganz im Gegensatz hierzu die öffentlichen Meinungsumfragen: 78% der Befragten sind mit ihrem Präsidenten zufrieden. Die Bevöl-

kerung ist stolz auf ihn, sie hat nach wie vor große Hoffnungen. Sein Auftreten und seine Akzeptanz durch das Ausland werden mit Genugtuung registriert.

Auch in Lulas einstiger Hochburg als Gewerkschaftsführer, in São Bernardo do Campo, ist man immer noch optimistisch und findet, dass es einfach noch zu früh sei, Lulas Politik jetzt schon als gescheitert zu betrachten. „Vieles muss sich ändern, dies kann nicht von heute auf morgen geschehen. Aber ich vertraue ihm und hoffe, dass er ein gute Regierungspolitik machen wird. Er ist schließlich einer von uns“, so Inácio Tavares, Metallarbeiter.

Vielen anderen jedoch geht alles zu langsam. Dass Lula in der Wirtschaftspolitik auf den Spuren seines Vorgängers wandelt, d.h. dessen neoliberale Politik weitgehend unverändert weiterführt, wird als skandalös empfunden. Die Zinsen sind enorm hoch, die rigorose Sparpolitik führt dazu, dass das Wirtschaftswachstum sinkt, die Arbeitslosigkeit dagegen steigt, von 10,5% auf fast 13% seit Jahresbeginn, im Wirtschaftszentrum São Paulo gar auf über 20%. Die brasilianische Währung Real ist zwar im Verhältnis zum Dollar wieder stärker notiert, die Bevölkerung merkt hiervon aber wenig.

MST kündigt verstärkt Besetzungen an

Nicht nur in Gewerkschaftskreisen wie in der CUT, die traditionell der Arbeiterpartei des brasilianischen Präsidenten verbunden ist, regt sich Unmut. Über 20.000 Menschen kamen am 11. Juni in Brasília zu einer Großdemonstration zusammen. Im Mittelpunkt standen neben den sinkenden Reallöhnen vor allem die Regierungspläne hinsichtlich der anstehenden Reform des Rentensystems. Weitere gesellschaftliche

Gruppen melden sich verstärkt zu Wort: Der Indianermissionsrat CIMI äußert sich kritisch über die bisherige Indianerpolitik, und die Landlosenbewegung MST hat sich mit verstärkten Landbesetzungen zurückgemeldet und ihre weitere Zunahme angekündigt.

Seit Jahresbeginn kam es zu über hundert Besetzungen. Das sind mehr als im gesamten vergangenen Jahr. João Pedro Stédile, einer der Koordinatoren beim MST, verwies in jüngster Zeit des öfteren darauf, dass es jetzt an der Zeit sei, den Druck auf die Regierung zu verstärken. Sichtbare Solidarität von außen sei für den

*„Niemand wählt freiwillig das Schicksal, Landloser zu sein, niemand wählt freiwillig das Schicksal, arm zu sein. Jeder Arme ist ein Verarmter, er wurde gegen seinen Willen zu diesem gemacht.“
(Frei Betto)*

MST zum jetzigen Zeitpunkt wichtig. Sie ist viel wichtiger als finanzielle Hilfe. Hier hat es der MST seit seiner Entstehung erreicht, innerhalb Brasiliens eine breite Grundlage der Unterstützung zu schaffen. Jetzt sei, so Stédile, die deutliche Stellungnahme von Einzelpersonen, aber auch Solidaritätsgruppen hinsichtlich der Durchführung einer Agrarreform vorrangig. Das Ziel sollte sein, die neue Regierung nicht nur an eine baldige Umsetzung einer Agrarreform zu erinnern, sondern deren sofortige Realisierung einzufordern. Der brasilianische Präsident hatte gerade dies in seinem Wahlkampf immer wieder angekündigt.

Die aufkommende Unzufriedenheit zeigt bei ihm bereits eine gewisse Wirkung: Ende Juni wurde kurzfristig ein Treffen mit dem MST für den 2. Juli in Brasília angesetzt..

Begegnung mit MST in freundlicher Atmosphäre

Trotz der Kritik und den zunehmenden Landbesetzungen, aber auch der Plünderungen im Nordosten durch MST-Angehörige fand dieses zweieinhalbstündige Gespräch zwischen dem brasilianischen Präsidenten und 27 MST-Koordinatoren in freundlicher Atmosphäre statt. Die Vertreter und Vertreterinnen des MST nutzten die Begegnung, um eine Liste mit 16 Forderungen zu übergeben. Darunter befindet sich erneut, sofort 120.000 Familien anzusiedeln und bis zum Ende der Regierungszeit dies auf 1 Million angesiedelter Familien zu steigern. Auch eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung der INCRA, der für die Enteignung und Zuweisung von Boden verantwortlichen staatlichen Behörde, bildete eine weitere Hauptforderung. Lula selbst verwies auf den Regierungsplan, der dieses Jahr die Ansiedlung von 60.000 Familien vorsieht, mehr Geld stünde nicht zur Verfügung. Die Realität sieht jedoch anders aus: In den ersten sechs Monaten des Jahres 2003 kam es zur Ansiedlung von gerade einmal 4.810 Familien.

Beide Seiten waren sich einig, dass Brasilien eine Agrarreform braucht, und João Pedro Stédile, einer der wichtigsten Koordinatoren innerhalb der Landlosenbewegung, betonte den Erfolg des Treffens. „Es wurde deutlich, dass die Regierung tatsächlich der Agrarreform im zweiten Halbjahr Priorität einräumen wird. Ich glaube, er (Anm.:Lula) lies sich überzeugen, dass eine Agrarreform das wichtigste Programm

João Pedro Stédile



darstellt, um Armut und Hunger zu bekämpfen und der Arbeitslosigkeit die Stirn zu bieten.“ Gilmar Mauro vom MST verwies darauf, dass der wahre Gegner der Großgrundbesitz sei. Lula sei eine Person „mit guten Absichten, wirklich gewillt, eine Agrarreform auf den Weg zu bringen.“

Die Großgrundbesitzer reagierten auf ihre Weise auf das Treffen zwischen dem brasilianischen Präsidenten und dem MST. Sie forderten ebenfalls umgehend ein Treffen mit ihm, um ihm zu zeigen, dass „die Situation außer Kontrolle“ sei. Luiz Nabhan Garda, der Präsident der Landbesitzervereinigung UDR, kritisierte zudem heftig, dass Lula überhaupt MST-Vertreter empfangen habe. „Wer Verbrechen begeht, darf durch niemanden empfangen werden.“

Augenblicklich ist die Situation in einigen Regionen Brasiliens angespannt, vor allem in den Bundesländern Pernambuco, Pará, Paraná und São Paulo. Im letzten Fall ist es insbesondere die Region Pontal do Paranapanema, wo Männer unter Vertrag genommen und mit Waffen ausgestattet werden, um mögliche Landbesetzungen zu verhindern. Einen ersten Zwischenfall gab es bereits in Paraná: Dort wurde ein Landloser von

Unbekannten niedergeschossen. Während der dem MST nahestehende Minister für landwirtschaftliche Entwicklung, Miguel Rosetto, die Großgrundbesitzer, die Milizen

anstellen, als „Abenteurer“ bezeichnete, sieht dies sein Kollege, der Landwirtschaftsminister Roberto Rodrigues anders. Er erklärte: „Wer über Besitz verfügt, kann diesen mit allen gesetzlichen, legitimen Mitteln verteidigen.“ Die brasilianische Verfassung erlaubt tatsächlich bewaffnetes Sicherheitspersonal auf Privatbesitz!

Günther Schulz

Foto:

Hermann Dierkes/Feti Özkan

Damit eine Agrarreform Wirklichkeit wird, bittet der MST um unsere Unterstützung.

Nachfolgend ein Briefvorschlag an den brasilianischen Präsidenten Luíz Inácio Lula da Silva:

Sehr geehrter Herr Präsident,

Seit dem 1.1.2003 sind Sie jetzt im Amt. Sie verkörpern die Hoffnung von Millionen Menschen in Brasilien. Während Ihres Wahlkampfes haben Sie unter anderem eine Agrarreform als grundlegend für die Entwicklung Brasiliens angekündigt. Die Realität der ersten acht Monate sieht indes anders aus. Ich bin mir bewusst, dass die Umsetzung bzw. die Verwirklichung einer Agrarreform kein leichtes Unterfangen ist. Dennoch bitte ich Sie mit diesem Brief darum, in nächster Zeit sichtbare Zeichen einer veränderten Agrarpolitik zu setzen.

Millionen von Landlosen Familien sind voller Hoffnung, sie sollten nicht enttäuscht werden.

Mit freundlichen Grüßen

Excelentíssimo Sr. Presidente,

Desde 1. de janeiro de 2003, Vossa Excelência ocupa o cargo de Presidente do Brasil, personificando a esperança de milhões de brasileiros. Durante a campanha eleitoral o senhor afirmou que, entre outras prioridades, a reforma agrária seria um ponto fundamental para o desenvolvimento do país. A realidade após oito meses de governo infelizmente mostra-se outra.

Estamos convencidos de que a realização e a concretização de uma verdadeira reforma agrária não é tarefa fácil. Contudo, enviamos-lhe esta carta no sentido de apelar para que medidas concretas em direção a uma nova política agrária sejam em breve tomadas. Milhares de famílias sem terra aguardam-na confiantes. Desejamos que esta esperança venha a ser correspondida.

Cordialmente

Warten auf die Landreform

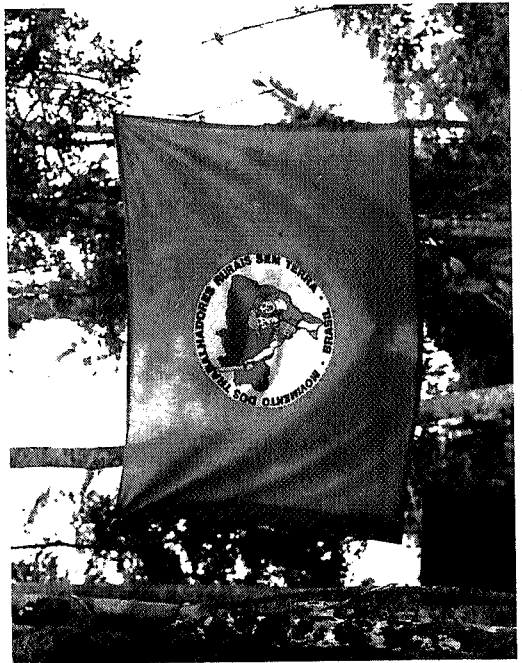
Noch lässt die neue Regierung Brasiliens keine sichtbaren Taten folgen

Annähernd 50 Millionen der 175 Millionen EinwohnerInnen Brasiliens leiden Hunger. Der Hauptgrund dafür ist nicht ein Mangel an Nahrungsmitteln oder deren ungenügende Produktion. Ursache ist meist fehlender Zugang zu und Kontrolle über die Ressourcen, mit denen Nahrungsmittel erzeugt werden könnten. Die von Hunger betroffene Bevölkerung lebt hauptsächlich auf dem Land. Daher ist die Landreform und ihre baldige Umsetzung in vielerlei Hinsicht das wichtigste Thema auf der Agenda der neuen Regierung unter Präsident Lula.

Bisher hat keine brasilianische Regierung die Agrarreform als vorrangiges Projekt betrachtet. Die Agrarpolitik von Fernando Henrique Cardoso – brasilianischer Präsident von 1994 bis 2002 – Liberalisierung der Bodenmärkte. In diesem Modell gewährt der Staat den Landlosen ein Darlehen, so dass sie dieses Land direkt von den Großgrundbesitzern kaufen können – und nicht dass der Staat Land enteignet und es danach an die Landlosen verteilt. Somit geht die Landreform, die ein Programm zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung sein, Erträge steigern und Arbeitsplätze schaf-

fen sollte, verkam zur sozialen Kompensationspolitik. Statt durch staatliche Eingriffe die Besitzstrukturen zu verändern, legte die Regierung Cardoso die Verbindung von Eigentum mit sozialer Verantwortung und das eigentlich verfassungsmäßig verankerte Instrument der Enteignung.

Von der neoliberalen Variante einer Bodenreform überzeugt, beharren die Begründer dieser Politik zudem darauf, veraltete Agrarmodelle wiederaufzunehmen, die als Antwort auf Ernährungssicherung bereits gescheitert sind: Das Agrarmodell „Grüne Revolution“ versprach das Ende des Hungers durch die Förderung neuer Produktionstechniken und den Einsatz chemischer Düngemittel. In Brasilien hatte dieses Modell schwerwiegende Folgen im Sozial- und Umweltbereich und brachte keine Verringerung von Hunger und Armut. Im Gegenteil: Es führte zu Landkonzentration, Abhängigkeit der Produktion von den transnationalen Konzernen, zum Einsatz von aus Öl hergestellten Düngemitteln, zu Monokulturen und zu einer intensiven und unhaltbaren Ausbeutung der natürlichen Ressourcen. So wurden Tausende Kleinbauernfamilien an den Rand der Gesellschaft gedrängt, die ländliche und städti-



Peter Steudtner

Die Landlosenbewegung MST macht Druck für eine Agrarreform

Die Zeit der Flitterwochen ist vorbei – MST und Regierung streiten über gemeinsamen Kurs

Die neue brasilianische Regierung muss sich wohl schneller um die ausstehende Agrarreform kümmern, als gedacht: etwa zwei Monate nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten „Lula“ da Silva kommt Bewegung in die Auseinandersetzung um die Agrarfrage in Brasilien. Kaum ein Tag vergeht ohne neue Besetzungen durch die Landlosen-Bewegung MST. In Santa Catarina, Sao Paulo und Paraná wurden Fazendas besetzt, in Curitiba, Goiânia und Recife wurden Büros des Nationalen Instituts für Agrarreform und Kolonisierung (INCRA) in Beschlag genommen, und in Alagoas blockierte die Landlosenbewegung eine Bundesstraße. „Der Waffenstillstand ist vorbei“ titeln die brasilianischen Medien. Obwohl oder gerade weil mit Miguel Rossetto ein Vertreter des radikaleren PT-Flügels den Ministerposten für Landwirtschaftliche Entwicklung innehat, ist der MST frustriert über den schleppenden Fortgang der Enteignungen und Ansiedlungen von Landlosen unter der neuen Regierung.

Die Regierungsübergabe geht nur langsam voran und seit Oktober sind die Regionalbüros für die Agrarreform daher lahm gelegt. „Wir können nicht länger warten“, sagt ein Sprecher des MST, Joao Paulo Rodrigues, mit Blick auf die Regierung. Das Wiederaufkommen der Protestaktionen bringt den MST in eine Zwickmühle. Die Beziehungen zur Regierung der Arbeiterpartei PT sind eng und historisch gewachsen. Die Bewegung der Landlosen galt als eine der stärksten Unterstützerinnen des ehemaligen Gewerkschaftssekretärs Lula im Kampf um das Präsidentenamt. Doch jetzt scheint das Freundschafts-

sche Armut verschärfte sich und Ökosysteme wurden zerstört. Nach diesen Überzeugungen wurde jedoch auf Grund nationaler neoliberaler Ziele der Politik in den letzten Jahren weiterhin Agrarpolitik betrieben – mit dem Erfolg, dass sich das Elend der brasilianischen Bauern nur vergrößert hat. Trotz des Misserfolgs dieser Agrarpolitik preisen ihre Begründer zur-

Neoliberales versus nachhaltiges Agrarmodell

Gegen diese Politik wehren sich die Bewegungen, die um Land und ein nachhaltiges Agrarmodell

band einen Riss bekommen zu haben. In einer Stellungnahme kritisierte die Regierung, dass die Besetzung von Regierungsgebäuden durch die MST die Grenzen der Demokratie überschritten habe. Rodrigues allerdings will in der Öffentlichkeit nichts von einer Beeinträchtigung der Beziehungen wissen. „Das Verhältnis zur PT ist nach wie vor sehr gut“, konstatiert er nüchtern. Die Regierung Lulas lässt sich in ihrer Politik des Dialogs durch die Landbesetzungen bisher ebenfalls nicht beirren. Es sollte weiter verhandelt werden, so Rossetto. Zudem erklärte er, die Regierung habe bereits 200.000 Hektar im Zuge der Agrarreform enteignet und es bestehe zudem ein Ernteplan, der die kleinbäuerlichen Familienwirtschaften unterstützen sollte. Doch dies geht dem MST nicht weit genug. Der jüngste Protest richtete sich nicht gegen den Präsidenten oder dessen Regierung, sondern gegen den Großgrundbesitz und das Finanzkapital. Eigentlich geht es also um Differenzen in der Frage, welchen Weg Brasilien zu einer neuen Wirtschaftspolitik einschlagen sollte – der MST fordert einen Bruch mit dem neoliberalen Modell und Präsident Lula sieht sich gegenüber internationalen Anliegerinnen und InvestorInnen und nicht zuletzt gegenüber dem IWF im Zugzwang. Für die kommenden Monate sind weitere Protestaktionen des MST angekündigt und die Großgrundbesitzer rüsten im Gegenzug auf – ob also die „friedliche Landreform“ nach den ursprünglichen Plänen der Regierung realisiert werden wird, ist fraglich.

Laurissa Mühlich

kämpfen. Ihrer Auffassung nach muss die Umverteilung der produktiven Ressourcen gefördert und ihre Kontrolle durch die Bauern und die Nachhaltigkeit der Produktion gewährleistet werden. Die Landreform als Ziel eines demokratischen Prozesses für den Zugang zu produktiven Ressourcen ist der Grundstock eines sozialen und nachhaltigen ökologi-

schon Agrarmodells. Die Agrarreform wird von den Landlosenbewegungen, insbesondere vom MST (Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra), nicht als reine Umverteilung von Ackerland angesehen. Vielmehr handelt es sich bei der Agrarreform um einen umfassenden Prozess, in dem der gleichberechtigte Zugang zu Land als Ausgangsbasis für die Demokratisierung der gesamten Gesellschaft, des Staates und der Produktionsmittel gilt. Eine Agrarreform schafft so die notwendigen Vorbedingungen für soziale Gleichheit, Gerechtigkeit und Mitbestimmung des Volkes über die wirtschaftliche Entwicklung auf einer neuen Basis. Dieses Projekt kollidiert eindeutig mit dem jetzigen Modell des Großgrundbesitzes und der exportorientierten Landwirtschaft. Es ist Teil eines Entwicklungsmodells, das auf nationale Erneuerung und die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte ausgerichtet ist (s. Kasten).

Der Sieg „Lula“ da Silvas bei den Präsidentschaftswahlen im Oktober letzten Jahres wurde auch als



Sieg der sozialen Bewegungen gefeiert, auch und gerade der Bewegung der Landlosen. Die Regierung Lula lädt die Erwartungen großer Teile des brasilianischen Volkes auf sich, insbesondere die Hoffnung auf eine gerechtere Gesellschaft. Lula ist sich der Tatsache bewusst, dass seine Regierung

business und Anhänger der Gentechnologie, während das Ministerium für Agrarentwicklung mit einem Vertreter aus dem linken Spektrum der Arbeiterpartei (Partido dos Trabalhadores) besetzt wurde (s. Kasten). Zudem bekräftigt die Regierung die Rolle des Staates bei der Durchführung ei-

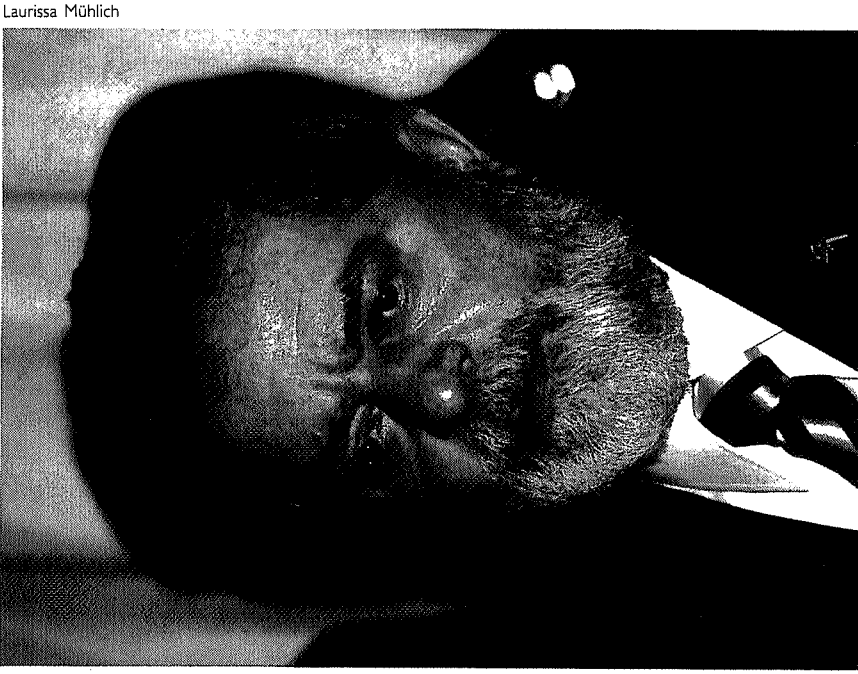


ner Agrarreform. Damit sind auch die sozialen Bewegungen einverstanden: Der Staat spielt eine wichtige Rolle bei der Demokratisierung des Landbesitzes in Brasilien. Der neue Minister für ländliche Entwicklung, Miguel Rosseto, hat bereits angekündigt, das marktorientierte Agrarreformprogramm Banco da Terra einzustellen. Die Agrarreform soll eine Aufgabe des Staates und nicht des Marktes sein, bekräftigt auch der Präsident des Nationalen Instituts für Agrarreform und Kolonisierung INCRA, Marcelo Resende. Außerdem ließ die Regierung verlauten, die bisher geltende so genannte „Provisorische Maßnahme“, die Landbesetzungen kriminalisiert, zu revidieren.

Im Agrarbereich stellen sich also einige der wichtigsten Herausforderungen. Neben dem Minister für ländliche Entwicklung, Rosseto, haben auch der Präsident selbst und die regionalen Vertretungen des INCRA enge Verbindungen zu den sozialen Bewegungen. Das kann einen besseren Dialog mit diesen Bewegungen ermöglichen. Andererseits

haben die Großgrundbesitzer bereits ihren Widerstand verschärft. Da sie sich vom Staat im Stich gelassen fühlen, organisieren sie sich seit Anfang des Jahres verstärkt. Es wurden bewaffnete Milizen, so genannte Primeiro Comando Rural – von der Drogenhändlerorganisation PCC inspiriert – aufgestellt, um sich gegen Landbesetzungen zu „schützen.“ Denn für die Großgrundbesitzer war klar, dass die Hungerbekämpfung endet, wo ihr Besitz beginnt. Die gemeinsame Bilanz der Auseinandersetzungen um die Agrarreform wird sich also vermutlich nicht verbessern. Allein im letzten Jahr gab es nach Angaben der Landpastorale (CPT) 54.098 Landkonflikte, elf Prozent mehr als 2001. Auch die Gewalt gegen die Landlosen hat zugenommen: Insgesamt 37 wurden bei Landkonflikten ermordet, 30 Prozent mehr als 2001. Auch die Fälle von Sklaverei auf dem Land haben drastisch zugenommen. 2002 wurden 5.665 Sklaven aus den Händen von Großgrundbesitzern befreit.

Die sozialen Bewegungen erwarten keine Wunder von Lula. Ihnen ist klar, dass Unterdrückungsstrukturen in einer vierjährigen Amtszeit nicht überwunden werden können. Die nationale Koordination des MST richtete daher bereits im November 2002 einen offenen Brief an das brasilianische Volk und an Präsident Lula, in dem sie ankündigte, die notwendige Autonomie zur Regierung zu behalten, aber die Anstrengungen der neuen Regierung zur Durchführung einer Agrarreform zu unterstützen. Dies gelte auch für alle Maßnahmen, die der Sicherung und Verbesserung der



Hoffnungsträger Lula muss sich bei der Agrarreform bewähren

Lebensbedingungen der Landbevölkerung dienen.

La Via Campesina Brasilien, ein Dachverband, dem unter anderem MST, die Landpastorale CPT, die Bewegung der Kleinbauern MPA und die Bewegung der Betroffenen von Staudammprojekten MAB angehören, sieht seine Rolle darin, weiter die Armen auf dem Land zu organisieren, das Bewusstsein für ihre Rechte zu schärfen und den Kampf um ihre Rechte zu mobilisieren. Die hier zusammen-

mengeschlossenen sozialen Bewegungen Brasiliens planen für dieses Jahr Aktivitäten für den Kampf um Ernährungssouveränität und eine große Kampagne für die Erklärung von Saatgut als Erbe der Menschheit. Die Beziehung zwischen Regierung und sozialen Bewegungen wird sicher nicht ohne Konflikte verlaufen. Aber es ist klar, dass der Feind nicht die Regierung ist, sondern das Latifundium, und alles was damit verbunden ist.

Vilmar Schneider

Notwendigkeit einer Agrarreform

Vorstellungen der Beteiligten

Damián Sánchez



Agrarreform - ein M e n s c h e n r e c h t

Anhang:

Agrarreform heute bedeutet in Brasilien und anderswo mehr als den Zugang zu Land für die von Hunger bedrohten Landlosen. Agrarreform steht für ein neues Zukunftsmodell des ländlichen Raumes, für die Produktion gesunder Nahrungsmittel, ohne die natürlichen Ressourcen zu zerstören. Agrarreform steht auch für

die Befreiung der Landfrauen aus jahrhundertealter Unterdrückung. Der folgende Anhang von Rolf Künemann beschreibt den Zusammenhang zwischen dieser „Neuen Agrarreform“ und den Menschenrechten. Er vertieft damit das Verständnis der Globalen Kampagne als Menschenrechtskampagne.

A. Agrarreform und Agrobusiness

Das Menschenrecht auf Nahrung ist 1976 als Teil des Internationalen Pakts über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte („Sozialpakt“) völkerrechtlich in Kraft getreten. Der Pakt enthält in Artikel 11.2 insbesondere ein Recht auf „Reform landwirtschaftlicher Systeme“ zur Umsetzung des Menschenrechts auf Nahrung.

Agrarreform ist traditionell der Übergang von der feudalistischen Großgrundbesitzerlandwirtschaft zu einer bäuerlichen Landwirtschaft. Diese „alte“ Agrarreform fand in Europa meist zu Anfang des 19. Jahrhunderts, in Lateinamerika und Asien mehr oder minder rudimentär in der Mitte des 20. Jahrhunderts statt. Abgesehen von der Frage sozialer Gerechtigkeit wurde sie in Lateinamerika und Asien deshalb propagiert, weil sie in Europa produktionssteigernd als Zugpferd der Industrialisierung funktioniert hatte. In den Händen der befreiten Bauern wurde das Land von einer Machtbasis der Feudalherren zur sicheren Grundlage der bäuerlichen Selbstversorgung sowie einer steigenden Marktproduktion. Kleinbauern und Landlose wurden produktiv, und das Idealbild vieler gleichberechtigter kleiner oder mittelgroßer Markt-

teilnehmer schien nahegerückt (entwicklungspolitische Begründung der „alten“ Agrarreform).

Diese europäische Produktionssteigerung hatte zwei Gründe: Biologische Fortschritte in der Bodenbewirtschaftung ermöglichten ein Ansteigen der Hektarerträge, und die Rechtssicherheit im Bereich der Landnutzung trug entscheidend zur Motivation der Familienbetriebe bei, diese Fortschritte umzusetzen. Dadurch kam es zur Produktion von Überschüssen für die Stadt bei relativ konstanter Landbevölkerung. Sie ging im Zuge des Bevölkerungswachstums prozentual jedoch langsam zurück - in Deutschland von ca. 75% der Erwerbspersonen bei einer Gesamtbevölkerung von 24 Millionen im Jahre 1800, auf 26% der Erwerbspersonen bei einer Gesamtbevölkerung von 69 Millionen im Jahre 1940.

Seit 1950 kam es in Europa zu einer weitgehenden Chemisierung und Kapitalisierung der Landwirtschaft. Dieser Trend griff seit 1965 (Grüne Revolution) auch in Asien und Lateinamerika um sich. Dadurch wurden lukrative Gewinnspannen für investiertes Kapital auch in der Landwirtschaft erreicht. Hektarerträge stiegen, Gewinne stiegen. Gleichzeitig kam es zu einer weitgehenden Zerstörung des ländlichen Raumes: Zer-

störung der Nahrungsqualität, der Bodenqualität, der Wasserqualität, der Fauna, der genetischen Ressourcen, der Arbeitsplätze, der bäuerlichen Betriebe und der ländlichen Gemeinschaften. Verschuldung und Abhängigkeit der Bauern.

Von Seiten des Agrobusiness wird behauptet, zur Steigerung der Hektarerträge sei eine entsprechende „industrielle Landwirtschaft“ nötig. Diese Behauptung ist nicht stichhaltig: Von 1800 bis 1940 vervierfachte sich in Deutschland die Bruttobodenproduktion - ausschließlich mit den biologischen Methoden der klassischen bäuerlichen Landwirtschaft. Von 1940 bis 1985 verdoppelte sie sich noch einmal - und zwar einerseits in Fortsetzung der bäuerlichen Landwirtschaft durch postmoderne biologische Methoden, andererseits durch den Agrobusiness. Der Agrobusiness konnte sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zunächst weitgehend durchsetzen, weil die zerstörerischen ökologischen und sozialen Folgen weitgehend ignoriert wurden und weil er eine höhere Rendite auf eingesetztes Kapital abwarf als die postmoderne Landwirtschaft.

Der Agrobusiness führte zu einer starken Konzentration des Landes und des Kapitals in der Landwirtschaft. An die Stelle des alten Feudalismus der Latifundistas und Großgrundbesitzer trat ein neuer Feudalismus des Agrobusiness. Für beide ist die Kontrolle über die Ressource Land eine Quelle der Macht (Food is Power). Im Gegensatz zum unproduktiven alten Feudalismus ist der neue Feudalismus sehr produktiv. Während der alte Feudalismus „nur“ sozial parasitär wirkte, ist der neue Feudalismus sozial und ökologisch zerstörerisch.

Seit 1980 wurde diese Zerstörung international unter dem Stichwort

Globalisierung noch weiter forciert, weil bislang intakte oder geschützte Gebiete dem kapitalistischen Zugriff und damit der erwähnten Zerstörung geöffnet werden. Der neue Feudalismus machte sich über die Öffnung von Märkten an eine neukolonialistische Unterwerfung von bis dahin unabhängigen Landwirtschaften. Die globalisierte kapitalistische Landwirt-

schaft hat keinen Bedarf für Bauern und daher auch keinen Bedarf für Agrarreform. Neben die alte Agrarreform, die sich mit entwicklungspolitischen Argumenten gegen den alten Feudalismus und Latifundismo wendete, muß deshalb die neue Agrarreform treten. Sie wendet sich mit neuen Argumenten gegen den globalen Agrobusiness.

B. Was ist die Neue Agrarreform?

Die Neue Agrarreform ist ein Bündel von Politikmaßnahmen, die auf eine Landwirtschaft abzielen mit den folgenden Merkmalen:

- 1: *Herstellung gesunder Nahrungsmittel für alle;*
- 2: *Nachhaltige Ernährungssicherheit;*
- 3: *Deckung der meisten lokalen Nahrungsbedürfnisse durch lokale Nahrungsmittelproduktion;*
- 4: *Stärkung lokaler Gemeinschaften, besonders auf dem Lande;*
- 5: *Schaffung befriedigender Arbeitsplätze;*
- 6: *Stärkung der Rechte der Frauen.*

Die Zielvorgaben 1 und 2 gehören zu den im UN-Bericht über das Recht

auf Nahrung (Eide-Studie 1987) genannten Kriterien: Recht eines jeden auf gesunde Nahrungsmittel und Nachhaltigkeit des Zugangs.

Die Zielvorgaben 3 und 4 ergeben sich aus den kulturellen Menschenrechten und dem Menschenrecht auf Selbstbestimmung.

Die Zielvorgabe 5 ergibt sich aus dem Menschenrecht auf Arbeit.

Die Zielvorgabe 6 ergibt sich aus den Menschenrechten der Frauen.

Alle genannten Menschenrechte müssen im Sinne der Untrennbarkeit im Zusammenhang mit dem Recht auf Nahrung berücksichtigt werden und bestimmen von daher die Kriterien für die „Reform landwirtschaftlicher Systeme“, nach dem Sozialpakt 11.2.

C. Menschenrechtliche Kriterien für die Neue Agrarreform

1. Zum Recht auf gesunde Nahrung:

- a. *Biologische Düngung statt Mineraldüngung*
- b. *Biologischer Pflanzenschutz statt chemischer Pflanzenschutzmittel*
- c. *Artgerechte Tierhaltung statt Massentierhaltung*

Die Entgiftung der Nahrungsmittel würde das verstärkte Auftreten von Krebs und zahllosen Allergien senken, würde damit unendliches Leiden mildern und die Kosten des Gesundheitssystems senken.

Menschen möchten endlich wieder Rindfleisch essen können ohne BSE-Risiko, Kalbfleisch ohne Östrogene, Schweinefleisch ohne Schweinepest, Geflügel und Eier ohne Salmonellen. Sie haben ein Menschenrecht auf gesunde Nahrung. Dieses Menschenrecht auf gesunde Nahrung wird durch den Agrobusiness verletzt - im Interesse der Profitmaximierung in der Landwirtschaft, die aber der Wohlfahrt- und Nutzenmaximierung widerspricht.

Die neue Agrarreform ersetzt die industrielle Landwirtschaft deshalb

durch arbeitsintensive Produktion in kleinen Einheiten mit geschlossenen Kreisläufen ohne Giftstoffe.

2. Zum Recht auf nachhaltigen Zugang zu Nahrung:

● Um die Nahrungssicherheit auch des Nordens ist es nicht so gut bestellt, wie es die Überschüsse vorspiegeln:

● Chemische Landwirtschaft (vor allem Mineraldünger) gekoppelt mit der generellen Luftverschmutzung führen zur Zerstörung des Humus und damit zur Erosion und zum Rückgang der Bodenproduktivität.

● Die Fremdenergie in der industriellen Landwirtschaft, ebenso wie die Chemie, basieren weitgehend auf billigem Erdöl. Diese Vorräte sind begrenzt. Ohne Erdöl bricht die industrielle Landwirtschaft und damit auch die industrielle Nahrungproduktion zusammen.

● Die Monokulturen und die zunehmende Kontrolle des Agrobusiness über die genetischen Ressourcen der Landwirtschaft führen zu genetischer Erosion und damit zu hoher Instabilität gegen Schädlingsbefall.

● Die industrielle Landwirtschaft ist auf reichlich Wasser angewiesen. Die Wasserreserven gehen überall zurück. Deshalb läßt sich diese wasserintensive Produktionsweise nicht langfristig aufrecht erhalten.

Die neue Agrarreform ersetzt die industrielle Landwirtschaft deshalb durch bodenschonende, fremdenergiesparende Produktion in Mischkulturen mit sorgfältig kontrolliertem Wasserverbrauch.

3. Zum Menschenrecht, sich selbst zu ernähren. Zum Recht auf Selbstbestimmung.

Die lokalen Nahrungsbedürfnisse sollten aus drei Gründen weitgehend aus lokaler Produktion gedeckt werden:

a. Erosion von Freiheit und Demokratie

Food is power. Wes Brot ich eß, des Lied ich sing. Die Kontrolle der Nahrungsmittelversorgung ist eines der stärksten politischen Machtinstrumente (sowohl international - Food as a weapon - als auch national.) Die basisorientierte Demokratie setzt die weitgehende Souveränität den örtlichen Gemeinden und Gemeinschaften voraus. (Alle Gewalt geht vom Volke aus.) Die Souveränität von Gemeinschaften, die in ihrer Nahrungsmittelversorgung in hohem Maße fremdabhängig sind - sei es über den Markt oder über Subventionen (Brot und Spiele) ist gefährdet, ihre politische Selbstbestimmung stark eingeschränkt - besonders wenn sie existentielle Lebens-Mittel mit sekundären Luxusgütern (Kaffee, Bananen, Krabben, Viehfutter etc.) oder Dienstleistungen einkaufen müssen.

b. Rückgang der Ernährungssicherheit

Eine Gemeinschaft, die ausschließlich von Eigenproduktion abhängt, ist bei Mißernten gefährdet. Das gilt aber auch im entgegengesetzten Fall der totalen Abhängigkeit vom (Welt-) Markt, wenn die Nahrungspreise am Markt steigen und die Exporteinnahmen fallen.

Deshalb sollte die Ernährungssicherheit auf zwei Füßen stehen: Auf dem Standbein einer weitgehenden lokalen Selbstversorgung und auf dem Spielbein von Zukäufen auf den Märkten.

c. Schwächung der lokalen Gemeinschaft

Durch Bildung geschlossener Kreisläufe lokaler Ökonomie wird die lokale Gemeinschaft (Ziel 4) gestärkt und eine größere Wachsamkeit für den Schutz ökologischer Ressourcen erzeugt (Ziel 2), wegen des unmittelbaren Feedback.

Die neue Agrarreform ersetzt die industrielle weltmarktorientierte Land-

wirtschaft, die von transnationalen Konzernen kontrolliert wird, durch miteinander Handel treibende Netzwerke lokaler Nahrungsmittelökonomien, die von der lokalen Bevölkerung kontrolliert werden.

4. Zum Menschenrecht, in sinnvollen lokalen Gemeinschaften zu leben

In sinnvollen lokalen Gemeinschaften zu leben, gehört zu den menschlichen Grundbedürfnissen.

Diese Gemeinschaften müssen den alltäglichen persönlichen Kontakt ermöglichen („lokal sein“). Die Alltagsabläufe müssen sinnvolle Tätigkeiten enthalten.

Solche Gemeinschaften sind die Quelle von Kultur und Identität. Minderheitenrechte und andere kulturelle Menschenrechte verlieren ihre Basis, wenn dieses Menschenrecht nicht gewährleistet ist.

5. Zum Menschenrecht auf befriedigende Arbeit

Jeder Mensch hat ein Recht, seinen Lebensunterhalt durch Arbeit zu bestreiten - unter günstigen und befriedigenden Bedingungen: Diese wirtschaftliche Aktivität kann selbständig erfolgen als Jäger oder Sammler, als Bauer, Viehzüchter oder Fischer, als Handwerker oder Händler etc. oder sonst als Lohnabhängiger.

Der Agrobusiness zerstört in großem Umfang Arbeitsplätze in der Landwirtschaft. Vom Agrobusiness in der Landwirtschaft neu geschaffene Arbeitsplätze fallen demgegenüber kaum ins Gewicht und sind gezeichnet von Abhängigkeit und anderen Zeichen minderer Qualität.

In einer Zeit zunehmender Arbeitslosigkeit gibt es unter dem Menschenrecht auf Arbeit die Staatenpflicht, neue befriedigende und günstige Arbeitsplätze bereitzustellen bzw. im Marktsektor solche Arbeitsplätze herbei zu regulieren. Die Erfordernisse der neuen Landwirtschaft im Sinne der genannten vier Punkte führen zu einer arbeitsintensiven Produktionsweise und bieten damit ein Instru-

Eine sinnvolle Tätigkeit ist die wirtschaftliche. Sie ist nicht von der sozialen, kulturellen oder politischen Lebensqualität zu trennen.

Gemeinschaften werden deshalb dort gestärkt, wo die lokale Wirtschaft gestärkt wird, insbesondere die lokale Landwirtschaft.

Die neue Agrarreform ersetzt die völlig außenorientierte industrielle Landwirtschaft, die ihre Inputs und Abläufe nur über weite Transportwege abwickeln kann (und deshalb Ziel 2 widerspricht wegen der Energieknappheit) mit stark reduzierten menschlichen Kontakten. Durch die neue Agrarreform entwickelt die lokale Gemeinschaft selbst ein soziales und ökologisches Verantwortungsgefühl, das der sozialen Zerstörung (Folge: Kriminalität) und der ökologischen Zerstörung Einhalt gebietet.

ment, mit dem die Staaten diesen Pflichten aus dem Recht auf Arbeit nachkommen können.

Die Grenzen der Verdrängung menschlicher Arbeit aus der Produktion sind spätestens dort erreicht, wo das Recht auf Arbeit verletzt wird, wo die Produkte geringe Qualität aufweisen oder gar schädlich werden, und wo diese Produkte nicht nachhaltig hergestellt werden können. Dieser Punkt ist in der Landwirtschaft offensichtlich schon längst überschritten. Deshalb ist eine Umorientierung der Produktion auf arbeitsintensive und nachhaltige Technologien nötig, die die Arbeit erleichtern aber nicht abschaffen, auch wenn diese Technologien den Banken und anderen Interessenten wenig Möglichkeiten zur Geldvermehrung bieten.

Die neue Agrarreform ersetzt den arbeitsplatzzerstörenden Agrobusiness durch eine bäuerliche Landwirtschaft, die das Recht auf befriedigende Arbeit erfüllt.

6. Die Menschenrechte der Frauen

Die neue bäuerliche Landwirtschaft unterscheidet sich nicht nur vom Agrobusiness, sondern auch von der traditionellen Landwirtschaft. Sie schöpft durch neue Produktionsmethoden die nachhaltig möglichen Bodenproduktivitätsfortschritte aus, statt an traditioneller Subsistenzproduktion festzuhalten.

An die Stelle des angestammten bäuerlichen Patriarchats treten veränderte

soziale Beziehungen, die die gleichen Rechte der Frau anerkennen. Die neue bäuerliche Landwirtschaft wird nicht notwendig von Familienbetrieben getragen. Das bäuerliche Arbeitspotential sollte nicht von der Frau und einer Schar Kinder abhängen. Frauen in bäuerlichen Betrieben dürfen nicht länger auf eine Rolle als Mutter und landwirtschaftliche Arbeitskraft festgelegt werden. Formen gemeinschaftlicher bäuerlicher Landwirtschaft müssen den Frauen volle

und gleiche Besitz- bzw. Genossenschaftsrechte zubilligen bzw. ihre freie Entfaltung in frei gewählten Berufen sicherstellen.

Die neue Agrarreform ersetzt die traditionelle patriarchalische Landwirtschaft durch eine partnerschaftliche mit gleichen Rechten für die Frau.

Agrarreformversuche in Brasilien

»Das Land denen, die es bebauen«

Die Landfrage ist ohne Zweifel das vorrangigste Problem in Brasilien. Seinetwegen wird debattiert, gestritten und sogar gemordet. Tatsache ist, daß im Laufe der Geschichte dieses Landes viele Leute auf diese Weise Landbesitz angehäuft haben und noch weiter anhäufen. Der Kampf um eine Agrarreform ist schon alt. Bereits im vergangenen Jahrhundert, als um die Aufhebung der Sklaverei gestritten wurde, wurde zugleich der Ruf nach besserer Verteilung des Landes laut. In den 50er Jahren lebte 70 Prozent der brasilianischen Bevölkerung auf dem Lande und nur 30 Prozent in der Stadt. Heute, nur 40 Jahre später, hat sich das Verhältnis umgekehrt.

Zu Beginn der 60er Jahre gab es verschiedene Bewegungen für die Agrarreform: die „Ligas Camponesas“, Landarbeitergewerkschaften und viele andere. 1963 wurde ein Änderungsvorschlag zur brasilianischen Verfassung eingebracht, in dem eine Landreform gefordert wurde. Er scheiterte an den Interessen der Großgrundbesitzer.

Mit der Militärregierung von General Castelo Branco kam 1964 das „Estatuto da terra“, ein Agrargesetz, mit dem die Enteignung großer Ländereien möglich wurde. Außerdem schuf dieses Statut Maßnahmen zum Versicherungsschutz auf dem Lande und eine Preisgarantie in Höhe der Produktionskosten, einschließlich der Löhne, und einen 30 prozentigen Gewinn auf alle Agrarprodukte. Damit sollte der Weg bereitet werden für eine Agrarreform, die die Landlosen und die Kleinbauern begünstigte. Doch blieb dies alles nur auf dem Papier.

Auf dem dritten Nationalen Kongreß der Landarbeiter und Gewerkschaften, 1979, wurde erneut die Forderung nach Agrarreform erhoben, die bis heute von einer gestärkten Bewegung vorangetrieben wird. Mitte der 80er Jahre konstituierte sich der „Movimento dos Sem-Terra (MST – die Bewegung der Landlosen), der dem Kampf um die Agrarreform neue Impulse gab.

Inzwischen ist die Lage der Kleinbauern immer schwieriger geworden. Sie werden von den niedrigen Preisen für Agrarpro-

dukte und den hohen Zinsen in die Enge getrieben. Prekärer noch ist allerdings die Lage für diejenigen, die das Land bebauen, es aber nicht besitzen: die Pächter und Tagelöhner. Allein im südlichen Staat Rio Grande do Sul sind es mehr als 140 000 Familien. Für ganz Brasilien geht man von einer Zahl von etwa 12 Millionen Familien ohne Landbesitz aus. Und hinter diesen stehen die Jugendlichen, die Kinder der Kleinbauern, die auf dem Land bleiben wollen, deren Eltern ihnen aber kein Stück Land kaufen können.

94,6 Prozent der Bauern, mit maximaler Betriebsgröße von 500 Hektar, verfügen über nur 25,2 Prozent des Grund und Bodens. Das heißt, die restlichen 5,4 Prozent Grundeigentümer, mit jeweils mehr als 500 Hektar, besitzen Dreiviertel des brasilianischen Landes. Dabei produzieren die kleinen Eigentümer erwiesenermaßen mehr und eine größere Vielfalt an Nahrungsmitteln für den heimischen Markt. Die Politik der Erzeugung für den Export zur Bedienung der Auslandsschulden dient also nicht der Ernährung der brasilianischen Bevölkerung. Doch die großen Latifundien werden deshalb bevorzugt.

Wenn es allerdings von der neuen brasilianischen Verfassung abhängt, dann wird es in unserem Land wohl schwerlich eine Landreform geben. Denn darin wurde festgelegt, daß eine Enteignung landwirtschaftlich genutzter Flächen nicht zulässig sei. Praktisch ist mit dieser Entscheidung der Weg zu einer Agrarreform verbaut, zumal die Umsetzung der Verfassungsvorgaben von der Erlassung konkreter Gesetze abhängt. Zugleich erlaubt die Verfassung den Großgrundbesitzern durch die Anlage kleiner Anbauflächen oder durch das symbolische Weidenlassen weniger Stück Vieh, die für die Enteignung in Frage kommenden Flächen als genutztes Land auszugeben. Auf diese Weise blieb der Großgrundbesitz unangetastet. Dementsprechend war es diese Frage, die die größten Mobilisierungen in Form von Unterschriftensammlungen, Demonstrationen etc. mit der Forderung nach sofortiger – d. h. noch vor Verabschiedung der Verfassung – Agrarreform bewirkte. Trotz allem

setzten sich die gegen die gerechte Verteilung des Landbesitzes gerichteten Interessen der Großgrundbesitzer in der verfassungsgebenden Versammlung durch, weil die meisten „Volksvertreter“ sich dieser Kaste verbunden fühlen. In Anbetracht dieser Situation sind die Volksbewegungen die letzte Hoffnung.

Die derzeitige Politik zeigt sich hauptsächlich in zwei Dokumenten: den „Regierungsverordnungen zur Modernisierung der Landwirtschaft“ (August 1990) und dem „Projekt zum Nationalen Wiederaufbau“ (März 1991). Das erste Paket enthält die kurz-, mittel- und langfristigen Wirtschaftsdirektiven in Bezug auf die Landwirtschaft. Das zweite stellt die Basis dar, auf der die Regierung einen breiten gesellschaftlichen Konsens zur wirtschaftlichen Stabilisierung und Entwicklung errichten will, alles unter dem Motto „Modernisierung Brasiliens“.

Die Wirklichkeit sieht so aus, daß von 1989 bis 1992 die Kredite für die Landwirtschaft um 36 Prozent gefallen sind. 1989 wurden nur 4,2 Milliarden Dollar vergeben – ein im Vergleich zu den Vorjahren geringer Betrag. 1990 waren es lediglich 3,1 und in der Erntezeit 1991/92 nur 3,27 Mrd. Dollar. Daraus läßt sich ableiten a) die Aufwendungen waren geringer als in den Vorjahren; b) die Regierung weiß nicht, wie es weitergeht; c) es gab keine Kriterien für eine Landwirtschaftspolitik zum Nutzen vor allem der kleinen Erzeuger.

Aus dem ganzen ist der Schluß zu ziehen, daß in der Praxis nicht nur keine Agrarreform durchgeführt wurde, sondern daß die Anhäufung von Landbesitz in immer weniger Händen andauert. Die Folge davon, größere Landflucht und größere Probleme in den Stadtrandgebieten, wohin die Leute ziehen. Bis jetzt hat es nicht den kleinsten Vorschlag von Regierungsseite gegeben, die Agrarreform tatsächlich Wirklichkeit werden zu lassen. Solange aus diesem Grund die Landkonflikte andauern, werden weiterhin Landbesetzungen und deren Räumungen durch die Polizei Teil der brasilianischen Realität bleiben.

Nelson Mueller

Agrarreform gegen Arbeitslosigkeit

Von
**CARLA
FERREIRA ***



IE Grube, in der du liegst, misst nur eine Elle, das dürftige Erbe, das dir vom Leben bleibt. Sie hat das rechte Maß, weder zu breit noch zu tief, ist dein Teil, der dir von diesem Landgut zusteht. Es ist wirklich keine große Grube, ganz nach deinem Maß, du wolltest sie doch aufgeteilt sehen, die Erde.¹

Der Boden in Brasilien gehört einigen wenigen Großgrundbesitzern; was die Konzentration des Grundeigentums betrifft, rangiert das Land weit an zweiter Stelle. Jeden Tag gewinnt es noch mehr Ähnlichkeit mit dem Antlitz eines landlosen Landarbeiters – vom Wind ausgedörrt, schwankend zwischen Entschlossenheit und Verzweiflung. Die Zahlen sprechen Bände: 390 Millionen Hektar des nach Angaben des Nationalen Instituts für Besiedelung und Landreform (Incra) brach. Brasilien zählt fast vier Millionen landlose Familien, während nicht einmal 3 Prozent der Grundeigentümer knapp 60 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche besitzen.

In der Kolonialzeit wie später im Kaiserreich oder heute unter republikanischen Regierungen: stets waren die Eliten darauf bedacht, die Emanzipation der Sklaven und später der Landarbeiter zu Kleingrundbesitzern zu verhindern. Folglich stellten sie durch geeignete Maßnahmen sicher, dass das Land nicht abgegeben werden müsste, sondern weiter ausschließlich in den Händen der Mächtigen verblieb.

* Journalistin (Porto Alegre), Koordinatorin der Öffentlichkeitsarbeit des Weltsocialforums.

Die Landarbeiter waren schon immer die Parias unter den brasilianischen Arbeitern. Als die Rechte der städtischen Lohnabhängigen nach 1930 gesetzlich anerkannt wurden, blieben die Landarbeiter ausgeschlossen. Und auch als in den Fünfzigerjahren die Modernisierung der Landwirtschaft einsetzte, die damals nach Auffassung der Experten automatisch die Lebensbedingungen der Landbevölkerung verbessern sollte, brachte sie die Lösung des Problems nicht voran, ja sie bewirkte nicht einmal eine rationellere Nutzung des landwirtschaftlichen Potenzials.

Vor allem in der Zeit der Militärdiktatur wurde die Modernisierung der Landwirtschaft – also die Einführung neuer Techniken und die Steigerung der Produktivität – mit ländlicher Entwicklung verwechselt und gleichgesetzt. In Wirklichkeit war gerade die Modernisierung mit dafür verantwortlich, dass der Lebensstandard in den einzelnen Regionen noch weiter auseinander klappte. Auf der einen Seite entstand mit rund 500.000 Betrieben ein hochmoderner Agrarsektor, der mittlerweile den größten Teil der Agrarexporte produziert und die meisten ländlichen Arbeitsplätze stellt. Auf der anderen Seite steht ein rückständiger Sektor aus 5 Millionen Betriebsstätten unterschiedlicher Größe, die auf sehr niedrigem Produktivitätsniveau wirtschaften, aber einen erheblichen Teil der Nahrungsmittel produzieren. Zudem zeigen die Statistiken über gewaltsame Zusammenstöße, dass soziale Konflikte mit ihren häufig dramatischen Folgen verstärkt in Regionen mit hoher Grundeigentumskonzentration auftreten. Auch die Indikatoren für „menschliche Entwicklung“ weisen für diese Regionen ein besonders niedriges Niveau auf.

Politisch wie ideologisch war mit der Modernisierung der großen Ländereien das Ziel verbunden, die Latifundienwirtschaft durch Produktivitätszuwächse zu legitimieren. Mit der Zeit fanden es auch intellektuelle und Politiker, die nicht unbedingt der

konservativen Rechten angehören, nicht mehr anstößig, die mit dem Eigentum verbundenen, sozialen Pflichten nur noch ganz eng aufzufassen und die Agrarreform abzuschreiben.

Sie übersahen dabei, dass es neben den agrarischen Großbetrieben, die vor allem im Süden des Landes liegen, auch einen Sektor der Familienlandwirtschaft gibt, der um sein Überleben kämpft. Ohne technische und finanzielle Unterstützung durch den Staat wird dieser Sektor der Konzentrationsebene nicht widerstehen können. Schon jetzt macht sich die Latifundienwirtschaft auch im Nordosten des Landes breit und liefert die Landbevölkerung der Unterdrückung und Ausbeutung auf.

Die so genannte Agrarfrage verweist daher auf ein gravierendes Strukturproblem. Im Zuge der Konzentration des Grundeigentums entstand ein wirtschaftliches, soziales, kulturelles und politisches Machtgeflecht, das sämtliche Sphären des ländlichen Lebens erstickt und die Demokratie bedroht. Die Folge ist eine Abwärts Spirale: Die weniger produktiven Agrarsysteme verwüsten die Natur, arbeiten wenig rentabel und führen zu Armut, Landflucht, Klientelwirtschaft, Gewalt und Analfabentum. Für die Ärmsten im Lande wie für die Landwirtschaft überhaupt ist eine ausgewogene Entwicklung damit unmöglich. Eine Lösung wäre nur von einer Agrarreform zu erwarten, die zwei entscheidende Dinge durchsetzen müsste: die Entseignung der Großländereien zu Gunsten der Landlosen und die technische wie finanzielle Unterstützung der Familienlandwirtschaft. Nur so könnte in den ländlichen Regionen eine Umverteilung von Einkommen, Reichtum und Macht in Gang kommen. Der Lohn der Landarbeiter würde ebenso steigen wie die Nahrungsmittelproduktion, was ja auch nötig wäre, denn die Umverteilung würde die Nachfrage ankurbeln. Damit würde auch die Arbeitslosenrate sinken. Eine Reihe von Untersuchungen haben gezeigt, dass eine Agrarreform die kostengün-

stigste Lösung des Arbeitslosenproblems wäre und zugleich den Hunger bekämpfen würde.

Die Notwendigkeit einer Agrarreform mag einleuchten – um sie durchzusetzen, müsste man das ganze rückständige Sozialsystem aufbrechen. Ein Staatsmann, der sich dieser Aufgabe annimmt, wird nicht nur auf den Widerstand unproduktiver Großgrundbesitzer stoßen. Eine neue Agrarpolitik würde auch die Interessen der Elite tangieren, die seit der Kolonialzeit mit dem Auslandskapital verflochten ist. Sie erforderte eine ganz andere Exportpolitik, die zugleich die landwirtschaftliche Autarkie des Landes sicherte; sie erforderte Maßnahmen, die den Interessen der multinationalen Konzerne und der Vermarktung von gentechnisch veränderten Saatgut zuwiderliefen; sie würde den Schutz des Amazonasgebiets verlangen und Verhandlungen beim internationalen Patentrecht nötig machen. Außerdem wären die Verhandlungen zur Umsetzung der Amerikanischen Freihandelszone unverzüglich einzustellen, da diese ja jede auf Selbstversorgung zielende Agrarpolitik im Keim erstückte.

Statt die sozialen Bewegungen auf dem Land, die Bewegung der Indigenas, der Kleinbauern und der Landlosen als polizeiliches Problem zu behandeln, sollte die neue Regierung unseres Landes in diesen Bewegungen Verbündete im Kampf für ländliche Entwicklung sehen. Von ihnen kann sie einiges über das richtige Verhältnis der Menschen zu ihrem Land und Boden lernen.

dt. Bodo Schulze

¹ Auszug aus dem Gedicht des brasilianischen Dichters João Cabral de Melo Neto, „Morte e Vida Severina“.

² Zwischen 1985 und 2001 wurden 1.237 Kleinbauern ermordet, weil sie ihren Grund und Boden verteidigten. Die meisten Täter waren bezahlte Killer der Großgrundbesitzer, manche kamen aus den Reihen der Militärpolizei. (Commission pastorale de la terre, „Assassinatos no campo Brasileiro“, Goiânia, Dezember 2001).

Bewiesen: Die Agrarreform ist sinnvoll

Die konservative Elite, die Großgrundbesitzer und ihre Organisationen versuchen ständig über alle Kommunikationsmittel die öffentliche Meinung dahin zu beeinflussen, daß eine Agrarreform keine sinnvolle Möglichkeit darstelle und keinen Fortschritt mit sich bringen würde. Dafür benutzen sie unrichtige Argumente, wie: Die Ansiedlungen verwandeln sich in ländliche Favelas; die Angesiedelten haben keine landwirtschaftliche Ausbildung und sind daher Vagabunden; die Ansiedlungen produzierten nichts; die Angesiedelten erhalten Land von der Regierung, um es weiter zu verkaufen; das Elend in den Ansiedlungen ist größer, als es vorher war, da sie noch für den Großgrundbesitzer arbeiten, usw. Sogar der Agrarminister selber, Antonio Cabrera, bestätigte zu Beginn der Regierung, daß mehr als 50% der Angesiedelten während der Regierung Sarney ihr Land verkauft und ihre Anwesen verlassen hätten.

Wir wissen, daß diese Behauptungen falsch waren und, daß sie in Wirklichkeit versuchen die Privilegien ihrer Klasse zu erhalten und nicht gewillt waren, strukturelle Veränderungen auf dem Lande zuzulassen. Sie wollten nichts verteilen und ihren Landbesitz nicht verlieren. Dabei ist Brasilien weltweit das Land mit der höchsten Landkonzentration. Sie wollen auch die Arbeitskraft, der auf ihrem Besitz arbeitenden Landlosen nicht verlieren. Sie kämpfen dafür, daß ihre Privilegien, auch gegen einen sozialen Fortschritt und gegen eine soziale Gerechtigkeit erhalten bleiben.

Jetzt haben wir ein wissenschaftliches Gutachten vorliegen, das von hochqualifizierten Technikern erstellt wurde und von der international am meisten respektierten Organisation für die Landwirtschaft, der FAO, koordiniert wurde. Unter der Urheberschaft des Ministeriums für Landwirtschaft und Agrarreform vermittelt es die Forschungsergebnisse über die Situation der im Rahmen der Agrarreform zwischen 1985 und 1989 in Brasilien durchgeführten Ansiedlungen.

Für die, die sich durch die falschen Argumente der Konservativen und Großgrundbesitzer täuschen ließen, ist das Ergebnis der Studie eine Überraschung. Uns, die wir in den ländlichen Ansiedlungen leben und das tatsächliche tägliche Leben kennen, bestätigt diese Studie systematisch und in wissenschaftlicher Form die wahre Realität.

Wir nehmen uns die Freiheit, die wichtigsten Gesichtspunkte der sozio-ökonomischen Realität, die durch die Studie hervorgehoben und bestätigt werden, zusammenzufassen.

Familiäres Einkommen der Angesiedelten

Das familiäre Durchschnittseinkommen der angesiedelten Familien liegt nach dem Forschungsbericht bei 3,7 Mindestlöhnen, bezogen auf ganz Brasilien. In der Südwestregion erreicht es 4,13 Mindestlöhne, im Süden sogar 5,62. Das durchschnittliche Einkommen je Arbeitskraft lag bei 2,23 Mindestlöhnen im Süden und bei 2,03 im Südosten.

Dieser Lebensstandard unterscheidet sich grundlegend von den Lebensbedingungen der Landlosen, die kein Landeigentum erhielten und als Lohnarbeiter arbeiten. Nach den Angaben des brasilianischen Institutes für Geographie und Statistik (IBGE) verdienen 66% der Lohnabhängigen in der brasilianischen Landwirtschaft weniger als einen Mindestlohn. Daraus folgt, daß das durchschnittliche Einkommen eines Angesiedelten zweimal höher ist. Selbst beim Vergleich mit den Löhnen der festangestellten Lohnarbeiter auf den Familien fällt auf, daß auch diese schon besser gestellte Gruppe in allen Regionen des Landes weniger als 50% des Lohnes der Angesiedelten verdienen.

Ökonomischer Fortschritt und Besitzstandsmehrung

Die Studie bestätigt, daß Familien während ihrer Ansiedlung nicht nur ihr Einkommen und ihr Konsumniveau erhöhen, sondern sogar die Möglichkeit hatten, Einkommen zu sparen, in Produktionsgüter anzulegen und diese zu akkumulieren. Durchschnittlich konnten die angesiedelten Familien innerhalb von vier Jahren ihr Vermögen um 206% steigern. Dabei lag der Kapitalzuwachs im Nordosten bei 48% und im Süden bei 218%.

Das ist, im Verhältnis zur derzeitigen Wirtschaftskrise in Brasilien, eine phantastische Steigerung und ergäbe günstige Aussichten für jede Landarbeiterfamilie, wenn nur andere Zustände herrschen würden.

Erzeugung auf den Agrarreformflächen

Trotz aller Schwierigkeiten, angefangen bei fehlenden Kreditmöglichkeiten, über die Bodengüte der enteigneten und überlassenen Ländereien, bis zum Fehlen angepaßter technischer Hilfe und Beratung, produzieren die Angesiedelten und erzeugen nicht nur für den Eigenbedarf, sondern auch noch für den Markt.

Eine der wichtigsten Veränderungen innerhalb der angesiedelten Familien ist, wie schon andere Studien zeigten, daß das Ernährungsniveau für die Familien bedeutend angestiegen ist. Trotz aller Probleme, die eine angesiedelte Familie bewältigen muß, hat sie mindestens den Hunger überwunden, während er unter den Landlosen sonst üblich ist.

Nach den Schätzungen der Studie lag der landwirtschaftliche Ertrag auf den Agrarflächen Brasiliens 1990 bei 240.000 Tonnen Mais, 80.000 Tonnen Bohnen, 310.000 Tonnen Maniok, 170.000 Tonnen Reis, 120.000 Tonnen Rindfleisch, 90.000 Tonnen Geflügel- und Schweinefleisch, 120.000 Liter Milch und 80.000 Dutzend Eiern. In der Studie wird davon ausgegangen, daß 35% für den Eigenbedarf und 65% für den Markt erzeugt wurden. Daraus folgt, daß diese 65% das nationale Einkommen gesteigert haben.

Soziale Indikatoren: Kindersterblichkeit gesunken

Eine besondere Untersuchung, die die verbesserten Lebensbedingungen der angesiedelten Familien untersuchen und sie mit ihrer früheren Situation vergleichen würde, könnte unzählige Faktoren, die einen erheblichen sozialen Fortschritt gegenüber ihrer landlosen Zeit ergeben würde, zeigen. Es sind dies: Schulbesuchsmöglichkeiten, Wohnsituation, Anschluß an die Trinkwasser- und Stromversorgung, u.a.m. In gesellschaftlichem Umfeld und unter sozio-ökonomischen Aspekten werden die ehemals landlosen Angesiedelten gleichwertige Staatsbürger gegenüber der früheren Stellung, in der sie Partias in der Gesellschaft waren.

Abet keiner dieser sozialen Indikatoren zeigt in der vorliegenden Studie die Bedeutung der Kindersterblichkeitszahlen. Bei der Auswertung der Tabellen wird deutlich, daß nur in der Nord-Region (Amazonien) die Kindersterblichkeit in den Agrarreformansiedlungen erheblich ist. Von 1.000 Kindern überleben in den Agrarreformansiedlungen durchschnittlich 72,6 das erste Lebensjahr nicht. Dieser Wert liegt über dem regionalen Durchschnitt. Doch dieser "Ausreißer" ist leicht zu erklären. Es ist das Ergebnis der äußerst

schwierigen Lebensbedingungen im "Walde". Man muß bedenken, daß die Ansiedlungen im Norden überwiegend Kolonisationsprojekte der agrarischen Pionierfront sind, wo die Angesiedelten keine medizinische und soziale Betreuung haben. Sie sind im Exil isoliert. Dazu herrscht in den meisten dieser Ansiedlungsgebiete die Malaria. In allen anderen Landesteilen dagegen liegt der Index der Kindersterblichkeit unter dem regionalen Durchschnitt. Besonders in den Regionen im Süden und im Südosten war die Kindersterblichkeit so gering, daß sie im Index gar nicht erwähnt wurde.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß allein durch die Existenz von Agrarreformansiedlungen das Überleben von Millionen von Kindern gesichert werden kann, die unter anderen Umständen sterben würden.

Die, die aufgeben mußten

Das falsche Argument, die Mehrzahl der Angesiedelten würde ihr Land wieder aufgeben, war die wichtigste Begründung der Konservativen gegen die Agrarreform. Sie sagten, die Agrarreform würde nur den "Abstaubern" etwas nützen. Die Daten der Studie sprechen dagegen für sich. In der Nordregion geben ca. 32% ihr Siedlungsland wieder auf. Auf die Anlässe wurde schon hingewiesen: Kolonisationsprojekte ohne Infrastruktur und mit einer hohen Malariaerkrankungsgefahr. Diese Erkenntnis beweist, daß man Kolonisationsprojekte an der Agrarfront, ohne soziale und wirtschaftliche Infrastruktur vermeiden muß. Dafür hat die Landlosenbewegung MST immer gekämpft. Wir sind gegen gelenkte Kolonisation.

Im zentralen Westen geben nur 20% auf. Auch hier wird diese Zahl durch Kolonisationsprojekte in Mato Grosso beeinflusst. Im Nordosten geben 6%, in den Südostregionen 15% und im Süden 4% auf. Diese Werte stimmen mit den anderen Studien der FAO überein. Sie beweisen, daß geschichtlich bei allen Prozessen menschlicher Ansiedlungen - ob im städtischen oder ländlichen Milieu - der Mittelwert der Aufgaben bei etwa 10% liegt. Dieser Wert reflektiert die vielfachen Faktoren, die mit der Natur der Menschen zusammenhängen, dem Anpassungsvermögen, der Individualität u.a.m. So gesehen kann die Zahl der Aufgaben der Ansiedlungen als unbedeutend angesehen werden, da doch die große Mehrzahl der Angesiedelten ihrer Zukunft vertraut.

Wir hoffen nun, daß durch diese Informationen und Analysen, die Autoritäten und die gesamte brasilianische Gesellschaft davon überzeugt werden, daß die Agrarreform nicht nur machbar, sondern vor allem in hohem Maße auch notwendig ist. Nur mit einer Agrarreform lassen sich die großen sozialen Probleme auf dem Lande lösen, kann der wirtschaftliche Fortschritt auch auf dem Lande aufgebaut werden und nur so können wir eine gerechte Gesellschaft erreichen.

São Paulo, Juli 1992, Nationales Sekretariat des MST

Das ewige „Land der Zukunft“ Kein Ende der Förderung von Großprojekten in Sicht

Brasilien auf dem Weg zur Wettbewerbsfähigkeit: Flüsse sollen zu Handelswegen und die Landfrage kommerziell gelöst werden. Dass dabei indigener Lebensraum und Naturreserve auf dem Spiel stehen, stört die brasilianische Regierung wenig.

Im ewigen „Land der Zukunft“ Brasilien wurde bis zur Demokratisierung in den 80er Jahren kein großer Wert auf eine ökologisch und sozial verträgliche Entwicklung gelegt. Seither hat die Regierung zwar Maßnahmen zum nachhaltigeren Umgang mit natürlichen Ressourcen und zum Schutz der UreinwohnerInnen sowie der armen Bevölkerung ergriffen. Oftmals handelt es sich dabei jedoch lediglich um punktuelle Prestigeprogramme oder unverbindliche bzw. nicht eintragbare Absichtserklärungen. Die Regierung hält an ihrer gewohnten Praxis fest. Auf dem Reißbrett und oft ohne hinreichende Beteiligung der Betroffenen entstehen immer neue Projekte und Pläne, die entweder als wegweisende Maßnahmen für ein wettbewerbsfähiges Brasilien (Bsp.: Ausbau der Wasserstraße Araguaia-Tocantins) oder als innovative Projekte zur Reduktion von sozialer Ungleichheit und Armut (Bsp.: Agrarreform auf Kreditbasis) gefeiert werden. An großen Worten mangelt es nicht, in der Praxis warten die Betroffenen hingegen oftmals vergeblich auf die angekündigten positiven Ergebnisse.

Umfangreiche Ausbaumaßnahmen an den Flüssen Araguaia, Tocantins und Das Mortes stehen derzeit auf der Tagesordnung. Alle drei Projekte verfolgen primär das Ziel, die Bedingungen für den großflächigen Sojaanbau im Amazonas und den angrenzenden Gebieten zu verbessern und einen kosteneffizienten Transport zu garantieren. Die bei einem Ausbau entstehenden ökologischen und sozialen Schäden haben bisher keinen Eingang in die ökonomischen Kosten-Nutzen-Analysen gefunden.

Um eine ganzjährige und ökonomisch rentable Navigierbarkeit zu garantieren, sind umfangreiche Flußregulierungsmaßnahmen wie z.B. Ausbaggerungen oder Sprengungen von Felsformationen notwendig. Von diesen Projekten sind 35 Indigenengebiete mit einer EinwohnerInnenzahl von etwa 10.000 Menschen betroffen. Es droht eine Schädigung von zehn Naturreservaten und das alles nur, so klagen Betroffene, „damit die europäischen Hühner und Schweine gemästet werden können“. Ihnen steht die Vertreibung von ihren Ländereien oder zumindest die irreversible Zerstörung ihrer Lebensgrundlage, dem Fischfang bevor. Seit drei Jahren

ökologischen Auswirkungen dieser Projekte illustrieren.

Avanço Brasil – Vorran Brasilien

1996 lancierte die brasilianische Regierung einen ersten Mehrjahresplan, der die Basis für ein international wettbewerbsfähiges Brasilien legen sollte. Der Plan beinhaltet Investitionen in Milliardenhöhe in die technische und soziale Infrastruktur des Landes. Es fanden sich jedoch längst nicht für alle der als prioritär erachteten Vorhaben Investoren, so dass der erste Mehrjahresplan sich als ein eher fiktives Strategiepapier erwies. Dem von der Regierung unter Fernando Henrique Cardoso im August 1999 vorgestellten Mehrjahresplan mit dem Namen *Avanço Brasil* wird es angesichts des chronisch hohen Haushaltsdefizites kaum anders ergehen. Damit bleibt die brasilianische Regierung hinter ihren ambitionierten Zielen, das Land innerhalb kürzester Zeit zu modernisieren und weltmarktfähig zu machen, zurück. Gelder stehen nur für einzelne, teilweise höchst umstrittene, Infrastrukturmaßnahmen zur Verfügung.

Besonders kontrovers gestaltet sich die Debatte um den Aus-



Das **assentamento California** war damals bereits zweieinhalb Jahre alt. Die 660 Familien sind in zwei landwirtschaftlichen Kooperativen organisiert. Es gibt 230 Hektar Land, die gemeinschaftlich genutzt werden. Weitere 25 Hektar stehen jedem Mitglied zur individuellen Nutzung zur Verfügung. Auf dem Gelände selbst gibt es eine Mehlfabrik und einen Brunnen. Eine Schule war gerade im Aufbau.

kämpft der Großteil von ihnen gegen dieses Infrastrukturprojekt und erzielte vor Gericht bereits erste kleinere Erfolge, die allerdings nur zeitlich aufschiebende Wirkung hatten. Die ProjektgegnerInnen können bei ihren Protesten auf die Unterstützung durch Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen aus anderen Teilen des Landes zählen. Denn nur wenige Jahre zuvor spielte sich an einem anderen Ort, entlang der Flüsse Paraná und Paraguay im Herzen des südamerikanischen Kontinentes ein sehr ähnliches Szenario ab: Regierungsstellen schätzten auch damals die zu erwartenden ökonomischen Vorteile eines Flussausbaus vor allem für die Ausdehnung des Sojaanbaus höher ein als die zu erwartenden sozialen und ökologischen Risiken. Nach jahrelangen Debatten und Protesten sowie zahlreichen Studien, die nicht nur die ökologischen Gefahren des Projektes skizzierten, sondern zudem seine ökonomische Rentabilität infrage stellten, konnten Menschenrechts- und Umweltorganisationen zumindest einen Teilerfolg

im Rahmen der Agrarreform wurden während der Regierungszeit von Fernando Henrique Cardoso inzwischen fast 400.000 Familien mit Land bzw. mit einem gültigen Landtitel versorgt. Damit übertrumpft FHC all seine Vorgänger im Präsidentenamt, die zusammen gerade einmal 218.000 Familien neu ansiedelten. Es muss jedoch angemerkt werden, dass es sich nur teilweise um kahlschlagene bzw. verlassene Flächen handelt, die ausreichend vorhanden wären.

erzielen: die Regierung nahm davon Abstand, den Fluss im ökologisch sensibelsten Teilstück, im brasilianischen Pantanal, auszubauen. Das letzte Wort im Streit um den Ausbau der Wasserstraße Araguaia-Tocantins ist noch nicht gesprochen. Es zeigt sich jedoch, dass Regierungsstellen teilweise nur widerwillig bereit sind, soziale und ökologische Risiken in ihre Planungen einzubeziehen.

Cédula da Terra - Agrarreform auf Kreditbasis

Seit Jahrzehnten gehören Konflikte um Landrechte zwischen GroßgrundbesitzerInnen und landlosen Familien zum brasilianischen Alltag. Trotz zahlreicher Versprechungen und einer relativ fortschrittlichen Agrargesetzgebung hat sich an der ungleichen Landverteilung bisher wenig geändert: 56,4 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe verfügen über nur 5,5 Prozent der Gesamtbetriebsfläche Brasiliens, während 1,4 Prozent der größten Betriebe mehr als 50 Prozent der Landfläche ihr Eigen nennen.

Agrarreform auf Kreditbasis erfreut sich in Regierungskreisen zunehmender Beliebtheit – sehr zur Besorgnis der zahlreichen Landlosenorganisationen, die sich im Nationalen Forum für eine Agrarreform und soziale Gerechtigkeit auf dem Land zusammengeschlossen haben. Sie sehen in dem sukzessiven Rückgang der Finanzmittel für Enteignungen ein deutliches Signal dafür, dass Land bald nicht mehr enteignet, sondern nur noch verkauft und gekauft werden soll. Und zwar nur jenes Land, das GroßgrundbesitzerInnen auch zum Verkauf freigeben.

Fragliche Umsetzung

Neben prinzipiellen Bedenken gegen *Cédula da Terra* zeigen sich ferner einige gravierende Umsetzungschwächen. In einer ersten Bestandsaufnahme hebt ein unabhängiges Evaluierungsteam, das sich aus Mitgliedern der beiden angesehenen Universitäten UNICAMP und USP zusammensetzte, vor allem fehlende Transparenz und Desinformation, Korruption und Klientelismus hervor: Die landlosen Familien sind nur unzureichend über die Konditionen des Landkaufes informiert oder kennen die Kreditmodalitäten nicht, da sie in den ersten drei Programmjahren von Rückzahlungen befreit sind. Die Qualität der zum Verkauf stehenden Ländereien ist oft nur zweitklassig – trotzdem erzielen die LandbesitzerInnen meist erste-klassige Preise. Der Grund: Die Vorsitzenden der Landloseninitiativen lassen sich teilweise bereitwillig in klientelistische Tauschgeschäfte mit LandbesitzerInnen und lokalen Regierungsstellen ein-

beziehen. Sie akzeptieren überhöhte Verkaufspreise im Austausch mit persönlichen Vergünstigungen. Ein derartiger „Kuhhandel“ droht das eigentliche Ziel dieses Programms, die Reduktion von ländlicher Armut, zu konterkarieren. Noch ist es zu früh, abschließende Evaluierungen des Programms vorzunehmen. Es muss sich erst noch herausstellen, ob die neuen LandbesitzerInnen tatsächlich in der Lage sein werden, die aufgenommenen Kredite zu bedienen (Start: ab 2001) und gleichzeitig ihren Lebensstandard zu heben.

Auch im neuen Jahrtausend hält die brasilianische Regierung an der Propagierung ökologisch und sozial höchst umstrittener Großprojekte fest. Trotzdem gibt es noch Anlass zur Hoffnung, weil sich die Regierung einerseits gezwungen sieht, als Reaktion auf öffentliche Proteste die Interessen der Menschen ernstzunehmen und zumindest vereinzelt zu befriedigen. Andererseits lassen einzelne Regierungsstellen die Bereitschaft erkennen, aus vergangenen Fehlern zu lernen und bereitwilliger als früher ökologische und soziale Aspekte in ihre Evaluierungsstudien zu integrieren.

Preiswerte Versöhnung

So kündigten beispielsweise das Umwelt- und das Planungsministerium an, eine Evaluierung der sozio-ökonomischen und ökologischen Folgen der großen nationalen Infrastrukturmaßnahmen, die in *Avança Brasil* vorgesehen sind, durchzuführen.

Das ist nicht viel, aber mehr als zu früheren Zeiten. Dieser Hoffungsschimmer wird die von den Projekten betroffenen Menschen nicht zufriedenstellen. Er soll sie aber ermutigen, ihre Interessen kontinuierlich und konsequent zu artikulieren, um ihre Handlungs- und Einflusspielräume weiter auszuweiten.

Barbara Happe



MST-Leitungsmittglied João Pedro Stédile zu den Perspektiven der brasilianischen Landwirtschaft

Eine Agrarreform neuen Typs

Foto: CARLOS CARVALHO

Der amtierende Präsident Fernando Henrique Cardoso und viele neoliberale Wissenschaftler hätten Recht, wenn sie meinen, unter den gegenwärtigen Bedingungen der brasilianischen Landwirtschaft gäbe es keinen Spielraum für eine Agrarreform. Mit dieser durchaus provozierenden These begründet João Pedro Stédile, einer der bekanntesten Repräsentanten der Landlosenbewegung MST, die Notwendigkeit einer Agrarreform neuen Typs, die weit mehr als Landverteilung sein müsse. Im folgenden Beitrag skizziert er den Rahmen einer solchen Politik, die die landwirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Sinne der Bevölkerungsmehrheit umgestalten soll.

VON JOÃO PEDRO STÉDILE

Viele Techniker und Wissenschaftler sagen, dass das derzeitige Landwirtschaftsmodell aus den USA kommt und auf Brasilien übertragen wurde. Die wichtigsten Eckpunkte dieses

Modells sind erstens die Stimulierung der Modernisierung der großen Landgüter. Die Monokultur erlaube es, bestimmte Nahrungsmittel billiger zu erzeugen und andere Produkte für den Export. Zweitens die De-Nationalisierung und die Oligopolisierung der brasilianischen Agroindustrie, die in wachsendem Ausmaß von einigen transnationalen Wirtschaftsgruppen kontrolliert wird. Drittens die Übergabe der Kontrolle des Agrarhandels an transnationale Firmen und schließlich viertens die Einführung eines bäuerlichen Selektionsprozesses mit der Folge der Marginalisierung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft.

Auf der anderen Seite haben wir die öffentliche Hand: Trotz all der Förderinstrumente, die ihr zur Verfügung stehen wie Kreditpolitik, Agrarberatung, Preiskontrollen, Lagerhaltung und Agrarforschung. Der Staat zieht sich aus der Landwirtschaft zurück. Was wir ebenfalls beobachten können, ist der Übergang zu einem neuen Technologiemoell in der Landwirtschaft, das sich nicht mehr auf die intensive Nutzung industrieller Inputs stützt, sondern auf die Biotechnologie. Mit dem zusätzlichen Detail, dass die Biotechnologie heutzutage ebenfalls von transnationalen Konzernen kontrolliert wird. Die Strukturen der öffentlichen Agrarforschungsinstitute (EMBRAPA) wurden ausgeschlachtet.

Gibt es angesichts dieser Situation noch Spielräume für eine Agrarreform?

Die Regierung des Präsidenten Fernando Henrique Cardoso und viele neoliberale Wissenschaftler sagen nein. Und sie haben Recht.

Die Logik dieses Landwirtschaftsmodells ist an die Konzentration des Landbesitzes und des Kapitals und an die Dominanz der multinationalen Konzerne geknüpft. In diesem Modell wird die Rolle der kleinbäuerlichen Landwirtschaft auf jenen kleinen Teil reduziert, der mit Kapital versehen ist und komplett der Agroindustrie untergeordnet ist. Dieses Wirtschaftsmodell muss in der Tat weder Land umverteilen noch die Anzahl der bäuerlichen Familieneinheiten erhöhen um den Prozess seiner Kapitalakkumulation fortzusetzen. Daher hat die klassische kapitalistische Agrarreform, die den Zugang zu Land demokratisiert, die Anzahl der eigenständigen Produzenten erhöht und den Binnenmarkt aktiviert, keinen Sinn mehr.

Was machen die sozialen Bewegungen, die für eine Agrarreform kämpfen, angesichts dieser Situation? Unsere Herausforderung besteht darin, nicht zurück zu schauen und nur von einer klassischen Agrarreform zu träumen, die lediglich das Land aufteilt. Wir müssen heute mehr denn je erkennen, dass die Zukunft der brasilianischen Landwirtschaft und der ländlichen Bevölkerung grundlegend von dem allgemeinen Wirtschaftsmodell abhängt. Daher ist es unmöglich, Verände-

rungen in der Landwirtschaft zu bewirken ohne gleichzeitig das Wirtschaftsmodell zu verändern.

Was müsste sich ändern?

Es ist heute notwendig für eine Agrarreform anderen Typs zu kämpfen. Dabei handelt es sich sicher nicht um eine sozialistische Agrarreform, sondern um eine, die wir „populare“¹ Agrarreform nennen werden, also eine, die die Interessen der Bevölkerung an die erste Stelle setzt. Was sind die grundlegenden Eigenschaften einer solchen neuen popularen Agrarreform?

1. Demokratisierung des Grundbesitzes und Eliminierung des Latifundios

Das ist der erste Schritt. Wir müssen sogar die Verfassung ändern und eine Höchstgrenze festlegen für den ländlichen Grundbesitz. (Es gibt einen Vorschlag des Nationalen Forums für Agrarreform, den 175 Parlamentarier unterstützen, nach dem der maximale Grundbesitz auf 35 Fiskalmodule fixiert wird, was im brasilienweiten Durchschnitt etwa 750 ha pro Grundbesitz umfasst).

Eine solche massive Verteilung des Zugangs zu Land schafft die notwendigen Vorbedingungen, um die Menschen in einer produktiven Landwirtschaft einzubinden und sie darüber hinaus vor der derzeitigen Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Ausbeutung zu bewahren.

2. Umorientierung der Produktion auf den Binnenmarkt

Die Indizes für den Konsum von Nahrungsmitteln pro Kopf gehören weltweit zu den niedrigsten. Laut der jüngsten Studie der Stiftung Getúlio Vargas (angesehenes Wirtschafts- und Sozialforschungsinstitut – der Übers.) sind es 56 Millionen BrasilianerInnen, die täglich hungern, ein guter Teil der übrigen ernährt sich schlecht. Es gibt also eine große zurückgehaltene Nachfrage. Die fruchtbarsten landwirtschaftlichen Nutzflächen sollten daher umorientiert werden für die Erzeugung von Nahrungsmitteln für den Binnenmarkt, statt Zucker, Orangen und Rindfleisch (in extensiver, Arbeitskraft einsparender Produktion) zu exportieren.

3. Garantie eines Mindesteinkommens

Der Staat sollte die Produktion stimulieren und garantieren mittels einer adäquaten Preispolitik, Subventionen für bestimmte Produkte und ländliche Kredite, um allen Bauern ein ausreichendes Einkommen für ihre weitere Entwicklung zu garantieren. Mit einem durch den Staat garantierten Einkommen werden die ländlichen Familien aufhören, in die Städte abzuwandern

und werden darüber hinaus noch die Möglichkeit haben, ihren Kindern auf dem Land eine angemessene Erziehung zu gewährleisten.

4. Genossenschaftliche Agroindustrie unter bäuerlicher Kontrolle

Nahrungsmittel durchlaufen eine Reihe von Verarbeitungsschritten, bevor sie auf den Tisch der Arbeiter und der Stadtbevölkerung kommen. Der größte Teil des Profits und des Preises der Nahrungsmittel verbleibt bei den transnationalen Konzernen, die die Agroindustrie kontrollieren. In einigen Sektoren haben wir schon regelrechte Oligopole.

In einem popularen Projekt für die Landwirtschaft wird die Verarbeitung von Primärgütern in genossenschaftlichem Besitz sein, in dem die Bauern und die Arbeiter der Agroindustrie die genossenschaftlichen Unternehmen leiten und das Einkommen unter sich aufteilen. Es wird weiterhin notwendig sein, die bestehenden Verarbeitungsanlagen zu dezentralisieren, ihre Größe zu reduzieren und sie auf die Bedürfnisse der kommunalen Ebene anzupassen und sie in den ländlichen Raum zu verlagern. Damit wird der technische Fortschritt dezentralisiert, es werden neuartige Beschäftigungsmöglichkeiten für die Jugend im ländlichen Raum geschaffen und eine homogenere und demokratischere Entwicklung garantiert.

5. Die Agrarpolitik muss umorganisiert und agiler werden

In allen entwickelten Ländern der Welt hat der Staat eine zentrale Bedeutung bei der agrarpolitischen Stimulierung und dem Schutz der Landwirtschaft, weil sie nicht irgendeine Ware, sondern Nahrungsmittel produziert, die die Reproduktion der Gesellschaft, der Bevölkerung garantieren. Der Staat hat also im Namen der gesamten Gesellschaft eine Politik zu machen, die die Bauern schützt, die Produktion garantiert und das soziale Wohlergehen fördert. Die öffentliche Hand sollte Kredite zur Verfügung stellen, die Erzeugerpreise kontrollieren, eine angemessene technische Beratung garantieren, ein Vermarktungs- und Lagerhaltungssystem aufbauen und eine Agrarforschung fördern, die der Verbesserung der Lebensbedingungen und der Produktion dient und nicht nur den Großproduzenten, wie es heute der Fall ist

6. Ein neues Technologiemoell

Die Gesamtheit dieser Reformen, die ein populares Projekt für die Landwirtschaft ausmachen, muss zusammengeführt werden mit einem neuen Technologiemoell. Dieses neue Modell muss auf den Techniken einer nachhaltigen Landwirtschaft

beruhen, damit es Verbesserungen der landwirtschaftlichen Produktivität gewährleisten kann und gleichzeitig die Umwelt und den Schutz der natürlichen Ressourcen respektiert und die Gesundheit der Produzenten und der Konsumenten nicht gefährdet. Dies bedeutet auch, dass das Saatgut von den Bauern selbst erzeugt wird und dass die Biotechniken demokratisiert und vom Staat kontrolliert werden, um die Gesundheit von Bauern und Konsumenten zu gewährleisten.

Dies sind die grundlegenden Elemente eines popularen Projektes für die Landwirtschaft. Ihre Verwirklichung hängt nicht von den LandarbeiterInnen und nicht nur vom Zugang zu Land ab. Daher verteidigt unsere Bewegung die These, dass der Kampf um Agrarreform sich nicht mehr nur gegen den Großgrundbesitz richtet. Es reicht also nicht mehr, nur Land zu besetzen – was wir weiter tun werden. Eine populare Agrarreform hängt auch von Veränderungen des allgemeinen Wirtschaftsmodells ab, davon, dass wir die Multinationalen Konzerne besiegen, die heute unseren Agrarhandel und unsere Agroindustrie kontrollieren. Und schließlich, dass wir das Technologiemoell dieser Konzerne besiegen, die uns Transgene und das Monopol auf die Biotechnologien aufzwingen wollen.

Mehr denn je ist es notwendig, die Landwirtschaft zu ändern. Nur mit diesen Veränderungen werden wir die Grundprobleme unserer Gesellschaft lösen können: den Mangel an Arbeitsmöglichkeiten, an Nahrung, an menschenwürdigen Behausungen, an Zugang zu Land, zu Bildung und Kultur.

Die populare Agrarreform ist von fundamentaler Bedeutung, damit die brasilianische Gesellschaft ALLEN Brasilianern das Grundrecht auf Land, Arbeit, Nahrung, menschenwürdiges Wohnen und Bildung für ihre Kinder garantieren kann. ♦

João Pedro Stédile ist Mitglied der Nationalen Leitung des MST.

Übersetzung: Ingo Melchers

Der Artikel ist ursprünglich in der brasilianischen Zeitschrift „Proposta“ Nr. 93/94, Juni/November 2002, erschienen. Die „Proposta“ wird von der FASE, einer der größten NGOs Brasiliens, herausgegeben. Wir danken für die Erlaubnis zum Abdruck.

1) popular – unübersetzbar ins Deutsche, da es weder „populär“ und noch viel weniger „völkisch“ bedeutet. In Lateinamerika meint das Wort „popular“ im politischen Zusammenhang „auf die breite Masse bezogen“, den Gegensatz zu den privilegierten Eliten betonend.

125

MST-Vorstellungen zur Durchführung einer Agrarreform

* Enteignung von Latifundien
600 Millionen Hektar Land befinden sich in der Hand von Privateigentümern. Davon sind 180 Millionen Latifundien. Von Regierungsseite veröffentlichte Zahlen ergaben 1990, daß 44% der nutzbaren Fläche in Brasilien ungenutzt sind. Allein 264 Latifundien umfassen eine Fläche von 33 Millionen Hektar, ausreichend um 1,5 Millionen Familien Land zu geben.

* Enteignung des Bodens multinationaler Konzerne
Diese haben mehr als 30 Millionen Hektar Land in ihrem Besitz, großteils nur zu Spekulationszwecken.

* Festlegung einer Höchstgrenze für Landbesitz
MST fordert die Festsetzung von höchstens 750 Hektar Landbesitz. Dies bedeutet, daß kein Landbesitz unter dieser Grenze enteignet werden soll. 85% der gesamten landwirtschaftlichen Produktion Brasiliens werden auf Gebieten, die kleiner als 750 Hektar sind, erzeugt.

* Keine Kolonisierungsprojekte
Der Grund für diese Forderung liegt in den Erfahrungen der letzten 30 Jahren, wo fast alle Kolonisierungsvorhaben scheiterten. Nach der Meinung des MST gilt es, die Probleme in den einzelnen Regionen zu lösen, in jeder Region gebe es genügend ungenutzter Flächen. Eine Umsiedlung landloser Familien nach Amazonien stelle keine Lösung dar.

* Eine am Kleinerzeuger ausgerichtete Agrarpolitik
Es genügt nicht, Land an die Leute zu verteilen. Unterstützungsmaßnahmen müssen erfolgen, wie z.B. annehmbare Kreditmöglichkeiten oder Absicherungen gegenüber Naturereignissen. Aber auch eine Politik, die dem Bauer ein Mindesteinkommen garantiert und ihm technische Unterstützung zukommen läßt, ist erforderlich.

* Bewässerung im Nordosten
MST fordert die Enteignung aller Gebiete in der Nähe von Stauseen und Wehren. Nicht selten sind diese im Rahmen von Arbeitseinsätzen mit öffentlichen Geldern erbaut worden, den Nutzen hatten und haben danach nur wenige Großgrundbesitzer, die lieber ihr Vieh mit diesem Wasser versorgen, als das Wasser an die Familien weiterzuleiten. Nur eine "Demokratisierung des Wassers" kann diese Situation ändern. Wasser für die Landarbeiterfamilien bedeutet nicht nur die Möglichkeit, produzieren zu können, sondern stellt für den Bewohner im Nordosten eine Chance dar, auf seinem Land bleiben zu können und nicht abwandern zu müssen.

* Untersuchung und Bestrafung der Morde an Landarbeitern
Von über 100 ermordeten Landarbeitern in den letzten Jahren kam es nur bei 14 Morden zu einer Verurteilung. MST fordert die rigorose Aufdeckung und Bestrafung der Verantwortlichen und setzt sich darüber hinaus für die Enteignung jeder *fazenda*, bei welcher Sklavenarbeit nachgewiesen werden kann, ein.

* Landsteuer - *Imposto Territorial Rural (ITR)*
Bis jetzt erfolgt bei Nichtbezahlung dieser Steuer so gut wie keine Bestrafung. Es besteht zwar wie in vielen anderen Bereichen eine entsprechende Gesetzgebung, jedoch an der Anwendung mangelt es. 80% der Latifundienbesitzer bezahlen keine Steuern. Das MST setzt sich für das allgemeine Einziehen dieser Steuern durch den Staat ein.

* Autonomie für Indianergebiete
Diese Forderung ist für die Bewegung Bestandteil ihres Programms, da viele Indianervölkern bisher die ihnen zustehenden Gebiete noch nicht erhalten haben und ebenso landlos sind.

ECONOMIA

Quarta-feira, 20 de agosto de 2003

o ESTADO DE S. PAULO

Proposta americana e europeia ameaça Pronaf, alerta ministro

DEMÉTRIO WEBER

BRASÍLIA - O ministro do Desenvolvimento Agrário, Miguel Rosseto, disse ontem que a proposta conjunta dos Estados Unidos e da União Europeia para a agricultura, a ser discutida na 5.ª Conferência Ministerial da Organização Mundial do Comércio (OMC), em Cancún, no mês que vem, ameaça a continuidade do Programa Nacional de Fortalecimento da Agricultura Familiar (Pronaf). Se aprovada, a proposta de americanos e europeus, segundo ele, permitirá que a legalidade do Pronaf seja questionada por outros países junto à OMC, sob a acusação de que se trata de subsídio - uma vez que o governo brasileiro destina cerca de R\$ 1 bilhão ao ano para reduzir a taxa de juros pagos pelos pequenos agricultores atendidos no programa.

Decidido a levar à reunião da OMC uma posição conjunta de mais de 20 países contra a proposta, o governo promove de hoje até sexta-feira, em Brasília, o seminário Agricultura Familiar e Negociações Internacionais, em parceria com movimentos sociais. "Esse último posicionamento dos Estados Unidos e da União Europeia coloca em risco a nossa liberdade de produção de políticas que apoiem a agricultura familiar, especialmente setores mais empobrecidos do campo", disse Rosseto. "Isso obviamente é inaceitável para o Brasil."

WELTBANK UNTERGRÄBT LANDREFORM

Brasiliens Regierung hat unter der Bezeichnung Cédula da Terra (Landschein-Projekt) ein Kooperationsvorhaben mit der Weltbank beschlossen, das auf eine Agrarreform abzielt, die nicht mehr auf der Enteignung, sondern allein auf dem Kauf und Verkauf von Land beruht.

**B
R
A
S
I
L
I
E
N**

Durchgeführt wird das Projekt in seiner Pilotphase in den Bundesstaaten Ceará, Minas Gerais, Bahia, Pernambuco und Maranhão seit 1997. Es wurde für eine voraussichtliche Laufzeit von drei Jahren geplant und mit einem Finanzvolumen von 150 Mio. US-Dollar ausgestattet, von denen 90 Mio. von der Weltbank als Darlehen beigesteuert werden. Die Weltbankmittel werden für Investitionen im Bereich produktiver und sozialer Infrastruktur eingesetzt.

Die Organisationen des brasilianischen *Forums für Agrarreform und Gerechtigkeit auf dem Lande*, die angeblich durch dieses Projekt begünstigt werden sollen, haben in verschiedenen Stellungnahmen Kritik am Projekt geäußert:

* Auf massive Kritik ist gestoßen, daß es bei dem Projekt *Cédula da Terra* den Großgrundbesitzern überlassen wird, ob sie Land für den Agrarreformprozeß bereitstellen wollen oder nicht, und wenn ja, welche Teile ihres Landeigentums sie zu welchen Preisen veräußern wollen. Diese Bestimmung unterläuft die in der Verfassung verankerte Verpflichtung des Staates, die Agrarreform durchzuführen. Ein auffälliges Indiz dafür ist, daß die Haushaltsmittel für die Agrarreform für 1999 um 38% gekürzt wurden.

* Es besteht die Gefahr, daß das Projekt verschiedene Arten von unsauberen Geschäften hervorrufen wird. Großgrundbesitzer teilen landlose Landarbeiter in Gruppen ein und bilden somit für sie Schein-Vereinigungen von Landkäufern. Diese werden nun instrumentalisiert, um Immobiliengeschäfte im Interesse der Grundherren zu decken. Die Arbeiter werden während der Verhandlungen zu bloßen Objekten des

Geschehens degradiert und sind ihren früheren Landherren politisch eindeutig untergeordnet.

* Wegen der sehr hohen Kosten der Projektdarlehen werden die Landlosen kaum die Möglichkeit haben, die aufgenommenen Schulden zu tilgen. Gescheitert und resigniert werden diese dann vor der brasilianischen Gesellschaft stehen, die dadurch den Glauben an das Gelingen einer Agrarreform mehr und mehr verlieren wird. Schließlich wird es die brasilianische Gesellschaft sein, die die Dollar an die Weltbank zurückzahlen muß, die eigentlich nur die großen Landeigentümer begünstigt haben werden.

All das wird zu einem Anstieg der Armut bei den künftigen Kreditnehmern führen und eine schwerwiegende Fehlsteuerung bei der Umsetzung einer wirklichen Agrarreform, die Brasilien so dringend nötig hat, mit sich bringen.

Ungeachtet der Forderungen von NGOs, sozialen Bewegungen und Gewerkschaftsorganisationen hat die Weltbank die Verhandlungen über das Projekt sowie seine Implementierung nicht als einen transparenten und partizipativen Prozeß geführt. Obwohl die Organisationen seit 1997 bei verschiedenen Anlässen die Forderung nach Partizipation erhoben, wurde darauf weder von der Regierung noch von der Weltbank eingegangen. Die Landarbeiterorganisationen blieben vollkommen ausgeschlossen. Insgesamt beschränkte sich die partizipative Politik der Weltbank auf Gespräche, aus denen keinerlei Änderungen an der Projektkonzeption hervorgingen. Die Richtlinien, die sich die Weltbank zur zivilgesellschaftlichen Partizipation gegeben hat, wurden in diesem Fall eindeutig mißachtet.

Die Durchsetzung der Agrarreform in Brasilien ist eine unverzichtbare Voraussetzung dafür, daß Millionen von Landlosen ihr Recht, sich zu ernähren, endlich verwirklichen können. Die menschenrechtliche Verpflichtung des Staates zur Durchsetzung der Agrarreform wird jedenfalls durch das Projekt *Cedula da Terra* systematisch untergraben. □

Die Informationen wurden einem Offenen Brief der Menschenrechtsorganisation für das Recht auf Ernährung FIAN an Regierungen und deren Weltbank-Funktionäre entnommen und von Leo Gabriel zusammengefaßt.

Agrarreform über den Markt?

Die Zauberformel der Weltbank

VON INGO MELCHERS

Nach einer Pilotphase ab 1998, in der in einigen brasilianischen Bundesstaaten die Agrarreform über den Markt getestet wurde, bewilligte die Weltbank Ende 2000 einen Kredit über 200 Mio US-\$ für die Erweiterung des Programms in Brasilien. Die Weltbank folgt damit ihren Theoretikern Klaus Deininger und Hans Binswanger, die den gleichen Ansatz auf den Philippinen, in Südafrika und in Kolumbien verteidigen. In Brasilien gebietet die Verfassung von 1988 den Abbau der sozialen und regionalen Ungleichheiten und speziell die Enteignung unproduktiven Großgrundbesitzes (über 15 Fiskalmodule, vgl. Einleitungsart., S. 4). Im Gegensatz dazu hebt die Weltbank die Vorteile einer marktorientierten Agrarreform hervor: Die Freiwilligkeit beschleunige das Verfahren. Die Transparenz aller notwendigen Informationen bei Käufern und Verkäufern von Land sei gegeben. Die Prozesse würden dezentralisiert. Schließlich sei eine solche Agrarreform auch ökonomischer angesichts des Zwangs des Staates, Haushaltsüberschüsse zu erwirtschaften, denn die enteigneten Grundbesitzer – so schreibt es die Verfassung vor – müssen entschädigt werden. Die staatliche Bürokratie sei ausgeschaltet. Staatliche Funktion ist nach diesen Vorstellungen darauf beschränkt, aus umweltpolitischen Gesichtspunkten landwirtschaftlich nicht nutzbare Flächen zu identifizieren, eine Politik zu implementieren, die das Angebot auf dem Bodenmarkt erhöht, den Kauf des Landes zu subventionieren, Infrastrukturmaßnahmen zu finanzieren und das Monitoring und die Evaluierung durchzuführen. Für den brasilianischen Fall wird in den verschiedenen Dokumenten in englischer und portugiesischer Sprache mal von Armutsbekämpfung, mal von Armutsminderung, von „community-based land reform“, und von „Solidarischer Agrarreform“ und immer wieder von Partizipation gesprochen.

Angesichts der phantastischen Grundbesitzkonzentration ist eine spürbare Demokratisierung des Zugangs zu Land über das freiwillige Angebot und die Nachfrage von Grund und Boden – wie soll man es sagen – unwahrscheinlich.

Die Kritik richtete sich dagegen, dass

die Agrarreform über den Markt den Verfassungsauftrag nach Agrarreform über Enteignung des Großgrundbesitzes politisch und ideologisch unterminiere. Teilweise wurden die Programme entsprechend modifiziert, so dass Flächen, die potenziell enteignet werden können, von diesen Programmen ausgeschlossen wurden. Die Kritik wurde jedoch aufrecht erhalten, insbesondere von der Landlosenbewegung MST sowie Wissenschaftlerinnen und PolitikerInnen, die eine haushaltspolitische Umorientierung zu Lasten der in der Verfassung geforderten Agrarreform über die Enteignung unproduktiven Großgrundbesitzes und damit ihre Delegitimierung befürchten. Diese Befürchtung wurde untermauert mit dem Argument, dass die brasilianische Bundesverantwortung für die Agrarreform mit den kritisierten Programmen auf die Landes- sowie Kommunalebene abgeben und damit quasi aufgelöst wird.

Wie soll es funktionieren?

Interessierte KäuferInnen von Land sollen sich zu Verbänden zusammenschließen und mit dem Grundbesitzer verhandeln. Die Landsuchenden bekommen von der sog. Landbank (Banco de Terra) oder von dem Programm Grundkredit zur Armutsbekämpfung (Crédito Fundiário) einen langfristigen und subventionierten Kredit, rückzahlbar in 20 Jahren mit drei tilgungsfreien Jahren bei sechs Prozent Zinsen pro Jahr. Alles deutet darauf hin, dass selbst diese hohe Zinssubventionierung nicht ausreichen wird, aus den ehemals Landlosen erfolgreiche Bauern zu machen. Die Betroffenen müssen sich weiter verschulden, um notwendige Investitionen zu finanzieren und laufende Produktionskosten zu decken. Die technische Beratung, wo vorhanden, ist mangelhaft. Häufig sind zudem die zugewiesenen Flächen zu klein, um darauf auch nur einen angemessenen Verdienst zur Ernährung der Familie zu erwirtschaften. Von Überschüssen für Zinsen und Tilgung ganz zu schweigen. Erhebungen haben gezeigt, dass viele der „Begünstigten“ nicht einmal wissen, dass sie die Investition für den Kauf des Landes zurückzahlen müssen. Das Heulen und Zähneklappern beginnt spätestens nach drei Jahren, wenn die erste Tilgungsrate

fällig wird. Dann folgen langwierige und zähe Nachverhandlungen auf Schuldenerlass, Gerichtsprozesse und Schuldzuweisungen. Die politisch Verantwortlichen, die sich seinerzeit öffentlichwirksam als Landverteilungswohltäter in Positur gesetzt hatten, sind längst verschwunden und treiben ihr politisches Unwesen an anderer Stelle.

Ist eine Dynamisierung des Bodenmarktes notwendig?

Ja. Die Bodenpreise in Brasilien haben 1986 ihr Höchstniveau erreicht und registrieren seitdem eine sinkende Tendenz in allen Regionen und Kategorien. Dies ist hauptsächlich auf zwei Faktoren zurückzuführen: Erstens haben sich die monetären Erträge aus der Landwirtschaft insbesondere in den 90er Jahren stark reduziert, was sich auf die Bodenpreise ausgewirkt hat. Und zweitens hat es in diesem Zeitraum finanziell attraktivere Anlagemöglichkeiten auf den internationalen Finanzmärkten gegeben als die Wertaufbewahrung in Immobilien. Dennoch sind die Bodenpreise immer noch ca. drei bis vier mal so hoch wie beispielsweise in Uruguay, was angesichts des Flächenvergleichs beider Länder einigermaßen unvernünftig erscheinen mag und auch ist. Das Ziel muss sein, das historische spekulative Interesse an Grundbesitz zu eliminieren und produktive Interessen zu stärken. Dazu stehen zwei Instrumente zur Verfügung, die gemeinsam zur Anwendung kommen können: Zum einen eine umfassende Agrarreform und zum anderen eine effektive Besteuerung des ländlichen Grundbesitzes (ITR). Heute erhebt ein Stadtteil von São Paulo soviel städtische Grundsteuer (IPTU) wie die ländliche Grundsteuer im ganzen Land. Eine effektive Besteuerung senkt das unproduktive oder spekulative Interesse am Grundbesitz ab, senkt seinen Preis und dynamisiert den Bodenmarkt.

Unter diesen Bedingungen macht es durchaus Sinn, im Rahmen eines zukünftigen Wandels des bäuerlichen Grundbesitzes Förderinstrumente für Landkauf anzubieten. Sie können die obigen Strukturveränderungen nicht ersetzen. ♦

1) Ein gängiger Dispokredit wird im November 2002 mit 8 Prozent verzinst – pro Monat.

Zugang zu Land als Menschenrecht Die marktgestützte Landreform ist gescheitert

Armin Paasch

Nachdem die Landfrage in den achtziger Jahren tabuisiert worden war, sind Agrarreformen in den 90er Jahren auf die Agenda der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zurückgekehrt. Zwischen den Lippenbekenntnissen internationaler Konferenzen und der Realität tut sich jedoch eine weite Kluft auf. Staatlich gelenkte Agrarreformprozesse sind ins Stocken geraten und werden durch marktgestützte Landreformmodelle à la Weltbank verdrängt. Auch diese haben sich allerdings inzwischen als Fehlschläge erwiesen. Wenn Agrarreformen tatsächlich zur Armutsminderung beitragen sollen, müssen sie als menschenrechtliche Verpflichtung verstanden werden, der sich Staaten und zwischenstaatliche Organisationen nicht entziehen dürfen. Neue Strategien und Allianzen sind erforderlich.

Die Rückkehr der Landfrage

Lange war das Thema Landreform verdrängt - in den 90er Jahren ist es auf die Agenda der internationalen Entwicklungsdiskussion zurückgekehrt. In vielen Ländern - allen voran Brasilien - wuchs seit Ende der 80er Jahre die Landlosenbewegung an, es kam zu massenhaften Landbesetzungen, im mexikanischen Chiapas forderte Anfang 1994 die zapatistische Bewegung die autonome Verfügung über ihr Land. Auf dem Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio und dem Welternährungsgipfel 1996 in Rom wurde die Notwendigkeit von Agrarreformen zur Überwindung von Hunger und Armut deutlich in den Vordergrund gestellt.

Zehn Jahre später muss man im Rückblick ernüchert feststellen, dass den Versprechungen der Agenda 21 und des Aktionsplans von Rom kaum Taten gefolgt sind. Während das WTO-Agrarabkommen die Subventionierung der Agrarproduktion im reichen Norden nicht beendet hat und der Weltagrarhandel weiter die Kleinbauern des Südens schädigt, sind umverteilende Agrarreformen bis heute ausgeblieben. Ein Beispiel ist die Agrarreform in den Philippinen.

Das marktgestützte Landreformmodell der Weltbank

Ähnlich wie in den Philippinen werden auch in Honduras, Brasilien und anderen Ländern staatliche Agrarreformprogramme nur halbherzig vorangetrieben. Zu eng sind auch dort die Verflechtungen zwischen nationalen und lokalen Regierungen einerseits und den Landoligarchien andererseits. Diese und andere Probleme bildeten den Ausgangspunkt für ein neues Modell, das von der Weltbank seit Mitte der 90er Jahre entwickelt wurde: "marktgestützte Landreform". Eine erfolgreiche Landreform, so lautet die zugrunde liegende These, setze Anreize zu einer freiwilligen Beteiligung der Grundbesitzer voraus.

Anders als "klassische" Agrarreformen verzichtet das marktgestützte Landreformmodell deshalb auf die Enteignung von Großgrundbesitzern und setzt auf das nachfrageorientierte Prinzip des "willing buyer - willing seller". Mithilfe einer flexiblen Kombination aus Krediten und Subventionen sollen Zusammenschlüsse von landlosen Bauern dem verkaufswilligen Grundbesitzer Ländereien abkaufen und notwendige Erstinvestitionen zu deren Bewirtschaftung tätigen. Die sofortige Auszahlung des vollen Marktpreises soll den Widerstand der Landbesitzer aufweichen, die Landmärkte stimulieren und für die Begünstigten darüber hinaus den Anreiz zu einer effizienten und marktorientierten Produktion schaffen.

Nur wer die zum Landkauf aufgenommenen Kredite zuzüglich Zinsen innerhalb einer bestimmten Frist zurückzahlt, darf das Land behalten. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass das Land nur in die Hände "geeigneter" Bauern gerät.

Die Rolle des Staates beschränkt sich beim Weltbankmodell im Wesentlichen darauf, günstige Bedingungen für funktionierende Land- und Kreditmärkte zu schaffen und - über lokale und regionale Verwaltungseinheiten - zwischen Käufern und Verkäufern zu vermitteln. "Der zentrale Vorteil des marktgestützten bzw. gemeinschaftlich verwalteten Programms besteht darin, dass es zentrale Bürokratien durch lokales Empowerment ersetzt", schreibt Klaus Deininger, der als Senior Economist in der Forschungsabteilung der Weltbank maßgeblich an der Entwicklung des Modells beteiligt war.⁵ Die Weltbank erhebt den Anspruch, durch das marktgestützte Modell die Ziele des wirtschaftlichen Wachstums und der nachhaltigen Armutsminderung miteinander in Einklang zu bringen.

Anspruch und Wirklichkeit

Unabhängige Analysen bisheriger Erfahrungen in Brasilien, Kolumbien und Südafrika zeigen, dass das marktgestützte Modell diesem Anspruch nicht gerecht wird. In allen drei Ländern ist der Output der Pilotprojekte hinter den Erwartungen der Weltbank weit zurückgeblieben.

In Südafrika, wo die Landreform weitgehend den Empfehlungen der Weltbank folgt, wurden in einer Testphase von 1995 bis 1999 lediglich 1,65 % (!) der ursprünglich anvisierten 29 Millionen Hektar Land umverteilt.⁶

Auf der Grundlage zweier Studien der Weltbank und einer der FAO kommt der Entwicklungssoziologe Saturnino Borras zu dem Ergebnis, dass auch in Brasilien die vorausgesagte Beteiligung von Großgrundbesitzern ausgeblieben sei. Die Dezentralisierung der Verhandlungen habe nicht etwa zu einer Stärkung lokaler Gemeinschaften, sondern zu erhöhter Einflussnahme lokaler Behörden im Sinne der Landbesitzer geführt. "Lediglich kleine und mittlere, kaum genutzte und verlassene Farmen" seien im Rahmen des Pilotprojektes Cédula da Terra verkauft worden. Von einer tatsächlichen Armutsorientierung könne nur bedingt die Rede sein, da die Einkommen der "Begünstigten" vor Anlauf des Projektes durchschnittlich weit über der Armutsgrenze gelegen hätten. In fast allen Fällen sei eine rechtzeitige Rückzahlung der Kredite unwahrscheinlich, womit den Bauern der Verlust des Landes drohe. Die meisten Begünstigten verzeichneten seit dem Landerwerb sogar Einkommensverluste.⁶

Sehr unbefriedigend sind die Ergebnisse auch in Kolumbien: Nur knapp 10 % der angestrebten Fläche von einer Million Hektar wurden dort zwischen 1994 und 1998 umverteilt. Noch schlechter als in Brasilien ist in Kolumbien zudem die Qualität der meist sehr abgelegenen Ländereien, die mithilfe des Projekts zu völlig überhöhten Preisen verkauft wurden.⁶ Die Folge ist, dass nahezu alle Begünstigten aus dem Jahre 1998 bereits jetzt in Zahlungsverzug sind, obgleich sie, anders als in Brasilien, nur 30 % des Landpreises plus Zinsen aufbringen mussten.⁷

Längst hat sich gegen marktgestützte Landreformen eine starke internationale Opposition aus NROs, Bauern- und Landlosenorganisationen gebildet. So forderten die Menschenrechtsorganisation FIAN und das weltweite Kleinbauernnetzwerk La Via Campesina in ihrer Petition "Land ist mehr als eine Ware" im Dezember 2000, die Förderung marktgestützter Agrarreformen auszusetzen, solange die Auswirkungen der Programme auf die ländliche Armut nicht von unabhängiger Seite geprüft worden seien. Auf zwei internationalen Agrarreformkonferenzen, im Dezember 2000 in Tagaytay City, Philippinen, und im März 2001 in Bonn, haben NROs und Bauern ihre Ablehnung deutlich bekräftigt. "Marktgestützte Landreformen sind in einem Umfeld hoher sozialer Ungleichheit unzureichende Instrumente und dürfen umverteilende Agrarreformen nicht ersetzen", heißt es in der Abschlusserklärung von Bonn vom März 2001, die von den 125 anwesenden Vertretern von Regierungen, zwischenstaatlichen Organisationen, Bauern- und Nichtregierungsorganisationen getragen wurde.⁸

Selbst in einer von der Weltbank moderierten E-Mail-Diskussion äußerten sich die meisten Teilnehmer "entschieden negativ" gegenüber dem Modell, wie es in der offiziellen Zusammenfassung auf der Homepage der Weltbank heißt.⁹

Reagiert hat die Weltbank lediglich mit weiteren Konsultationen, von denen Bauernorganisationen und die meisten kritischen NROs allerdings ausgeschlossen blieben. Aller empirischen Evidenz und den weltweiten Protesten zum Trotz wurden die Programme in Brasilien im Jahre 2000 und in Kolumbien im Januar 2002 mithilfe neuer Weltbankkredite verlängert und erheblich ausgeweitet, während die staatlichen Agrarreformbehörden INCRA bzw. INCORA in den letzten Jahren massive Kürzungen erfahren haben.¹⁰ Auch in Honduras und Guatemala wurden Pilotprojekte gestartet. Wenngleich die Weltbank immer wieder behauptet, lediglich einen komplementären Ansatz zu verfolgen, betreibt sie faktisch einen Paradigmenwechsel in der Landpolitik, der auf eine finanzielle

Austrocknung staatlicher Programme zur Landumverteilung hinausläuft.

Agrarreformen als menschenrechtliche Staatenpflicht

Die Antwort auf teilweise berechtigte Kritik an staatlichen Agrarreformen darf nicht deren Abschaffung sein, im Gegenteil: Sie müssen verstärkt werden. "Agrarreformen sind eine menschenrechtliche Staatenpflicht, die sich aus dem Menschenrecht auf Nahrung ergibt. Dieses zentrale Menschenrecht verpflichtet die Regierungen völkerrechtlich, den Landlosen Zugang zu Land, Saatgut, Wasser und anderen produktiven Ressourcen zu verschaffen, damit sie sich selbst ernähren können", erklärt Sofia Monsalve, Koordinatorin der internationalen Agrarreformkampagne "Brot, Land und Freiheit", die von FIAN und *La Via Campesina* getragen wird. Auf der Suche nach Agrarreformstrategien, die dieser Verpflichtung gerecht werden, lohnt ein Blick auf die positiven Erfahrungen in Japan, Taiwan und Südkorea. Gemeinsam war diesen Agrarreformen, dass sie innerhalb kurzer Zeit den Großteil der Ländereien jeweils an die Mehrheit der Bauern umverteilten und damit das Fundament für eine langfristige wirtschaftliche Entwicklung schufen, die von einer starken Binnennachfrage ausging und nicht nur einer kleinen Elite zugute kam. Die Landumverteilung "basierte nicht auf Marktprinzipien", betont Keith Griffin, Ökonomeprofessor von der University of California. "In allen drei Fällen waren die Konfiszierung des Eigentums von Landbesitzern und die Subventionierung der Begünstigten grundlegende Bestandteile."¹¹

Eine wichtige Erfolgsbedingung war daher die enge Zusammenarbeit zwischen starken und von der Oligarchie unabhängigen Regierungen einerseits und den Bauernorganisationen andererseits. Diese Bedingung war im philippinischen Fall selbst unter dem vergleichsweise erfolgreichen Agrarreformminister Ernesto Garilao zwischen 1992 und 1998 nur teilweise erfüllt.¹²

Freilich können diese Erfahrungen nicht ohne weiteres - losgelöst aus ihrem historischen Kontext - auf die Gegenwart und andere Länder übertragen werden. Stärker als früher müssen bei Agrarreformen heute auch die Rechte von Frauen, der Schutz indigener Gemeinschaften sowie ökologische Aspekte berücksichtigt werden. Schließlich dürfen sich Agrarreformen nicht in einer Umverteilung von Land erschöpfen, sondern müssen in ein umfassendes Konzept zur Förderung einer nachhaltigen ländlichen Entwicklung eingebettet werden. Eine umfassende Agrarreform muss Kleinbauern auch die Verfügung über andere produktive Ressourcen wie Saatgut, Wasser und Wälder sowie den Zugang zu günstigen Krediten und Vermarktungsmöglichkeiten garantieren. Festzuhalten bleibt dennoch, dass Agrarreformen ohne umfassende Umverteilung von Land Stückwerk bleiben und weder eine breite wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen noch wesentlich zur Überwindung von Hunger und Armut beitragen. Marktmechanismen reichen dazu keineswegs aus. Die gegenwärtige Marktorientierung in der Landpolitik multilateraler und auch deutscher Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit gehört daher dringend auf den Prüfstand. Die Unterstützung von Begünstigten der Landreform, die Beratung von Agrarreforminstituten, etwa zur Verbesserung von Kartierungen, Katastern oder der Besteuerung von Großgrundbesitz, sind durchaus sinnvoll. Ohne eine gezielte Stärkung der Verhandlungsmacht von Landlosen- und Kleinbauernorganisationen werden Agrarreformen jedoch an dem Einfluss von Großgrundbesitzern scheitern.

5) Klaus Deininger: Land Access & Markets, in: Morales et al. (eds.): Power in the Village. Quezon City 2001, S. 354

6) Saturnino M. Borras: Questioning Market-Led Agrarian Reform. Working Draft, 25 January 2001, S. 8, 11, 14

7) Héctor Mondragón: Colombia: O Mercado de Tierras o Reforma Agraria, präsentiert in Washington, April 2002, S. 34 f.

8) Bonn Statement on Access to Land, www.fian.org

9) Michael R. Carter: Land Markets and Land Reform: Summary of the Comments submitted to the electronic Discussion on Land Policy and Administration: Lessons Learned and Challenges for the Bank's Development Agenda. April 2001, S. 2, <http://wbln0018.worldbank.org/Networks/ESSD/icdb.nsf>

10) Mondragón (wie Fn. 7): S. 37 / Sergio Sauer: A Ticket to Land: The World Bank's Market-Based Land Reform in Brazil, präsentiert in Washington, April 2002, S. 11

11) Keith Griffin: Poverty and Land Distribution: Cases of Land Reform in Asia, in: Morales et al (eds.): Power in the Village. Quezon City 2001, S. 26 f.

12) Saturnino M. Borras: wie Fn. 2, S. 48-51

Armin Paasch ist Agrarreformreferent der deutschen Sektion der Menschenrechtsorganisation FIAN.



Logo der Kampagne in Brasilien
„Brot, Land
und Freiheit“

Globale Kampagne für die Agrarreform in Brasilien.

Links

<http://www.ila-web.de>

⇒ Die ila (Informationsstelle Lateinamerika e.V.) ist ein in den 70er Jahren aus der Solidaritätsbewegung mit Lateinamerika entstandener unabhängiger, gemeinnütziger Verein, dessen wichtigstes Medium bis heute die gleichnamige Zeitschrift ist.

<http://www.mst.org.br>

⇒ Homepage der Bewegung der landlosen Landarbeiter (Movimento dos Trabalhadores Rurais sem Terra) in Brasilien.

<http://www.fian.de>

⇒ FIAN (FoodFirst Informations- & Aktions- Netzwerk) ist eine internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht sich zu ernähren. FIAN tritt dafür ein, daß die Landbevölkerung eine eigenständige Ernährungsbasis und eine entsprechende Rechtsbasis hat, um überhaupt erst in der Lage zu sein, die eigene Nahrung produzieren zu können.

<http://www.dhnet.org.br>

⇒ Homepage für Menschenrechte und Kultur in Brasilien (Rede Direitos Humanos e Cultura), die 1994 von einer Gruppe von Menschenrechtsaktivisten ins Leben gerufen wurde.

<http://www.cptnac.com.br>

⇒ Homepage der Land- und Agrarkommission der Katholischen Kirche (Comissão Pastoral da Terra) in Brasilien.

<http://www.npla.de/poonal>

⇒ Poonal (Pool de Nuevas Agencias de América Latina) ist ein wöchentlicher Pressedienst lateinamerikanischer Presseagenturen. Es werden aktuelle Nachrichten und Hintergrundberichte aus Lateinamerika in deutscher Sprache veröffentlicht.

<http://www.kobra.wdss.de>

⇒ Die Kooperation Brasilien - KoBra e.V. ist ein Netzwerk von Gruppen und Einzelpersonen in Deutschland. Als Partner brasilianischer Basisbewegungen setzen sie sich für die Demokratisierung und nachhaltige Verbesserung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Situation in Brasilien ein.

<http://www.radiobras.gov.br>

⇒ Radiobrás ist eine Agentur der brasilianischen Bundesregierung, die mit dem Staatssekretariat für Sozialkommunikation des Präsidialamtes Brasiliens verbunden ist. Sie ist ein Vermittlungssystem zwischen Behörden der Bundesregierung und der brasilianischen Gesellschaft.

<http://www.contag.org.br>

⇒ Homepage des Nationalen Dachverbands der Landarbeiter (Confederação Nacional dos Trabalhadores na Agricultura) in Brasilien.

Impressum

Herausgeber: FDCL e.V. (Forschungs und Dokumentationszentrum Chile – Lateinamerika)

Gneisenastr. 2a

10961 Berlin

Tel.: 030/6934029; Fax: 030/6926590

e-mail: archiv@fdcl.org; Homepage: <http://www.fdcl.org>

Textzusammenstellung und Layout: Diana Grothues (dianagrothues@web.de)

Miriam Müller (miriam_mueller81@hotmail.com)

Dank für ihre tatkräftige Unterstützung an Eva Danninger, Jan Dunkhorst, Kathrin Haerdle, Christian Russau, Jule Widmer und Tina Kleiber (ASW).

Für weitere Recherchen zu diesem oder anderen Themen stehen wir Euch im Archiv des FDCL gerne zur Verfügung. Öffnungszeiten: Mi & Fr 14 – 17 Uhr, Do 10 – 14 Uhr oder nach Vereinbarung.

Die Arbeit des FDCL wird finanziell unterstützt vom Ausschuss für Entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP) des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED)

Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansicht von FDCL e.V. wieder und stellen somit in keiner Weise die offizielle Meinung der Europäischen Gemeinschaft dar. Die Seite verwendet Links. FDCL e.V. ist nicht verantwortlich für die Inhalte externer Internetseiten.



Das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL)

Das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL) ist nach seiner Gründung 1974 zum größten unabhängigen, nicht-staatlichen Lateinamerika-Archiv im deutschsprachigen Raum herangewachsen. Darüber hinaus ist das Zentrum eine Anlaufstelle für Menschen und Gruppen, die sich über Lateinamerika informieren oder sich zu bestimmten Themen engagieren wollen.

Das FDCL ist ein gemeinnütziger Verein, der durch seine Aktivitäten einen Beitrag zur Völkerverständigung leisten will. Es versteht sich als Teil der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung und dient weit über die Grenzen Berlins hinaus als Informations- und Kommunikationszentrum. Verschiedene Solidaritätsgruppen, Länderkomitees, MigrantInnengruppen, lateinamerikabezogene Medienprojekte und entwicklungspolitisch orientierte Initiativen arbeiten unter dem "Dach" des FDCL.

Das FDCL hat eine internationalistische Grundorientierung und den Anspruch, auch hierzulande das politische Geschehen mitzugestalten - beispielsweise zu Themen wie Menschenrechte, Entwicklungspolitik oder Umwelt und nachhaltige Entwicklung. Entwicklungspolitisch konzentriert sich das FDCL auf die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit im Inland. So organisiert der Verein politische Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Tagungen, Kulturprogramme und öffentliche Aktionen. In unregelmäßigen Abständen veröffentlicht das FDCL Bücher, Reader und Informationsmaterialien. Seit 1974 leistet das FDCL einen kritischen und kontinuierlichen Beitrag zur Dokumentation gesellschaftlicher Prozesse in Lateinamerika.

Die Arbeit des FDCL wird in weiten Teilen von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen getragen. Auch finanziell ist der Verein existentiell auf Beiträge von Mitgliedern und FördererInnen angewiesen. Spenden an das FDCL sind steuerlich absetzbar. Der Förderkreis des Vereins wird mindestens einmal im Jahr über die laufende Arbeit informiert. Unterstützung und Mitarbeit sind herzlich willkommen!

Spendenkonto: Postbank Berlin, Kontonummer: 17 69 66-104, Bankleitzahl: 100 100 10


Folgende Reader wurden bereits vom FDCL e.V. herausgegeben:

- **NEU: Soziale Unruhen in Bolivien – ein Land vor dem Umbruch?**
(Hintergrund)Texte zur aktuellen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lage in Bolivien inkl. einer Chronologie der Ereignisse seit April 2000
April 2003, 129 Seiten, € 5,- (plus Versandkosten)
- **Jedem sein Porto Alegre - Das Weltsozialforum und seine Regionalisierung.**
Ein Reader zu Neoliberalismus und Widerstand: Entstehung und Entwicklung des Weltsozialforums und der Regionalforen. November 2002, 115 Seiten, € 5,- (plus Versandkosten)
- **Der Weg der indigenen Würde - vom gemeinsamen Gehen**
Eine Dokumentation mit Reden, Texten, Hintergründen zur Marcha Zapatista im Februar/März 2001
Herausgeberinnen: Mexiko-Gruppe im FDCL. Oktober 2002, 124 Seiten.
- **Die Argentinienkrise: Tragödie oder Neuanfang?** Analysen und Perspektiven zu Wirtschaftskrise, sozialen Bewegungen und der Selbstorganisation der Bevölkerung. April 2002; 140 Seiten, € 6,- (plus Versandkosten).

- **Schritt für Schritt zur Gerechtigkeit? Der lange Kampf gegen Straflosigkeit in Argentinien.** 2. Teil/Aktualisierung des Readers vom Februar 2001. April 2002, 122 Seiten, € 6 (plus Versandkosten).
- **Unser Land - Indigene Selbstbestimmung in Zeiten der Globalisierung.** Oktober 2001. 67 Seiten, € 2,50 (plus Versandkosten), Redaktion: Kolumbiengruppe Berlin im FDCL (deutsch-spanisch)
- **Biopiraterie: Mexiko - Gentechnik - Globalisierung.** (Materialsammlung), September 2001. 130 Seiten, € 5,- (inkl. Versandkosten), Redaktion: Anne Kristin Schwengler
- **Warten auf Gerechtigkeit. Menschenrechte und der lange Kampf gegen Straflosigkeit in Argentinien (25 Jahre nach dem Militärputsch).** Februar 2001. Ca. 120 Seiten, € 6,- (plus Versandkosten)
- **Plan Colombia. Analysen und Berichte zu Kolumbien.** Oktober 2000. Ca. 160 Seiten, € 5,- (plus Versandkosten)
- **El mundo ya lo condenó - Der Fall Pinochet.** September 1999. Ca. 120 Seiten, € 5,- (plus Versandkosten)
- **Gute Kinder ...schlechte Kinder. Strassenkinder in Deutschland.** (auf spanisch und portugiesisch) Redaktion: Strassenkinderkomitee im FDCL. Dezember 1998. € 1,50 (plus Versandkosten)
- **Gewinnerinnen der Globalisierung? Frauenarbeit in Lateinamerika.** Eine Dokumentation. Dezember 1996. € 1,- (plus Versandkosten)
- **Reader des ersten europäischen Treffens für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus.** Redaktion: Mexiko-Gruppe im FDCL September 1996
- **Zukunftsfähiges Deutschland? Beiträge zur Debatte.** Februar 1996 (vergriffen)
- **Die Kinder der anderen - Materialien und Beiträge zu Strassenkindern in Brasilien.** Redaktion: Strassenkinderkomitee im FDCL. Dezember 1993
- **Publikationsreihe zum Thema: "500 Jahre indigener, schwarzer, Frauen - und allgemeiner Widerstand":**
- **Cuba.** Texte aus der lateinamerikanischen Diskussion (spanisch). Materialien aus dem Archiv N° 4 Januar 1993
- **Indígenas.** Organisationen und Positionen Diskussionsmaterial N°3 Januar 1992
- **Mujeres.** Materiales de Discusión - V Centenario N° 1 August 1991
- **Frauen und Kolonialismus.** Diskussionsmaterial - V Centenario N° 2 August 1991

Dies ist eine Publikation von...



 HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Das Lateinamerikareferat der Heinrich Böll Stiftung (hbs), Berlin, und das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL e.V.), Berlin, führen in Kooperation mit ihren Projektpartnerorganisationen Justiça Global (JG) und Cidadania Estudo Pesquisa Informação e Ação (Cepia) in Brasilien und Kooperation Brasilien (KoBra e.V.) in Deutschland seit Anfang 2003 ein gemeinsames Projekt zu "Handel - Entwicklung - Menschenrechte" durch.

Weitere Informationen: www.Handel-Entwicklung-Menschenrechte.org